

Beteiligungsbericht

für das Geschäftsjahr



2009

Beteiligungsbericht 2009

der Stadt Remscheid

Herausgeber: Stadt Remscheid
Die Oberbürgermeisterin
Zentraldienst Verwaltungssteuerung
Zentrale Steuerungsangelegenheiten
Beteiligungsmanagement

Vorwort

Die Kommunen in Deutschland müssen sich infolge ständig wachsender öffentlicher Aufgaben und knapper Finanzressourcen mehr denn je großen Herausforderungen stellen. Notwendige Investitionen können aufgrund des eingeschränkten finanziellen Handlungsspielraumes nur bedingt durchgeführt werden und zukunftsorientierte freiwillige Leistungen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger sind kaum noch finanzierbar. Daher wird der Frage der optimalen Erfüllung kommunaler Aufgaben in der Stadtverwaltung Remscheid seit langem besondere Bedeutung beigemessen. Aufgabenkritik, Einbeziehung strategischer Partner und die Sondierung von Möglichkeiten sinnvoller kommunaler Zusammenarbeit sind bei der Bewältigung der Problemstellungen feste Kriterien in unserer Gemeinde.

In der Vergangenheit hat die Stadt Remscheid aus diesem Grunde einen Teil ihrer vielfältigen kommunalen Aufgaben auf Eigenbetriebe und Unternehmen der privatrechtlichen Form, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, übertragen. Neben der Energie- und Wasserversorgung, der Abwasser- und Abfallentsorgung und dem öffentlichen Personennahverkehr werden auch im Bau- und Wohnungswesen sowie im Kultur- und Sozialbereich Aufgaben außerhalb der traditionellen Verwaltung wahrgenommen. Den Bürgerinnen und Bürgern einen optimalen und kostengünstigen Service anzubieten und zugleich den erforderlichen Einfluss der kommunalen Entscheidungsgremien zu wahren, steht dabei im Fokus der Bemühungen.

Der vorliegende Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2009 macht den Umfang der Beteiligungen der Stadt Remscheid transparent. Neben der Erfüllung der gesetzlichen Berichtspflicht dient er den Ratsmitgliedern und der Verwaltungsführung bei der Ausübung der Steuerungs- und Kontrollaufgaben als einheitliche Informationsbasis. Der Beteiligungsbericht enthält Informationen über die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der Beteiligungen auf Basis der Jahresabschlüsse des Jahres 2009 sowie bis zur Drucklegung eventuell schon bekannter Veränderungen in der Beteiligungsstruktur. Er liegt den Ratsmitgliedern sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern auch in diesem Jahr äußerst zeitnah vor.

Remscheid, im Januar 2011

gez.
Beate Wilding
Oberbürgermeisterin

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	
1. Die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Remscheid	9
1.1 Gemeindeordnung als rechtlicher Rahmen	9
1.2 Rechtsformen kommunaler Unternehmen	10
1.3 Wahl der Unternehmensform	13
1.4 Beteiligungsmanagement in Remscheid	15
1.5 Berichterstattung über die wirtschaftliche Betätigung	15
2. Beteiligungen der Stadt Remscheid im Überblick	17
2.1 Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Remscheid zum 31.12.2009 (tabellarische Darstellung)	17
2.2 Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Remscheid zum 31.12.2009 (grafische Darstellung)	19
3. Unmittelbare Beteiligungen der Stadt Remscheid	21
3.1 Stadtwerke Remscheid GmbH	21
3.2 GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid	32
3.3 Bergische Symphoniker - Orchester der Städte Remscheid und Solingen GmbH -	43
3.4 Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH	51
3.5 BPR Bergische Alten- und Pflegeeinrichtungen Remscheid gemeinnützige GmbH der Bergischen Diakonie Aprath und der Stadt Remscheid	58
3.6 Arbeit Remscheid gGmbH Gesellschaft für Beschäftigungsförderung und Qualifizierung	63
3.7 Regionale 2006 Agentur GmbH i.L.	77
3.8 Ev. Jugendhilfe Bergisch Land gGmbH	81
3.9 Bergische Entwicklungsagentur GmbH	89
3.10 Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH u. Co. KG	97
3.11 Sana-Klinikum Remscheid GmbH	99
3.12 Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)	108
3.13 RW Holding AG	110
3.14 AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal	112
3.15 RWE Aktiengesellschaft	122

4.	Wesentliche mittelbare Beteiligungen der Stadt Remscheid	124
4.1	EWR GmbH	124
4.2	Park Service Remscheid GmbH	133
4.3	H ₂ O GmbH	140
4.4	BEG Entsorgungsgesellschaft mbH Remscheid	147
4.5	ELBA – Omnibusreisen GmbH	154
4.6	Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH	155
5.	Eigenbetriebe	164
5.1	REB Remscheider Entsorgungsbetriebe	164
6.	Sonstiges	169
6.1	Trägerschaft für die Stadtparkasse Remscheid	169
Anhang	Anlage 1: Verzeichnis der Kennzahlen	173
	Anlage 2: Begriffserläuterungen	174
	Anlage 3: Auszug aus der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen	177
	Anlage 4: Auszug aus dem Haushaltsgrundsätzegesetz	185

1. Die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Remscheid

Die Stadt Remscheid hat als Gebietskörperschaft für ihre Bürger eine Vielzahl von öffentlichen Aufgaben zu erfüllen. Dabei ist sie auch Teil der örtlichen Wirtschaft. Ihre Tätigkeit vollzieht sich in unterschiedlichen Organisationsformen, nämlich bei der Bewirtschaftung der für die Gemeindeaufgaben erforderlichen Mittel (Haushaltswirtschaft), im Betrieb wirtschaftlicher Unternehmen, die am allgemeinen Wirtschaftsleben teilnehmen (Unternehmerwirtschaft) sowie durch die Aufgaben kostenrechnender und sonstiger Einrichtungen.

Die Haushaltswirtschaft der Stadt Remscheid umfasst die Bewirtschaftung aller Zweige der öffentlichen Verwaltungstätigkeit und zwar sowohl die Erzielung der Einnahmen als auch die Leistung der Ausgaben. Durch die vielfältigen Ausgaben entfaltet die Stadt eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung: sie ist Auftraggeberin der Wirtschaft, sie schafft Standortvorteile für die Wirtschaft, sie trägt als große lokale Arbeitgeberin über die Lohn- und Gehaltssummen indirekt zum Wirtschaftskreislauf bei. Ihre wirtschaftlichen Unternehmen sind ebenfalls ein Wirtschaftsfaktor der Stadt.

1.1 Gemeindeordnung als rechtlicher Rahmen

Unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen und damit für die Stadt Remscheid erlaubt ist, regelt in §§ 107 ff die Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW).

Die Gemeinde darf sich zur Erledigung von Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft wirtschaftlich betätigen, wenn u.a.

- ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert und
- die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

Der Erfolg oder Misserfolg der wirtschaftlichen Betätigung einer Gemeinde darf nicht allein an der Gewinnerzielung gemessen werden, sondern muss sich an der Realisierung der gesetzten Ziele orientieren. Ein Defizitunternehmen kann im Sinne der ihm gesteckten Ziele trotz (oder wegen) des hohen Verlustes erfolgreich gearbeitet haben; ein Unternehmen mit hohen Gewinnen kann sein eigentliches Ziel verfehlt haben. Ein Blick auf die Bilanzen gibt deshalb nur bei reinen Gewerbeunternehmen zuverlässig über den Erfolg Auskunft.

Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde sind nach § 109 GO NRW so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Sie sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Daraus wird deutlich, dass die öffentlichen Ziele im Vordergrund vor der Gewinnerzielung stehen. Die Erträge sollen aber so hoch sein, dass außer den für technische und wirtschaftliche Fortentwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird (§ 109 GO NRW).

1.2 Rechtsformen kommunaler Unternehmen

Öffentlichrechtliche Unternehmensformen

Regiebetrieb

Die Form, bei der keinerlei wesentliche Verselbständigung weder in rechtlicher, noch in verwaltungsmäßiger, noch in rechnerischer Hinsicht vorhanden ist, wird als Regiebetrieb bezeichnet. Das diesen Betrieben gewidmete Vermögen bildet weder für sich eine rechtliche Einheit noch sind die Betriebe satzungsmäßig oder verwaltungstechnisch aus der Hoheitsverwaltung ausgegliedert.

Aus der engen vermögensmäßigen und rechtlichen Verflechtung mit der Trägerkörperschaft der Stadt Remscheid ergeben sich Konsequenzen, die die Wirtschaftsführung des reinen Regiebetriebes wesentlich beeinflussen. Alle Einnahmen und Ausgaben sind in der Regel im Gesamthaushaltsplan zu veranschlagen (Bruttoprinzip).

Die Willensbildung erfolgt durch die Organe der Trägerkörperschaft, insbesondere den Rat der Stadt Remscheid. Der Regiebetrieb unterscheidet sich daher formell nicht von anderen Ämtern der allgemeinen Verwaltung, obgleich hier nicht ein „Verwalten“ sondern ein „Wirtschaften“ gefordert wird.

Eine Kontrolle der Regiebetriebe ist jederzeit durch die Ratsgremien und den Haushaltsplan gegeben.

Eigenbetrieb und eigenbetriebsähnliche Einrichtung

Bei einem Eigenbetrieb handelt es sich um einen vermögensmäßig verselbständigten Betrieb mit eigener Verfassung (Betriebssatzung) und eigenem Rechnungswesen (kaufmännisches Rechnungswesen), jedoch ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Der Eigenbetrieb ist wirtschaftlich aus dem Vermögen der Gemeinde ausgegliedert. Der Eigenbetrieb verfügt über besondere Leitungs- und Kontrollorgane (Betriebsleitung und Betriebsausschuss) und untersteht dem Rat sowie dem/der Oberbürgermeister/in als Verwaltungschef/in.

Der Eigenbetrieb kommt als Betriebsform für öffentliche Einrichtungen in Betracht, die nach kommunalem Wirtschaftsrecht als wirtschaftliche Unternehmen gelten. Die anderen Einrichtungen können als eigenbetriebsähnliche Einrichtungen geführt werden und zwar entweder in vollem Umfang entsprechend den Vorschriften des Eigenbetriebsrechts oder nur unter Anwendung der Vorschriften über die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der Eigenbetriebe als Sondervermögen der Kommune.

Anstalt des öffentlichen Rechts

Durch § 114a der GO NRW wird die Möglichkeit der Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechtes (AöR) eröffnet. Hierbei handelt es sich um eine Mischform aus Eigenbetrieb und GmbH. Die Rechtsverhältnisse der AöR werden gemäß GO NRW durch eine Satzung geregelt, die die Gemeinde aufstellt.

Die Organe der AöR sind der Vorstand und der Verwaltungsrat. Die Leitung der AöR obliegt dem Vorstand in eigener Zuständigkeit, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung etwas anderes bestimmt ist. Der Verwaltungsrat ist für Entscheidungen des Aufgabenkataloges aus § 114a Abs. 7 GO NRW zuständig, unterliegt jedoch bei bestimmten Entscheidungen (Erlass von Satzungen, Beteiligungen) den Weisungen des Rates der Stadt. Die Weisungsverpflichtung kann durch die Satzung ausgeweitet werden.

Die Gemeinde haftet als Gewährträgerin für die Verbindlichkeiten der AöR unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist. Die Einflussmöglichkeiten des Rates der Stadt sind insbesondere durch die Satzungsaufstellung definiert.

Auch Sparkassen sind gemäß § 2 SpkG rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts. Gemäß § 1 SpkG können Gemeinden und Gemeindeverbände Sparkassen errichten. Für deren Verbindlichkeiten haftete die Gemeinde als Gewährträgerin unbeschränkt. Aufgrund geänderter Rechtslage ist diese Gewährträgerhaftung mit Wirkung vom 19.07.2005 entfallen. Durch das SpkG werden zahlreiche Verbindungen zwischen der Gemeinde und der Sparkasse festgeschrieben, die der Gemeinde Einflussmöglichkeiten eröffnen, die dem Trägerverhältnis Rechnung tragen (Besetzung des Verwaltungsrates, Beschluss des Rates über die Ergebnisverwendung sowie die Entlastung der Sparkassenorgane etc.).

Betrieb gewerblicher Art/Hoheitsbetrieb

Die Begriffe „Betrieb gewerblicher Art“ (BgA) und „Hoheitsbetrieb“ sind inhaltlich von den zuvor dargestellten juristischen Ausgestaltungen der wirtschaftlichen Betätigungsformen zu trennen und haben in diesem Zusammenhang nur steuerrechtliche Bedeutung. Während die privatrechtlichen Unternehmensformen kraft Rechtsform steuerpflichtig sind, greift die Steuerpflicht für Regie- und Eigenbetriebe nur insoweit, als diese nicht überwiegend der Ausübung der öffentlichen Gewalt dienen (Hoheitsbetriebe). Solche Betriebe werden steuerrechtlich als Betriebe gewerblicher Art bezeichnet.

Privatrechtliche Unternehmensformen

Aufgrund der Vorschriften über die Begrenzung der kommunalen Haftung nach § 108 Abs. 1 Nr. 3 GO NRW ist die Wahl der privatrechtlichen Organisationsform eingeschränkt. Geeignete Rechtsformen sind vorrangig die Kapitalgesellschaften wie die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH), die Aktiengesellschaft (AG) oder die eingetragene Genossenschaft (eG). Zusätzlich kann sich eine Kommune als Kommanditistin an einer Kommanditgesellschaft (KG) oder Gesellschafterin der GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin an einer GmbH & Co. KG beteiligen.

Ist die Gemeinde im Besitz aller Geschäftsanteile einer Gesellschaft, so ist diese eine kommunale Eigengesellschaft. Sind weitere Körperschaften oder auch Private an der Gesellschaft beteiligt, so spricht man von einer Beteiligungsgesellschaft.

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ist eine mit Rechtspersönlichkeit ausgestattete Gesellschaft, an der sich die Gesellschafter mit Einlagen auf das Stammkapital beteiligen, ohne persönlich für die Schulden der Gesellschaft zu haften. Im Gegensatz zur AG kann bei der GmbH eine Nachschusspflicht für die Gesellschafter vereinbart werden. Die Gesellschafter können die innere Struktur der Gesellschaft ohne wesentliche Einschränkungen frei regeln. Als zwingende Organe besitzt die GmbH die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Im Unterschied zum AktG kennt das GmbHG keinen obligatorischen Aufsichtsrat. Es erlaubt jedoch ausdrücklich seine Bildung durch die Satzung (fakultativer Aufsichtsrat). Der Aufsichtsrat als notwendiges Organ ergibt sich jedoch zwingend im Rahmen des Mitbestimmungs- und Betriebsverfassungsrechts bei Unternehmen mit über 500 Beschäftigten.

Aktiengesellschaft

Ebenso wie die GmbH besitzt auch die Aktiengesellschaft eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die Gesellschafter (Aktionäre) erwerben ihre Rechte durch die Übernahme von Anteilen des in Aktien zerlegten Grundkapitals. Für Schulden der Gesellschaft haftet auch hier nur das Gesellschaftsvermögen. Im Gegensatz zur freien Gestaltung des Gesellschaftsverhältnisses in der GmbH enthält das Aktiengesetz umfangreiche bindende Regelungen und Formvorschriften, so dass für ergänzende Ausgestaltungen des Vertragsverhältnisses der Aktionäre untereinander wenig Raum bleibt. Als Organe der AG fungieren der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Hauptversammlung.

Eingetragene Genossenschaft

Die eingetragene Genossenschaft (eG) ist eine juristische Person und hat als solche Rechte und Pflichten. Sie ist nach § 1 Abs. 1 GenG eine Gesellschaft von nicht geschlossener Mitgliederzahl, welche die Förderung des Erwerbes oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes bezweckt. Eine unmittelbare Inanspruchnahme der Genossenschaftsmitglieder für Verbindlichkeiten der Genossenschaft gibt es nicht, wobei allerdings durch Satzung Nachschusspflichten vereinbart werden können. Die Genossenschaft handelt durch die Organe Vorstand, Aufsichtsrat und Generalversammlung.

Personengesellschaften

Personengesellschaften wie Offene Handelsgesellschaften (OHG) oder Kommanditgesellschaften (KG) eignen sich grundsätzlich nicht als Rechtsform eines kommunalen Unternehmens, da die Gesellschafter entgegen der Regelung des § 108 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW unbeschränkt für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft haften. Möglich ist aber die Beteiligung als Kommanditistin an einer KG oder die Rechtsform der GmbH & Co. KG. Bei der Kommanditistin ist die Haftung auf eine bestimmte Kapitaleinlage beschränkt. Die GmbH & Co. KG ist eine KG, bei der der persönlich haftende Gesellschafter eine Kapitalgesellschaft ist, und deren Gesellschafter in der Regel zugleich Kommanditisten der KG sind. Auf diese Weise wird die Haftung der Kommune als Gesellschafterin beschränkt.

1.3 Wahl der Unternehmensform

Zulässigkeit

Die Voraussetzungen zur Herauslösung aus dem Haushalt durch die Gründung einer Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, oder die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft durch die Gemeinde sind im § 108 der Gemeindeordnung NRW beschrieben.

Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn u.a.

- ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
- die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht,
- bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsnetzen einschließlich der Telefondienstleistungen der dringende öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann,
- bei energiewirtschaftlicher Betätigung diese nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht,
- eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,
- die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,
- die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,
- die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,
- das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,
- wenn durch Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages sichergestellt ist, dass die Gesellschafterversammlung auch beschließt über
 - a. den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
 - b. den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
 - c. den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie
 - d. die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, undder Rat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrates Weisungen erteilen kann, soweit die Bestellung eines Aufsichtsrates gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.

Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden in der Form rechtlich selbständiger Gesellschaften ist lediglich eine andere Organisationsform ihrer üblichen Tätigkeit. Damit unterwirft sich die Gemeinde allen Vorschriften, die die private Wirtschaft zu beachten hat, insbesondere auch den Vorschriften des Handels- und Steuerrechts.

Von den Gemeinden wird eine wirtschaftliche Betätigung in den Formen des Gesellschaftsrechts dann gewählt, wenn aus organisatorischen, wirtschaftlichen oder steuerlichen Überlegungen die Verselbständigung vorteilhaft erscheint.

Privatrechtliche Unternehmensformen in Remscheid

Die Stadt Remscheid hat sich für die wirtschaftliche Betätigung im wesentlichen der Gesellschaftsform des privaten Rechts bedient. Am häufigsten ist die Form der Gesellschaft mit beschränkter Haftung gewählt worden, da das GmbH-Recht im Gegensatz zum Aktienrecht eine weitgehende Gestaltungsfreiheit zulässt und somit dem Gesellschafter die Einräumung umfassender Rechte gegenüber der Gesellschaft ermöglicht.

Mit der GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid, der RW Holding AG und der RWE AG ist jedoch auch die Gesellschaftsform der Aktiengesellschaft vertreten.

Außerdem ist die Stadt Remscheid als Kommanditistin an der Lokalfunk Remscheid - Solingen Betriebsgesellschaft mbH & Co. beteiligt.

Neben den unmittelbaren Beteiligungen an Gesellschaften des privaten Rechts sind auch mittelbare Beteiligungen vorhanden. Hierbei ist die Stadt Remscheid über die unmittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft durch deren Beteiligung an weiteren Gesellschaften ebenfalls beteiligt.

1.4 Beteiligungsmanagement in Remscheid

Das Beteiligungsmanagement der Stadt Remscheid war im Geschäftsjahr 2009 organisatorisch im Geschäftsbereich der Oberbürgermeisterin dem Zentraldienst Verwaltungssteuerung zugeordnet.

Aufgabe des Beteiligungsmanagements ist die informatorische Unterstützung des Rates der Stadt bei Ratsbeschlüssen über Gesellschaftsgründungen, Investitionen, Kapitalerhöhungen oder Liquidationen, aber auch die regelmäßige Kontrolle der Wirtschaftlichkeit der Beteiligungen.

Entscheidungen über die Bestellung der städtischen Vertreter in den Organen der Gesellschaften werden vom Rat der Stadt getroffen.

Zum Aufgabenkatalog gehört ebenfalls die Betreuung der städtischen Gesellschaften bei der Einhaltung gesellschaftsrechtlicher und kommunalrechtlicher Bestimmungen. Hierunter fällt auch die Überprüfung des öffentlichen Zwecks der Gesellschaften, die jährlich im Zuge der Aufstellung des städtischen Haushaltsplanes erfolgt.

1.5 Berichterstattung über die wirtschaftliche Betätigung

Beteiligungsbericht als Informationsquelle

Die „öffentlichen Unternehmen“ oder ganz generell die Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmen sind mit erheblichen Vermögenswerten und Finanzströmen mit der Stadt als „Muttersgesellschaft“ verbunden, so dass die Stadt durch die finanziellen Auswirkungen der Finanzströme auf ihren Haushalt zur Steuerung und Kontrolle ihrer Beteiligungen verpflichtet und berechtigt ist. Die Ausübung dieser Steuerungs- und Kontrollaufgaben stellt sich als kommunal- und verwaltungspolitische Aufgabe dar, wobei es schwierig ist, Rat, Verwaltung und Beteiligungen zu koordinieren und auf eine einheitliche Politik festzulegen.

Eine einheitliche Politik setzt einen gleichen Wissens- und Informationsstand voraus. Um hier eine Grundlage zu schaffen, ist eine Informationsquelle erforderlich, die regelmäßig ein Mindestmaß an entscheidungsrelevanten Daten zur Verfügung stellt.

Diese Aufgabe soll u.a. der Beteiligungsbericht erfüllen.

Inhalt der Berichterstattung

Aus den aufgeführten Aspekten der Zielsetzung wird deutlich, welche Vielzahl von Komponenten inhaltlich relevant sind, um mit dem vorhandenen Material eine politisch-finanzwirtschaftliche Gesamtsteuerung zu ermöglichen.

Als Mindestanforderungen werden im Beteiligungsbericht vergleichbare Daten zu folgenden Bereichen aufbereitet:

- Beteiligungsverhältnisse der Gesellschafter
- Unterbeteiligungen der Tochtergesellschaft
- Gegenstand des Unternehmens
- personelle Besetzung der Gesellschaftsorgane
- erweiterte Haftung der Stadt / Nachschusspflicht / Bürgschaftsverpflichtungen
- Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Darüber hinaus wurden die nachstehend aufgeführten Kriterien bei der überwiegenden Anzahl der Gesellschaften herausgestellt:

- Anzahl der Beschäftigten
- Eckdaten der Bilanz zum Berichtsjahr mit Vorjahreswerten
- Eckdaten der Gewinn- und Verlustrechnung mit Vorjahreswerten
- Lagebericht der Geschäftsführung der Gesellschaften

Bei bedeutenden Beteiligungen der Stadt Remscheid wurden zudem Kennzahlen zur Analyse der wirtschaftlichen Situation der Beteiligungsgesellschaft ermittelt. Eine Erläuterung der Kennzahlen befindet sich im Anhang zum Beteiligungsbericht.

Basis der Berichterstattung über die einzelnen Gesellschaften sind -mit wenigen Ausnahmen- die allgemeinen Unternehmensdaten im Geschäftsjahr 2009 und die wirtschaftlichen Unternehmensdaten zum Ende des Geschäftsjahres 2009. Auf schon bekannte Veränderungen z.B. in der Beteiligungsstruktur im Geschäftsjahr 2010 wird eingegangen.

Die Darstellung der Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid beruht auf dem Kenntnisstand zum Zeitpunkt der Drucklegung des Beteiligungsberichtes. Hier können sich noch Verschiebungen ergeben, da das Geschäftsjahr 2009 noch nicht endgültig verbucht ist und der Jahresabschluss 2009 der Stadt Remscheid noch nicht vorliegt.

Die Hinweise auf die gesetzlichen Grundlagen in der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen berücksichtigen bereits die Änderungen durch das Gesetz zur Revitalisierung des Gemeindefinanzrechts vom 21.12.2010.

2. Beteiligungen der Stadt Remscheid im Überblick

Zum 31.12.2009 ist die Stadt Remscheid an 15 Unternehmen unmittelbar mit einem Anteil am gezeichneten Kapital von rund 59 Mio. € beteiligt, davon werden 11 als GmbH, 3 als Aktiengesellschaft und 1 als GmbH & Co. KG geführt.

Die Unternehmensbeteiligungen liegen zwischen 75,00 und 0,02 v.H.. Darüber hinaus bestehen zahlreiche mittelbare Beteiligungen von unterschiedlicher Bedeutung.

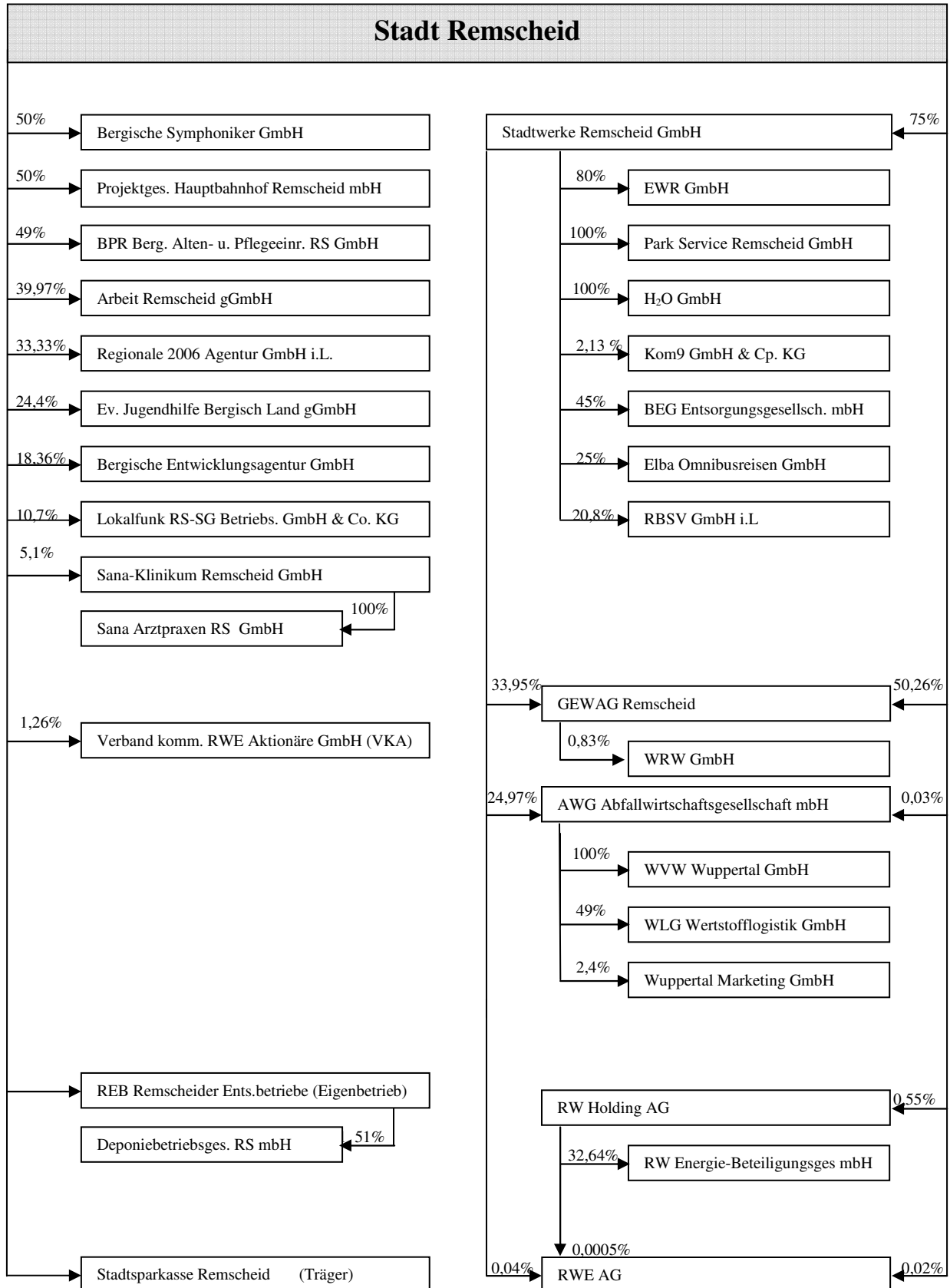
Die nachfolgenden Übersichten informieren über die unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen. Die Unternehmen sind in der Reihenfolge der prozentualen Beteiligung aufgeführt.

2.1 Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Remscheid zum 31.12.2009

Beteiligung	Grund-/Stammkapital in (DM) €	Anteil in (DM) €	Anteil in %	Anteilseigner
Stadtwerke Remscheid GmbH	74.666.800,00	56.000.100,00	75,00	Stadt Remscheid
<i>Beteiligung an:</i>				RWE Rhein-Ruhr AG, Essen
EWR GmbH	17.500.000,00	14.000.000,00	80,00	
Park Service Remscheid GmbH	100.000,00	100.000,00	100,00	
H ₂ O GmbH	200.000,00	200.000,00	100,00	
AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH	5.000.000,00	1.248.475,00	24,97	
Elba Omnibusreisen GmbH	255.645,94	63.911,49	25,00	
KOM 9 GmbH & Co. KG	470.000,00	10.000,00	2,13	
BEG Entsorgungsgesellschaft mbH	25.000,00	11.250,00	45,00	
GEWAG	3.525.000,00	1.196.656,87	33,95	
RWE AG	1.440.000.000,00	643.200,00	0,04	
RBSV GmbH i.L.	100.000,00	20.800,00	20,80	
GEWAG	3.525.000,00	1.771.562,09	50,26	Stadt Remscheid
Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid		1.196.656,86	33,95	Stadtwerke Remscheid GmbH
		319.425,92	9,06	9 Industrie- und Handelsfirmen
		237.355,13	6,73	13 Privatpersonen
<i>Beteiligung an:</i>				
WRW GmbH	1.089.480,00	9.000,00	0,83	
Bergische Symphoniker GmbH	(50.000,00)	(25.000,00)	50,00	Stadt Remscheid
		(25.000,00)	50,00	Stadt Solingen
Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH	100.000,00	50.000,00	50,00	Stadt Remscheid
		50.000,00	50,00	LEG Standort- und Projektentwicklung Köln GmbH
BPR Bergische Alten- und Pflegeeinrichtungen Remscheid gemeinnützige GmbH der Bergischen Diakonie Aprath und der Stadt Remscheid	25.000,00	12.250,00	49,00	Stadt Remscheid
		12.750,00	51,00	Bergische Diakonie Aprath
Arbeit Remscheid gGmbH	153.100,00	61.200,00	39,97	Stadt Remscheid
		38.250,00	24,98	Diakonisches Werk im Kirchenkreis Lennep
		19.150,00	12,51	Kreishandwerkerschaft Remscheid
		19.150,00	12,51	Arbeitgeber-Verband RS e.V.
		15.350,00	10,03	Limes GmbH
Regionale 2006 Agentur GmbH i.L.	27.000,00	9.000,00	33,33	Stadt Remscheid
		9.000,00	33,33	Stadt Solingen
		9.000,00	33,33	Stadt Wuppertal
Ev. Jugendhilfe Bergisch Land gGmbH	50.000,00	12.200,00	24,40	Stadt Remscheid
		12.200,00	24,40	Walter-Frey-Stiftung
		12.800,00	25,60	Ev. Kirchenkreis Leverkusen
		12.800,00	25,60	Ev. Kirchenkreis Lennep

Beteiligung	Grund-/Stammkapital in (DM) €	Anteil in (DM) €	Anteil in %	Anteilseigner
Bergische Entwicklungsagentur GmbH	50.100,00	9.200,00	18,36	Stadt Remscheid Stadt Solingen Stadt Wuppertal Wirtschaftsförderung Wuppertal AöR Stadtsparkasse Remscheid Stadtsparkasse Solingen Stadtsparkasse Wuppertal IHK Wuppertal-Solingen-Remscheid
Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG Kommanditisten: Komplementär: Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH	512.000,00	54.784,00 384.000,00 73.216,00	10,70 75,00 14,30	Stadt Remscheid Lokalfunk Remscheid-Solingen Presse Bet.ges .mbH & Co. KG. Stadt Solingen
Sana – Klinikum Remscheid GmbH <i>Beteiligung an:</i> Sana Arztpraxen Remscheid GmbH	3.100.000,00 25.000,00	158.100,00 2.941.900,00 25.000,00	5,10 94,90 100,00	Stadt Remscheid Sana Kliniken AG
Verband der kommunalen RWE Aktionäre GmbH (VKA)	127.822,97	1.615,68 126.207,29	1,26 98,74	Stadt Remscheid 70 weitere Städte, Kreise und sonst. Juristische Personen des öffentlichen Rechts
RW Holding AG <i>Beteiligung an:</i> RWE AG RW Energie Beteiligungsges. mbH & Co. KG	74.362.859,52 153.339,00	411.840,00 73.951.019,52 3000 Aktien 50.050,00	0,55 99,45 0,0005 32,64	Stadt Remscheid 70 weitere Aktionäre, darunter Beteiligungsgesellschaften, Städte, Kreise, Sparkassen, Landesbanken und Landschaftsverbände
AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH <i>Beteiligung an:</i> WVV Wertstoffverwertung Wuppertal GmbH WLG Wertstofflogistik GmbH Wuppertal Marketing GmbH	5.000.000,00 25.000,00 25.000,00 210.000,00	1.525,00 3.523.475,00 1.248.475,00 225.000,00 1.525,00 25.000,00 12.250,00 5.000,00	0,03 70,47 24,97 4,50 0,03 100,00 49,00 2,40	Stadt Remscheid Wuppertaler Stadtwerke GmbH Stadtwerke Remscheid GmbH Stadtwerke Velbert GmbH Stadt Wuppertal
RWE AG	1.440.000.000,00	278.988,80 1.439.721.011,20	0,02 99,98	Stadt Remscheid Weitere Aktionäre
Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH	250.000,00	127.500,00 122.500,00	51,00 49,00	REB (Sondervermögen der Stadt Remscheid) DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH

**2.2 Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Remscheid zum 31.12.2009
(grafische Darstellung)**



3.1 Stadtwerke Remscheid GmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Stadtwerke Remscheid GmbH
Neuenkamper Straße 81-87
42855 Remscheid
Tel. 02191/16-40

Gründungsjahr: 1843

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	56.000.100,00	75,00
RWE Rhein-Ruhr AG, Essen	18.666.700,00	25,00
<u>Gesamt</u>	<u>74.666.800,00</u>	<u>100,00</u>

Beteiligungen der Gesellschaft / Verbundene Unternehmen Gesellschaften

		Stammkapitalanteil	
		in T€	in %
KOM9 GmbH & Co. KG	*1	10	2,13
- Thüga AG	*2	85.355	38,41
EWR GmbH		14.000	80,00
- EWR Netz GmbH		100	100,00
- BTV Berg. Trinkwasserverbund GmbH		22	22,00
Park Service Remscheid GmbH		100	100,00
H ₂ O GmbH		200	100,00
AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal		1.248	24,97
- WWV Wertstoffverwertung Wuppertal GmbH		25	100,00
ELBA Omnibusreisen GmbH, Wuppertal		63	25,00
Stromversorgung Pirna GmbH (bis 10. September 2009)		92	4,00
Gasversorgung Pirna GmbH (bis 10. September 2009)		61	4,00
BEG Entsorgungsgesellschaft mbH, Remscheid		11	45,00
- Ges. für Kompostierung und Recycling mbH, Velbert		133	26,00
- DGV Deponieges. Velbert Verwaltungs mbH		13	50,00
- DGV Deponieges. Velbert mbH & Co. KG	*1	256	50,00
- DBV Deponiebetriebsges. Velbert mbH		51	33,33
- GKE Gesellschaft für kommunale Entsorgungsdienstleistungen mbH		63	41,00
GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid	*2	1.197	33,95
- WRW Wohnw. Treuhand Rheinl.-Westf. GmbH		9	0,83
RWE Energie AG	*2	643	0,04
RBSV GmbH i.L.		21	20,80
- RBN GmbH i.L.		25	100,00
- RBS GmbH i.L.		25	100,00
- SR Mobil GmbH i.L.		25	100,00
- SWS Verkehr GmbH i.L.		25	100,00

*1) Kommanditkapital, *2) Gezeichnetes Kapital

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Bereitstellung und Erbringung von Verkehrsdienstleistungen, der Betrieb von Bädern sowie das Halten von Beteiligungen.

Die Gesellschaft betätigt sich unmittelbar, über die Beteiligung an anderen Unternehmen oder über anderweitige Kooperationen in folgenden Bereichen:

- Erzeugung, Gewinnung, Bezug, Fortleitung und Verkauf von elektrischer Energie, Wärme/Kälte, Gas und Wasser sowie Errichtung und Betrieb der hierfür erforderlichen Anlagen, soweit dies im Rahmen der Unternehmensziele zur Deckung des Bedarfs an Energie- und Wasserdienstleistungen erforderlich ist, Telekommunikation;
- Sicherstellung der Befriedigung von Mobilitätsbedürfnissen durch Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und durch andere Mobilitätsdienstleistungen wie z.B. Mobilitätszentralen, Lieferservice für ÖPNV-Kunden, Spezialangebote für mobilitätsbeeinträchtigte Personen sowie Verkehrsplanung;
- Leistungen für den ruhenden Verkehr;
- Mitwirkung bei der Entsorgung im Stadtgebiet und Umland;
- Durchführung von Energie- und Ressourcensparprogrammen; Beratung, Förderung und kooperative Errichtung und Betrieb von Anlagen oder Einrichtungen zur Verminderung des Bedarfs an Energie, Mobilität und Wasser sowie zur Vermeidung und Verwertung von Abfall;
- Diversifizierung in neue Geschäftsfelder und Entwicklung von Dienstleistungen, soweit sie den Unternehmenszielen entsprechen, der Stärkung von Synergieeffekten, der Verwertung des Know-hows sowie der Substanzsicherung des Unternehmens unter veränderten Rahmenbedingungen einer zukunftsfähigen Entwicklung dienen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen errichten, erwerben oder pachten und ferner Unternehmens- und Interessengemeinschafts- sowie sonstige Kooperationsverträge abschließen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Prof. Dr. Ing. Thomas Hoffmann

Aufsichtsrat

Manfred Schwick, Vorsitzender	Ratsmitglied / SB
Hans-Peter Meinecke, 1. stellv. Vorsitzender	Ratsmitglied
Karl-Heinz Humpert	Ratsmitglied
Wolf Lüttinger	Ratsmitglied
Bernd Quinting	Ratsmitglied
Beatrice Schlieper	Ratsmitglied
Lothar Sill	Ratsmitglied / SB
Achim Südmeier	
Karl-Wilhelm Tamm	Ratsmitglied / SB
Beate Wilding	Oberbürgermeisterin
Hans-Herbert Wilke	Ratsmitglied

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der ordentlichen Gesellschafterversammlung war laut Ratsbeschluss Herr Städtischer Verwaltungsdirektor Dietmar Klee.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2007	2008	2009
	€	€	€
Ausschüttung	786.213,93	743.770,24	1.735.880,31
Umlagen SPNV	226.787,88	205.000,00	205.000,00

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2007	2008	2009
Mitarbeiter/-innen	256	242	238

Wirtschaftliche Unternehmensdaten

Leistungsdaten des Unternehmens

Betriebsbereich	Leistung	2007	in %	2008	in %	2009	in %
Verkehrsbetriebe	Fahrgäste Tsd.	19.775	-0,2	19.412	-1,8	18.797	-3,2
	Umsatz T€	12.485	4,8	12.943	3,7	12.279	-5,1

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

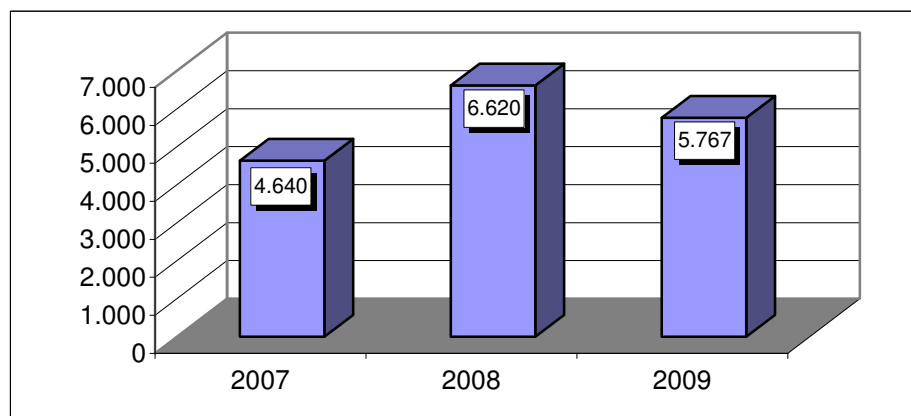
Jahr	2007		2008		2009	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	93	0,06	72	0,04	47	0,03
Sachanlagen	37.532	22,74	15.306	9,00	14.967	9,06
Finanzanlagen	107.642	65,22	132.554	77,96	131.752	79,78
Anlagevermögen	145.267	88,02	147.932	87,01	146.766	88,87
Vorräte	618	0,37	562	0,33	569	0,34
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	18.570	11,25	21.208	12,47	17.541	10,62
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	548	0,33	294	0,17	275	0,17
Umlaufvermögen	19.736	11,96	22.064	12,98	18.385	11,13
Rechnungsabgrenzungsposten	44	0,03	22	0,01	2	0,00
Aktiva	165.047	100,00	170.018	100,00	165.153	100,00
Gezeichnetes Kapital	74.667	45,24	74.667	43,92	74.667	45,21
Kapitalrücklage	21.450	13,00	21.450	12,62	21.450	12,99
Gewinnrücklagen	6.736	4,08	8.999	5,29	11.599	7,02
Jahresüberschuss	4.640	2,81	6.620	3,89	5.767	3,49
Eigenkapital	107.493	65,13	111.736	65,72	113.483	68,71
Sonderposten mit Rücklagenanteil	3.163	1,92	3.076	1,81	3.191	1,93
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	5.178	3,14	4.084	2,40	3.547	2,15
Verbindlichkeiten	49.213	29,82	51.121	30,07	44.932	27,21
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	1	0,00	0	0,00
Passiva	165.047	100,00	170.018	100,00	165.153	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

Jahr	2007	2008	2009
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	12.617	13.053	12.449
Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen	-2	-1	-1
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	7.048	8.272	4.119
Erträge aus Gewinnabführung	9.341	11.126	9.270
Erträge aus Beteiligungen	3.284	3.177	5.541
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	89	117	54
Erträge	32.377	35.744	31.432
Materialaufwand	6.125	7.794	6.598
Personalaufwand	11.034	10.753	10.620
Abschreibungen	2.858	1.490	1.460
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.361	4.547	3.393
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	503	510	268
Aufwendungen aus Verlustübernahme	2.939	2.872	3.036
Aufwendungen	26.820	27.966	25.375
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5.557	7.778	6.056
Sonstige Steuern	-917	-1.158	-289
Jahresüberschuss (+)	4.640	6.620	5.767
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0
Ertrag aus der Entnahme der Kapitalrücklage	0	0	0
Ertrag aus der Entnahme der Gewinnrücklage	0	0	0
Ergebnisverwendung (Vorabausschüttung)	0	0	0
Einstellung in die Gewinnrücklage	0	0	0
Bilanzgewinn	4.640	6.620	5.767

Entwicklung der Jahresergebnisse

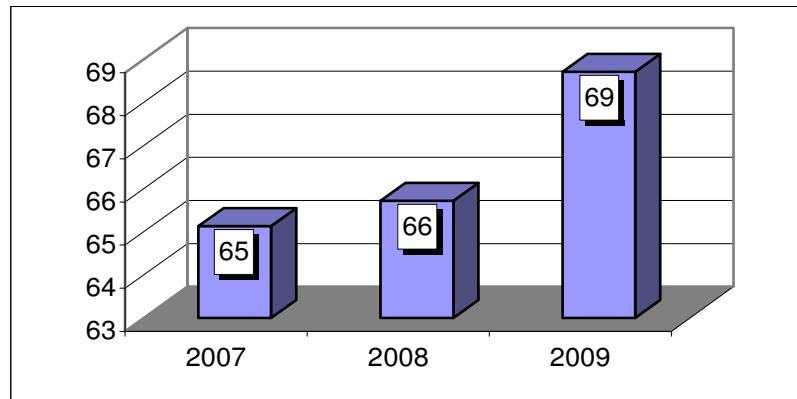
Jahr	2007	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	4.640	6.620	5.767



Kennzahlen

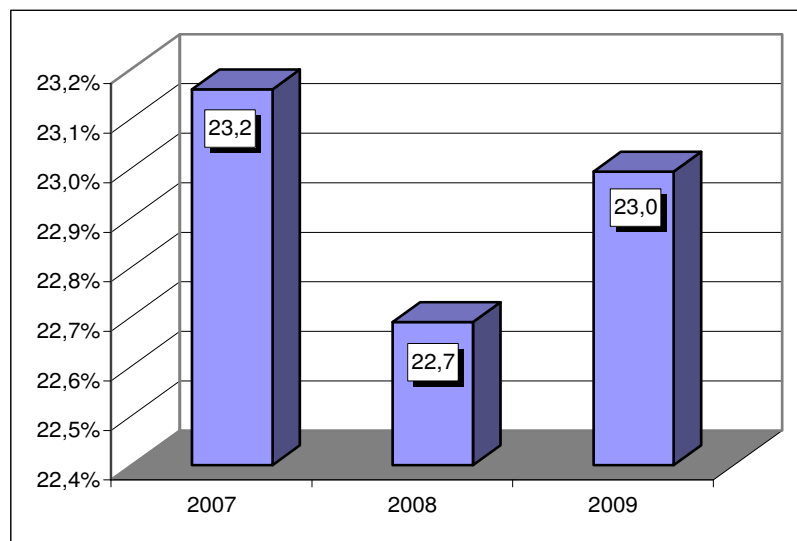
Eigenkapitalquote

Jahr	2007	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	107.493	111.736	113.483
Bilanzsumme	165.047	170.018	165.153
% EK	65	66	69



Cash-Flow

Jahr	2007	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	4.640	6.620	5.767
Abschreibungen	2.858	1.490	1.460
	7.498	8.110	7.227
Gesamterträge	32.377	35.744	31.432
Cash-Flow	23,2%	22,7%	23,0%



Lagebericht 2009

Allgemeines

Die weltweit wirkende Finanz- und Wirtschaftskrise traf mit voller Wucht auch das bergische Städtedreieck. Remscheid mit seinen Kernbranchen Maschinen- und Werkzeugbau sowie der Metallherzeugung geriet relativ spät in den Sog der Auswirkungen. Je nach Branche mussten Umsatzeinbußen in bislang nicht gekanntem Maße zwischen 20 % und nahezu 40 % verkraftet werden.

Der Arbeitsmarkt in der Region ist im Berichtsjahr von einer tiefgreifenden Kurzarbeit geprägt; die Arbeitslosenquote in Remscheid verschlechterte sich zum Jahresende gegenüber Dezember 2008 deutlich von 8,2 % auf 10,2 % und erreichte im Jahresdurchschnitt nahezu 10 %. Nach schwierigen anderthalb Jahren ist der Jahreseinstieg der bergischen Wirtschaft von einer Klimaverbesserung und Zuversicht geprägt, die ihre Grundlagen auch in der Belebung des Exportgeschäftes finden.

Die Folgen der Wirtschaftskrise sind auch für die Unternehmensgruppe nicht spurlos geblieben, wenngleich sich der Konzern Stadtwerke Remscheid im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder insgesamt behaupten konnte. Bei der EWR GmbH mussten in Folge des starken Nachfragerückgangs bei Industrie- und Gewerbekunden die Energiesparten Strom und Gas spürbare Einschnitte hinnehmen. Die Einnahmesituation und die Fahrgastzahlen im Verkehrsbetrieb unserer Gesellschaft wurden ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen. Allerdings entlasteten im Mittel geringere Treibstoffkosten die Budgets des Fahrbetriebs. Unsere Bädergesellschaft, die H₂O GmbH, konnte zwar nicht den absoluten Besucherrekord des Jahres 2008 brechen, dennoch konnte das geplante Unternehmensergebnis verbessert werden.

Der Geschäftsbetrieb der Park Service Remscheid GmbH verlief im abgelaufenen Geschäftsjahr trotz anhaltend uneinheitlicher Entwicklung im Parkverhalten der Kunden relativ unspektakulär.

Die Stadtwerke Remscheid und ihre Tochtergesellschaften haben den in ihren jeweiligen Gesellschaftsverträgen formulierten Unternehmenszielen unter Beachtung der in § 108 Absatz 2 Nr. 2 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen enthaltenen Regelungen voll und nachhaltig entsprochen.

Wirtschaftliche Lage der Stadtwerke Remscheid und im Konzern

Die Gesellschaft und die ihr angegliederten Tochter- und Beteiligungsgesellschaften weisen im Geschäftsjahr 2009 insgesamt eine stabile Entwicklung der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage auf. Die Umsatzerlöse der Stadtwerke nahmen gegenüber dem Vorjahr um rund 0,6 Mio. € ab und erreichten eine Gesamtgröße von ca. 12,4 Mio. €. Einziges operatives Geschäftsfeld ist nach wie vor der Betrieb des ÖPNV. Die Einnahmen aus der Personenbeförderung sanken trotz der VRR-Tarifpreiserhöhung zum 01.08.2009 und unter Berücksichtigung von erhaltenen bzw. zu leistenden Ausgleichszahlungen als Folge rückläufiger Fahrgastzahlen insgesamt um 5,1 % auf ca. 12,3 Mio. €. Das Fahrgastaufkommen lag mit insgesamt 18,8 Mio. Fahrgästen um mehr als 3 % unter dem Niveau des Vorjahres. Bereinigt um die Geschäftsbeziehungen im Unternehmensverbund erzielte der Konzern Stadtwerke Remscheid Gesamterlöse in Höhe von 153,4 Mio. € und damit 7,8 Mio. € oder 4,8 % weniger als im Jahr zuvor. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf die deutlich geringeren Erlöse aus dem Strom- und Gasgeschäft als Folge der konjunkturellen Auswirkungen und niedriger Gasbeschaffungskosten zurückzuführen.

Der Jahresüberschuss der Stadtwerke Remscheid sank von etwa 6,6 Mio. € des Jahres 2008 auf knapp 5,8 Mio. € im abgelaufenen Jahr 2009. Angesichts der konjunkturellen Krise sehen wir in dem gleichlautenden Konzernbilanzgewinn ein insgesamt sehr zufriedenstellendes Ergebnis für den Unternehmensverbund Stadtwerke Remscheid. Bei dem Bilanzgewinn ist bereits die Ausgleichszahlung an den Minderheitsgesellschafter der EWR, die Thüga Aktienge-

sellschaft München, in Höhe von 1,6 Mio. € berücksichtigt.

Alle Betriebszweige und Sparten waren am Erfolg beteiligt. Der Einschnitt bei der Ertragslage der EWR GmbH konnte durch geringere Betriebsaufwendungen im Verkehrsbetrieb, höheren Erträgen aus Dividenden und den übrigen Beteiligungen - beispielsweise an der AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft Wuppertal - sowie dem Verkauf der Geschäftsanteile an der Stromversorgung Pirna GmbH und Gasversorgung Pirna GmbH weitgehend kompensiert werden. Im Geschäftsjahr 2009 erwirtschaftete der Konzern einen Jahresüberschuss in Höhe von 7,9 Mio. € und damit ca. 0,2 Mio. € mehr als im Vorjahr. Er wird nach wie vor vom wirtschaftlichen Erfolg der EWR (Gewinnabführung an die Konzernmutter: 10,9 Mio. €) bestimmt, obwohl der Ergebnisbeitrag der EWR um 2,2 Mio. € geringer ausfiel als im Jahr zuvor. Aus ihm wird der auf die Thüga Aktiengesellschaft entfallene Gewinnanteil von 1,6 Mio. € finanziert. Die Erträge und Aufwendungen für Beteiligungen an assoziierten Unternehmen betrafen die AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH, Wuppertal, BEG Entsorgungsgesellschaft mbH, Remscheid, ELBA Omnibusreisen GmbH, Wuppertal, und die GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid. Diese Unternehmen werden nach der Equity-Methode (Buchwertmethode) in den Konzernabschluss einbezogen.

Die Geschäftsentwicklung unserer Versorgungstochter EWR wurde spürbar durch die konjunkturelle Lage im Wirtschaftsraum Remscheid beeinflusst. Die gesamten Umsatzerlöse sanken gegenüber dem Vorjahr um 5,7 % auf 146,6 Mio. €. Auf Energie- und Wasserlieferungen entfielen 134,7 Mio. € (- 6,1 %). Während wir beim Stromabsatz Einbußen von 11,5 % registrierten, zeigten die korrespondierenden Erlöse in Folge notwendiger Preisanpassungen aus erhöhten Beschaffungskosten ein Minus von 4,9 %. Auf der Gasseite blieben die Umsätze sogar um 9,4 % hinter dem Vorjahreswert zurück. Der stetige Abwärtstrend im Wasserverbrauch - ausgelöst durch tendenziell rückläufige Einwohnerzahlen und Einsparanstrengungen auf allen Ebenen - hielt mit 6,6 Mio. m³ im Berichtsjahr an und drückt sich in einem Rückgang von 2,1 % aus. Die Wärmeversorgung konnte sich vergleichsweise gut behaupten. Durch die Nachwirkung neuer Kunden des Vorjahres in Verbindung mit einem verhaltenen Zugewinn von Kunden im abgelaufenen Geschäftsjahr stiegen die Erlöse - korrespondierend mit der Absatzentwicklung - um 6,5 % an und erreichten 4,2 Mio. €.

Die H₂O GmbH konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr den absoluten Besucherrekord des Jahres 2008 nicht übertreffen, registrierte mit 676.000 Gäste (- 4,7 %) dennoch einen auf hohem Niveau liegenden Wert. Die Umsatzerlöse übertrafen mit 4,1 Mio. € den Vorjahreswert geringfügig um 1,4 %. Das Jahresdefizit von annähernd 3 Mio. € blieb unterhalb unserer Prognoserechnung für 2009.

Das Ergebnis unserer Tochter PSR aus allen Parkeinrichtungen und Dienstleistungen bewegte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr bei ca. - 56 T€ nach - 38 T€ im Jahr zuvor. Die erzielten Erträge entwickelten sich wieder uneinheitlich. Während die Umsätze aus Kurzparkvorgängen - sie tragen etwa 70 % zu den Erlösen bei - erneut einen Zuwachs von 3,8 % auf 633 T€ vollziehen, erleiden wir bei den Dauerparkern wiederum einen spürbaren Umsatzrückgang von rund 9 %.

Personalbereich

Zum 31.12.2009 beschäftigten die Stadtwerke Remscheid GmbH 238 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und damit rechnerisch 4 Belegschaftsmitglieder weniger als zum gleichen Stichtag des Vorjahres. Die Zahl der kostenrelevanten Vollzeitkräfte hat sich zum Jahresende - ebenfalls um 4 vermindert - auf 230 Personen eingestellt. Im Konzern waren zum Bilanzstichtag insgesamt 537 und damit 11 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weniger beschäftigt.

Zum Jahresende befanden sich 8 junge Menschen (7 i. Vj.) im Verkehrsbetrieb der Stadtwerke in einem Ausbildungsverhältnis, im Konzern waren es 24 Auszubildende. Das entspricht - auf die Belegschaftszahl zum 31.12. ohne Auszubildende und Fahrpersonal bezogen, weil in

diesem Bereich kein Ausbildungsberuf angeboten wird - einer Ausbildungsquote von fast 7 %.

Wegen des personalintensiven Fahrbetriebes sind die Personalkosten der größte Aufwandsblock in der Ergebnisrechnung der Stadtwerke Remscheid. Auf diese Kostengröße entfielen 10,6 Mio. € und damit etwa 0,1 Mio. € weniger als im Jahr 2008.

Umwelt-, Arbeitsschutz und Qualitätsmanagement

Die Aufgabenbereiche Umwelt-, Arbeitsschutz-, Qualitätsmanagement gehören unabdingbar zu einer verantwortungsvollen Unternehmenspolitik. Ein schon vor Jahren aufgebautes, integriertes Managementsystem wird zentral für alle Gesellschaften des „Konzerns Stadtwerke Remscheid“ betreut. Wesentliche Triebfedern für den kontinuierlichen Verbesserungsprozess sind dabei unsere mit sehr gutem Ergebnis verlaufenen Zertifizierungen nach DIN EN ISO 9001:2000 und 14.001. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde das Umweltmanagementsystem auf die Erneuerung der Zertifizierung nach zuvor genannter Norm vorbereitet, die im zweiten Halbjahr des Jahres 2010 durchgeführt werden soll.

Die Aufgabenbereiche des Umwelt-, Arbeitsschutz-, Qualitäts- und auch des Risikomanagements wurden bereits vor mehr als 10 Jahren zu einem integrierten Managementsystem zusammengefasst, das innerhalb des Stadtwerke-Remscheid-Konzerns zentral von der gleichnamigen Stabsstelle der EWR betreut wird.

Als wesentliches Maß für die Güte der Sicherheitsarbeit im Rahmen des Arbeitsschutzes gilt allgemein die Anzahl der Arbeitsunfälle. Bei den Stadtwerken ereigneten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr 8 meldepflichtige Arbeitsunfälle und damit 3 weniger als im Jahr zuvor. Im Konzern verzeichneten wir mit 21 sowohl meldepflichtigen als auch nicht meldepflichtigen Vorgängen eine Zunahme von 5 Unfällen gegenüber dem Vorjahr. Hingegen nahm die Anzahl der durch meldepflichtige Arbeitsunfälle verursachten Fehltag deutlich ab, und zwar von insgesamt 263 Tage im Vorjahr auf 162 Tage im Berichtszeitraum. Wir richten nach wie vor unser Augenmerk auf die Prävention.

Risiken und Chancen

Das Risikomanagement wird im Konzern unternehmensübergreifend betrachtet und behandelt. Die Risikostrategie ist darauf ausgerichtet, dass unternehmerische Entscheidungen erst nach sorgfältigem Abwägen von Chancen und Risiken getroffen werden. Das zentrale Risikofrüherkennungssystem ist integraler Bestandteil unserer Managementsysteme und wird konzernweit eingesetzt. Die mittels Softwareunterstützung erfassten Risiken werden halbjährlich durch die Risikoverantwortlichen aktualisiert, Maßnahmen zur Risikominderung werden festgelegt und vom Risikokoordinator erfasst und verwaltet. Den Aufsichtsräten wird im gleichen Rhythmus ein Sachstandsbericht zum Risikomanagement gegeben. Das Risikofrüherkennungssystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert.

Für die Stadtwerke Remscheid GmbH und den Konzern sind zum Jahreswechsel 2009/2010 insgesamt 6 Risiken (8 i. Vj.) identifiziert und bewertet worden. Für die PSR und H₂O GmbH bestehen zurzeit keine Risiken, die im Hinblick auf die mögliche Schadenshöhe oder Eintrittswahrscheinlichkeit den Vorgaben des Risikomanagements entsprechen. Von den identifizierten und bewerteten Risiken befinden sich zum Jahreswechsel alle in der Risikoklasse C. Diese Klassifizierung hat im Hinblick auf Eintrittswahrscheinlichkeit und potenzielle Schadenshöhe die geringste Bedeutung für unsere Unternehmen. Sowohl die Stadtwerke Remscheid GmbH als auch ihre Tochtergesellschaften haben keine Finanzmarktgeschäfte getätigt; insoweit drohen den Gesellschaften auch aus diesem Segment keine Risiken.

Im Allgemeinen weisen die identifizierten Risiken nur eine sehr geringe Dynamik auf. Seit Beginn des Jahres 2009 befinden wir uns bei der EWR Netz GmbH in der ersten Phase der Anreizregulierung. Die Absenkung der Entgelte haben wir der Bedeutung entsprechend klassifiziert und im Risikofrüherkennungssystem der Unternehmensgruppe ausgewiesen. Nach

dem Scheitern des Rheinisch-Bergischen Stadtwerke-Verbundes im Dezember 2008 haben wir weitere Handlungsalternativen für eine optimale Ausgestaltung des regulierten Netzbetriebes untersucht. Im Mittelpunkt der Untersuchungen standen als wesentliche Handlungsalternativen die Netzkooperation mit den Stadtwerken Solingen, der Ausbau der Netzgesellschaft auf wachsende regulatorische Anforderungen und die Reintegration der EWR Netz GmbH in die Muttergesellschaft. Darüber hinaus sehen wir für die EWR ein Chancenpotenzial im Thüga-Netzwerk. Die Beteiligung der Stadtwerke an der KOM9 GmbH & Co. KG und der damit verbundene Kauf der Thüga AG von E.ON stärkt die Ausgangsposition.

Vor dem Hintergrund des EuGH-Urteils „Altmark Trans“ aus dem Jahr 2003, mit dem die beihilferechtliche Zulässigkeit von Ausgleichszahlungen des Aufgabenträgers an Verkehrsunternehmen an bestimmte Kriterien gebunden ist, hat der Zweckverband VRR ein neu entwickeltes Finanzierungssystem beschlossen. Im Dezember 2006 hat die EU-Kommission ein förmliches Prüfverfahren gegen das Finanzierungssystem des VRR eingeleitet, aus dem für alle Beteiligten beihilferechtliche Risiken erwachsen. Das Verfahren ist derzeit noch anhängig. Das derzeitige VRR-Finanzierungssystem ist Gegenstand dieses Verfahrens.

In den Bereichen des Verkehrsbetriebes halten unsere Restrukturierungsbemühungen mit einer nachhaltigen Verbesserung der Wirtschaftlichkeit an. Die Modernisierung unseres dynamischen Fahrgastinformationssystems und konsequente Ersatzbeschaffungen für unsere Fahrzeugflotte helfen, die Attraktivität des ÖPNV in Remscheid zu steigern. Bei der Tochtergesellschaft PSR wird verstärkt der Fokus auf die Kundengruppe der Dauerparker gelegt. Weitere Akquisitionsaktivitäten beim Einzelhandel und in der Innenstadt sowie Werbeaktionen mit allen Dauerparkerkunden unterstützen diese Anstrengungen und zeigen erste hoffnungsvolle Ansätze. Die anhaltend hohe Attraktivität der Einrichtungen der H₂O GmbH, die Flexibilität, schnell auf Kundenwünsche einzugehen, wurde mit Platz 5 der führenden und schönsten Saunaanlagen in Europa honoriert. Wir verfolgen das ehrgeizige Ziel, trotz zunehmender Konkurrenzsituation im Umland, mit der ausgewiesenen Attraktivität unserer Einrichtungen, die Ertragslage der Gesellschaft stabil zu halten.

Investitionen

Im Jahr 2009 wurden bei den Stadtwerken etwa 2,2 Mio. € (1,9 Mio. € i. Vj.) in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen investiert, die ausschließlich auf den Verkehrsbetrieb – mit 1,6 Mio. € auf Ersatzfahrzeuge für die Personenbeförderung - entfallen. Darüber hinaus wurden rund 35,2 Mio. € als strategische Investition für Finanzanlagen bereitgestellt. Die Stadtwerke Remscheid erwarben mit diesen Finanzmitteln Kommanditanteile an der KOM9 GmbH & Co. KG (4,55 %), einem Konsortium von 47 Stadtwerken, über die 38,41 % der Geschäftsanteile der Thüga AG von der E.ON AG erworben wurden.

Im Konzern wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr konsolidiert insgesamt etwa 6,1 Mio. € - im Vorjahr ca. 7,7 Mio. € - für die Investitionstätigkeit in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen verausgabt. Hiervon entfielen ca. 36 % auf die Stadtwerke Remscheid, weitere 59 % auf die EWR bzw. auf Investitionen für ihre Tochter EWR Netz GmbH und etwa 5 % auf die H₂O GmbH. Die PSR verausgabte nur geringfügige, nicht näher zu erläuternde Investitionsmittel.

Ausblick

Wie im Lagebericht des letzten Geschäftsjahres befürchtet, wurde das wahre Ausmaß der Rezession erst in der zweiten Jahreshälfte 2009 erkennbar. Die IHK-Konjunkturumfrage zu Beginn des Jahres 2010 zeigt, dass die bergische Wirtschaft das tiefe Konjunkturtal, in das die Weltwirtschaftskrise sie gestürzt hat, zwar noch nicht verlassen hat, sich aber offenbar auf macht, die erreichte Talsohle langsam zu verlassen.

Die Fahrgastzahlen im Verkehrsbetrieb liegen im ersten Quartal 2010 in etwa auf dem Niveau unseres Planansatzes für diesen Zeitabschnitt, jedoch bleiben sie um 1,9 % hinter dem Ist-

Wert des Vorjahres zurück. Die Betriebserträge im ÖPNV treffen ebenfalls nicht unsere Erwartungen. Die ursprünglich zum 01.08.2010 vom Zweckverband VRR vorgesehene Tarifpreisanhebung soll entfallen und damit die Ertragssituation im Verkehrsbetrieb zusätzlich belasten.

Dass die Wirtschaftskrise noch nicht überwunden ist, zeigt ebenfalls die Entwicklung der Gästezahlen in unserem Sauna- und Badeparadies der H₂O GmbH, die derzeit nicht ganz die Ansätze unserer Wirtschaftsplanung erreichen. Nach wie vor bewegt sich das Parkiergeschäft der PSR in einem strukturell schwierigen Umfeld. Die Erlösentwicklung im ersten Quartal zeigt erste hoffnungsvolle Ansätze im Segment der Dauerparker.

Die winterlichen Verhältnisse förderten zwar in den ersten Monaten den Gas- und Wärmeabsatz der EWR GmbH, allerdings sind die Auswirkungen der Rezession im bergischen Raum und der damit verbundenen dramatisch rückläufigen Auftragslage auch beim Strom- und Gas-einsatz unserer industriellen Kunden noch nicht überwunden. Die Dynamik im Strom- und zunehmend im Gasmarkt und die damit verbundene Wechselbereitschaft der Kunden nehmen weiter zu. Im Strombereich bewegen wir uns in den ersten drei Monaten im Absatz leicht oberhalb unserer auf niedrigem Niveau getroffenen Planansätze, auf der Gasseite sorgt der lang anhaltende Winter ebenso für positive Abweichungen. Insgesamt gesehen können wir aus der Entwicklung des ersten Quartals 2010 noch keinen hinreichenden Aufschluss über den weiteren Verlauf des neuen Geschäftsjahres der Stadtwerke Remscheid und ihrer Tochterunternehmen geben.

Die im Frühjahr 2009 eingeleitete Untersuchung und Konzeption einer gemeinsamen Netzgesellschaft mit den Stadtwerken Solingen wurde im Sommer abgebrochen. Restriktive Rahmenbedingungen verhinderten eine wirtschaftliche Ausrichtung dieses angedachten Geschäftsmodells. Im Herbst 2009 wurden alternativ neue Überlegungen zur zukünftigen Ausrichtung des Netzbetriebes angestellt. Vor dem Hintergrund der für uns gesetzlich nicht notwendigen rechtlichen Entflechtung des Netzbetriebes haben wir uns unter Abwägung aller Rahmenbedingungen für die Reintegration der EWR Netz GmbH im Wege der Verschmelzung mit der Muttergesellschaft, der EWR GmbH, entschieden. Die erforderlichen Gremienbeschlüsse wurden im März 2010 gefasst, die Umsetzung wird im weiteren Jahresverlauf mit Rückwirkung auf den 01. Januar 2010 vollzogen.

Mit unserem Beteiligungsengagement am Kauf der Geschäftsanteile der Thüga AG München und damit der Rekommunalisierung des größten deutschen Stadtwerke-Netzwerkes, erwarten wir nicht nur eine Sicherung der Ertragskraft der Stadtwerke, sondern die Eröffnung eines Chancenpotenzials für die EWR im Thüga-Verbund. Daneben sehen wir in der im ersten Quartal 2010 im Verbund mit anderen Stadtwerken vollzogenen Beteiligung der EWR an der GREEN GECCO Beteiligungsgesellschaft unseren nachhaltigen Einstieg in das Geschäftsfeld der regenerativen Energieerzeugung, das perspektivisch ausgebaut werden soll.

Zusammengefasst kann festgestellt werden, dass zwar in Teilbereichen noch „Eintrübungen“ in der geschäftlichen Entwicklung auszumachen sind, trotzdem der bisherige gesamtwirtschaftliche Geschäftsverlauf des Jahres 2010 im Konzern zufrieden stellt und derzeit auf eine insgesamt planmäßige Entwicklung schließen lässt.

Remscheid, 14.05.2010

gez. Prof. Dr. Hoffmann
Geschäftsführung

3.2 GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid

Allgemeine Unternehmensdaten

GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid
 Hochstraße 1-3
 42853 Remscheid
 Tel. 02191/4644-0

Gründungsjahr: 1918

Aktionäre	Aktien	Gezeichnetes Kapital	
		in €	in %
Stadt Remscheid	34.602	1.771.562,09	50,26
Stadtwerke Remscheid GmbH	23.373	1.196,656,86	33,95
9 Industrie- und Handelsfirmen	6.239	319.425,92	9,06
13 Privatpersonen	4.636	237.355,13	6,73
<u>Gesamt</u>	<u>68.850</u>	<u>3.525.000,00</u>	<u>100,00</u>

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Gesellschaften	Stammkapital	
	in €	in %
WRW Wohnungswirtschaftliche Treuhand	1.089.480,00	0,83
Rheinland-Westfalen GmbH		

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand und Zweck der Gesellschaft sind satzungsmäßig insbesondere die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen.

Organe der Gesellschaft

Vorstand:

Hans-Jürgen Behrendt, Betriebswirt

Aufsichtsrat:

Lothar Sill, Vorsitzender	Ratsmitglied / SB	
Rosmarie Stipekohl, stellvertr. Vorsitzende	Ratsmitglied	
Luigi Costanzo	Ratsmitglied	
Gabriele Eschbach		
Georg Famulla		
Monika Hein	Bürgermeisterin	
Fritz Heuser	Ratsmitglied	bis 10.04.2009
Prof. Dr. Thomas Hoffmann		
Kai Kaltwasser	Ratsmitglied	ab 07.05.2009
Markus Kötter	Ratsmitglied / SB	
Dipl. Betriebswirt Peter Krack		
Uwe Manthei		
Andreas Martin		
Jochen Seidel		
Beate Wilding	Oberbürgermeisterin	
Sven Wolf	Ratsmitglied	

Hauptversammlung:

Vertreterin der Stadt Remscheid in der Hauptversammlung war lt. Ratsbeschluss Frau Barbara Wagner.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Bürgschaftsverpflichtung per 31.12.2009 T€ 1.030,8

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2007	2008	2009
	€	€	€
Dividende	80.222,70	75.728,21	75.728,21
Depotgebühren	1.175,97	1.206,39	1.206,39

Anzahl der Beschäftigten (durchschnittlich beschäftigte Arbeitnehmer/-innen)

Geschäftsbereich	2007		2008		2009	
	Vollzeit	Teilzeit	Vollzeit	Teilzeit	Vollzeit	Teilzeit
Kaufmännischer Bereich	22,75	7	22	7	22	5
Technischer Bereich	10	3	10	3	10	3
Gesamt	32,75	10	32	10	32	8
Auszubildende	2		2		3	

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Bewirtschafteter Bestand -Anzahl-	2007	2008	2009
Häuser	1.170	1.144	1.137
Wohnungen	6.724	6.526	6.541
Gewerbliche Einheiten	90	90	93
Garagen	493	471	471
Einstellplätze	1.305	1.321	1.343
gesamt jeweils per 31.12.	9.782	9.552	9.585

Grundbesitz -in qm-	2007	2008	2009
Bebaute Grundst. inkl. Erbbaurechte	887.271	859.262	863.560
In Bebauung befindliche Grundstücke	6.005	6.005	0
Unbebaute Grundstücke	60.115	60.115	60.115
gesamt jeweils per 31.12.	953.391	925.382	923.675

Bilanzstruktur -im 3-Jahresvergleich-

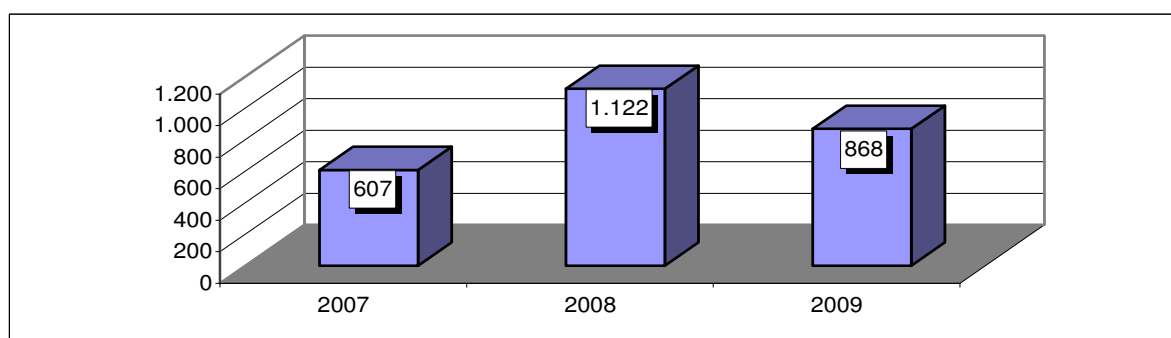
Jahr	2007		2008		2009	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	27	0,01	23	0,01	20	0,01
Sachanlagen	176.457	90,53	178.968	89,13	182.405	89,88
Finanzanlagen	8	0,00	8	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	176.492	90,55	178.999	89,15	182.425	89,89
Z. Verkauf best. Grundstücke u.a. Vorräte	8.684	4,46	10.751	5,35	10.334	5,09
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	654	0,34	490	0,24	764	0,38
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel und Bausparguthaben	8.970	4,60	10.436	5,20	9.297	4,58
Umlaufvermögen	18.308	9,39	21.677	10,80	20.395	10,05
Rechnungsabgrenzungsposten	112	0,06	119	0,06	115	0,06
Aktiva	194.912	100,00	200.795	100,00	202.935	100,00
Gezeichnetes Kapital	3.525	1,81	3.525	1,76	3.525	1,74
Kapitalrücklage	826	0,42	826	0,41	826	0,41
Gewinnrücklagen	34.942	17,93	35.627	17,74	36.444	17,96
Jahresüberschuss(+)	607	0,31	1.122	0,56	868	0,43
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Einstellung in(-)/Entnahme aus Rücklagen(+)	-303	-0,16	-561	-0,28	-434	-0,21
Eigenkapital	39.597	20,32	40.539	20,19	41.229	20,32
Rückstellungen	1.366	0,70	1.597	0,80	1.535	0,76
Verbindlichkeiten	153.949	78,98	158.659	79,02	160.171	78,93
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	194.912	100,00	200.795	100,00	202.935	100,00

Gewinn- und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich-

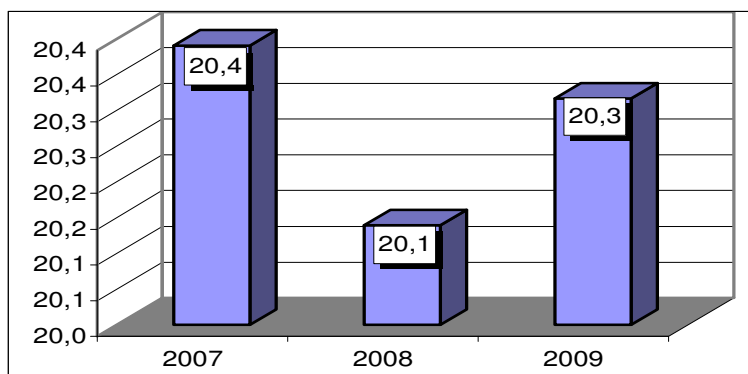
Jahr	2007	2008	2009
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	31.827	31.890	34.163
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	494	2.037	-438
Andere aktivierte Eigenleistungen	262	411	364
Sonstige betriebliche Erträge	740	2.097	734
Erträge aus Beteiligungen	1	1	0
Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	368	290	170
Erträge	33.692	36.726	34.993
Aufwend. f. bezogene Lieferungen u. Leistungen	17.871	20.176	18.878
Personalaufwand	2.557	2.561	2.632
Abschreibungen	5.217	5.707	5.395
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.109	1.169	1.196
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.242	4.944	4.987
Aufwendungen	31.996	34.557	33.088
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.696	2.169	1.905
Steuern vom Einkommen und Ertrag	81	81	81
Sonstige Steuern	1.008	966	956
Jahresüberschuss (+)	607	1.122	868
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0
Entnahmen aus Gewinnrücklagen	0	0	0
Einstellungen in Gewinnrücklagen	303	561	434
Bilanzgewinn	304	561	434

Entwicklung der Jahresergebnisse

Jahr	2007	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	607	1.122	868

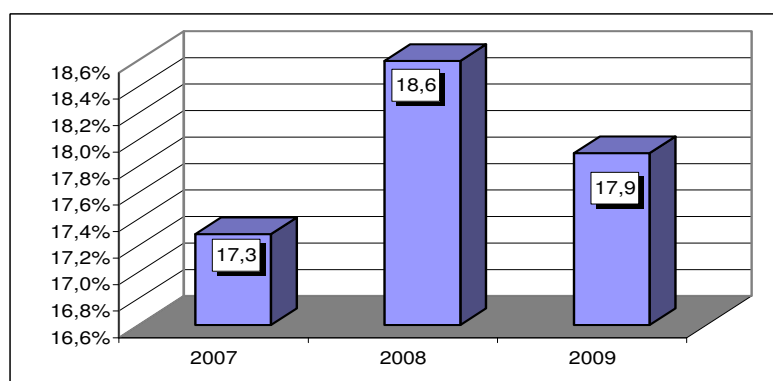
**Kennzahlen****Eigenkapital-Quote**

Jahr	2007	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	39.597	40.439	41.229
Bilanzsumme	194.192	200.795	202.935
% EK	20,4	20,1	20,3



Cash-Flow

Jahr	2007	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	607	1.122	868
Abschreibungen	5.217	5.707	5.395
	5824	6829	6263
Gesamterträge	33.692	36.726	34.993
Cash-Flow	17,3%	18,6%	17,9%



Lagebericht 2009

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

1.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Der weltweite Konjunkturerinbruch im Jahr 2008 führte auch im Frühjahr 2009 in den meisten Industrieländern zu einem weiteren massiven Rückgang des Bruttoinlandproduktes. Wirtschaftspolitische Stützungsmaßnahmen durch eine expansive Geldmengenpolitik und finanzpolitische Programme entfalteten jedoch im Jahresverlauf eine positive Wirkung. Ende 2009 gingen Experten davon aus, dass der Tiefpunkt der weltwirtschaftlichen Rezession überschritten sei.

Insgesamt war aufgrund des katastrophalen Jahresbeginns und der nur langsamen Stabilisierung der internationalen Konjunktur die Wirtschaftsleistung in den europäischen Ländern im Jahr 2009 mit 3,9 Prozent so deutlich geschrumpft wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

Das Abklingen der internationalen Finanzkrise und milliardenschwere Konjunkturpakete lassen für 2010 mit einer fortgesetzten Verbesserungstendenz, allerdings bei einer sehr verhaltenen Erholung, rechnen.

In Deutschland hatte der weltwirtschaftliche Abschwung zu einem schweren Einbruch bei Exporten und Investitionen geführt, der das Bruttoinlandsprodukt um 5,0 Prozent massiv sinken ließ. Konjunktur stützend haben sich lediglich der private Konsum sowie die Konsumausgaben des Staates und staatliche Wirtschaftsförderungsprogramme ausgewirkt.

Infolge der starken Rezession ist nach einem moderaten Anstieg der Arbeitslosenzahl in 2009 im Verlauf des Jahres 2010 mit einem deutlicherem Beschäftigungsrückgang zu rechnen. Ebenso wird eine Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen durch restriktivere Kreditvergaben erwartet.

Entscheidend für die Dauer der Rezession sowie ein Einsetzen des Aufschwungs wird das weltwirtschaftliche Konjunkturmilieu sein. Ein Anstieg des realen Bruttoinlandsproduktes in 2010 um 1,5 Prozent sei nicht ausgeschlossen, meinen Prognostiker.

Wohnungswirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das deutsche Bauhauptgewerbe kann in 2009 auf eine bessere Entwicklung als die meisten anderen Branchen des produzierenden Gewerbes hinweisen, doch auch hier war der Jahresumsatz gesunken, und zwar um 4,0 Prozent. Der öffentliche Bau war mit einem Plus von 3,6 Prozent die wichtigste Stütze der Baukonjunktur, während der Wirtschaftsbau um 9,0 Prozent zurückging. Etwas robuster zeigte sich der Wohnungsbau, der um 4,8 Prozent unter dem Vorjahresergebnis lag. Insgesamt haben die Konjunkturpakete den Einbruch spürbar gemildert. Die Zahl der Beschäftigten ist im Jahresdurchschnitt geringfügig auf 705.000 Personen zurückgegangen.

Der Wohnungsneubau hat in Deutschland einen historischen Tiefststand erreicht. Inzwischen entfallen im Wohnungsbau fast 80,0 Prozent auf Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen, die durch das erste Konjunkturpaket der Bundesregierung gestützt werden. Auch zukünftig wird das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm für zusätzliche Nachfrage nach Handwerker- und Industrieleistungen sorgen.

Das zweite Konjunkturprogramm zielte vorrangig auf öffentliche Bauvorhaben ab, wodurch dieser Sektor auch in kommenden Jahren spürbar wachsen wird. Allerdings wurden eigene Bauprogramme drastisch zurückgefahren, was den Anstieg schmälert.

Hoffnung verbreitete auch die Nachricht erstmals seit 2006 wieder gestiegener Baugenehmigungszahlen. In Deutschland wurde in 2009 der Bau von rd.178.000 Wohnungen genehmigt, das entspricht einem Zuwachs von 1,9 Prozent zum Vorjahr. Rund 154.100 Einheiten (+ 4,0 Prozent) entfielen davon auf Neubauwohnungen in Wohngebäuden. Die Zunahme der Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern fiel mit 2,1 bzw. 1,6 Prozent deutlich geringer aus.

Die Wohnungsnachfrage wird trotz rückläufiger Bevölkerungszahlen in Deutschland insgesamt weiter ansteigen, wobei dieses Wachstum in erster Linie auf die Zunahme der Ein- und Zweipersonenhaushalte zurückzuführen sein wird. Neben der allgemeinen Konjunktur und der demographischen Entwicklung prägen regionale Einflussfaktoren die Rahmenbedingungen, die sich im Nachfrageverhalten widerspiegeln. Der Wohnungsmarkt in der Region Bergisches Land, in der die Gesellschaft überwiegend tätig ist, war im letzten Jahr durch einen Angebotsüberhang gekennzeichnet. Aufgrund der geringen Bautätigkeit der vergangenen Jahre ist jedoch das Wohnungsangebot zum Teil qualitativ unzureichend.

Der Anstieg der Nettokaltmieten für Wohnungen hat sich im Bundesdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr verlangsamt. Während er sich in 2008 um 1,3 Prozent erhöhte, waren es in 2009 nur 1,1 Prozent. Allerdings sind die Mieten in den Ballungsräumen stärker gestiegen als der angegebene Durchschnittswert.

Geschäftsergebnis

Die Gesellschaft erwirtschaftete einen Jahresüberschuss in Höhe von T€ 868,1. Zu Einzelheiten wird auf die Ausführungen zur Ertragslage verwiesen.

Bestandsbewirtschaftung

Am 31.12.2009 verfügte das Unternehmen über 1.137 Häuser mit 6.541 Wohneinheiten, 93 gewerbliche Immobilien sowie 471 Garagen und 1.343 Stellplätzen auf einem Grundbesitz von 924.226 qm.

Die Immobilien, die eine Wohn- und Nutzfläche von insgesamt 444.891 qm haben, befinden sich zu 87 Prozent in Remscheid und der verbleibende Teil in den Städten Radevormwald, Wermelskirchen, Burscheid, Leverkusen und Erkrath-Hochdahl.

Im Berichtsjahr fanden 689 Mieterwechsel statt, das entspricht einer Fluktuationsquote von 10,5 % bezogen auf die Jahresdurchschnittszahl der Wohnungen. Die durchschnittliche monatliche Kaltmiete stieg im Vergleich zum Vorjahr um € 0,04 auf € 4,61 je qm Wohn- und Nutzfläche.

Ankauf und Verkäufe des Anlagevermögens

Aus dem Bestand wurden im Berichtsjahr 4 Häuser mit insgesamt 7 Wohneinheiten mit einem Buchgewinn in Höhe von T€ 259 veräußert.

Zur Neuerrichtung einer innerstädtischen Wohnanlage ist ein am vorhandenen eigenen Grundstück angrenzendes bebautes Areal mit einer Fläche von 416 qm erworben worden.

Bestandserhaltung sowie Einzelmodernisierungen

Für Instandhaltungsmaßnahmen und Einzelmodernisierungen wurden zuzüglich verrechneter Personal- und Sachaufwendungen T€ 8.197 aufgewandt. Das entspricht € 18,42 (Vorjahr: € 21,02) je qm Wohn- und Nutzfläche.

Neubautätigkeit und Modernisierungen

Der Ende 2007 begonnene Bau einer Wohnanlage für Senioren in Remscheid-Lennep wurde im Sommer 2009 fertig gestellt. Das kalkulierte Investitionsvolumen für 63 Zweiraumwohnungen, 3 Wohngruppen mit jeweils 8 Apartments, einen Gemeinschaftsraum, zwei Aufenthaltsräumen, eine Gewerbeeinheit und 40 Stellplätze in Höhe von T€ 9.171 ist noch nicht vollständig geflossen, weil noch 15 Stellplätze zu errichten sind.

Im selben Wohnquartier erweiterte die Gesellschaft mit T€ 33 das Stellplatzangebot um 18 Einheiten.

Im innerstädtischen Bereich ist der Neubau von 5 Häusern mit insgesamt 58 Wohnungen und 44 Stellplätzen für insgesamt T€ 8.463 geplant.

Eine mehrjährig dauernde Modernisierungsmaßnahme mit 10 Häusern und 111 Wohneinheiten in der Remscheider Innenstadt konnte im Geschäftsjahr 2009 mit einem Gesamtinvestitionsvolumen in Höhe von T€ 5.955 abgerechnet werden.

Das Modernisierungsprogramm der Gesellschaft, das im Wesentlichen energetische Maßnahmen, die Elektro- und Sanitäransanierung sowie Grundrissveränderungen vorsieht, führte des Weiteren auch zum Abschluss einer Umbaumaßnahme mit 18 Wohnungen. In 11 Häusern mit 166 Wohnungen und einer Gewerbeeinheit wurde mit der Durchführung einer energetischen Gebäudesanierung mit voraussichtlichen Kosten in Höhe von T€ 3.088 begonnen.

Weitere Maßnahmen mit einem Modernisierungsvolumen in Höhe von T€ 5.968 sind in 257 Wohneinheiten in 30 Häusern geplant.

Betreuungstätigkeit

Die Gesellschaft verwaltete am 31.12.2009 für Dritte 575 Wohnungen, 27 Gewerbeeinheiten, 42 Garagenplätze und 2 Sammelgaragen mit 39 Stellplätzen.

Erschließungs- und Verkaufsmaßnahmen

Im September 2009 ist eine Verkaufsmaßnahme mit 8 barrierefreien Wohnungen und einer Tiefgarage bezugsfertig geworden, von denen 5 Einheiten zum Jahresende veräußert waren. Die Gesamtkosten werden sich auf T€ 1.470 belaufen.

Daneben verfügt die Gesellschaft im innerstädtischen Bereich über unbebaute und bebaute Grundstücke, wovon eins in 2009 weiter entwickelt worden ist, das die Errichtung von 32 Doppel Einfamilienhäusern möglich macht.

Personalwesen

Am 31.12.2009 waren bei der Gesellschaft 33 Vollzeit- und 7 Teilzeitkräfte, 3 Auszubildende und 18 geringfügig Beschäftigte tätig.

1.2 Finanzielle Leistungsindikatoren

Die für die Gesellschaft bedeutsamen finanziellen Leistungsindikatoren haben sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt entwickelt:

		<u>2009</u>	<u>2008</u>
Eigenkapitalquote	%	20,2	20,1
Eigenkapitalrentabilität	%	2,3	3,0
Cashflow	T€	6.238	6.891
Durchschnittliche Wohnungsmiete	€/qm/mtl.	4,61	4,57
Instandhaltungskosten	€/qm	17,82	20,33
Fluktuationsquote	%	10,5	10,4
Leerstandsquote	%	12,2	11,3
davon maßnahmenbedingt	%	3,2	3,8

2. Darstellung der Lage

2.1 Ertragslage

Im Geschäftsjahr wurde gegenüber dem Vorjahr ein um T€ 254 verminderter Jahresüberschuss in Höhe von T€ 868 erwirtschaftet, der im Wesentlichen aus dem Hausbewirtschaftungsergebnis einschl. Wärmelieferung an Dritte resultiert.

Im Bereich der Hausbewirtschaftung einschließlich Wärmelieferung für Dritte wurde ein positives Ergebnis in Höhe von T€ 704 erzielt, das hauptsächlich auf gesunkene Instandhaltungsaufwendungen und Betriebskosten einschließlich Grundsteuer, denen gestiegene Sollmieten abzüglich Erlösschmälerungen und Umlagen einschließlich Bestandsveränderungen sowie erhöhte Zinsaufwendungen gegenüberstehen, zurückzuführen ist.

Der ausgeglichene Leistungsbereich Betreuungstätigkeit und andere Lieferungen und Leistungen setzte sich aus den Sparten Verwaltungsbetreuung und Bereitstellung von Gemeinschaftsantennen und Heizungsanlagen für Dritte zusammen.

Durch die Aktivierung von Eigenleistungen im Rahmen der Neubau- und Modernisierungsaktivitäten konnte das Ergebnis der Bautätigkeit im Anlagevermögen wie im Vorjahr ausgeglichen dargestellt werden.

Durch Veräußerung von Verkaufsgrundstücken entstand ein positives Ergebnis in Höhe von T€ 23.

Das positive Ergebnis der sonstigen betrieblichen Geschäftsvorfälle in Höhe von 5 T€ war insbesondere durch Beratungsgebühren und Digitalisierungskosten des Immobilienbestandes belastet, denen Erträge aus Teilschuldenerlass gegenüberstanden.

Das Beteiligungs- und Finanzergebnis verringerte sich aufgrund der allgemeinen Kapitalmarktlage auf T€ 141.

Das neutrale Ergebnis in Höhe von T€ 76 war gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen geprägt durch geminderte Erträge aus Anlageverkäufen, denen außerplanmäßige Abschreibungen auf Wohnbauten und erhöhte Abbruchkosten gegenüberstanden.

Das Aufkommen für Steuern vom Einkommen und Ertrag blieb mit T€ 81 gegenüber dem Vorjahr unverändert.

2.2 Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme hat sich in 2009 um T€ 2.140 auf T€ 202.935 erhöht. Im Saldo stieg das langfristige Anlagevermögen auf T€ 182.425. Dabei standen einem Investitionsvolumen in Höhe von T€ 8.953 ein Abschreibungsaufwand von T€ 5.395, Abgänge wegen Verkauf von T€ 115 und eine Beteiligungsabschreibung wegen Insolvenz in Höhe von T€ 8 gegenüber. Die langfristigen Forderungen und Rechnungsabgrenzungsposten erhöhten sich um T€ 122 auf T€ 241. Die Anlageintensität, die das Verhältnis von Anlagevermögen zur Bilanzsumme widerspiegelt, beträgt 89,9 %.

Das Umlaufvermögen ist durch den Abgang von Herstellungskosten für Verkaufsgrundstücke wegen Veräußerung, die Abnahme unfertiger Leistungen aus Betriebs- und Heizkosten und den Abfluss liquider Mittel sowie die Erhöhung von Forderungen im Saldo um T€ 1.409 auf T€ 20.269 gesunken.

Das Eigenkapital hat sich um T€ 689 auf T€ 41.050 erhöht und führt zu einer Eigenkapitalquote von 20,2 % (Vorjahr 20,1 %). Mit T€ 148.739 wird das langfristige Fremdkapital um T€ 2.371 höher gegenüber dem Vorjahr ausgewiesen. Dies ergibt eine Fremdkapitalquote von 73,3 % (Vorjahr 72,9 %). Die langfristige Dauerfinanzierung von insgesamt T€ 147.503 beträgt 72,7 % (Vorjahr 72,3 %) des Gesamtkapitals.

Der kurzfristige Bereich hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 920 auf T€ 13.146 verringert und beträgt 6,5 % (Vorjahr 7,0 %) der Bilanzsumme.

Die Ermittlung der Finanzlage der Gesellschaft zum Bilanzstichtag zeigt, dass die langfristig angelegten Vermögenswerte durch Eigenmittel und langfristige Verbindlichkeiten, im Wesentlichen sind dies Dauerfinanzierungsmittel, finanziert sind. Es ergibt sich per Saldo eine Überdeckung in Höhe von T€ 7.129, die zur Stichtagsliquidität in Höhe von T€ 6.579 zur Verfügung steht.

Im Geschäftsjahr wurde ein Cashflow in Höhe von T€ 6.238 erzielt.

Die Vermögens- und die Finanzlage ist geordnet. Die Zahlungsbereitschaft ist aufgrund der Ermittlung des erwarteten geldrechnungsmäßigen Zuflusses und des voraussichtlichen Jahresergebnisses für das Geschäftsjahr 2010 gesichert.

3. Nachtragsbericht

Nach Ablauf des Jahres 2009 sind keine weiteren Ereignisse eingetreten, die für die Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung sind und zu einer veränderten Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens führen.

4. Risikobericht

4.1 KonTraG

Das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich, das unter anderem die Einführung eines angemessenen Risikomanagements- und Überwachungssystems zur Früherkennung bestandsgefährdender Risiken verlangt, kommt bei der Gesellschaft zur Anwendung.

Die vorhandenen Controlling- und Steuerungsinstrumente sowie das interne Kontrollsystem der Gesellschaft ermöglichen den Fortbestand der Gesellschaft potentiell gefährdender Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und notwendige Maßnahmen zu deren Bewältigung abzuleiten. Dies geschieht durch Erfassung aller Vorgänge sowie die kontinuierliche Betrachtung und Analyse der Unternehmensbereiche.

Diese Steuerungs- und Kontrollsysteme werden ergänzt durch Dienstanweisungen und Richtlinien, den Einsatz bewährter und zertifizierter Software, die permanente Schulung des eingesetzten Personals sowie durch systematische und zielgerichtete Prüfungen im Rahmen der externen Revision.

Im Intranet der Gesellschaft ist ein Online-Handbuch eingestellt, das unter anderem Regelungen der Verantwortlichkeiten, Grundlagen zur Bearbeitung der Routineprozesse, Aussagen zu den Abläufen des Risikomanagements sowie unternehmens- und abteilungsspezifische Richtlinien beinhaltet. Das Regelwerk ist bindend für alle Beschäftigten und wird laufend aktualisiert.

4.2 Risiken der künftigen Entwicklung

Die erkennbaren Risiken sind in der mittelfristigen Wirtschaftsplanung entsprechend berücksichtigt und stellen sich nicht als bestandsgefährdend dar. Danach ist die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gesichert. Die zunehmende Arbeitslosigkeit führt, bedingt durch die anhaltende Wirtschafts- und Finanzkrise, in Deutschland weiterhin zu Problemen bei der Zahlungsfähigkeit der Mieter. Der demografische Wandel und Abwanderungstendenzen aufgrund mangelnder Arbeit werden auch in den nächsten Jahren zu einer Belastung der Ertragslage durch insgesamt hohe Erlösschmälerungen führen.

Die im Rahmen der Privatisierung von Bestandsimmobilien geplanten Umsätze erscheinen realistisch, könnten aber bei einem Anstieg der Kapitalmarktzinsen und in Folge erschwerter Kreditvergaben auch eine rückläufige Entwicklung nehmen.

4.3 Chancen der künftigen Entwicklung

Der Anteil an relativ preisgünstigen und bezahlbaren Wohnungen nimmt mittelfristig eine entscheidende Rolle bei der Wohnungsnachfrage in der Region ein. Da sich das Unternehmen als erfahrener und leistungsstarker Partner in der Wohnungswirtschaft überwiegend in diesem Marktsegment bewegt und kontinuierlich seine Bestände durch Investitionen in die Qualität weiterentwickelt, verspricht es sich langfristigen Erfolg auf einem zunehmend umkämpften Wohnungsmarkt.

Da die durchgeführten Modernisierungen und Großinstandhaltungsmaßnahmen im eigenen Wohnungsbestand auf durchgehend positive Resonanz gestoßen sind, wird die GEWAG dies als Schwerpunkt ihrer Aufgaben auch in den nächsten Jahren vorantreiben und damit eine nachhaltige Vermietbarkeit schaffen.

Die Gesellschaft beabsichtigt das Bauträgergeschäft in ausgesuchten Lagen und in begrenzten Stückzahlen auf eigenen Grundstücken bei entsprechender Nachfrage durchzuführen.

4.4 Finanzinstrumente

Besondere Finanzinstrumente und insbesondere Sicherungsgeschäfte sind nicht zu verzeichnen. Bei den zur Finanzierung des Anlagevermögens aufgenommenen langfristigen Fremdmitteln handelt es sich um Annuitätendarlehen. Auf Grund steigender Tilgungsanteile und im Zeitablauf relativ gleich verteilter Zinsbindungsfristen sind damit ebenso Risiken wie Chancen verbunden. Die Zinsentwicklung wird mit den im Absatz „KonTraG“ genannten Instrumenten beobachtet. Gegebenenfalls werden zur Sicherung günstiger Finanzierungskonditionen Prolongationen im Voraus abgeschlossen (Forward-Darlehen).

Freie Liquidität wird auch zur erhöhten Tilgung von Darlehen eingesetzt. Von Terminoptions- oder Swapgeschäften wird unter Risikoaspekten kein Gebrauch gemacht.

5. Prognosebericht

Die Gesellschaft erwartet an den vertretenen Immobilienstandorten mit Ausnahme der wirtschaftlichen Wachstumsregionen auch zukünftig einen entspannten Wohnungsmarkt. Deshalb wird die Gesellschaft die bisherige strategische Ausrichtung bei Bestandsimmobilien

beibehalten und Investitionen ausschließlich dort tätigen, wo lagebedingt nachhaltiges Interesse auf Anmietung bestehen wird.

Die im Rahmen der Portfolioanalyse untersuchten Bestände werden entsprechend ihrer unterschiedlichen Marktfähigkeit und im Hinblick auf Zukunftssicherung, Investitionsbedarf und Identifikation von Risiken und Chancen fortwährend einer intensiven Kritik unterzogen. Für die Gesellschaft bedeutet dies sowohl die Optimierung von Immobilien, insbesondere zur Erhöhung der Qualität und zur Herstellung einer barrierefreien und behindertengerechten Nutzung, als auch den Verkauf im Rahmen der Privatisierung zur Stabilisierung von Wohnquartieren bzw. zur Liquiditätsverbesserung oder den Abriss nicht renditefähiger Altbauten.

6. Berichterstattung zur öffentlichen Zwecksetzung

Die Gesellschaft ist im Berichtsjahr ihren satzungsmäßigen Aufgaben, vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung sicherzustellen, nachgekommen. Daneben übernimmt sie Aufgaben der Sanierung, Erneuerung und Entwicklung von Wohn- und Gewerbegebieten sowie die Schaffung von Wohnraum im Rahmen von Eigentumsobjekten. Die Geschäfte der Gesellschaft werden im Sinne der jeweils gültigen Satzung und nach dem Aktiengesetz geführt.

7. Abhängigkeitsbericht nach § 312 AktG

Die Stadtgemeinde Remscheid hält 50,3 % der Aktien der Gesellschaft. Mit Urteil vom 13.10.1977 hat der Bundesgerichtshof entschieden, dass Körperschaften des öffentlichen Rechts Unternehmen im Sinne von § 312 AktG sein können. Der Vorstand hat deshalb einen Bericht über Beziehungen zur Stadtgemeinde Remscheid und den damit verbundenen Unternehmen erstellt und diesen zur Überprüfung vorgelegt.

Der Abhängigkeitsbericht enthält folgende Schlusserklärung:

Wir erklären hiermit, dass bei jedem der in diesem Bericht aufgeführten Rechtsgeschäfte unsere Gesellschaft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Dieser Beurteilung liegen die Umstände zugrunde, die im Zeitpunkt des Abschlusses der Rechtsgeschäfte bekannt waren. Weitere berichtspflichtige Maßnahmen haben im Berichtsjahr nicht vorgelegen. Es sind auch keine Rechtsgeschäfte mit Fremden auf Veranlassung oder im Interesse der Stadtgemeinde Remscheid vorgenommen worden.

Remscheid, im März 2010

GEWAG

Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid

gez. Vorstand

3.3 Bergische Symphoniker -Orchester der Städte Remscheid und Solingen GmbH -

Allgemeine Unternehmensdaten

Bergische Symphoniker – Orchester der Städte Remscheid und Solingen GmbH –
Konrad-Adenauer-Straße 72-74
42651 Solingen
Tel. 0212/280184

Gründungsjahr: 1995

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	12.782,30	50,00
Stadt Solingen	12.782,29	50,00
<u>Gesamt</u>	<u>25.564,59</u>	<u>100,00</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist unmittelbar und ausschließlich die Pflege und Förderung der Kunstgattungen Konzerte, Oper, Operette, Musical, Bühnentanz, Schulkonzerte und Schulmusiken sowie die Zusammenarbeit mit ortsansässigen Chören.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern, insbesondere zur Zusammenarbeit mit vergleichbaren Unternehmen und Einrichtungen im Rahmen eines Systems kommunaler Kultur- und Bildungsarbeit.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Stefan Schreiner

Gesellschafterversammlung:

Mitglieder in der 13. Wahlperiode des Rates:

Beate Wilding, Vorsitzende	Oberbürgermeisterin	Stadt Remscheid
Franz Haug, stellvertr. Vorsitzender	Oberbürgermeister	Stadt Solingen
Hans-Werner Gabriel		Stadt Solingen
Marianne Göllner		Stadt Solingen
Dr. Peter Kubersky	Ratsmitglied	Stadt Solingen
Herr Ulrich Müller	Ratsmitglied	Stadt Solingen
Gudrun Wüsthoff	Ratsmitglied	Stadt Solingen
Karl-Heinz Humpert	Ratsmitglied	Stadt Remscheid
Christiane Stein-Hausmann	Ratsmitglied	Stadt Remscheid
Monika Hein	Bürgermeisterin	Stadt Remscheid
Phillip Wallutat	Ratsmitglied	Stadt Remscheid
Sven Wolf	Ratsmitglied	Stadt Remscheid

Mitglieder in der 14. Wahlperiode des Rates:

Beate Wilding, Vorsitzende	Oberbürgermeisterin	Stadt Remscheid
Norbert Feith, stellvertr. Vorsitzender	Oberbürgermeister	Stadt Solingen
Achim Burski		Stadt Solingen
Reiner Daams		Stadt Solingen
Hans-Werner Gabriel		Stadt Solingen
Monika Hein	Bürgermeisterin	Stadt Remscheid
Karl-Heinz Humpert	Ratsmitglied	Stadt Remscheid
Thomas Kase	Ratsmitglied	Stadt Remscheid
Elfriede Korff	Ratsmitglied	Stadt Remscheid
Rainer Villwock	Ratsmitglied	Stadt Solingen
Phillip Wallutat	Ratsmitglied	Stadt Remscheid
Dr. Kay Zerlin	Ratsmitglied	Stadt Solingen

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Die Gesellschafterversammlung kann gem. § 12 des Gesellschaftsvertrages beschließen, von den Gesellschaftern Nachschüsse bis zu einem Gesamtbetrag von € 153.387,56 je Geschäftsjahr einzufordern. Die Nachschüsse sind von den Gesellschaftern nach dem Verhältnis Ihrer Geschäftsanteile zu zahlen. Die Nachschussverpflichtung der Stadt ist demnach auf € 76.693,78 jährlich begrenzt.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2007	2008	2009
	€	€	€
Betriebskostenzuschuss	1.643.214,12	1.779.580,25	1.762.014,12

Anzahl der Beschäftigten

Geschäftsjahr	2006/2007	2007/2008	2008/2009
Angestellte insgesamt	80,5	80,5	81

Wirtschaftliche Unternehmensdaten

Leistungsdaten des Unternehmens

Konzertart	2006/2007	2007/2008	2008/2009
Hauptkonzerte	22	20	18
davon in Remscheid	11	10	9
davon in Solingen	11	10	9
Sonderkonzerte	29	26	27
davon in Remscheid	17	13	14
davon in Solingen	12	13	13
Musiktheater	34	35	34
davon in Remscheid	17	19	17
davon in Solingen	17	16	17
Schulkonzerte	22	24	24
davon in Remscheid	10	11	11
davon in Solingen	12	13	13
Vermietungen	53	56	58
Gesamt	160	161	161
davon in Remscheid	55	53	51
davon in Solingen	52	52	52
davon bei Dritten	53	56	56

Schulmusiken (Dienste)	436	409	375
davon in Remscheid	327	211	242
davon in Solingen	109	198	133

Bilanzstruktur –im 3-Jahresvergleich-

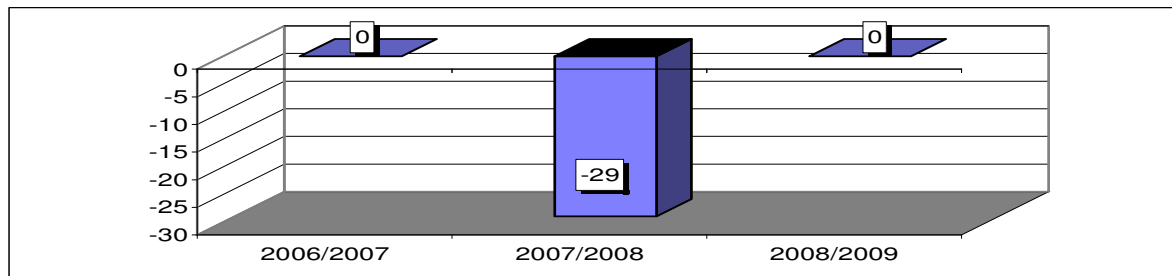
Jahr Bilanz-Position	2006/2007		2007/2008		2008/2009	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	6	2,10	4	0,96	3	0,48
Sachanlagen	80	27,97	74	17,70	70	11,11
Finanzanlage	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	86	30,07	78	18,66	73	11,59
Vorräte	1	0,35	1	0,24	1	0,16
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	183	63,99	329	78,71	540	85,71
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	5	1,75	0	0,00	7	1,11
Umlaufvermögen	189	66,08	330	78,95	548	86,98
Rechnungsabgrenzungsposten	11	3,85	10	2,39	9	1,43
Aktiva	286	100,00	418	100,00	630	100,00
Gezeichnetes Kapital	26	9,09	26	6,22	26	4,13
Kapitalrücklage	30	10,49	30	7,18	30	4,76
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinn-/Verlustvortrag	29	10,14	29	6,94	0	0,00
Jahresüberschuss(+)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	-29	-6,94	0	0,00
Eigenkapital	85	29,72	56	13,40	56	8,89
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	118	41,26	276	66,03	397	63,02
Verbindlichkeiten	83	29,02	86	20,57	177	28,10
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	286	100,00	418	100,00	630	100,00

Gewinn- und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich-

Jahr GuV-Position	2006/2007	2007/2008	2008/2009
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.056	1.021	1.023
Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	0	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	440	505	520
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	3	2	2
Erträge	1.499	1.528	1.545
Bezogene Leistungen zur Verrechnung	304	345	384
Personalaufwand	4.220	4.277	4.320
Abschreibungen	15	18	20
Sonstige betriebliche Aufwendungen	307	311	315
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	1	1
Aufwendungen	4.846	4.952	5.040
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-3.347	-3.424	-3.495
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Sonstige Steuern	0	-1	-2
Betriebskostenzuschuss	3.347	3.396	3.497
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	-29	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

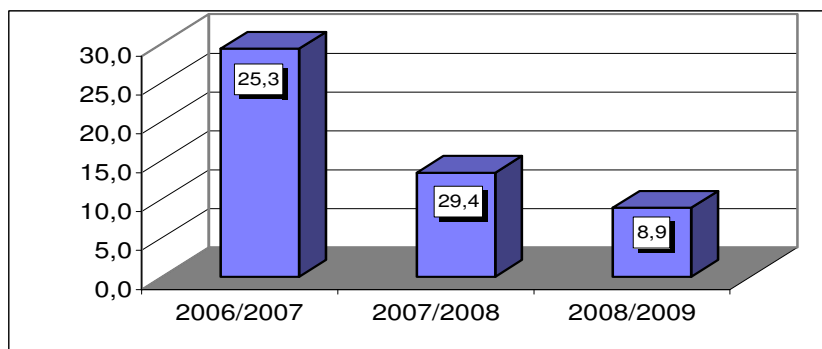
Jahr	2006/2007	2007/2008	2008/2009
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	0	-29	0



Kennzahlen

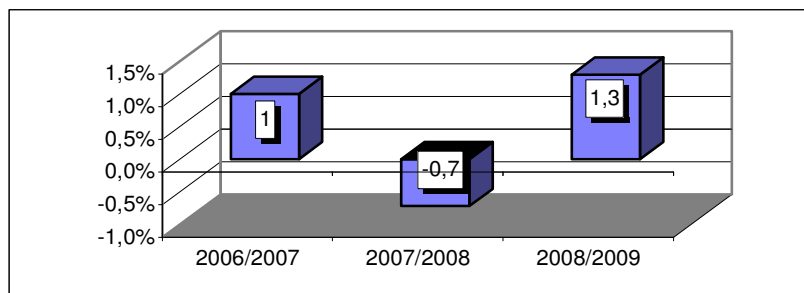
Eigenkapital-Quote

Jahr	2006/2007	2007/2008	2008/2009
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	84	56	56
Bilanzsumme	286	418	630
% EK	29,4	13,4	8,9



Cash-Flow

Jahr	2006/2007	2007/2008	2008/2009
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	0	-29	0
Abschreibungen	15	18	20
	15	-11	20
Gesamterträge	1.499	1.528	1.545
Cash-Flow	1,0%	-0,7%	1,3%



Lagebericht für das Geschäftsjahr 2008/2009

(gekürzt um Veranstaltungsarten und Unternehmenskennzahlen)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft

Das Wirtschaftsjahr 2008/2009 war geprägt durch den Abschied von Romely Pfund. Mit Peter Rösel, Axel Köhler und Romelia Lichtenstein, dem Konzert zum 10-jährigen Bestehen der Orchesterakademie, einem wunderschönen Chorabend und nicht zuletzt den Abschlusskonzerten mit Kolsimcha, setzte sie nochmals Highlights in ihrer Schaffenszeit in Remscheid und Solingen.

Das politische Tagesgeschäft war von Wahlkämpfen geprägt. In beiden Gesellschafterstädten wurden Diskussion über die Bergischen Symphoniker dankenswerter Weise nur auf „Nebenschauplätzen“ geführt. Auch im Tarifstreit zwischen Deutscher Orchestervereinigung und Deutschem Bühnenverein gab es immer noch keine Einigung. Aber hier erfolgten die Verhandlungen ebenfalls, im Gegensatz zum Vorjahr, eher im Stillen. Gegen Ende des Geschäftsjahres zeichnete sich sogar eine Einigung ab, die dann im Dezember 2009 erzielt wurde.

Rückstellungen

Die Rückstellungen sind in der Höhe der Beträge angesetzt, die nach dem derzeitigen Kenntnisstand und vernünftiger kaufmännischer Beurteilung (§ 253 Abs. 1 HGB) möglich und notwendig sind. Gemäß § 285 Nr. 12 HGB lassen sich die Rückstellungen folgendermaßen aufschlüsseln:

	T€
Urlaubsansprüche	53
Jahresabschlusskosten	10
Steuerberatungskosten	2
Unterlassene Reparaturen für Instrumente	9
Etwaige Ortszuschlagsnachzahlungen	42
Prozesskosten	10
Altersteilzeit	94
Tarifnachzahlungen	<u>177</u>
	<u>397</u>

Die Prozesse um die Zahlung familienbezogener Ortszuschläge wurden erst nach Geschäftsjahresschluss beim Bundesarbeitsgericht (BAG) verhandelt. Das weitergehende Risiko in Höhe der möglichen Nachzahlungen war durch Aufstockung der Rückstellungen (für Ortszuschläge) um 16.000 € abzudecken. Die Sitzung im September 2009 endete im Hinblick auf den sehr wahrscheinlichen Tarifabschluss ohne Urteilsspruch. Das BAG machte jedoch deutlich, dass es zur Verpflichtung einer Weiterzahlung der familienbedingten Ortszuschläge durch Fortbestand der entsprechenden Regelungen des BAT tendiert.

Da sich eine Tarifeinigung abzeichnete, die den Regelungen des TVöD weitestgehend entsprechen sollte, musste die Höhe der Rückstellung für Tarifnachzahlungen um rund 69.000 € angehoben werden.

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse setzen sich mehrheitlich aus Konzert- und Musiktheaterveranstaltungen in den Gesellschafterstädten Remscheid und Solingen zusammen. Sonstige Veranstaltungserlöse sind Erträge aus musikalischen Tätigkeiten für wirtschaftlich Dritte.

Gesamtzahl der Aufführungen im Wirtschaftsjahr

Die Gesamtzahl der Aufführungen in der Spielzeit 2008/2009 beträgt 162 (Vorjahr 161) und belegt damit die Kontinuität in der Vermarktung des Orchesters und den gleichbleibenden Auslastungsgrad der Beschäftigten.

Die Spielzeitplanung ergab erneut die Durchführung des 1. Philharmonischen Konzertes noch im vorherigen Wirtschaftsjahr. Die Überlassung des Proberaums „Am Bruch“ für Einstudierungen für wirtschaftlich Dritte führte zu einer Rückerstattung von 17.168 € an die Gesellschafter, die im neuen Geschäftsjahr auch gezahlt wurde. Durch zusätzliche Vermarktung und das Vorziehen des Fahrzeughallenkonzertes der EWR GmbH konnten die Umsatzerlöse mit wirtschaftlich Dritten entgegen der Wirtschaftsplanung um 44 T€ gesteigert werden.

Sonstige betriebliche Erträge/Bezogene Leistungen zur Verrechnung

Insbesondere die Steigerung der produktionsbedingten Einnahmen bei wirtschaftlichen Dritten, denen entsprechende Mehrausgaben im Bereich bezogene Leistungen zur Verrechnung gegenüberstehen, führte zu einem Anstieg der sonstigen Erträge um rd. 14 T€. Dem standen Mehrausgaben im Bereich bezogene Leistungen gegenüber. Diese haben sich im Berichtsjahr um 38 T€ erhöht.

Die Zuwendungen des Landes NRW waren im Berichtsjahr um 14 T€ geringer als im Vorjahr.

Personalkosten

Trotz teilweiser ab dem 01.11.2008 gewährter Tarifsteigerungen und der notwendigen Zuführung zur Rückstellung für Tarifnachzahlungen konnte der vorgesehene Personaletat insgesamt um rund 225 T€ unterschritten werden. Ursächlich ist hierfür der restriktive Einsatz von Vakanzauhilfen, der relativ niedrige Krankenstand (Minderausgaben von 40 T€ gegenüber dem Vorjahr) und erneut späte Stellenwiederbesetzungen, u.a. Solooboe erst zum 01.02.2009. Im Bereich der Sozialaufwendungen betragen die Einsparungen im Vergleich zum Personaletat 108 T€. Inwieweit sich diese Tendenz fortsetzt, kann derzeit nicht abgesehen werden.

Betriebskostenzuschuss

In direkter Auswirkung der Einsparungen im Bereich der Personalkosten und der überplanmäßigen Steigerung der Umsatzerlöse wurde der Ansatz des Betriebskostenzuschusses im Vergleich zum Erfolgsplan 2008/2009 um 257 T€ unterschritten und entlastet die städtischen Haushalte um jeweils 129 T€.

Durch die Gewährung von Betriebskostenzuschüssen in Höhe von insgesamt 3.497 T€ beträgt das Jahresergebnis 0 T€.

II. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Bereits zu Beginn des neuen Geschäftsjahres gab es konkrete Hinweise der Tarifvertragsparteien auf einen bevorstehenden Tarifabschluss. Gleichzeitig wurden erste

Modelle zur Berechnung der individuellen Nachzahlungen bekanntgegeben. Die Geschäftsführung hat bereits im Oktober die jeweiligen Beträge ermittelt und die Deckungsmöglichkeit durch die eingestellten Rückstellungen festgestellt. In Absprache mit dem Deutschen Bühnenverein und der Arbeitnehmervertretung wurden die Beschäftigten auf einer Personalversammlung am 21. Dezember 2009 über die neuen Regelungen, insbesondere die neue Entgeltordnung, informiert. Mit den Bezügen für den Monat Dezember erfolgte dann die Tarifnachzahlung. Da der Tarifabschluss auch eine Regelung für die bisher nicht gezahlten Ortszuschlagszahlungen vorsah, konnte auch diese Rückstellung aufgelöst und die entsprechenden Zahlungen getätigt werden. Die gebildeten Rückstellungen wurden hierbei insgesamt um 65 T€ unterschritten.

III. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft sowie Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Der Fortbestand der Gesellschaft hängt maßgeblich von der zukünftigen Gewährung ausreichender Betriebsmittelzuschüsse durch die Gesellschafterstädte Solingen und Remscheid ab.

In beiden Gesellschafterstädten steht eine grundsätzliche Veränderung für das Orchester derzeit glücklicherweise nicht im Mittelpunkt der Gespräche. Diese Entscheidung wurde allseits mit großer Erleichterung zur Kenntnis genommen. Trotzdem ist der Fortbestand des Unternehmens selbstverständlich auch von der wirtschaftlichen Entwicklung der Städte Remscheid und Solingen abhängig. Inwieweit sich durch weitere Kooperationen der Städte Remscheid, Solingen und auch Wuppertal Veränderungen ergeben, kann derzeit nicht abgesehen werden. Es gibt allerdings eindeutige Aussagen aus politischen Kreisen, dass Fusionen und Kooperationen auch im Kulturbereich denkbar sind.

Ein weiterer Prüfstein ergibt sich bereits im nächsten Wirtschaftsjahr. Nach erneuten Beschlüssen der zuständigen Gremien in Köln wird ab der Spielzeit 2010/2011 die Kölner Oper nun doch umgebaut. Dies hat den Umzug des Divertissementchens ins Palladium in Köln-Mülheim zur Folge. Ein Ortstermin mit Bauprobe soll noch im Januar 2010 stattfinden. Es steht bereits fest, dass dort nur mit wesentlich verkleinerter Orchesterbesetzung gespielt werden kann. Dies wird sicherlich auch eine entsprechende Verringerung des zu erzielenden Honorars für die nächsten 3 Jahre nach sich ziehen. Aus Sicht der Geschäftsführung sollte trotzdem an der Beziehung zum Kölner Männergesangverein festgehalten werden. Inwieweit eine Vermarktung des restlichen Klangkörpers möglich ist, ist nicht vorhersagbar. Denkbar ist auf jeden Fall ein verstärkter Einsatz in den Schulen der Gesellschafterstädte auch ohne Bezahlung sowie die Vermittlung z.B. von Schulkonzerten in Nachbarstädte.

Solingen, den 08. Februar 2010

gez. Stefan Schreiner
Geschäftsführer

3.4 Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH
 Goltsteinstr. 87
 50968 Köln
 Tel. 0221 / 949725 - 0

Gründungsjahr: 2001

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	50.000,00	50,0
LEG Standort- und Projektentwicklung Köln GmbH	50.000,00	50,0
<u>Gesamt</u>	<u>100.000,00</u>	<u>100,0</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung des Hauptbahnhofes Remscheid zu einem multifunktionalen Zentrum für Einzelhandel, Gastronomiebetriebe und Einrichtungen des Freizeit- und Vergnügungssektors sowie Dienstleistungen, Praxen, Büronutzung und Gewerbe.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Werner Wirtz

Aufsichtsrat

Beate Wilding –Vorsitzende-	Oberbürgermeisterin der Stadt Remscheid
Ulrich Tappe –stellv. Vorsitzender- bis 30.04.2009	LEG
Edgar Mungen –stellv. Vorsitzender- ab 12.11.2009	LEG
Fritz Heuser bis 10.04.2009	Ratsmitglied
Rosemarie Stippe Kohl ab dem 07.05.2009	Ratsmitglied
Susanne Hofmann	LEG
Jürgen Kucharczyk	MbB/SB
Franz Meiers	LEG
Hans-Peter Meinecke	Ratsmitglied
Arndt Nowosatko	Ratsmitglied/SB
Andreas Röhrig	LEG

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung waren laut Ratsbeschluss Herr StVD Dietmar Klee.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Die Gesellschafterversammlung kann die Einforderung von Einzahlungen (Nachschüssen) beschließen mit der Maßgabe, dass die Nachschüsse von den Gesellschaftern nach dem Verhältnis ihrer Gesellschaftsanteile zu zahlen sind.

Die Nachschusspflicht ist insgesamt (also für die gesamte Laufzeit des Gesellschaftsvertrages) auf € 100.000,00 (in Worten: Euro einhunderttausend) beschränkt.

Patronatserklärung gegenüber LEG Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen GmbH für städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Hauptbahnhof bis max. 511.291,88 €.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2007	2008	2009
	€	€	€
Kapitalerhöhung (Rücklage)	0,00	0,00	0,00

Anzahl der Beschäftigten

Außer dem Geschäftsführer wurden keine weiteren Mitarbeiter/-innen beschäftigt.

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

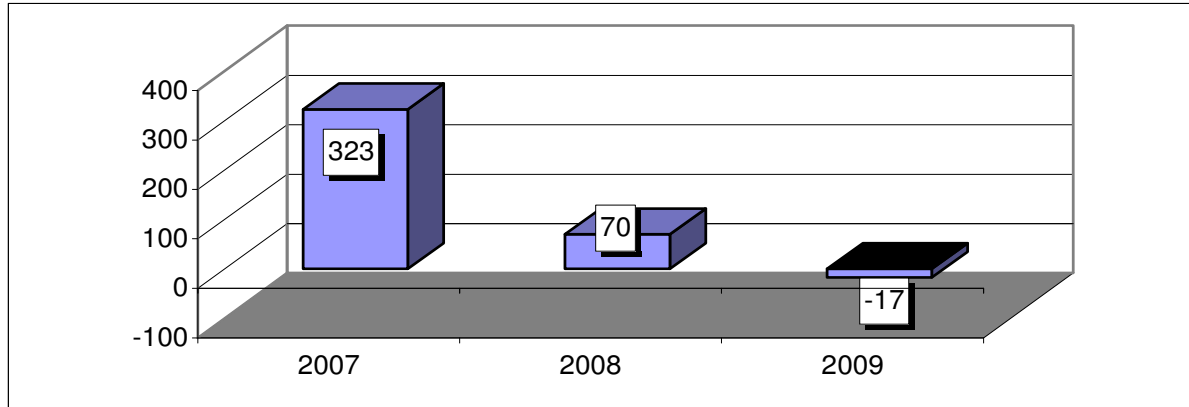
Jahr	2007		2008		2009	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Ausstehende Einlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Aufwendung f. Ingangs. des Geschäftsbetriebes	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Sachanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Zum Verkauf bestimmte Grundstücke	820	53,49	498	33,45	691	50,88
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	259	16,89	62	4,16	22	1,62
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	454	29,62	929	62,39	645	47,50
Umlaufvermögen	1.533	100,00	1.489	100,00	1.358	100,00
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Aktiva	1.533	100,00	1.489	100,00	1.358	100,00
Gezeichnetes Kapital	100	6,52	100	6,72	100	7,36
Kapitalrücklage	500	32,62	500	33,58	500	36,82
Verlustvortrag	-898	-58,58	-575	-38,62	-504	-37,11
Jahresüberschuss(+)	323	21,07	70	4,70	-17	-1,25
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0,00				0,00
Eigenkapital	25	1,63	95	6,38	79	5,82
Sonderposten für Investitionszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	787	51,34	865	58,09	752	55,38
Verbindlichkeiten	721	47,03	529	35,53	527	38,81
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	1.533	100,00	1.489	100,00	1.358	100,00

Gewinn - und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr	2007	2008	2009
	T€	T€	T€
GuV-Position			
Umsatzerlöse aus Hausbewirtschaftung	3.364	458	3
Erh. Bestand an zum Verkauf best. Grundstücken	-3.170	-321	193
Aktiviert. Aufw. zur Ingangs. des Geschäftsbetriebes	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	2	3	21
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6	21	8
Erträge	202	161	225
Aufwendung für bezogene Leistungen	-331	-139	200
Personalaufwand	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	25	202	20
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	185	28	22
Aufwendungen	-121	91	242
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	323	70	-17
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss (+)	323	70	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	-17

Entwicklung der Jahresergebnisse

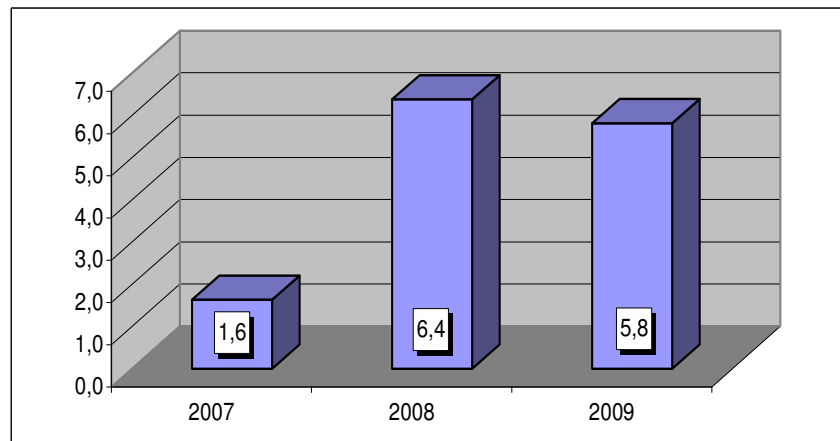
Jahr	2007	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	323	70	-17



Kennzahlen

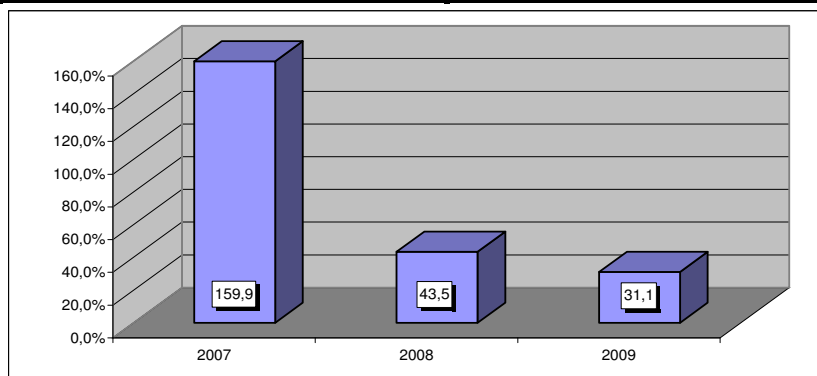
Eigenkapital-Quote

Jahr	2007	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	25	95	79
Bilanzsumme	1.533	1.489	1.358
% EK	1,6	6,4	5,8



Cash-Flow

Jahr	2007	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	323	70	-17
Abschreibungen	0	0	0
	323	70	70
Gesamterträge	202	161	225
Cash-Flow	159,9%	43,5%	31,1%

**Lagebericht 2009****1. Geschäft und Rahmenbedingungen**

Die Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH (PHR) wurde am 17.12.2001 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung des Standorts Hauptbahnhof Remscheid zu einem multifunktionalen Zentrum für Einzelhandel, Gastronomiebetriebe und Einrichtungen des Freizeit- und Vergnügungssektors sowie Dienstleistungen, Praxen, Büronutzung und Gewerbe.

Gesellschafter der PHR sind zu jeweils 50% die Stadt Remscheid und die LEG Standort- und Projektentwicklung Köln GmbH, Köln (LEG S Köln GmbH). Die PHR wird über Geschäftsbesorgungsverträge durch Unternehmen der LEG-Unternehmensgruppe betreut.

Mit dem Gesellschafter Stadt Remscheid wurde eine Arbeitsteilung für einzelne Projektphasen vereinbart. Dabei liegen die inhaltliche und wirtschaftliche Verantwortung teilmaßnahmenscharf abgegrenzt jeweils bei der PHR oder der Stadt Remscheid. Die PHR verantwortet neben dem abgeschlossenen Grunderwerb und der zwischenzeitlich erfolgten städtebaulichen und grundlegenden Planung für die Erschließungs- und Infrastrukturmaßnahmen auch die abgeschlossenen Maßnahmen zur Herrichtung der Flächen die Vermarktung des Hauptbahnhofareals. Diese Maßnahmen werden größtenteils aus StBauF-Mittel des Landes bezuschusst. Die Stadt Remscheid als Empfänger der Fördermittel leitet diese zusammen mit dem entsprechenden Eigenanteil an die PHR weiter. Die Stadt Remscheid verantwortet den Bau der Erschließungs- und Infrastrukturanlagen einschließlich der weitergehenden Planungen.

1.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Auf Basis des rechtskräftigen Bebauungsplanes hat die Stadt Remscheid in 2009 die Erschließung des Geländes einschließlich Bahnplatz und Bahnhofsgarten weitestgehend fertig gestellt.

Das Einzelhandels-, Dienstleistungs- und Freizeitzentrum der HBB als zentrales Investment auf dem Hauptbahnhofareal ist im Sommer 2009 fertig gestellt und eröffnet worden.

Die PHR hat in 2009 einen Verkaufsvertrag über ein weiteres Grundstück (für ein medizinisches Kompetenzzentrum - MKZ) abgeschlossen. Die europaweite Bekanntmachung des Vertragsschlusses läuft bis Ende Januar 2010. Sofern der Vertragsschluss bis dahin vergaberecht-

lich durch Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens nicht beanstandet wird, sind damit im Jahr 2010 etwa 83 % der vermarktbaren Flächen veräußert.

1.2 Überblick über den Geschäftsverlauf vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen und projektspezifischen Rahmenbedingungen

Die Stadt Remscheid als kleinste der drei bergischen Großstädte ist durch eine eher kleinteilige Wirtschaftsstruktur mit Kompetenzen im Bereich der Werkzeugindustrie und zugeordneten Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten gekennzeichnet. Die gesamtwirtschaftliche Lage betrifft vollumfänglich auch die Stadt Remscheid.

Für das Hauptbahnhofareal wurden in 2009 – mit Ausnahmen des MKZ - ausschließlich flächenintensive und nicht dem Standort entsprechende Flächen für Logistik, Lager sowie Hallen nachgefragt.

Auch nach Abschluss der Regionale 2006 als Instrument des Landes zur Unterstützung des Strukturwandels im Bergischen Städtedreieck wird das Projekt weiterhin durch das Land NRW begleitet.

2. Darstellung der Entwicklung der Geschäftstätigkeit in 2009

Das Projekt wurde in 2009 fortgesetzt. Der Buchwert des Grundstücksbestandes hat sich auf T€ 691 erhöht. Im Geschäftsjahr erfolgte ebenfalls die Nachaktivierung des Steuerschadens in Folge des Nettoverkaufs von Grundstücken in den Vorjahren.

2.1 Vermögenslage

Die Bilanz der PHR ist auf der Aktivseite im Wesentlichen durch die zum Verkauf bestimmten Grundstücke und das Guthaben bei Kreditinstituten geprägt. Im Geschäftsjahr hat sich das Umlaufvermögen der Gesellschaft um rund T€ 132 auf rund T€ 1.358 vermindert.

Auf der Passivseite haben sich die Verbindlichkeiten um rund T€ 2 auf rund T€ 527 vermindert.

2.2 Ertragslage

Die Gesellschaft schließt im Geschäftsjahr mit einem Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit) in Höhe von T€ 17 ab. Der Jahresfehlbetrag resultiert im Wesentlichen aus den sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträgen. Unter Berücksichtigung des Verlustvortrages des Vorjahres in Höhe von T€ 504 ergibt sich ein Bilanzverlust in Höhe von rund T€ 521.

2.3 Finanzlage

Für die laufenden Aufwendungen der PHR, also insbesondere die noch abzurechnenden Maßnahmen der DB, das Projektmanagement und die Vermarktung erfolgt eine Finanzierung über Fördermittel sowie bei Bedarf über kurzfristige Kredite. Die Zahlungsfähigkeit der PHR war im Geschäftsjahr jederzeit gewährleistet.

Der Gesellschafter Stadt Remscheid hat der PHR bereits in 2006 einen Betrag in Höhe von T€ 500 für die Kapitalrücklage zur Verfügung gestellt. Der Gesellschafter LEG Standort- und Projektentwicklung Köln GmbH (LEG S Köln GmbH) hat der PHR weiterhin ein Gesellschafterdarlehen in Höhe von T€ 500 zur Verfügung gestellt. Die Patronatserklärung der LEG Nordrhein-Westfalen GmbH (LEG NRW GmbH) ist zum 31.12. 2009 abgelaufen.

Aufgrund der Finanzlage der PHR ist eine Verlängerung nicht notwendig.

3. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2009 sind bislang nicht eingetreten.

4. Risikobericht

Die PHR ist über die LEG S Köln GmbH in das Risikomanagementsystem der LEG-Unternehmensgruppe integriert. Dadurch werden aktuelle Markt- und Geschäftsentwicklungen zeitnah beobachtet und analysiert. Das bestehende Risikoüberwachungs- und Management-System ist an die Unternehmensstrukturen angepasst und ausgebaut.

Die LEG-Unternehmensgruppe hat ein Risikomanagement-System, bestehend aus Controlling, dem internen Kontrollsystem und Frühwarnsystem, aufgebaut. Im Rahmen des Controlling und Frühwarnsystems werden aktuelle Markt- und Geschäftsentwicklungen beobachtet und analysiert.

In den entsprechenden einheitlichen Richtlinien sind potenzielle Risiko- und Beobachtungsbereiche benannt sowie die Einbindung der Führungskräfte und Mitarbeiter festgelegt. Halbjährlich werden die bestehenden Risiken bewertet und die bestehenden Maßnahmen überprüft.

5. Prognose

Unter Berücksichtigung der Aufgabenteilung zwischen der Stadt Remscheid und der PHR wurden die Kosten und Erlöse des Projektes auch im Berichtsjahr laufend fortgeschrieben. Für die durch die PHR zu verantwortenden Maßnahmen belaufen sich die voraussichtlichen Kosten nach aktuellem Planungsstand auf rund Mio. € 12,8. Erlöse aus Grundstücksverkäufen sind mit etwa Mio. € 4,7 kalkuliert, sonstige Erlöse mit rund Mio. € 1,8. Daneben finanziert sich das von der PHR betreute Projekt insbesondere durch Fördermittel des Landes Nordrhein-Westfalen aus dem StBauF-Programm einschließlich entsprechender Eigenanteile der Stadt Remscheid. Geplant sind entsprechende Einnahmen in Höhe von rund Mio. € 5,8. Aus dem StBauF-Programm liegen inzwischen 11 Bewilligungsbescheide vor.

Erhalten hat die PHR bislang Fördermittel von rund Mio. € 5,7. Die übrigen Fördermittel werden nach Einschätzung der Geschäftsführung bis zum Projektende noch bewilligt und ausgezahlt werden.

Da die Fördermittel in erheblichem Umfang mit Verpflichtungsermächtigungen versehen sind, ergibt sich Vorfinanzierungsbedarf durch die PHR.

Vom Baubeginn des medizinischen Kompetenzzentrums im Jahr 2010 und dessen Fertigstellung 2011 erwartet die Geschäftsführung positive Auswirkungen für die Vermarktung der übrigen Flächen. Die Vermarktung der Grundstücke soll Ende 2011 abgeschlossen sein. Der Abschluss des Projektes ist für 2012 vorgesehen.

Risiken ergeben sich insbesondere aus dem vertraglichen Rücktrittsrecht zum Bau des medizinischen Kompetenzzentrums. Für den Fall, dass das Medecum Lennep nicht realisiert wird, gibt es vertragliche Ausstiegsklauseln für das Medecum Remscheid. Die Realisation des Medecum Lennep liegt nicht in der Einflussphäre der Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH.

Aufgrund des Gesellschafterwechsels bei der LEG NRW GmbH und des von diesem beschlossenen Ausstiegs aus der Development-Sparte (zu der auch die LEG S Köln GmbH als Gesellschafter der PHR gehört) wird in 2010 gemeinsam mit der Stadt Remscheid eine Lösung gesucht, wie die PHR abgeschlossen und das Projekt erfolgreich beendet wird.

Remscheid, 18. Januar 2010

gez. Werner Wirtz

Geschäftsführung

3.5 BPR Bergische Alten- und Pflegeeinrichtungen Remscheid GmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

BPR Bergische Alten- und Pflegeeinrichtungen Remscheid
gemeinnützige GmbH der
Bergischen Diakonie Aprath und der Stadt Remscheid
Otto-Ohl-Weg 10
42489 Wülfrath
Tel. 02191 / 69440 - 0

Gründungsjahr: 2007

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Bergische Diakonie Aprath	12.750,00	51,00
Stadt Remscheid	12.250,00	49,00
<u>Gesamt</u>	<u>25.000,00</u>	<u>100,00</u>

Gegenstand/Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Einrichtungen und Diensten in Remscheid, die Alten- und Pflegeeinrichtungen und Alten- und Pflegedienste für alle Menschen unabhängig von ihrer religiösen, nationalen und kulturellen Herkunft vorhalten. Die Gesellschaft betreibt diese Einrichtungen in praktischer Ausübung christlicher Nächstenliebe im Sinne der Diakonie als Wesens- und Lebensäußerung der Evangelischen Kirche. Durch die Beteiligung an der Gesellschaft bekennt sich die Stadt Remscheid zu ihrem öffentlichen Auftrag der Daseinsvorsorge in der Altenhilfe.

Der Gesellschaftszweck wird insbesondere durch die Durchführung folgender Aufgaben verwirklicht:

Übernahme, Führung und Erweiterung des Betriebes der beiden bisher städtischen Alten- und Pflegeheime in Remscheid-Lennep und Remscheid-Vieringhausen.

Die Gesellschaft wird im Rahmen der steuerrechtlichen Gemeinnützigkeit alle Geschäfte tätigen, die mit dem genannten Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen.

Organe der GesellschaftGeschäftsführung:

Gerhard Schönberg

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung waren Herr Stadtdirektor Burkhard Mast-Weisz, Frau Gundula Michel sowie Herr Städtischer Verwaltungsdirektor Dietmar Klee.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2007	2008	2009
	€	€	€
Stammeinlage	25.000,00	0,00	0,00
Forderungsverzicht	0,00	45.000,00	0,00

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2007	2008	2009
Mitarbeiter/-innen	VZK	VZK	VZK
eigene Beschäftigte	1,8	11,7	24,6
beschäftigte Leihmitarbeiter inkl. Beschäftigte der Stadt Remscheid	104,1	93,2	82,3

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Leistungsdaten	2007	2008	2009
Pflegeplätze	204,0	204,0	204
Auslastungsgrad in %	98,1	97,9	96,8

Bilanzstruktur

Jahr Bilanz-Position	2007*		2008		2009**	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Sachanlagen	0	0,00	62	11,15	98	9,38
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	0	0,00	62	11,15	98	9,38
Vorräte	17	1,54	17	3,06	16	1,53
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	858	77,86	384	69,06	417	39,90
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	225	20,42	91	16,37	512	49,00
Umlaufvermögen	1.100	99,82	492	88,49	945	90,43
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0,18	2	0,36	2	0,19
Aktiva	1.102	100,00	556	100,00	1.045	100,00
Gezeichnetes Kapital	25	2,27	25	4,50	25	2,39
Kapitalrücklage	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinn- / Verlustvortrag	0	0,00	-11	-1,98	45	4,31
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	-11	-1,00	56	10,07	21	2,01
Eigenkapital	14	1,27	70	12,59	91	8,71
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	15	1,36	65	11,69	96	9,19
Verbindlichkeiten	1.073	97,37	361	64,93	858	82,11
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	60	10,79	0	0,00
Passiva	1.102	100,00	556	100,00	1.045	100,00

*) Rumpfgeschäftsjahr vom 31.10. - 31.12.2007

Gewinn- und Verlustrechnung

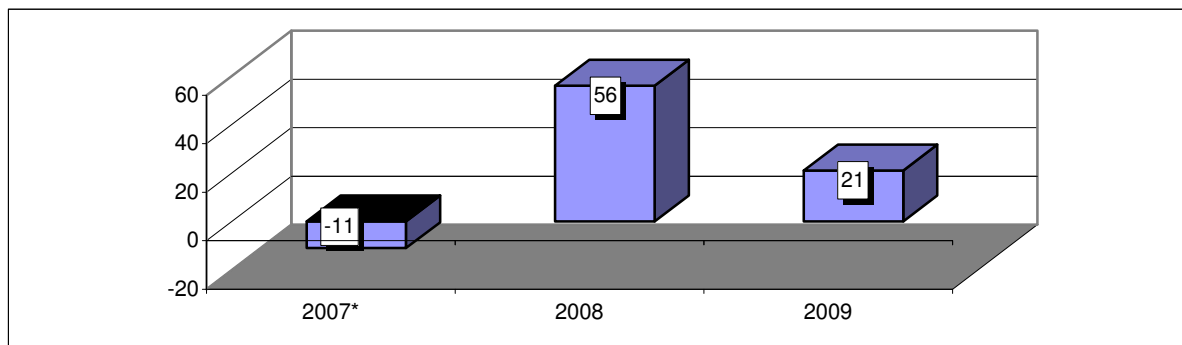
Jahr GuV-Position	2007*	2008	2009**
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	589	7036	7205
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	6	180	166
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	0	12	1
Erträge	595	7228	7372
Materialaufwand	492	5319	5034
Personalaufwand	6	405	870
Abschreibungen	0	8	12
Sonstige betriebliche Aufwendungen	108	1436	1431
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	3	3
Aufwendungen	606	7171	7350
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-11	57	22
Sonstige Steuern	0	-1	-1
Jahresüberschuss (+)	0	56	21
Jahresfehlbetrag (-)	-11	0	0

*) Rumpfgeschäftsjahr vom 31.10. - 31.12.2007

Entwicklung der Jahresergebnisse

Jahr	2007*	2008	2009**
Angabe in	T€	T€	T€
Gewinnabführung	-11	56	21

*) Rumpfgeschäftsjahr vom 31.10. - 31.12.2007

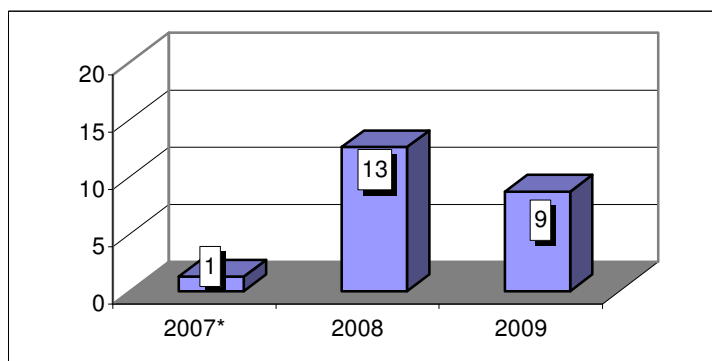


Kennzahlen

Eigenkapitalquote

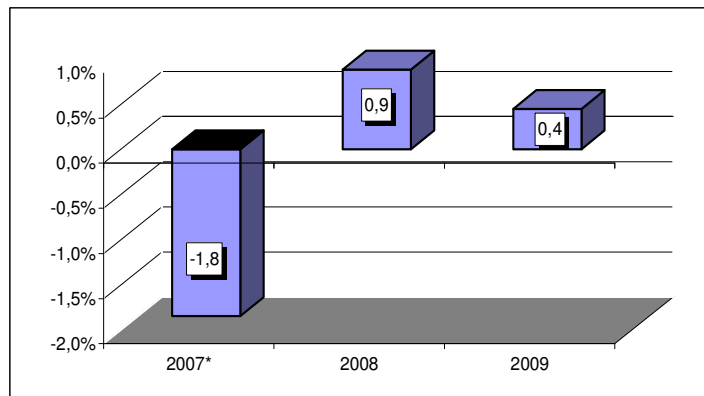
Jahr	2007*	2008	2009**
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	14	70	91
Bilanzsumme	1.102	556	1.045
% EK	1	13	9

*) Rumpfgeschäftsjahr vom 31.10. - 31.12.2007



Cash-Flow	Jahr	2007*	2008	2009**
	Angabe in	T€	T€	T€
	Jahresüberschuss	-11	56	21
	Abschreibungen	0	8	12
		-11	64	33
	Gesamterträge	595	7.228	7.372
	Cash-Flow	-1,8%	0,9%	0,4%

*) Rumpfgeschäftsjahr vom 31.10. - 31.12.2007



Lagebericht 2009**

***) Bis zur Drucklegung dieses Beteiligungsberichtes lag der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009 noch nicht in endgültiger Form vor.

3.6 Arbeit Remscheid gGmbH Gesellschaft für Beschäftigungsförderung und Qualifizierung

Allgemeine Unternehmensdaten

Arbeit Remscheid gGmbH
 Freiheitstr. 181 / Am Bruch
 42853 Remscheid
 Tel. 02191 / 29912

Gründungsjahr: 1999

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	61.200,00	39,97
Diakonisches Werk im Kirchenkreis Lennep	38.250,00	24,98
Kreishandwerkerschaft Remscheid	19.150,00	12,51
Arbeitgeber-Verband von Remscheid und Umgebung e.V.	19.150,00	12,51
Limes Qualifizierung Gesellschaft für Arbeitnehmer- Weiterbildung mbH	15.350,00	10,03

<u>Gesamt</u>	<u>153.100,00</u>	<u>100,00</u>
---------------	-------------------	---------------

Die Stammeinlagen wurden bisher nur zur Hälfte eingezahlt.

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist, von Arbeitslosigkeit betroffene Personen im Stadtgebiet Remscheid zu betreuen, zu beraten, auszubilden, zu qualifizieren und / oder die Wiedereingliederung der benachteiligten Gruppen des Arbeitsmarktes, wie z.B. Langzeitarbeitslose, Jugendliche, Behinderte zu gewährleisten.

Der Geschäftszweck wird insbesondere durch die Durchführung folgender Aufgaben verwirklicht werden:

Planung und Durchführung von personenbezogenen Maßnahmen, z.B. Feststellung der arbeitsmarktlichen Eignung, Arbeitserprobung und Heranführung an marktübliche Erwerbstätigkeit in Kooperation mit der Arbeitsverwaltung.

Initiierung und Planung von Qualifizierungsmaßnahmen in Kooperation mit den Trägern der beruflichen Weiterbildung und Qualifizierung.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Herr Michael Hagemann
 Herr Ralf Barsties

bis 05.06.2009
 ab 05.05.2009

Beirat

Werner Fußwinkel	
Burkhard Mast-Weisz	Stadtdirektor
Wolf Lüttinger	Ratsmitglied
Volker Tillmanns	Sachkundiger Bürger
Ottmar Gebhardt	Ratsmitglied
Lothar Krebs	Bürgermeister
Harald Sellner	Sachkundiger Bürger
Reinhard Berns	
Christian Klauer	
Norbert Schmitz	Ratsmitglied
Therese Jüttner	Ratsmitglied
Jutta Feldbrügge	

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war laut Ratsbeschluss Herr Stadtdirektor Burkhard Mast-Weisz.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Gem. § 5 des Gesellschaftsvertrages kann die Gesellschafterversammlung die Erbringung von Nachschüssen beschließen. Der Anteil der Stadt Remscheid an dieser Nachschusspflicht besteht in Höhe von 30.600,00 €.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2007	2008	2009
	€	€	€
Zuschuss Overhead-Kosten	80.000,00	40.000,00	0,00

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2007	2008	2009
Arbeitnehmer/-innen	28	37	37

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

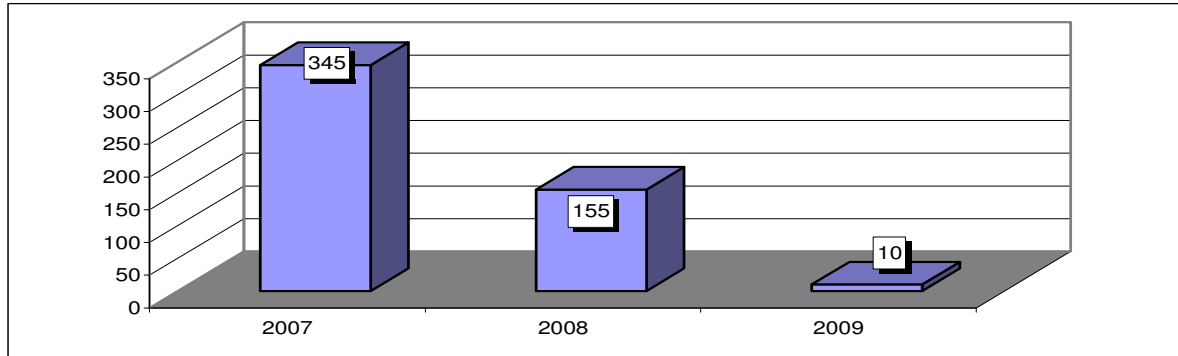
Jahr	2007		2008		2009	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Ausstehende Einlagen	77	7,01	77	6,30	77	5,90
Sachanlagen	207	18,84	246	20,11	207	15,86
Anlagevermögen	207	18,84	246	20,11	207	15,86
Vorräte	2	0,18	2	0,16	7	0,54
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	284	25,84	208	17,01	196	15,02
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	528	48,04	681	55,68	800	61,30
Umlaufvermögen	814	74,07	891	72,85	1.003	76,86
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0,09	9	0,74	18	1,38
Aktiva	1.099	100,00	1.223	100,00	1.305	100,00
Gezeichnetes Kapital	153	13,92	153	12,51	153	11,72
Kapitalrücklage / geb. Rücklagen	215	19,56	0	0,00	0	0,00
Gewinnvortrag (+) / Verlustvortrag (-)	71	6,46	631	51,59	786	60,23
Jahresüberschuss (+)	345	31,39	155	12,67	10	0,77
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	784	71,34	939	76,78	949	72,72
Sonderposten für Investitionszuschüsse	88	8,01	64	5,23	42	3,22
Rückstellungen	114	10,37	89	7,28	143	10,96
Verbindlichkeiten	113	10,28	131	10,71	70	5,36
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	101	7,74
Passiva	1.099	100,00	1.223	100,00	1.305	100,00

Gewinn - und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr	2007	2008	2009
	T€	T€	T€
GuV-Position			
Umsatzerlöse	603	750	719
Sonstige betriebliche Erträge	1.849	2.204	2.257
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	13	16	4
Erträge	2.465	2.970	2.980
Materialaufwand	40	79	60
Personalaufwand	1.591	2.058	2.006
Abschreibungen	42	58	68
Sonstige betriebliche Aufwendungen	442	615	830
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	1	1
Aufwendungen	2.116	2.811	2.965
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	349	159	15
Außerordentliche Erträge	0	2	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	-2	0
Sonstige Steuern	-4	-4	-5
Jahresüberschuss (+)	345	155	10
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

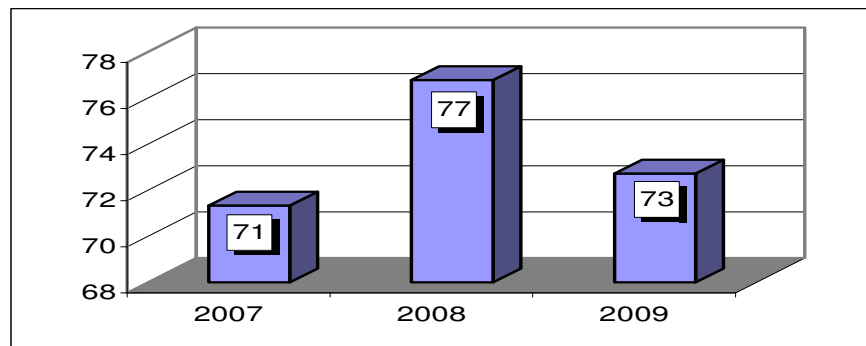
Jahr	2007	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	345	155	10



Kennzahlen

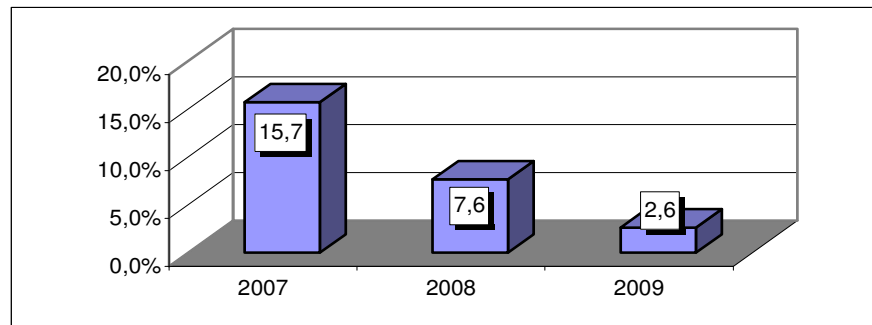
Eigenkapitalquote

Jahr	2007	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	784	939	949
Bilanzsumme	1.099	1.223	1.305
% EK	71	77	73



Cash-Flow

Jahr	2007	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	345	155	10
Abschreibungen	42	58	68
	387	213	78
Gesamterträge	2.465	2.790	2.980
Cash-Flow	15,7%	7,6%	2,6%



Lagebericht 2009

Der vorliegende Bericht stellt die Lage der Gesellschaft hinsichtlich fachlicher, organisatorischer und wirtschaftlicher Entwicklung dar. Der Lagebericht zielt darauf ab, ein realistisches Bild über die Geschäftsentwicklung im Wirtschaftsjahr 2009 darzustellen und eine Prognose über die zukünftige Entwicklung abzugeben.

1. Geschäftsverlauf der Gesellschaft

1.1 Einleitung

Arbeit Remscheid gGmbH, Gesellschaft für Beschäftigungsförderung und Qualifizierung, wurde im Jahr 1999 aus der Remscheider Arbeitslosenhilfe gegründet. Die übergeordnete Zielsetzung ist die soziale und berufliche Integration von arbeitslosen oder von Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen. Getragen wird Arbeit Remscheid gGmbH durch die Gesellschafter Stadt Remscheid, Diakonisches Werk des Ev. Kirchenkreises Lennep Arbeitgeberverband für Remscheid und Umgebung e.V., Kreishandwerkerschaft und Limes Qualifizierung GmbH.

Die Qualifizierungsprogramme von Arbeit Remscheid gGmbH sind zwangsläufig und maßgeblich den Rahmenbedingungen unterworfen, die sich aus den Ausschreibungen und Anforderungsprofilen für Maßnahmen, insbesondere durch die Agentur für Arbeit und die Arge, ergeben. Insbesondere innovative Ansätze sind abhängig von der Auslobung verschiedener Projektförderungen durch Land, Bund oder EU.

Das Jahr 2009 war gesamtwirtschaftlich geprägt durch die schlechten konjunkturellen Bedingungen und den daraus resultierenden Rückgang der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Dies schlug umfassend auch auf die Förderung von neuen Maßnahmen und Projekten zur Qualifizierung für, Vermittlung in und Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt durch die diversen öffentlichen Stellen durch. Wären in der Krise und angesichts steigender Arbeitslosenzahlen eher die Verstärkung der Anstrengungen angesagt, waren stattdessen die Kürzung der bereitgestellten Mittel Realität.

Im Bereich der Beschäftigungsförderung und Qualifizierung für Benachteiligte und Langzeitarbeitslose insgesamt resultierte daraus eine Reduzierung der geförderten oder ausgeschriebenen Maßnahmen. Eine weitere Variante war die Reduzierung der Teilnehmerzahlen, so dass dann eine geringere Anzahl von Losen ausgeschrieben wurde. Der Konkurrenz- und Preisdruck entwickelte sich in der Branche entsprechend weiter.

Durch seinen breit angelegten Maßnahmen- und Qualifizierungsmix konnte Arbeit Remscheid gGmbH diese Entwicklung ebenso gut verkraften wie durch die Tatsache, dass man in der überwiegenden Anzahl von Ausschreibungen erfolgreich war.

1.2 Organisationsstruktur

Das oberste Organ der Gesellschaft ist die Gesellschafterversammlung (§ 10 – 13 Gesell-

schaftervertrag), der der Geschäftsführer verantwortlich ist (§ 9 Gesellschaftervertrag). Flankiert wird Arbeit Remscheid gGmbH von einem Beirat (§ 14 Gesellschaftervertrag, der die Gesellschaft in allen Belangen berät und unterstützt.

Dem Geschäftsführer zugeordnet sind drei Teamleitungen für die Bereiche Verwaltung, Case-Management und Fachanleitung der Qualifizierungsbetriebe. Hinzu kommen die beiden Stabsstellen für Projektentwicklung und Qualitätsmanagement.

Die innere Organisationsstruktur von Arbeit Remscheid gGmbH ist eine Matrixorganisation. Die Qualifizierungs- und Beschäftigungsbetriebe, Integrationsprojekte und Bildungsmaßnahmen stellen sich in der Horizontalen dar. Die gesellschaftsinternen Dienstleistungen mit Geschäftsführung, Verwaltung, Case-Management, Vermittlungsmanagement, Projektentwicklung und Qualitätsmanagement befinden sich in der vertikalen Organisationslinie. Aus dieser Organisationsstruktur ergeben sich Kooperationen in den individuellen Qualifizierungs- und Integrationsprozessen der Teilnehmenden auf den sogenannten „Organisationsknoten“, beispielsweise Fachanleitung Schreinerei mit Case-Management und Vermittlung. Die Qualifizierungsplätze in den Qualifizierungsbetrieben der Gesellschaft werden durch Teilnehmer unterschiedlicher Ausbildungs-, Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramme besetzt.

Die Kommunikationsstruktur wird durch monatliche Dienstbesprechungen und 14tägige Sitzungen der Fachteams (Verwaltung, Case-Management und Fachanleitung) gestaltet. Darüber hinaus finden 14tägig Sitzungen zwischen Teamleitungen und Geschäftsführung statt. Bei Supervisionsbedarf einzelner Mitarbeiter oder auch Projektteams wird diese durch externe Supervisionskräfte zur Verfügung gestellt. Die Geschäftsführung wird unterstützt durch eine externe Organisationsberatung. Wesentliches Führungsinstrument die Zielvereinbarungsgespräche. Im Diskurs zwischen jeweiligem Vorgesetzten und Mitarbeitenden werden Entwicklungsziele und Zeitrahmen zur Zielrealisierung definiert. Hierbei erfolgt auch die jährliche Fortbildungsplanung für jeden Mitarbeiter. Hiermit wird die Entwicklung der Mitarbeitenden im Blick auf Selbstverantwortung, Selbstüberprüfung und Kompetenzentwicklung gefördert. Gleichzeitig werden so auch die strategischen Unternehmensziele herunter gebrochen. Einmal jährlich findet eine Zukunftswerkstatt statt. Hier geht es um Rückblick, Standortbestimmung und prospektive Ausrichtung.

1.3 Qualifizierungsprogramme 2009

Im Geschäftsjahr 2009 wurde das Schwergewicht darauf gelegt, die breit entwickelte Palette der Qualifizierungsprogramme weiter zu etablieren.

Die Qualifizierungsbetriebe Schreinerei, Malerwerkstatt, Möbellager, Gartenbau und Kaufhaus Remscheid bilden die Basis für die verschiedenen zielgruppenspezifischen Maßnahmen. So stellen sie die wesentlichen Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebote im Rahmen der Gemeinwohlarbeit von Arbeit Remscheid dar. Im Rahmen dieser Arbeitsgelegenheiten kommen hier die Bereiche des Remscheider City Service und des Forst hinzu. Arbeit Remscheid gGmbH konnte auch im Berichtsjahr das Qualitätssiegel Gemeinwohlarbeit erfolgreich verlängern und arbeitet im Qualitätsverbund Gemeinwohlarbeit des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes kontinuierlich mit.

Auch die Berufsausbildung von mittlerweile 36 jungen Menschen in den Bereichen Fachkraft für Möbel-, Küchen-, Umzugsservice (24 Auszubildende) sowie im Einzelhandel/Verkauf (12 Auszubildende) fußt auf diesen Qualifizierungsbetrieben. Zu diesem Zielgruppenbereich gehören ebenfalls die Aktivierungshilfen mit dem Schwerpunkt Holz/Farbe.

Der Bereich der beruflichen Weiterbildung konnte insbesondere durch die sehr erfolgreiche Qualifizierungsmaßnahme zur „Betreuungskraft Demenz“ ausgebaut werden. Die Qualifizierung zum EU-Kraftfahrer wurde weiter durchgeführt. Der Umfang nahm hier bedingt durch die reduzierte Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt deutlich ab.

Wichtige Grundlage für den Weiterbildungsbereich ist die Zertifizierung von Arbeit

Remscheid nach DIN EN ISO 9001:2000 und Anerkennung nach AZVVV gem. § 84 SGB III.

Der Bereich der Beschäftigungsförderung und Vermittlung als Querschnittsaufgabe und durch spezielle Projekte spielte auch im Berichtszeitraum eine bedeutende Rolle. Die Entwicklung eines Integrationsbetriebes ließ sich zunächst noch nicht umsetzen, wird in den Planungen für 2010 jedoch weiter betrieben werden. Das in 2008 begonnene Qualifizierungs- und Integrationsprojekt für substituierte Drogenabhängige konnte in einer Neuauflage „Subways plus – Wege in Arbeit für Substituierte“ in 2009 weitergeführt werden. Gleiches gilt auch für die Flankierung des Förderinstrumentes „Jobperspektive“, mit dem Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose mit mehreren Vermittlungshemmnissen geschaffen werden. Dem Entwicklungsprojekt der gemeinnützigen Arbeitnehmerüberlassung „Integrative Arbeit Remscheid“ waren ebenfalls bedingt durch die im Jahre 2009 eingebrochene Nachfrage deutliche Grenzen gesetzt. Der Ansatz wurde trotzdem mit einer reduzierten Anzahl von Arbeitskräften weitergeführt.

Die vermittlungsorientierten Maßnahmen gewannen im Geschäftsjahr 2009 insbesondere auch dadurch an Bedeutung, dass Arbeit Remscheid bei entsprechenden Ausschreibungen den Zuschlag erhielt. Diese nach VOL ausgeschriebenen Maßnahmen zeichnen sich dadurch aus, dass sie nicht unwesentlich über Vermittlungspauschalen finanziert werden. Arbeit Remscheid konnte sein Knowhow in diesem Segment weiterentwickeln, so dass es die vorhandene Maßnahmenpalette sinnvoll ergänzt und erweitert.

1.3.1 Arbeitsgelegenheiten

Im Bereich der Arbeitsgelegenheiten (sog. „1-Euro-Jobs“) hält Arbeit Remscheid eine breite Beschäftigungs- und Qualifizierungspalette innerhalb der Stadt Remscheid vor. Maßgebliche Einsatzorte sind die Qualifizierungsbetriebe Möbellager, Kaufhaus Remscheid, Remscheider City Service, Forstbereich und die Kompostierung. Darüber hinaus werden Einsatzstellen bei und für externe Kooperationspartner wie Kindertageseinrichtungen oder Schulen sowie im Freibad Eschbachtal bereitgestellt.

Durch die verstärkte Reduzierung der öffentlichen Mittel in diesem Bereich im Laufe des ersten Halbjahres, konnten die entsprechenden Stellen in verschiedenen Bereichen nicht im bewilligten Umfang besetzt werden. Dies machte in der Mitte des Jahres auch eine Reduzierung der Angebotspalette notwendig. Während die Arbeit in den öffentlich wirksamen Kernprojekten Kaufhaus Remscheid, Remscheider City Service, Möbellager und Freibad Eschbachtal sicher weiter geführt werden konnte, mussten erhebliche Reduzierungen in den Bereichen Malerwerkstatt, Forst und Kompostierung sowie bei den sonstigen externen Einsatzstellen in Kauf genommen werden.

Als Mitglied des Qualitätsverbundes Gemeinwohlarbeit des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes verfolgt Arbeit Remscheid nach wie vor zwei Kernziele mit den Arbeitsgelegenheiten: die Heranführung und Integration des Einzelnen sowie die Leistung von Gemeinwohlarbeit im öffentlichen Interesse.

1.3.2 Aktivierungshilfen

Hierbei handelt es sich um eine Vorbereitungs- und Vorschaltmaßnahme für Jugendliche und junge Erwachsene, im Vorfeld von berufsvorbereitenden Maßnahmen (BVB), außerbetrieblichen Ausbildungen (BaE und 3. Weg) oder im Vorfeld von regulärer Ausbildung oder Vermittlung in Arbeit gemäß § 161 SGB II i.V.m. § 241 lila SGB III.

Die im September 2008 gestartete Maßnahme für 24 Jugendliche und junge Erwachsene zur Qualifizierung in den Berufsfeldern Bau und Farbe / Raumgestaltung endete zum 28.09.2009.

Im Rahmen einer Nachfolgeausschreibung wurde die Anzahl der Maßnahmeplätze für Remscheid deutlich reduziert und es wurde nur noch in einem Los ausgeschrieben. Hierzu wurde

eine Bietergemeinschaft mit den beiden in diesem Bereich ebenfalls etablierten Trägern gebildet und die Ausschreibung konnte erfolgreich gestaltet werden. Somit läuft diese Maßnahme seit dem 01.10.2009 bei Arbeit Remscheid mit 16 Teilnehmenden im Bereich Holz/Farbe. Neben der Durchführung praktischer Projekte sind die Träger nun auch im verstärkten Maße gefordert, ganzheitlich zu arbeiten. Dies beinhaltet neben Berufsorientierung und Stützunterricht insbesondere auch die Aspekte Suchtvorbeugung, Umgang mit Geld und Schuldenprävention sowie Gesundheit (gesunde Ernährung und Sport). Innerhalb der Bietergemeinschaft hat Arbeit Remscheid hier die Verantwortung für die Bereiche Suchtvorbeugung und Gesundheit übernommen.

1.3.3 3. Weg in die Berufsausbildung

Im Rahmen eines Pilotprojektes der Landesregierung erhielten seit Herbst 2006 rund 850 und seit Sommer 2008 noch einmal 900 Jugendliche in NRW eine zusätzliche Chance auf einen Ausbildungsplatz. Das Programm „3. Weg in der Berufsausbildung“ richtet sich an Jugendliche, denen es u.a. aufgrund einer Lernschwäche, einem problematischen sozialen Umfeld oder individuellen migrationsbedingten Vermittlungshemmnissen bislang nicht gelungen ist, eine Berufsausbildung anzutreten und erfolgreich abzuschließen.

Für die genannten Jugendlichen wird die Ausbildung u.a. durch einen individuellen, auf den speziellen Entwicklungsbedarf zugeschnittenen Entwicklungsplan erleichtert. Bei Schwierigkeiten besteht die Möglichkeit, die Ausbildungszeit von 3 auf 5 Jahre zu verlängern. Mit Motivationskrisen oder ähnlichem wird hier also von vornherein gerechnet. Eine weitere Besonderheit des „3. Weg“ liegt in der Betonung der Handlungs- bzw. Praxisorientierung und dem modularen Aufbau, d.h. unterschiedliche Bausteine werden absolviert und jeweils einzeln angerechnet.

Bei persönlichen Konflikten oder Problemen in der Berufsschule steht dem Azubi zudem ein sogenannter Bildungskoach zur Verfügung, der schulische Schwächen ausgleicht und bei Bedarf spezielle Fach- und Beratungsdienste einschaltet.

Arbeit Remscheid gGmbH beteiligt sich an dem Programm „3. Weg“ und bietet insgesamt 22 Jugendlichen aus Remscheid und der Region die Chance, den neuen Ausbildungsberuf der Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugsservice zu erlernen. Dabei handelt es sich um ein vielschichtiges Berufsbild mit Zukunft, denn z.B. sollen alle Tätigkeiten, die im Zusammenhang mit dem Aufbau einer Küche notwendig sind, wie Klempner- und Elektroarbeiten zukünftig aus einer Hand erfolgen. Die Ausbildung wird teilweise in den eigenen Betrieben, wie z.B. unserer Schreinerei, dem Möbellager und unserem neuen Kaufhaus Remscheid absolviert. Darüber hinaus findet etwa die Hälfte aller Ausbildungsbausteine in kooperierenden Remscheider Unternehmen u.a. aus der Küchen- und Elektrobranche statt.

In Schreinerei und Möbellager von Arbeit Remscheid gGmbH finden mittlerweile die praktischen Zwischen- und Abschlussprüfungen für die IHK statt und der Ausbildungsbeauftragte ist Mitglied des Prüfungsausschusses.

Die Ausbildung zur Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugsservice im Rahmen des „3. Weg in der Berufsausbildung“ wird aus den Mitteln des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds finanziert.

1.3.4 Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen

Seit 2008 ist das Kaufhaus Remscheid Ausbildungsbetrieb für Auszubildende zum Verkäufer / zur Verkäuferin im Einzelhandel. Mittlerweile befinden sich dort elf jungen Menschen in Ausbildung. Die Beschulung findet im Berufskolleg für Wirtschaft und Verwaltung statt. Die Auszubildenden erhalten neben im Kaufhaus ergänzend zur fachlichen Ausbildung ebenfalls kontinuierliche dem sozialpädagogische Betreuung sowie Stützunterricht. Die Ausbildungsmaßnahme wird finanziert durch die ARGE Remscheid.

1.3.5 Jugend in Arbeit plus

Das Landesprogramm Jugend in Arbeit richtet sich an jugendliche Arbeitslose mit dem Ziel der beruflichen Integration durch einen individuellen Einzelhilfe-Coaching-Prozess. Von Februar 2008 bis Ende 2009 nahmen 19 Jugendliche bei Arbeit Remscheid gGmbH das Angebot dieses Coaching-Prozesses an. Hiervon konnten acht Teilnehmer in ein Arbeitsverhältnis vermittelt werden.

1.3.6 Qualifizierung zur Betreuungskraft in Pflegeheimen

Aus der Initiative des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales wurde in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit und den Pflegekassen das Sonderprogramm zur verbesserten Betreuung von demenzerkrankten Menschen entwickelt. Eine erste Kursdurchführung für 16 Teilnehmer hat die Arbeit Remscheid im Rahmen einer Trainingsmaßnahme gem. § 16 I SGB II i.V.m. § 48 SGB III im Dezember 2008 begonnen. Aufgrund der hohen Resonanz hat Arbeit Remscheid die Maßnahme gem. § 85 SGB III zertifizieren lassen. Im Laufe des Jahres 2009 wurden weitere fünf Kursdurchgänge zum einen im Auftrag der Arge Remscheid und zum anderen als Maßnahme zur Förderung der beruflichen Weiterbildung und zur Weiterbildung gering qualifizierter bzw. älterer Arbeitnehmer im Rahmen des Sonderprogramms WeGebAU durchgeführt.

Von den bisher knapp 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten 79 Personen die Qualifizierung erfolgreich abschließen. Durch die gute Kooperation mit ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen liegt die Vermittlungsquote bei deutlich über 50%.

1.3.7 Modulare Qualifizierung zum EU-Kraftfahrer

Die Qualifizierung wurde als Maßnahme zur Förderung der beruflichen Weiterbildung und zur Weiterbildung von gering qualifizierten bzw. älteren Mitarbeitern im Rahmen des Sonderprogramms WeGebAU durchgeführt. Die Bildungsmaßnahme wird seit 2007 fortlaufend angeboten. Neben den modularen Qualifizierungsangeboten zum Erwerb des Führerscheins und diverser Nachweise (u.a. Ladungssicherheit, Flurförderzeugführer, Ladekranbediener) waren individuelles Profiling und Coaching, Bewerbungstraining, EDV-Kurs und auch Praktikumsakquise, Vermittlung in Beschäftigung, Nachbetreuung Bestandteil der Maßnahme. Aufgrund der konjunkturbedingt auf Null gesunkenen Nachfrage konnte im Berichtszeitraum kein Absolvent in Beschäftigung gebracht werden.

1.3.8 Subways plus – Wege in Arbeit für Substituierte

Bei Subways plus handelt es sich, ebenso wie in der Vorläufermaßnahme des Vorjahres, um ein Kooperationsprojekt zur beruflichen und sozialen (Re)Integration Langzeitarbeitsloser mit einer Drogenproblematik in Substitutionsbehandlung. Das Projekt wurde vom Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes NRW und dem Europäischen Sozialfonds und der AR-GE Remscheid gefördert. Bei „SubWaysPlus“ handelt es sich um eine arbeitsmarktpolitische Maßnahme zur Integration besonders benachteiligter (schwer-) behinderter Zielgruppen in NRW. Kooperationspartner war die Suchthilfe des Diakonischen Werkes, was für eine optimale Verzahnung der Betreuungsarbeit sorgte.

Über Qualifizierungen und Tätigkeiten in den Bereichen Holz und Farbe wurden 15 Teilnehmerinnen und Teilnehmern kontinuierlich an den Arbeitsalltag herangeführt. Ein Viertel der Teilnehmenden konnte bis zum Ende der Maßnahme am 31.12.2009 in einen beruflichen Arbeitskontext integriert werden.

1.3.9 58-plus

Diese Bund-Länder-Initiative zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit älterer Hilfebedürftiger durch die Förderung dreijähriger Zusatzjobs ist zum Ende des Jahres 2009 ausgelaufen. Das Programm bot älteren Arbeitnehmern eine berufliche Tätigkeit, um

den Übergang in eine abschlagsfreie Altersrente sinnvoll zu gestalten. Die Teilnehmer erfahren nach eigenen Angaben durch die Maßnahme eine deutliche Verbesserung ihrer Lebensqualität und eine Steigerung ihres Selbstwertgefühls.

Mit dem Auslaufen dieser Maßnahme wird es für ältere Langzeitarbeitslose in Remscheid bedauerlicherweise kein explizites Beschäftigungsangebot mehr geben.

1.3.10 Individuelle Berufsförderung

Diese Maßnahme im Auftrag der Arge Remscheid wurde im April 2009 abgeschlossen. Die gemeinsam durch Arbeit Remscheid, Gabe gGmbH und den Limes GmbH durchgeführte Qualifizierungsmaßnahme ermöglichte 21 Teilnehmenden über 12 Monaten Erfahrung und Qualifizierung in den Berufsfeldern Gartenlandschaftsbau, Farbe/Raumgestaltung, Lager/Handel und Installationstechnik.

1.3.11 JobCoach / Beauftragung Dritter mit der Vermittlung

Eine Vermittlungsmaßnahme gem. § 37 SGB III, die dem Entwicklungsprozess der klassischen Sozialen Einzelhilfe folgt. In drei Entwicklungsinterventionen innerhalb von vier Wochen werden individuelle Vermittlungshemmnisse eliminiert, das Jobcoaching durchgeführt und die Vorstellung bei Arbeitgebern begleitet. Die ausgeschriebene Maßnahme mit einer Laufzeit von 13 Monaten für 100 Teilnehmende wurde durch die ARGE Remscheid bis zum 02.10.2008 finanziert. Als Anschlussmaßnahme konnte ab dem 01.09.2008 die Maßnahme zur Beauftragung Dritter mit der Vermittlung gem. § 16 1 SGB II i.V.m. § 37 SGB III für 30 Teilnehmende gewonnen werden. Diese wird im Januar 2010 beendet sein. Elf Personen konnten in Vollzeitstellen und drei in geringfügige Beschäftigungen vermittelt werden.

1.3.12 Ganzil – Ganzheitliche Integrationsmaßnahmen

Hierbei handelt es sich um eine Maßnahmegruppe nach § 46 SGB III mit sogenanntem ganzheitlichen Ansatz, die im Laufe des Jahres 2009 im Rahmen der Arbeitsmarktstrategien von Arge und Agentur für Arbeit, und damit auch für den Beschäftigungs- und Qualifizierungsträger Arbeit Remscheid gGmbH, zunehmend an Bedeutung gewonnen hat. Die Heranführung der Teilnehmenden an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, die Feststellung, Verringerung oder Beseitigung von Vermittlungshemmnissen, die Vermittlung in versicherungspflichtige Beschäftigung sowie die Stabilisierung einer Beschäftigung durch Nachbetreuung sind hier Ausrichtung und Zielsetzung. Eingesetzt wird hier ein Methodenspektrum von Profiling und Stärken-/Schwächen-Analyse, Bewerbungstraining, sozialpädagogische Betreuung, lebens- und berufspraktische Qualifizierungsmodulen und intensives Vermittlungsmanagement.

Im Berichtszeitraum wurden bei Arbeit Remscheid drei Ganzil-Maßnahmen durchgeführt. Eine mit 15 Frauen und eine weitere für insgesamt 60 Teilnehmende aus sogenannten „Großen Bedarfsgemeinschaften“. Seit August 2009 kam eine dritte Ganzil-Maßnahme für insgesamt 360 Teilnehmerinnen und Teilnehmer hinzu, die bis Ende des dritten Quartals 2010 abgearbeitet sein wird.

1.3.13 Kombilohn NRW 1 Jobperspektive

Die Flankierung der Jobperspektive gemäß § 16e SGB II wurde durch Arbeit Remscheid gGmbH von Februar 2008 bis 31.12.2009 erfolgreich geleistet. Durch den sogenannten Flankierer wurde zunächst über Kombilohn-NRW und später dann über die Jobperspektive nach SGB II erhebliche Energie in die Schaffung dieser geförderten Beschäftigungsstellen und die passgenau Vermittlung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gesteckt. Mit 90 über diesen Weg geschaffenen Stellen in Remscheid musste von Seiten der ARGE Mitte 2009 konstatiert werden, dass hiermit eine erhebliche Mittelbindung einhergeht, die eine wei-

tere Ausweitung nicht zulässt. Derzeit wird von dort angestrebt, in ca. 80 Stellen auch weiterhin zu fördern. Dementsprechend ist auch eine weitere „Bewerbung“ dieser Beschäftigungsform bei Arbeitgebern und Arbeitslosen im Arbeitslosengeld 2-Bezug kontraproduktiv. Da es im Blick auf die Flankierung eventueller Neubesetzungen und/oder Verlängerungen weder Bedarf noch Finanzierungsmöglichkeiten gibt, muss Arbeit Remscheid gGmbH diese bisher äußerst erfolgreiche Flankierungstätigkeit mit Ende des Jahres 2009 einstellen. Das Projekt wurde innerhalb einer bergischen Kooperation durchgeführt, in dem Argen Remscheid, Solingen und Wuppertal sowie drei bergische Träger in der Programmumsetzung zusammenarbeiteten. Die Finanzierung erfolgte über das Land NRW, den Europäischen Sozialfond und durch die Arge Remscheid.

1.3.14 Integrationsbegleitung und Vermittlungsmanagement

Allen Maßnahmeteilnehmern, unabhängig vom jeweiligen Qualifizierungsprogramm, bietet die Arbeit Remscheid gGmbH, je nach Bedarf, flankierende Maßnahmen der Integrationsbegleitung an. Hierzu zählen u. a. die psychosoziale Beratung, sozialpädagogische Betreuung, Case-Management, Bewerbungstraining, Stütz- und Deutschunterricht, Stellenakquise, berufliche Integration und Nachbetreuung. Das BewerberCenter der Arbeit Remscheid gGmbH unterstützt die Maßnahmeteilnehmer bei der Stellensuche und Erstellung der Bewerbungsunterlagen.

1.4 Geschäftsführung, Personal –und Organisationsentwicklung

Im Lauf des Geschäftsjahres erfolgte ein Wechsel in der Geschäftsführung. Dieser wurde im Laufe des Monats Mai durch eine ausführliche Übergabe in allen Bereichen durch den alten und den neuen Geschäftsführer gemeinsam gestaltet. Leitlinie war die Sicherstellung einer Kontinuität bei der Projekt-, Personal- und Organisationsentwicklung. Hier bot ein etabliertes Qualitätsmanagementsystem ebenso einen sicheren Rahmen wie das fachlich gut qualifizierte und hochmotivierte Stammpersonal. Hier wurden die individuellen Zielvereinbarungen weitergeführt, in denen Entwicklungsziele für jeden Mitarbeiter fortgeschrieben und die Fortbildungsplanung vorgenommen wurde.

Im Blick auf das Stammpersonal ist für das Geschäftsjahr eine verhältnismäßig geringe Fluktuation ebenso signifikant wie die Tatsache, dass sich hier der Personalstand im Laufe des Jahres nicht gravierend verändert hat (Januar 09: 39 Mitarbeitende, Dezember 09: 37 Mitarbeitende. Hinzu kamen im Jahresschnitt 30 Auszubildende. Eine grundlegende Veränderung ergab sich im Personenkreis, der innerhalb einer elfmonatigen Beschäftigungsmaßnahme (sog. Arbeitsgelegenheit als Entgeltvariante) bei Arbeit Remscheid beschäftigt war. Waren zu Beginn des Jahres noch 21 Personen nach dieser Variante beschäftigte, so reduzierte sich dies bis Dezember auf nur noch sechs Beschäftigte in diesem Kontext. Hintergrund ist die Tatsache, dass dieses Instrument im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik nur kurzzeitig im Jahre 2008 intensiv angewandt wurde. Durch den schrittweisen Wegfall dieser erheblich geförderten Personalstellen musste die Personalausstattung insbesondere in den Qualifizierungsbetrieben deutlich reduziert werden.

Im Blick auf den Raumbedarf wurden im Laufe des Jahres notwendige Veränderungen eingeleitet. Durch die Ausweitung im Bereich der vermittlungsorientierten Maßnahmen ergab sich wesentlich höherer Bedarf an geeigneten Schulungsräumen, dem durch die Anmietung eines entsprechend geeigneten Gebäudekomplexes entsprochen wurde. Zum Ende des Jahres verfügt Arbeit Remscheid nun über ein umfassendes Spektrum von Schulungs- und Unterrichtsräumen in Größenordnungen von 12 bis 50 Personen. Im Zuge dessen wurde ein weiterer EDV-Raum mit 16 Plätzen errichtet, der Möglichkeiten von individueller Stellenrecherche, selbständiger Erstellung von Bewerbungsunterlagen bis hin zu Schulungen bietet. Nachdem im Vorjahr der Schwerpunkt der Investitionen im Maschinen- und Fuhrpark lag, wurde im Berichtsjahr insbesondere die Ausstattung der Räumlichkeiten und die

EDV-Ausstattung erneuert bzw. ergänzt.

Die Organisationsentwicklung wurde durch die Weiterentwicklung des Qualitätsmanagementsystems nach DIN EN ISO 9001:2000 maßgeblich gestaltet. Das zweite Überwachungsaudit wurde ohne Normabweichungen im Mai 2009 erfolgreich durchgeführt. Auch im Rahmen des Qualitätsverbundes Gemeinwohlarbeit des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes erfolgte nach Audit im September die erneute Zertifizierung, so dass Arbeit Remscheid gGmbH auch weiterhin das Gütesiegel der Gemeinwohlarbeit öffentlich verwenden darf. Alle qualitätsrelevanten Prozesse sind im Qualitätshandbuch erfasst und vereinheitlicht, um die Struktur- und Prozessqualität nachzuweisen. Auch der betriebliche Arbeitsschutz ist in das Qualitätsmanagementsystem integriert und wird mit Hilfe eines externen Sicherheitsingenieurs und dem Betriebsarztzentrum Remscheid sichergestellt.

1.5 Kooperation mit Gesellschaftern und Beirat

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt drei Gesellschafterversammlungen durchgeführt. Für die Zeit zwischen den Sitzungen ist es Standard, dass die Gesellschafter im Blick auf die wirtschaftliche Situation monatlich und hinsichtlich der fachlichen und organisatorischen Entwicklung durch einen Newsletter per Email auf dem Laufenden gehalten werden. Im Geschäftsjahr erfolgte eine Sitzung des Beirates, der zwischenzeitlich ebenfalls mit einem Newsletter informiert wird.

2. Lage der Gesellschaft

2.1 Umsatzentwicklung im Vergleich mit den beiden Vorjahren

Dem Gesamtumsatz von 719.087,01 € stand ein Wareneinkauf von 60.289,23 € gegenüber. Dies entspricht einem Rohertrag von 658.800,78 €. Damit konnte der Umsatz gegenüber dem Vorjahr um ein Viertel erhöht werden. Durch den um knapp 25% geringeren Wareneinkauf konnte der Rohertrages im Vergleich zu 2008 um gut 34% erhöht werden.

Bezeichnung	2009 in €	2008 in €	Veränderung zum Vorjahr in €	Veränderung zum Vorjahr in %
Umsatzerlöse	719.087,01	568.849,79	150.237,22	26,41
Wareneinkauf	60.286,23	78.984,08	-18.697,85	-23,67
Rohertrag	658.800,78	489.865,71	168.935,07	34,49

2.2 Ertragsentwicklung Qualifizierungsprogramme/integrative Dienstleistungen

Das Ergebnis weist sonstige betriebliche Erträge in Höhe von TEUR 2.257 auf, im wesentlichen Zuschüsse und Spenden. Gegenüber 2008 bedeutet dies einen Rückgang um 5,43%.

Bezeichnung	2009 in €	2008 in €	Veränderung zum Vorjahr in €	Veränderung zum Vorjahr in %
Erträge	2.257.305,53	2.386.985,83	-129.680,30	-5,43

2.3 Kostenentwicklung der Gesellschaft im Vorjahresvergleich

Während die Personalkosten um 2,52% reduziert werden konnten, stiegen die Sachkosten im Geschäftsjahr um knapp ein Drittel. Bei genauerer Betrachtung geht weit mehr als die Hälfte dieser Kostensteigerung auf die gestiegenen Kosten für die Anmietung von Räumlichkeiten (+76.000€) und erhöhte Energiekosten (+57.000€).

Zu berücksichtigen ist hierbei, dass sich in den Personalkosten auch die Auszubildendenvergütung inkl. Sozialversicherung und in den Sachkosten die Mittelweiterleitungen bei Kooperationsprojekten wiederfinden.

Bezeichnung	2009 in €	2008 in €	Veränderung zum Vorjahr in €	Veränderung zum Vorjahr in %
Personalkosten	2.006.404,09	2.058.253,09	-51.849,00	-2,52
Sachkosten	897.851,42	674.962,52	222.888,90	33,02
Gesamtkosten	2.904.255,51	2.733.215,61	171.039,90	6,26

2.4 Betriebswirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft im Vorjahresvergleich

Die betriebswirtschaftliche Entwicklung zeigt das Verhältnis des Ertrags- zum Kostenwachstum. Bei einer Steigerung des Betrieblichen Rohertrages um 1,36% erhöhten sich die Gesamtkosten um 6,24%. Unter dem Strich ergibt sich eine Reduzierung des Ergebnisses im Vergleich zum Vorjahr um 93,21%.

Bezeichnung	2009 in €	2008 in €	Veränderung zum Vorjahr in €	Veränderung zum Vorjahr in %
Rohergebnis	2.916.106,31	2.876.851,54	39.254,77	1,36
Betriebl. Kosten	2.904.255,51	2.733.215,71	170.039,80	6,22
Betriebsergebnis	11.850,80	143.635,83	-131.785,03	-91,75
Zinsaufwand	865,25	1.032,82	-167,57	-16,22
Zinsertrag	4.104,16	16.296,54	-12.192,38	-74,82
Steuern	4610,48	4.008,23	602,25	15,03
Ergebnis	10.479,23	154.891,42	-144.412,19	-93,23

2.5 Anlagevermögen und Bilanzsumme

Das Anlagevermögen reduzierte sich im Berichtszeitraum von TEUR 246 auf TEUR 208. Die Bilanzsumme erhöhte sich von TEUR 1.223 in 2008 auf TEUR 1.305 zum Ende des Jahres 2009.

2.6 Fazit

Das Geschäftsjahr 2009 insgesamt ist dadurch gekennzeichnet, dass es das in den beiden Vorjahren grundlegend erweiterte Maßnahmespektrum weiter konsolidierte. Die erhebliche Verschlechterung der Arbeitsmarktlage, der Wirtschaftslage insgesamt sowie der öffentlichen Hand im Besonderen hatten nicht zur Folge, dass die Arbeitsverwaltung ihre Anstrengungen verstärken konnte. Vielmehr wurde von dort der Einkauf von Maßnahmen insbesondere quantitativ reduziert. Hinzu kam, dass auch die Realisierung innovativer Projekte durch die Reduzierung entsprechender Töpfe in Land und Bund ungleich schwieriger als in den Vorjahren gemacht wurde.

Arbeit Remscheid gGmbH konnte sich diesen veränderten Bedingungen und Mechanismen, die auch den Konkurrenz- und Preisdruck weiter verstärkten, erfolgreich stellen. Trotz dieser verschlechterten Rahmenbedingungen konnte auch kompensiert werden, dass es seit diesem Geschäftsjahr keine finanzielle Förderung mehr durch die Stadt Remscheid gibt.

Getragen durch eine stabile Liquidität und die notwendige fachliche und personelle Flexibilität konnte das Geschäftsjahr sowohl betriebswirtschaftlich als auch fachlich und organisatorisch erfolgreich abgeschlossen werden.

3. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

In 2010 wird es im Kontext der strategischen Gesellschaftsziele, die soziale und beruflichen Integration arbeitsloser Menschen zu betreiben, darum gehen, auch weiterhin ein

differenziertes Angebot möglichst zielgruppenspezifischer Angebote, Maßnahmen und Lösungen vorhalten zu können. Bei der Absicherung der etablierten und der Entwicklung von neuen Projekten zur Beschäftigungsförderung und Qualifizierung wird sich Arbeit Remscheid gGmbH auch weiterhin der Herausforderung stellen, gleichzeitig seine Konkurrenzfähigkeit auf dem Markt der Beschäftigungsförderung unter Beweis zu stellen und nicht unerhebliche Verantwortung als gemeinnütziger Träger innerhalb des Gemeinwesens zu übernehmen. Nachdem Ende 2009 Projekte ausgelaufen sind, gilt es in 2010 die Breite des Maßnahmespektrums zu erhalten. Insbesondere die Schaffung eines Integrationsbetriebes sowie die Erweiterung Betriebspalette werden hier in Angriff genommen.

Arbeit Remscheid gGmbH ist im Laufe der beiden Vorjahre sehr stark gewachsen. Dies erfolgte pragmatisch, personenbezogen und projektorientiert und in dem Maße, wie es der Markt bot. Dies hat zur Folge, dass nun unternehmens- und organisationsbezogen Prozesse zu gestalten sind. Hierzu zählen nicht nur strukturelle sondern auch fachlich inhaltliche Weiterentwicklungen, die die sehr gut vorhandene Qualität sichern. So wurde im November 2009 gemeinsam mit allen Mitarbeitenden die Zukunftswerkstatt unter dem Motto „Arbeit Remscheid gestalten“ durchgeführt. In einem ersten Schritt wurde hier gemeinsam eine Stärken/Schwächenanalyse im Blick auf die verschiedenen Gewerke und Arbeitsbereiche begonnen, die im Laufe des ersten Quartals 2010 für jeden einzelnen Bereich intensiv durchgeführt werden sollen. Hieraus werden die Organisations- und Arbeitsstrukturen in der Weise zielführend weiterentwickelt, dass Arbeit Remscheid gGmbH sinnvoll in Betriebe, Sparten und Projekte gegliedert ist, in denen Leitung, Verantwortung, berufsgruppenübergreifende Teamarbeit sowie die personelle und räumliche Zuordnung sich an den Geschäftsbereichen und ihren Zielen orientieren.

Um diesen Zielen auch weiterhin gerecht zu werden, steht im ersten Halbjahr das Rezertifizierungs-Audit des QM-Systems (mit Normanpassung von ISO 9001:2000 zu ISO 9001:2008) und zur Trägerzertifizierung nach AZWV an.

Remscheid, den 31.03.2010

Arbeit Remscheid gGmbH
gez Ralf Barsties
Geschäftsführer

3.7 Regionale 2006 Agentur GmbH i.L.

Allgemeine Unternehmensdaten

Regionale 2006 Agentur GmbH i.L.
 Kölner Str. 8
 42651 Solingen
 Tel. 0212/88160660

Gründungsjahr: 2000

Die Gesellschafterversammlung hat am 14.06.2007 -nach Erreichen des Gesellschaftszwecks- die Auflösung der Gesellschaft zum 01.10.2007 beschlossen.

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	9.000,00	33,33
Stadt Solingen	9.000,00	33,33
Stadt Wuppertal	9.000,00	33,33
<u>Gesamt</u>	<u>27.000,00</u>	<u>100,00</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand der Gesellschaft ist die Projektentwicklung, Koordination und Umsetzung von Vorhaben im Rahmen der REGIONALE 2006 und die zusammenfassende, projekt- und stadtübergreifende Kommunikation der REGIONALE 2006.

Aufgaben der Gesellschaft sind insbesondere

- Projektentwicklung und Projektmanagementberatung in enger Zusammenarbeit mit den jeweiligen Projektträgern
- Übernahme der Auftragsprojekträgerschaft für Projekte ohne lokale Bindung sowie für stadtübergreifende oder grenzüberschreitende Projekte
- Qualitätsmanagement und Projektqualifizierung im Sinne der Anliegen der REGIONALE 2006
- Akquirierung von Mitteln, insbesondere auch Mobilisierung privaten Kapitals und bürgerschaftlichen Engagements
- Marketing und projektübergreifende Kommunikation zur REGIONALE 2006

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung/Liquidator:

Henry Beierlorzer

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war laut Ratsbeschluss Frau Oberbürgermeisterin Beate Wilding.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2007	2008	2009
	€	€	€
Zuschuss	36.519,39	0,00	0,00

Anzahl der Beschäftigten (bis zum Liquidationszeitpunkt)

Beschäftigte	2005	2006	2007
	10	10	6
Sowie in allen Jahren mehrere Aushilfskräfte			

Wirtschaftliche Unternehmensdaten (bis zum Liquidationszeitpunkt)**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

Jahr	2005		2006		2007	
	T€	%	T€	%	T€	%
Sachanlagen	19	3,76	23	2,85	13	3,70
Anlagevermögen	19	3,76	23	2,85	13	3,70
Vorräte	9	1,78	0	0,00	0	0,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	187	37,03	75	9,31	59	16,81
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	284	56,24	708	87,84	279	79,49
Umlaufvermögen	480	95,05	783	97,15	338	96,30
Rechnungsabrechnungsposten	6	1,19	0	0,00	0	0,00
Aktiva	505	100,00	806	100,00	351	100,00
Gezeichnetes Kapital	27	5,35	27	3,35	27	7,69
Verlustvortrag / Gewinnvortrag	1	0,20	1	0,12	2	0,57
Jahresüberschuss(+)	0	0,00	1	0,12	1	0,28
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	28	5,54	29	3,60	30	8,55
Sonderposten für Investitionszuschüsse	19	3,76	23	2,85	13	3,70
Rückstellungen	20	3,96	32	3,97	13	3,70
Verbindlichkeiten	438	86,73	722	89,58	295	84,05
Rechnungsabrechnungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	505	100,00	806	100,00	351	100,00

Abschluss 2007 per 30.09.2007

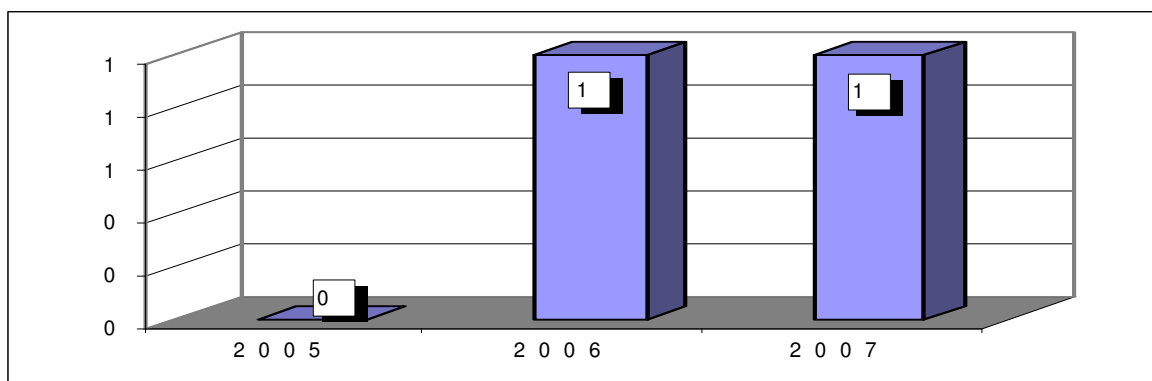
Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

Jahr	2005	2006	2007
GuV-Position	T€	T€	T€
Sonstige betriebliche Erträge	1.068	4.041	812
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	7	5
Erträge	1.071	4.048	817
Personalaufwand	546	654	240
Abschreibungen	13	22	10
Sonstige betriebliche Aufwendungen	512	3.371	566
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Aufwendungen	1.071	4.047	816
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	1	1
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss (+)	0	1	1
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Abschluss 2007 per 30.09.2007

Entwicklung der Jahresergebnisse

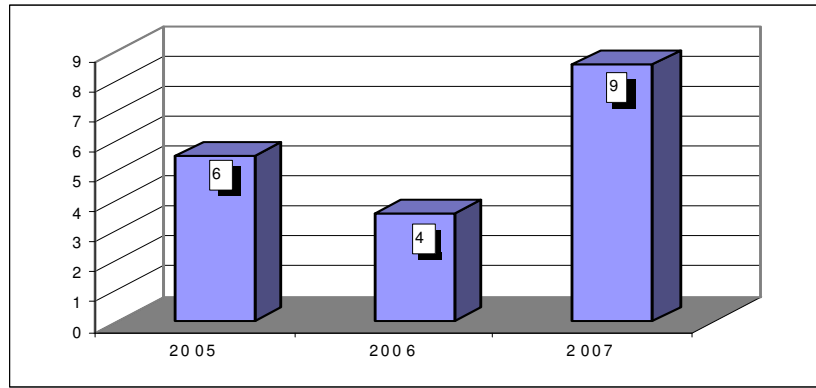
Jahr	2005	2006	2007
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	0	1	1



Abschluss 2007 per 30.09.2007

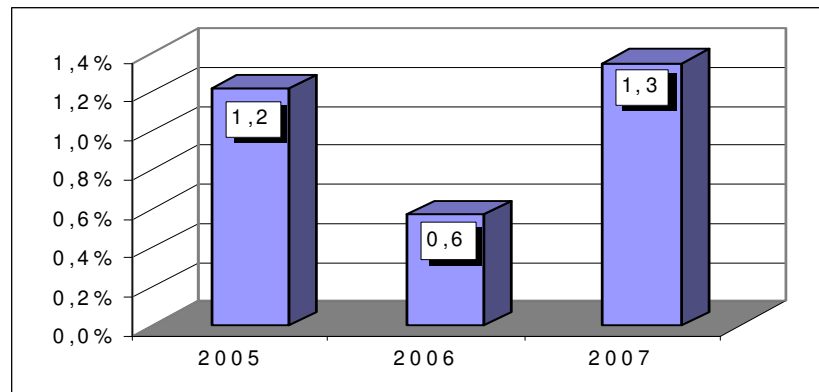
Kennzahlen**Eigenkapitalquote**

Jahr	2005	2006	2007
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	28	29	30
Bilanzsumme	505	806	351
% EK	6	4	9



Cash-Flow

Jahr	2005	2006	2007
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	0	1	1
Abschreibungen	13	22	10
	13	23	11
Gesamterträge	1.071	4.048	817
Cash-Flow	1,2%	0,6%	1,3%



3.8 Ev. Jugendhilfe Bergisch Land gGmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Ev. Jugendhilfe Bergisch Land gGmbH
 Dabringhauser Straße 29A
 42929 Wermelskirchen
 Tel. 02196/72030

Gründungsjahr: 1966/2005

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Evangelischer Kirchenkreis Leverkusen	12.800,00	25,6
Evangelischer Kirchenkreis Lennep	12.800,00	25,6
Walter-Frey-Stiftung	12.200,00	24,4
Stadt Remscheid	12.200,00	24,4
<u>Gesamt</u>	<u>50.000,00</u>	<u>100,0</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Kinder- und Jugendhilfe in der bergischen Region. Der Gesellschaftszweck wird insbesondere durch die Hilfe zur Erziehung in unterschiedlichen Formen (ambulant, teilstationär und stationär) verwirklicht. Die Gesellschaft kann im Rahmen der steuerrechtlichen Gemeinnützigkeit alle Geschäfte tätigen, die mit dem vorgenannten Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen. Die Einrichtung wird in praktischer Ausübung christlicher Nächstenlieben im Sinne der Diakonie als Wesens- und Lebensäußerung der Evangelischen Kirche betrieben. Die Gesellschaft ist Mitglied des als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege anerkannten Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche im Rheinland und damit zudem dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland angeschlossen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Günter Hermann Jäckle

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung waren laut Ratsbeschluss Herr Stadtdirektor Burkhard Mast-Weisz und Herr Städtischer Verwaltungsdirektor Dietmar Klee.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2007	2008	2009
	€	€	€
	keine	keine	keine

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2007	2008	2009
Mitarbeiter/-innen	78	84	87

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Leistungsdaten	2007	2008	2009
<i>Platzzahl (im Jahresdurchschnitt)</i>			
Intensivangebot	16	24	24
Regelangebot	75	75	75
Verselbständigungsangebot	9	9	9
Erziehungsstelle	5	7	8
Platzzahl gesamt	105	115	116
<i>Ausnutzungsgrad in % (im Jahresdurchschnitt)</i>			
Regel- / Intensivangebot	95,1	95,7	97,1
Verselbständigungsangebot	62,5	100	100
Erziehungsstelle	100	84,6	78,9

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

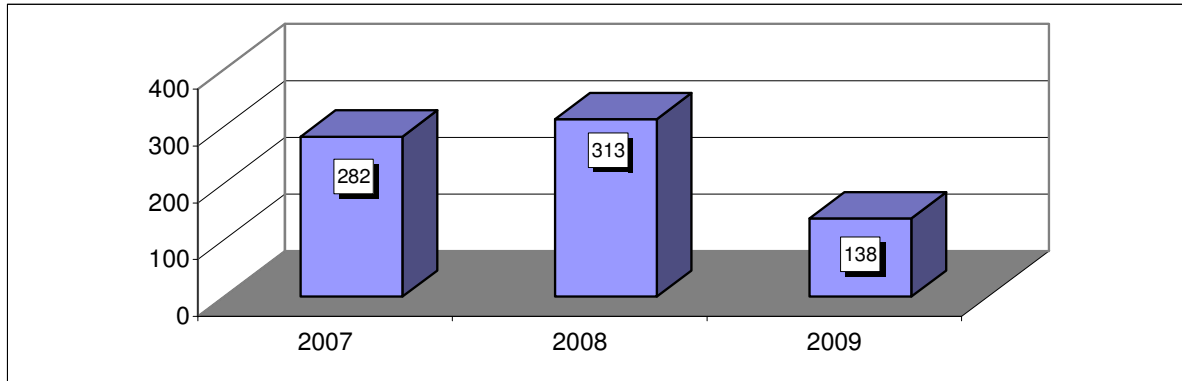
Jahr Bilanz-Position	2007		2008		2009	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	10	0,36	9	0,27	27	0,83
Sachanlagen	1.183	42,14	1.242	37,94	1.221	37,59
Finanzanlagen	92	3,28	81	2,47	72	2,22
Anlagevermögen	1.285	45,78	1.332	40,68	1.320	40,64
Vorräte	3	0,11	7	0,21	9	0,28
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	698	24,87	648	19,79	674	20,75
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	685	24,40	1.166	35,61	1.141	35,13
Umlaufvermögen	1.386	49,38	1.821	55,62	1.824	56,16
Rechnungsabgrenzungsposten	136	4,85	121	3,70	104	3,20
Aktiva	2.807	100,00	3.274	100,00	3.248	100,00
Gezeichnetes Kapital	50	1,78	50	1,53	50	1,54
Kapitalrücklage	1.050	37,41	1.050	32,07	1.050	32,33
Gewinnrücklagen	804	28,64	978	29,87	1.291	39,75
(+) Gewinn-/ (-) Verlustvortrag	-108	-3,85	0	0,00	0	0,00
Jahresüberschuss	282	10,05	313	9,56	138	4,25
Jahresfehlbetrag (-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	2.078	74,03	2.391	73,03	2.529	77,86
Sonderposten aus Investitionszuschüssen	65	2,32	59	1,80	54	1,66
Rückstellungen	55	1,96	190	5,80	87	2,68
Verbindlichkeiten	609	21,70	634	19,36	578	17,80
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	2.807	100,00	3.274	100,00	3.248	100,00

Gewinn - und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr GuV-Position	2007	2008	2009
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.952	5.648	5.871
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	273	334	90
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	16	32	20
Erträge	5.241	6.014	5.981
Materialaufwand	295	361	371
Personalaufwand	3.820	4.202	4.430
Abschreibungen	87	103	112
Sonstige betriebliche Aufwendungen	726	1.006	903
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	26	25	23
Aufwendungen	4.954	5.697	5.839
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	287	317	142
Sonstige Steuern	-5	-4	-4
Jahresüberschuss (+)	282	313	138
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

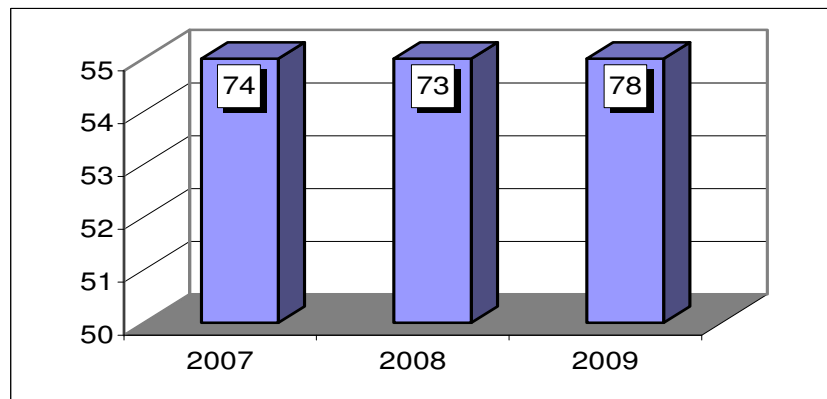
Jahr	2007	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresergebnis	282	313	138



Kennzahlen

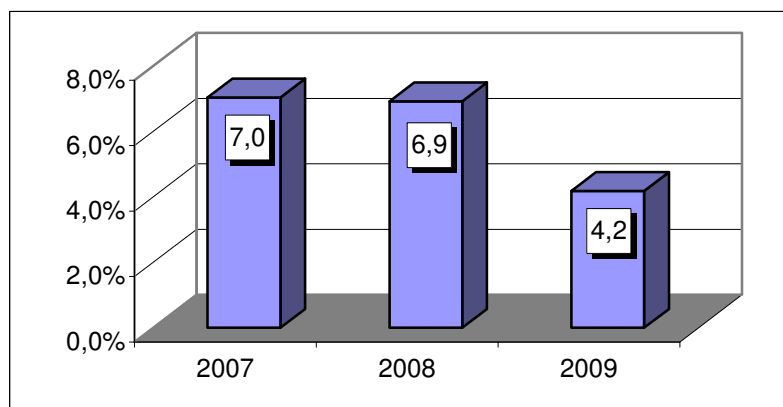
Eigenkapitalquote

Jahr	2007	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	2.078	2.391	2.529
Bilanzsumme	2.807	3.274	3.248
% EK	74	73	78



Cash-Flow

Jahr	2007	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresergebnis	282	313	138
Abschreibungen	87	103	112
	369	416	250
Gesamterträge	5.241	6.014	5.981
Cash-Flow	7,0%	6,9%	4,2%



Lagebericht 2009

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes im Geschäftsjahr 2009

Vorbemerkung: Das Geschäftsjahr 2009 war erneut geprägt von einer stabilen Auslastung und Inanspruchnahme unserer Angebote. Diese waren passgenau und entsprachen den Nachfragen der unterbringenden Jugendämter.

Die Zusammenarbeit mit dem örtlich zuständigen und hauptbelegenden Jugendamt ist weiterhin von Vertrauen und einem kollegialen Arbeitsstil geprägt.

1. Entwicklung von Heimerziehung und Jugendhilfe insgesamt

Die Inanspruchnahme von Heimerziehung als Jugendhilfeleistung stieg im Geschäftsjahr weiterhin deutlich an. Diese Entwicklung ist auch bei anderen Jugendhilfeanbietern der Region sichtbar und bekannt.

Zu Beginn des Wirtschaftsjahres 2010 war jedoch quer durch alle Beleger eine verringerte Nachfrage sichtbar, die sich gegen Mai des Jahres wieder relativiert hat.

2. Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2009 schließt mit einem Jahresüberschuss von T€ 138 ab. Das Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen (in T€):

	<u>2008</u>	<u>2009</u>
Betriebsergebnis	+ 46	+109
Finanzergebnis	+ 6	- 3
Sonst. Steuern	- 4	- 4
<u>Neutrales Ergebnis</u>	<u>+265</u>	<u>+ 36</u>
Jahresergebnis	+313	+138

Im Betriebsergebnis haben sich die Umsatzerlöse um weitere T€ 223 erhöht.

3. Belegungsentwicklung

Angebote:	Plätze:
Regelangebot	75
Intensivangebot	24
Verselbständigungsangebot	9
Erziehungsstellen	8

Die Belegungsentwicklung der Einrichtung stellt sich im innerjährlichen Verlauf stichtagbezogen wie folgt dar:

Datum:	Ist:		Saldo
05.01.2009	115 belegte Plätze	-	-1
02.02.2009	115 belegte Plätze	-	-1
09.03.2009	109 belegte Plätze	-	-6
27.04.2009	119 belegte Plätze	-	+4
	Wegfall einer Erziehungsstelle		
11.05.2009	121 belegte Plätze	-	+7
15.06.2009	117 belegte Plätze	-	+3
17.08.2009	110 belegte Plätze	-	-3
01.09.2008	111 belegte Plätze	-	-3
05.10.2009	109 belegte Plätze	-	-5
14.12.2009	111 belegte Plätze	-	-3

4. Personalentwicklung

Die Gesellschaft beschäftigte am Ende des Wirtschaftsjahres 2009 insgesamt 115 Mitarbeiter (87,26 Vollkräfte - Stand 31.12.09). Davon waren zwei Mitarbeiterinnen in Elternzeit; zwei Arbeitsverhältnisse waren wegen Langzeiterkrankung unterbrochen. Eine Mitarbeiterin ist auf eigenen Wunsch beurlaubt. Alle pädagogisch tätigen Mitarbeiter verfügen über eine spezifische Fachschul-, Fachhochschul- oder universitäre Ausbildung. Die Interessensvertretung der Mitarbeiter wurde im Geschäftsjahr durch eine im April 2006 ordnungsgemäß gewählte Mitarbeitervertretung gem. MVG wahrgenommen.

Die Fluktuation im Geschäftsjahr 2009 ist weiterhin als äußerst gering zu bezeichnen. Kündigungen seitens der EJBL mussten nicht ausgesprochen werden. Arbeitsgerichtsverfahren waren und sind nicht anhängig.

Stellenbesetzung:	2008	2009
Leitung und Beratung	4,00	4,00
Verwaltung	3,30	3,41
Pädagogischer Bereich:	67,92	69,29
Wirtschaftsdienst	8,63	10,56
Summen:	83,85	87,26

Bei der Ausweitung der Stellen im pädagogischen Bereich handelte es sich im Schwerpunkt um Krankheits-/ Mutterschaftsvertretungen wegen Beschäftigungsverbotes sowie um eine zusätzliche Anerkennungspraktikantin.

Krankheitsentwicklung in der EJBL

In 2009 waren fünf Mitarbeitende langzeiterkrankt (ein Mitarbeitender 351 Tage, vier Mitarbeitende zwischen 81 - 120 Tagen).

2008 belief sich die durchschnittliche Ausfallrate der deutschen Arbeitnehmer wegen Krankheit lt. einer Veröffentlichung der AOK auf 7,5 Arbeitstage.

AOK:	7,5 Tage
EJBL incl. Langzeiterkrankte	14,2 Tage
EJBL ohne Langzeiterkrankte	6,9 Tage

5. Vermögenslage (siehe Tabelle im Beteiligungsbericht)

Die Bilanzsumme der Gesellschaft beträgt im Jahr 2009 T€ 3.249. Im Jahr 2008 betrug sie T€ 3.275.

6. Finanzlage

Statische Liquiditätsbetrachtung:	2008	2009
Barliquidität	359,9%	573,4%
Kurzfristige Liquidität	597,5%	964,8%
Mittelfristige Liquidität	599,7%	969,3%

7. Investitionen

Investitionen der Gesellschaft wurden im Geschäftsjahr 2009 ausschließlich im Bereich der Gebäudeeinrichtungen getätigt. Ein Schwerpunkt hierbei bildete die Außenjugendwohngruppe Freiherr vom Stein Straße Remscheid.

8. Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Die Dezentralisierung des Betriebsteiles Waldhof wurde auch in 2009 konsequent weiterverfolgt. Der Umzug einer weiteren Gruppe erfolgt im April 2010 in das Stadtgebiet Remscheid.

Für das noch auf dem Gelände verbleibende Aufnahme- und Clearingcenter ist ein Investor gefunden.

II. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Lagen bis zur Erstellung des Lageberichtes nicht vor.

III. Prognosebericht**1. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung**

Die Entwicklung von Heimerziehung in den nächsten Jahren ist weiterhin ausgesprochen schwer zu prognostizieren. Es steht zu erwarten, dass der Bedarf an Plätzen für schwer traumatisierte Kinder und Jugendliche – vor allem als ad hoc Betreuungen – zunehmen wird. Die Notwendigkeit Regelplätze ohne Spezifizierung vorzuhalten, wird weiterhin sinken. Gute Chancen hinsichtlich ihrer Marktanteile werden die Einrichtungen haben, die sehr zeitnah auf die Notwendigkeiten der Jugendämter reagieren und auf eine gut erprobte Binnendifferenzierung ihrer Angebote zurückgreifen können.

2. Ausblick auf das Geschäftsjahr 2010 und 2011

Das Geschäftsjahr 2010 lässt auf Grund des Geschäftsverlaufes des ersten Halbjahres erneut eine Tendenz zu einem ausgeglichenen Geschäftsergebnis erkennen. Nach jahresanfänglichen Rückgängen in der Belegung quer durch alle Angebotsarten hat sich die Situation auf hohem Niveau stabilisiert.

Im Geschäftsjahr 2010 wird keine weitere Gruppe dezentralisiert werden. Die Geschäftsführung ist jedoch zuversichtlich, dass der Betriebsteil Waldhof, wie bereits mehrfach angekündigt bis 2013 frei gezogen und an die Eigentümerin zurückgegeben werden kann. Derzeit steht eine Entscheidung eines potentiellen Investors für eine neue Immobilie im Stadtgebiet Remscheid kurz bevor.

Der anstehende Ruhestand des Geschäftsführers wird 2012 erfolgen.

Der begonnene Beratungsprozess wird in 2011 weiter fortgeführt. Die Geschäftsführung wird der Gesellschafterversammlung in der letzten Sitzung 2010 einen Vorschlag für die weitere Regelung der Geschäftsführung unterbreiten.

Derzeit sind keine Risiken erkennbar, die mit dem anstehenden Wechsel der Geschäftsführung in Verbindung zu bringen wären. Die EJBL genießt im Gegenteil ein großes Vertrauen bei den Kunden und verfügt über eine stabile Marktsituation.

3. Konjunkturelle und rechtliche Rahmenbedingungen

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass auf Grund der bisherigen Gegebenheiten im Geschäftsjahr 2010 eine kostendeckende Arbeit der Gesellschaft möglich sein wird. Anzeichen für sich verändernde rechtliche Rahmenbedingungen im Bereich stationärer Hilfen bestehen derzeit noch nicht.

4. Ausblick auf die Geschäftsentwicklung

Im fünften Jahr des Bestehens der Evangelischen Jugendhilfe Bergisch Land kann mit einer gut strukturierten Angebotspalette und einer stabilen Auslastung auch weiterhin von einer zufrieden stellenden Auslastung und Inanspruchnahme ausgegangen werden.

Die EJBL ist bereit und in der Lage auf wechselnde Bedingungen zeitnah und konsequent zu reagieren. Der Ausblick auf die weitere Entwicklung ist deshalb vorsichtig optimistisch.

Wermelskirchen, 09.06.2010

gez. Günter H. Jäckle
Geschäftsführer

gez. Silke Gaube
Geschäftsführerin

3.9 Bergische Entwicklungsagentur GmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Bergische Entwicklungsagentur GmbH
 Kölner Str. 8
 42651 Solingen
 Tel. 0212/88160660

Gründungsjahr: 2007

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	9.200,00	18,36
Stadt Solingen	9.200,00	18,36
Stadt Wuppertal	7.950,00	15,87
Wirtschaftsförderung Wuppertal AöR	1.250,00	2,49
Stadtsparkasse Remscheid	2.550,00	5,09
Stadtsparkasse Solingen	3.600,00	7,20
Stadtsparkasse Wuppertal	8.850,00	17,66
Industrie- und Handelskammer Wuppertal- Solingen-Remscheid	7.500,00	14,97
<u>Gesamt</u>	<u>50.100,00</u>	<u>100,00</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand der Gesellschaft ist die Entwicklung und Umsetzung von Projekten der Stadt- und Regionalentwicklung im Bergischen Städtedreieck. Inhaltliche Grundlage der Arbeit ist der von den Räten der Städten beschlossene und mit der IHK abgestimmte „Handlungsrahmen-Strukturimpulse für das Bergische Städtedreieck“.

Aufgaben der Gesellschaft sind insbesondere

- Beratung und Unterstützung von Unternehmen, Institutionen und Initiativen bei der Entwicklung und Vorbereitung von Projekten im Zusammenhang mit der Strukturförderung des Landes NRW und der EU in der Region Bergisches Städtedreieck
- Strategieentwicklung, Planungen und Konzepte, regionale Koordinierung und Projektmanagement sowie im Auftrag der Gesellschafter die Projektträgerschaft
 - zu Fördermaßnahmen der Kommunen, des Landes NRW, des Bundes und der EU vor allem im Hinblick auf die Mobilisierung der Strukturfonds des Landes NRW und der EU (u.a. Ziel2-EFRE/Ziel2-ESF) für die Region Bergisches Städtedreieck,
 - zu Projekten der regionalen Kooperation in den Handlungsfeldern städteübergreifende Wirtschaftsförderung und Standortmarketing, regionale Planung und Tourismus,
- Akquirierung von öffentlichen und privaten Mitteln zu den o.a. Strukturimpulsen und Strukturprogrammen,
- Marketing und Interessenvertretung zu den o.a. Projekten und Aktivitäten.

Organe der GesellschaftGeschäftsführung:

Bodo Middeldorf

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war Frau Oberbürgermeisterin Beate Wilding.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2007	2008	2009
	€	€	€
Stammkapitalanteil	9.200,00	0,00	0,00
Sachkostenzuschuss	12.500,00	50.000,00	50.000,00
Kosten der Personalgestellung	0,00	60.000,00	60.000,00

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2007	2008	2009
Mitarbeiter/innen	6	10	8

Ab dem 4. Quartal 2008 mehrere studentische Aushilfskräfte

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur – im 3-Jahresvergleich -**

Jahr	2007**		2008		2009	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,00	8	2,71	6	1,52
Sachanlagen	17	10,43	21	7,12	16	4,05
Anlagevermögen	17	10,43	29	9,83	22	5,57
Vorräte	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6	3,68	10	3,39	238	60,25
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	140	85,89	256	86,78	135	34,18
Umlaufvermögen	146	89,57	266	90,17	373	94,43
Rechnungsabrechnungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,10
Aktiva	163	100,00	295	100,00	395	100,00
Gezeichnetes Kapital	50	30,67	50	16,95	50	12,66
Verlustvortrag / Gewinnvortrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresüberschuss(+)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	50	30,67	50	16,95	50	12,66
Sonderposten für Investitionszuschüsse	17	10,43	29	9,83	22	5,57
Rückstellungen	4	2,45	20	6,78	40	10,13
Verbindlichkeiten	92	56,44	196	66,44	283	71,65
Rechnungsabrechnungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	163	100,00	295	100,00	395	100,00

***) Rumpfgeschäftsjahr vom 07.09. - 31.12.2007

Gewinn- und Verlustrechnung – im 3-Jahresvergleich -

Jahr	2007**	2008	2009
	T€	T€	T€
GuV-Position			
Sonstige betriebliche Erträge	59	827	1.278
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	7	3
Erträge	60	834	1.281
Materialaufwand	0	420	412
Personalaufwand	28	202	331
Abschreibungen	6	8	11
Sonstige betriebliche Aufwendungen	26	204	527
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Aufwendungen	60	834	1.281
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0	0
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

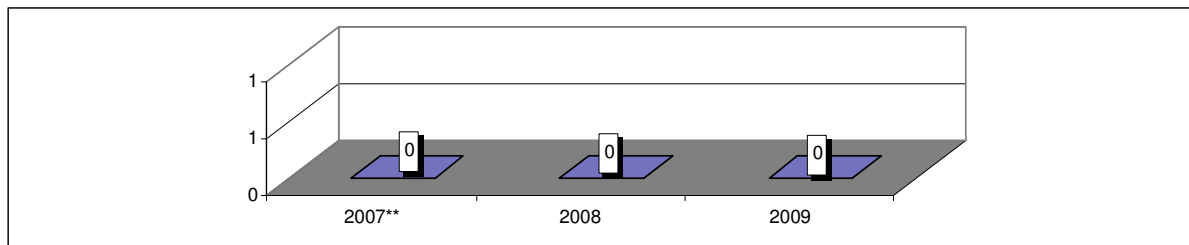
***) Rumpfgeschäftsjahr vom 07.09. - 31.12.2007

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist ein ausgeglichenes Ergebnis aus, da die Aufwendungen durch Betriebskostenzuschüsse gedeckt werden.

Entwicklung der Jahresergebnisse

Jahr	2007**	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	0	0	0

**) Rumpfgeschäftsjahr vom 07.09. - 31.12.2007

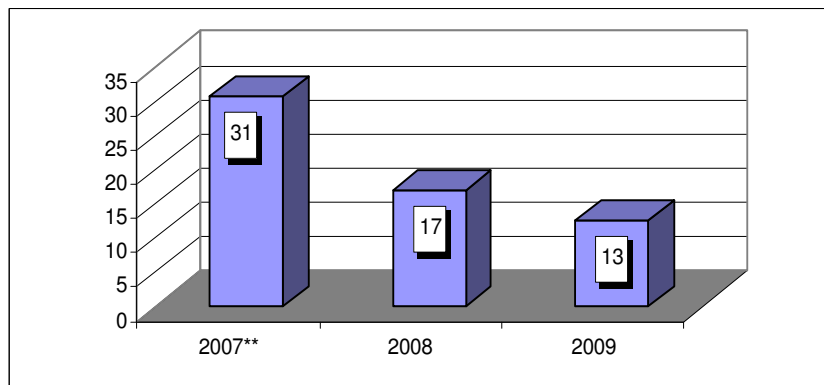


Kennzahlen

Eigenkapitalquote

Jahr	2007**	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	50	50	50
Bilanzsumme	163	295	395
% EK	31	17	13

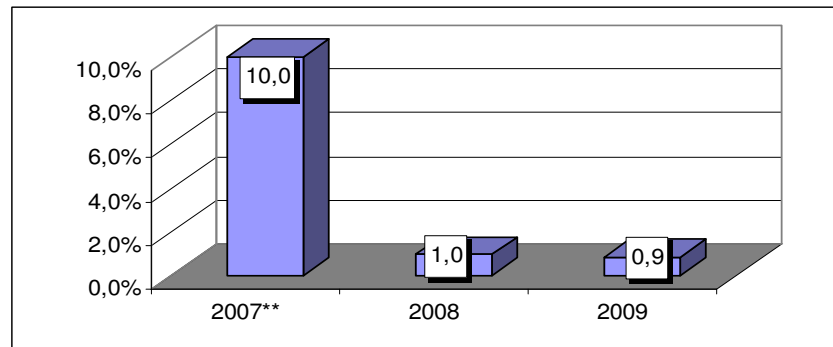
**) Rumpfgeschäftsjahr vom 07.09. - 31.12.2007



Cash-Flow

Jahr	2007**	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	0	0	0
Abschreibungen	6	8	11
	6	8	11
Gesamterträge	60	834	1.281
Cash-Flow	10,0%	1,0%	0,9%

**) Rumpfgeschäftsjahr vom 07.09. - 31.12.2007



Lagebericht 2009

Allgemeines

Im Geschäftsjahr 2009 wurde die institutionelle Aufbauarbeit der Bergischen Entwicklungsagentur GmbH weitergeführt. Die Aktivitäten basierten auf dem von den Räten der drei Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal verabschiedeten Wirtschaftsplan sowie den laufenden Beschlüssen der Gesellschafterversammlung. An der Zusammensetzung der Gesellschaftsstruktur wurde 2009 keine Änderung vorgenommen. Auch die inhaltliche Ausrichtung blieb 2009 unverändert.

Zu den Aufgaben der Gesellschaft gehören vor allem die Beratung und Unterstützung von privaten und öffentlichen Akteuren im Zusammenhang mit der nordrhein-westfälischen Strukturpolitik sowie die Erarbeitung regionaler Entwicklungsstrategien. Die Gesellschafter verbinden mit der Arbeit der Agentur dabei die Erwartung, die regionalen Potenziale zu bündeln und weiter auszubauen, die Vernetzung der regionalen Akteure voranzutreiben, regional bedeutsame Projekte zu entwickeln sowie auf dieser Basis Fördermittel des Landes zu akquirieren.

Finanzentwicklung

Das Wirtschaftsjahr erstreckt sich auf den Zeitraum vom 01.01.2009 bis 31.12.2009. Der Jahresabschluss 2009 weist aus, dass sich die Aktivitäten der Bergischen Entwicklungsagentur GmbH innerhalb der vorgegebenen Rahmendaten des Wirtschaftsplanes bewegt haben. Die Gesellschafter haben die Arbeit der Agentur im Jahr 2009 mit laufenden monetären Beiträgen in Höhe von 967.715,57 Euro unterstützt. Hinzu kamen Personalgestellungen in einem Gegenwert von ca. 60.000 Euro seitens der Stadt Remscheid, ca. 140.000 Euro seitens der Stadt Solingen und ca. 35.000 Euro seitens der Stadt Wuppertal bzw. der Wirtschaftsförderung Wuppertal. Als Gegenwert für die erlassene Miete durch die Industrie- und Handelskammer wurden 50.000 Euro angesetzt.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden keine weiteren Finanzierungsquellen zur Grundfinanzierung der laufenden Geschäftstätigkeit in Anspruch genommen. Für die Durchführung von Projekten konnte die Agentur in erheblichem Umfang auf Drittmittel des Landes NRW aus unterschiedlichen Förderzugängen zurückgreifen.

Die Gesamthöhe der betrieblichen Erträge betrug im Jahr 2009 1.277.963,01 Euro. Davon wurden 330.771,10 für Personalaufwendungen, 10.992,33 Euro für Abschreibungen und 527.151,69 Euro für sonstige betriebliche Aufwendungen verausgabt. Im Ergebnis der Geschäftstätigkeit ergab sich ein Jahresüberschuss von 0 Euro.

Aufgrund des spezifischen Geschäftszweckes der Gesellschaft lag und liegt keine Gewinnerzielungsabsicht vor. Obwohl die Finanzbehörden noch keine abschließende

Entscheidung getroffen haben, wurde davon ausgegangen, dass vor diesem Hintergrund eine Vorsteuerabzugsberechtigung nicht besteht.

Personalentwicklung

Die Bergische Entwicklungsagentur startete ihre Arbeit Januar 2009 mit einem Personalbestand von insgesamt 8 Mitarbeitern, darunter 4 feste Mitarbeiter sowie 4 Abordnungen. Die von Seiten der Stadt Wuppertal zu besetzenden 1,5 Personalstellen blieben über den gesamten Zeitraum des Geschäftsjahres vakant. Ersatzweise wurde das Team der festen Mitarbeiter ab dem 01.03.2010 durch die Einstellung einer Vollzeitkraft mit befristetem Arbeitsvertrag erweitert. Die Abwicklung der Öffentlichkeitsarbeit über eine freie Mitarbeiterin blieb bestehen. Erstmals kam es ab dem 01.10.2010 zur Einstellung eines projektfinanzierten Mitarbeiters (Teilzeitstelle 50%) aus Mitteln eines Ziel II-Projektes. In 2009 wurde die Bergische Entwicklungsagentur zudem Ausbildungsbetrieb. Zum 01.08.2010 wurde eine Auszubildende zur Kauffrau für Tourismus – und Freizeitwirtschaft eingestellt.

Mit Beginn des Geschäftsjahres 2009 trat Herr Bodo Middeldorf die Aufgabe als neuer Geschäftsführer der Gesellschaft an. Dem Geschäftsführervertrag stimmte die Gesellschafterversammlung durch Umlaufbeschluss im Januar 2009 zu. Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 25.09.2010 wurde die Geschäftsordnung für die Geschäftsführung nach vorheriger Beschlussfassung durch die Räte der Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal geändert. Inhalt der Änderung war die Anhebung der finanziellen Handlungsvollmacht der Stellvertreterin des Geschäftsführers im Falle seiner urlaubs- oder krankheitsbedingten Anwesenheit auf 50.000 Euro. Stellvertreterin des Geschäftsführers ist Frau Annette Nothnagel.

Vorsitzender der Gesellschafterversammlung war Herr Oberbürgermeister Franz Haug, Solingen. Die turnusmäßig anstehende Neuwahl des Vorsitzes wurde einvernehmlich auf die erste Sitzung der Gesellschafterversammlung in 2010 verschoben.

Projekte und Aktivitäten

In 2009 lag der Fokus der weiteren institutionellen Aufbauarbeit auf dem Ausbau der Aktivitäten im Bereich Wirtschaftsentwicklung sowie der Stadt- und Regionalentwicklung.

Ab Mitte 2009 beteiligte sich die Gesellschaft an einem Projektauftrag der Landesregierung unter dem Titel Regionalbudget mit einem auf zwei Jahre verteilten Gesamtvolumen von 600.000 Euro. Fördervoraussetzung war die Erstellung eines integrierten Handlungsprogramms Wirtschaft, das die Maßnahmen des Projektes aus der Analyse der regionalen Wirtschaftsstruktur ableitete. Inhaltliche Zielsetzung war und ist die Einrichtung von zwei Projektleiterstellen und einer Projektassistentenstelle zur Durchführung von Maßnahmen auf den Feldern Innovationsförderung, Stärkung der Dienstleistungsstrukturen, Fachkräfteentwicklung und -akquise sowie die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Bergischer Universität. Die erforderlichen Eigenanteile in Höhe von 60.000 Euro werden aus Haushaltsmitteln der Bergischen Entwicklungsagentur erbracht.

Im Aufgabenfeld Stadt- und Regionalentwicklung stand 2009 die Erarbeitung des regionalen Standortkonzepts „zukunthochdrei“ im Mittelpunkt. Hierzu wurden insgesamt fünf Fachworkshops mit einer großen Zahl thematisch einschlägiger Akteure durchgeführt. Diese sollen in einen Entwurf für ein regionales Standortkonzept münden, das 2010 vorgelegt wird.

Im Bereich der Tourismusförderung wurden mit der Beauftragung einer Masterplans Tourismus für das Bergische Städtedreieck die Grundlagen für die weiteren Aktivitäten gelegt. Operativ lag der Arbeitsschwerpunkt auf der weiteren Qualifizierung und Umsetzung der Projekte WupperSchiene und Brückenpark Müngsten. Für die Fertigstellung des Brückenparks entschied sich die Gesellschafterversammlung gegen die Weiterverfolgung des sog. Hauses am Wasser und stattdessen für die Realisierung einer Platzfläche. Das Projekt wird 2010 zusammen mit dem von der Landeshilfe errichteten Haus Müngsten fertig gestellt.

Als zentrale Stelle für die Koordinierung der Aktivitäten unter dem Oberbegriff kompetenzhoch3 führt die Bergische Entwicklungsagentur die bereits im Rahmen der Regionale 2006 entwickelte gemeinsame Internet- und Kommunikationsplattform weiter. Dies umfasst neben der Präsentation der regionalwirtschaftlichen Clusterstrategie die regelmäßige Berichterstattung über die Arbeit regional bedeutsamer Akteure und ihrer Projekte sowie die Öffentlichkeitsarbeit. Die Kosten hierfür tragen die Bergische Entwicklungsagentur sowie die Wirtschaftsförderungen der drei Städte gemeinsam. Bei der Agentur wird das Projekt über ein Sonderkonto geführt.

In eigener Sache betreibt die Bergische Entwicklungsagentur Pressearbeit sowohl mit lokalen als auch mit überregionalen Medien. Sie wird wesentlich ergänzt durch monatliche Berichte in der IHK-Zeitschrift sowie regelmäßige Veröffentlichungen in der bergischen Ausgabe des Wirtschaftsblattes.

Zukünftige Entwicklungen

Neue Entwicklungen in der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ergeben sich in 2010 im Bereich der Umsetzung neuer Projekte und der damit verbundenen personellen Erweiterung des Teams. Für die seit Mitte 2009 vorbereitete Akquisition von Landesmitteln im Rahmen des sogenannten Regionalbudgets wird 2010 die Bewilligung erwartet, auf deren Basis insgesamt drei Neueinstellungen vorgenommen werden. Darüber hinaus ist der Start des Projekts „beFit“ mit der Neueinstellung einer Halbtagskraft vorgesehen.

Für 2010 hat die Stadt Wuppertal die Besetzung einer der bislang vakanten 1,5 Stellen zugesagt, für die sich die Stadt Wuppertal im Gesellschaftervertrag verpflichtet hat. Geplant ist, entsprechend den gestiegenen Anforderungen in diesem Bereich, die Stelle mit einer Fachkraft für Finanzen und Personal zu besetzen. Zum 30. September 2010 läuft die Abordnung einer im Bereich Wirtschaftsentwicklung eingesetzten Halbtagskraft der Stadt Wuppertal sowie einer im Bereich Stadt- und Regionalentwicklung eingesetzten Vollzeitkraft der Stadt Solingen aus. In beiden Fällen ist entweder eine formelle Verlängerung der Abordnung oder ein Ersatz erforderlich.

In ihrer Sitzung vom 02. Februar 2010 entschied die Gesellschafterversammlung gemäß den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages turnusmäßig neu über den Vorsitz. Aufgrund seines Ausscheidens aus der Funktion des Oberbürgermeisters der Stadt Solingen stand Herr Haug nicht mehr zur Wahl. Zum neuen Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung wurde Herr Oberbürgermeister Norbert Feith, Solingen, gewählt. Der Rat der Stadt Solingen entsendet seit dieser Sitzung Herrn Oberbürgermeister a.D. Franz Haug als 2. stellvertretendes Mitglied der Stadt Solingen in die Gesellschafterversammlung.

Mit der endgültigen Besetzung der noch vakanten Stellen sowie der Akquisition weiterer Landesmittel zur Durchführung von Projekten ist geplant, in 2010 die Aufbauphase der Gesellschaft abzuschließen.

Chancen und Risiken

In 2010 wird die Zahl der durch die Entwicklungsagentur drittmittelfinanzierten Projekte steigen. Das erfordert einen deutlich erhöhten Verwaltungsaufwand, insbesondere im Bereich der finanztechnischen Abwicklung und des Personalmanagements. Darüber hinaus wird es zu einem Anstieg der sich daraus ergebenden Eigenanteilsfinanzierungen kommen. Durch die schleppende Abwicklung auf Seiten des Fördergebers und die damit verbundenen Verzögerungen beim Fördermittelabruf entsteht zusätzlich das Erfordernis einer Vorfinanzierung von Projektausgaben. Dies stellt eine erhebliche finanzielle Belastung dar, die aufgrund der Übertragung ungenutzter Gesellschaftsbeiträge aus den Vorjahren in 2010 noch ohne Probleme möglich ist. Mit zunehmender Inanspruchnahme dieser Reserven wird in den kommenden Jahren jedoch eine noch differenziertere Liquiditätsplanung erforderlich sein.

Die Gesellschafter haben vereinbart, die Arbeit der Bergischen Entwicklungsagentur zunächst im Rahmen der laufenden Ziel 2-Förderperiode bis 2014 durch laufende Zuschüsse in gleicher Höhe wie 2009 zu finanzieren.

Besondere erwähnenswürdige Vorgänge nach dem Bilanzstichtag haben sich ansonsten nicht ergeben.

Solingen, im Oktober 2010

gez. Bodo Middeldorf

3.10 Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG

Allgemeine Unternehmensdaten

Lokalfunk Remscheid-Solingen
 Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG
 Mummstraße 9
 42651 Solingen
 Tel. 0212 / 299 - 105

Gründungsjahr: 1989

Gesellschafter	Kommanditkapital	
	in €	in %
<u>Persönlich haftende Gesellschafterin</u>		
Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH	ohne Einlage	-
<u>Kommanditisten</u>		
Lokalfunk Remscheid-Solingen Presse Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	384.000,00	75,0
Stadt Solingen	73.216,00	14,3
Stadt Remscheid	54.784,00	10,7
<u>Gesamt</u>	<u>512.000,00</u>	<u>100,0</u>

Verbundene Unternehmen

Gesellschaften	Stammkapital	
	in €	in %
Lokalfunk Remscheid Solingen Betriebsgesellschaft mbH	26.000,00	100,0

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung folgender Aufgaben, die sich bis 02.07.2002 aus dem Landesrundfunkgesetz (LRG) und ab 03.07.2002 aus dem Landesmediengesetz (LMG NRW) für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben:

1. Die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zur Verfügung zu stellen;
2. dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel in vertraglich bestimmtem Umfang zur Verfügung zu stellen;
3. für den Vertragspartner den in § 24 Abs. 4 Satz 1 LRG bzw. den in § 72 LMG genannten Gruppen Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen;
4. Hörfunkwerbung zu verbreiten

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Zur Geschäftsführung der Gesellschaft ist die persönlich haftende Gesellschafterin *Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH* berufen. Alleiniger Geschäftsführer dieser Gesellschaft ist Herr Bernhard Boll.

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war laut Ratsbeschluss Frau Barbara Wagner.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid*

Wirtschaftliche Unternehmensdaten*

- *) Die Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid und die wirtschaftlichen Unternehmensdaten werden auf Wunsch der Gesellschaft im Beteiligungsbericht nicht veröffentlicht. Die veröffentlichten Daten beschränken sich daher auf die -bis zum Zeitpunkt der Erstellung eines Gesamtabchlusses durch die Stadt Remscheid zulässigen-gesetzlichen Mindestvorgaben gemäß Gemeindeordnung.

3.11 Sana-Klinikum Remscheid GmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Sana – Klinikum Remscheid GmbH
 Burger Str. 211
 42859 Remscheid
 Tel. 02191 / 13-3000

Gründungsjahr: 1913

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	158.100,00	5,1
Sana Kliniken AG	2.941.900,00	94,9
<u>Gesamt</u>	<u>3.100.000,00</u>	<u>100,0</u>

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Gesellschaften	Stammkapital	
	in €	in %
Sana Arztpraxen Remscheid GmbH	25.000,00	100,00

Über die Muttergesellschaft – Sana Kliniken GmbH & Co. KGaA, München- ist die Sana-Klinikum Remscheid GmbH mit diversen gemeinnützigen und nicht gemeinnützigen Kliniken sowie Dienstleistungsunternehmen verbunden.

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb und die Unterhaltung eines allgemeinen Krankenhauses mit Ausbildungsstätten, sonstigen Nebeneinrichtungen und flankierenden Einrichtungen in Remscheid. Im Rahmen der sachlichen Möglichkeiten werden Patienten ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Konfession, Rasse, Geschlecht oder Wohnsitz stationär oder ambulant untersucht und behandelt.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Oliver Bredel

Aufsichtsrat:

Dipl.-Kfm. Dr. Michael Philippi –Vorsitzender-
Burkhard Mast-Weisz –stellv. Vorsitzender-
Dr. Trapp
Dipl.-Kfm. Hans-Jürgen Michal
Michael Johnigk
Hans Joachim Erhardt
Herbert Simon
Heinz Jürgen Heuser
Susanne Bach

Beirat:

Lothar Sill	
Wolf Lüttinger	Ratsmitglied
Fritz-Sönke Ruddigkeit / Dierk Martz	
Wieland Gühne	Ratsmitglied
Susanne Pütz	Ratsmitglied
Hildegard Schrader	
Norbert Schmitz	Ratsmitglied
Walter Steege	
Uwe Ufer	
Erik Weik	
Ralf Laflör	
Johannes Haun	
Thomas Kastner	
Dr. Frank Neveling	
Ulrich Schnell	
Volker Pleiß	
Rainer Wallenfang	

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Stadt Remscheid in den Gesellschafterversammlungen war lt. Ratsbeschlüssen Herr Stadtdirektor Burkhard Mast-Weisz.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Bürgschaftsverpflichtung per 31.12.2009 9.000.000,00 € (Neubaufinanzierung)

Abgabe einer Patronatserklärung zur Sicherung der Finanzierung der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Höhe von bis zu 1.641.566,88 €. Zum 31.12.2009 betrug die Verpflichtung seitens der Stadt Remscheid 1.605.914,05 €.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2007	2008	2009
	€	€	€
Zuschuss Kinder- und Jugendpsychiatrie	21.647,98	0,00	0,00
Schuldendienst gem. gesellschaftsvertragl. Vereinbarung	80.225,96	80.225,96	80.225,96
Verkauf von Geschäftsanteilen	0,00	750.000,00	0,00

Anzahl der Beschäftigten

Geschäftsbereich	2007	2008	2009
Arztlicher Dienst	170,3	168,8	165,4
Pflegedienst	298,6	284,8	288,4
Med.-technischer Dienst	90,2	79,6	79,9
Funktionsdienst	105,4	102,5	108
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	4,1	0,4	0,3
Technischer Dienst	0,6	0	0
Verwaltungsdienst	51,7	44,4	46,6
Sonderdienste	5,1	5,6	6,4
Personal der Ausbildungsstätten	6,4	6,3	5,5
Gesamt	732,4	692,4	698,8

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Leistungsdaten	2007	in %	2008	in %	2009	in %
Planbetten	684	0,0	684	0,0	684	0,0
Ist-Betten	518	0,0	518	0,0	518	0,0
Pflege tage	158.158	6,4	150.627	-4,8	144.473	-4,1
stationär behandelte Patienten -Fallzahl-	24.139	3,2	20.565	-14,8	20.875	1,5
durchschnittliche Verweildauer -Tage-	8,0	23,1	7,3	-8,8	6,9	-5,5
Ausnutzungsgrad der Ist-Betten	83,6	6,4	79,4	-5,0	76,4	-3,8

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

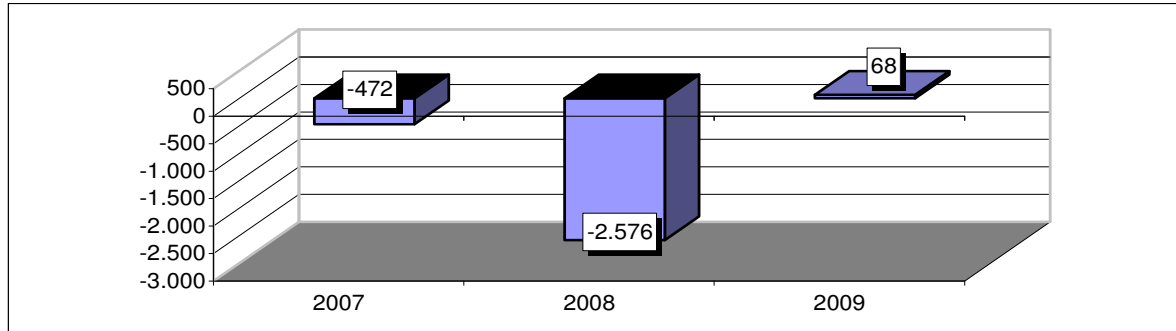
Jahr Bilanz-Position	2007		2008		2009	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	6	0,00	181	0,14	893	0,72
Sachanlagen	115.812	83,91	110.485	84,95	105.512	84,80
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	25	0,02
Anlagevermögen	115.818	83,92	110.666	85,09	106.430	85,54
Vorräte	2.776	2,01	2.929	2,25	2.717	2,18
Forderungen u. sonstige Vermögensgegenst.	12.861	9,32	10.791	8,30	10.126	8,14
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	1.856	1,34	1.056	0,81	616	0,50
Umlaufvermögen	17.493	12,67	14.776	11,36	13.459	10,82
Ausgleichsposten nach dem KHG	4.133	2,99	4.159	3,20	4.184	3,36
Rechnungsabgrenzungsposten	568	0,41	464	0,36	354	0,28
Aktiva	138.012	100,00	130.065	100,00	124.427	100,00
Gezeichnetes Kapital	3.100	2,25	3.100	2,38	3.100	2,49
Kapitalrücklage	4.044	2,93	4.124	3,17	9.205	7,40
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Verlustvortrag	0	0,00	-472	-0,36	-3.049	-2,45
Jahresüberschuss(+)	0	0,00	0	0,00	68	0,05
Jahresfehlbetrag(-)	-472	-0,34	-2.576	-1,98	0	0,00
Eigenkapital	6.672	4,83	4.176	3,21	9.324	7,49
Sonderp. a. Zuw. z. Fin. des Anlageverm.	22.480	16,29	20.637	15,87	18.529	14,89
Rückstellungen	9.818	7,11	9.806	7,54	9.818	7,89
Verbindlichkeiten	98.013	71,02	94.558	72,70	85.995	69,11
Ausgleichsposten aus Darlehensforderung	915	0,66	806	0,62	703	0,56
Rechnungsabgrenzungsposten	114	0,08	82	0,06	58	0,05
Passiva	138.012	100,00	130.065	100,00	124.427	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr GuV-Position	2007	2008	2009
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse einschl. KHG-Finanzierung	82.966	84.558	89.701
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	-109	-75
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	8.892	5.960	6.206
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	21	25	41
Erträge	91.879	90.434	95.873
Aufwand nach dem KHG	4.757	4.514	5.321
Personalaufwand	43.125	44.411	46.857
Materialaufwand	20.331	22.067	22.248
Abschreibungen	7.114	6.749	6.797
Sonstige betriebliche Aufwendungen	13.944	11.764	12.226
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.231	3.194	2.715
Aufwendungen	92.502	92.699	96.164
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-623	-2.265	-291
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Sonstige Steuern	151	-311	359
Jahresüberschuss (+)	0	0	68
Jahresfehlbetrag (-)	-472	-2.576	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

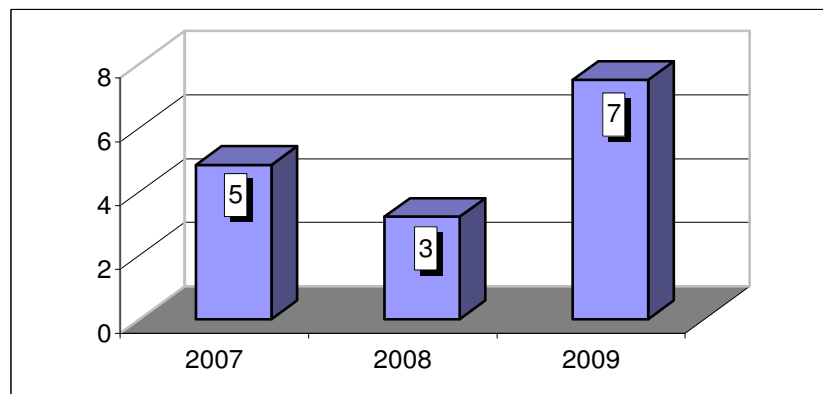
Jahr	2007	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	-472	-2.576	68



Kennzahlen

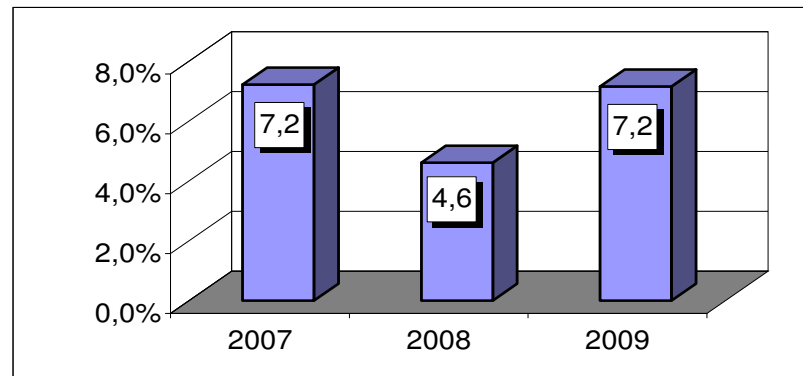
Eigenkapitalquote

Jahr	2007	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	6.672	4.176	9.324
Bilanzsumme	138.012	130.065	124.427
% EK	5	3	7



Cash-Flow

Jahr	2007	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	-472	-2.576	68
Abschreibungen	7.114	6.749	6.797
	6.642	4.173	6.865
Gesamterträge	91.879	90.434	95.873
Cash-Flow	7,2%	4,6%	7,2%



Lagebericht 2009

1. Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

Die Lage im Gesundheitswesen stellt sich aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen nach wie vor als außerordentlich schwierig dar. Im Geschäftsjahr 2009 betrug die gesetzlich vorgesehene Steigerung des Krankenhausbudgets 1,41 %. Eine Refinanzierung der allgemeinen Kosten- und Tarifsteigerungen, ist darüber nicht vollständig möglich. Zudem liegt der Basisfallwert für Nordrhein-Westfalen weiterhin deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

Das Jahr 2009 war für das Sana-Klinikum Remscheid nach der Stabilisierung im Jahr 2008 ein Jahr mit überwiegend positiven Entwicklungen. Der Fokus für das Jahr 2009 lag weiterhin auf der notwendigen Steigerung der Erlöse, verbunden mit einer Reorganisation medizinischer und pflegerischer Abläufe sowie einer signifikanten Verbesserung der Servicequalität.

Bereits im 1. Halbjahr 2009 konnten wichtige qualitätsverbessernde Ziele erreicht werden. Sowohl das Brustzentrum als auch die Stroke-Unit konnten erfolgreich rezertifiziert werden. Die Stroke-Unit wurde sogar als überregionale Schlaganfalleinheit zertifiziert, was zu einem Alleinstellungsmerkmal im bergischen Städtedreieck (Wuppertal, Solingen, Remscheid) führt. Außerdem wurde das Gesamthaus im Juni erfolgreich nach KTQ zertifiziert.

Weiterhin wurde das Sana-Klinikum Remscheid rückwirkend ab 01. Januar 2009 als Akademisches Lehrkrankenhaus der Universität zu Köln benannt. Den Status des Lehrkrankenhauses der Ruhr-Universität Bochum hatte das Sana-Klinikum Remscheid aufgrund von Umstrukturierungsmaßnahmen der Ruhr-Universität Anfang 2009 aufgegeben.

Im Jahr 2009 wurden drei bettenführende Fachabteilungen mit neuen Chefarzten besetzt. Herr Dr. Lepique hat am 01. September 2009 die Leitung der Gefäßchirurgie, Herr Dr. Leodolter am 01. Oktober 2009 die Leitung der Gastroenterologie sowie Herr Dr. Forner am 01. Dezember 2009 die Leitung der Abteilung Gynäkologie/Geburtshilfe übernommen.

Darüber hinaus wurde mit dem Chefarzt der Abteilung für Röntgendiagnostik ein Vertrag zur Auflösung seines Arbeitsverhältnisses zum 31. März 2009 geschlossen. Ein Chefarztnachbesetzungsverfahren ist nicht geplant, sondern eine Kooperation mit einem Partner, um eine Verzahnung mit dem ambulanten Sektor zu erreichen.

Die Leistungsentwicklung im Geschäftsjahr 2009 stellt sich - befördert durch die Neubesetzung von Chefarztpositionen im Jahr 2008 - positiv dar. Im Vergleich zum Vorjahr konnten die vollstationären DRG-Fallzahlen um 335 Fälle gesteigert werden.

Dies unterstreicht, dass das Sana-Klinikum Remscheid sukzessive das Vertrauen von Patienten und Einweisern zurückgewinnt. Darüber hinaus konnte neben einer Fallzahlsteigerung der Case-Mix für das Gesamthaus um 1.089 CM-Punkte (5,3 %) im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden.

Der Case-Mix-Index liegt stabil bei 1,043 (ohne teilstationäre Dialyse). Gleichzeitig konnte die Verweildauer im Vergleich zum Vorjahr um 0,41 Tage auf 6,9 Tage abgesenkt werden und liegt nunmehr 6,8 % unter der mittleren Verweildauer gemäß DRG-Katalog.

Der Umsatz 2009 erhöhte sich bedingt durch die Leistungssteigerung im stationären Krankenhausbereich um 4.023 T€ auf 81.219 T€.

Die Entwicklung des medizinischen Bedarfs korrespondiert mit der Leistungssteigerung im stationären Bereich.

Vor dem Hintergrund des Ausbaus des medizinischen Leistungsangebotes wurde im Jahr 2009 der Umbau der Kardiologie mit dem Ziel der Implementierung eines zweiten Linksherzkathetermessplatzes begonnen. Mit einem Abschluss der Baumaßnahme wird im 1. Halbjahr 2010 gerechnet. Die Kosten der Baumaßnahme betragen im Geschäftsjahr 2009 562 T€, diese werden primär über zugewiesene Mittel im Rahmen des Investitionsförderungsgesetzes NRW finanziert.

Im Geschäftsjahr 2009 fand eine steuerliche Außenprüfung statt. Diese umfasste die Umsatz-, Körperschaft- und Gewerbesteuer für die Jahre 2004 bis 2008. Hierbei konnte eine Einigung erzielt werden, ein abschließender Bericht über die Betriebsprüfung liegt noch nicht vor. Ebenfalls liegen noch keine geänderten Steuerbescheide vor. Die Ergebnisauswirkung der Außenprüfung ist in diesem Jahresabschluss erfasst.

Die Sana-Klinikum Remscheid GmbH hat mit der Dünkeloh-Klinik GmbH & Co. KG im Dezember 2009 einen Kauf- und Übertragungsvertrag abgeschlossen. Gegenstand dieses Vertrages ist die Übernahme der wesentlichen Gegenstände des Aktiv- und Passivvermögens des Betriebs der Dünkeloh-Klinik zum 01. Januar 2010. Das Leistungsgeschehen der Dünkeloh-Klinik wird in das Sana-Klinikum Remscheid integriert und die Dünkeloh-Klinik als stationärer Standort aufgegeben.

2. Entgeltverhandlung

Eine Entgeltverhandlung für das Budgetjahr 2009 hat im Jahr 2009 aufgrund von Terminengpässen der Kostenträger nicht stattgefunden. Die Entgeltverhandlung ist für den 24. Februar 2010 terminiert.

3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

3.1 Vermögenslage

Neben der Umbaumaßnahme der kardiologischen Abteilung sind darüber hinaus Investitionen im Bereich Einrichtung und Ausstattung getätigt worden, welche ausschließlich mit Eigenmitteln finanziert wurden.

Im Geschäftsjahr erfolgten eine Einlage der Sana-Kliniken AG in die Kapitalrücklage in Höhe von 5.000 T€ sowie eine Einzahlung der Stadt Remscheid in die Kapitalrücklage in Höhe von 80 T€.

Aufgrund vorgenannter Sachverhalte sowie des Jahresüberschusses 2009 in Höhe von 68 T€ erhöht sich das Eigenkapital gegenüber 2008 von 4.176 T€ auf 9.324 T€.

Im Geschäftsjahr 2009 konnten die Forderungen gegenüber Krankenkassen und Selbstzahlern durch ein konsequentes Forderungsmanagement signifikant um 2.717 T€ auf 6.957 T€ gesenkt werden.

3.2 Finanzlage

Finanzlage und verfügbare Kreditlinie lassen einen nur sehr engen Handlungsspielraum für die Gesellschaft zu, auch wenn sich die Sana Kliniken AG, Ismaning, im Zusammenhang mit der Finanzierung der Neubaumaßnahme gegenüber dem Bankenconsortium zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft verpflichtet hat.

Aufgrund der wirtschaftlichen Situation der Gesellschaft hatte sich die Sana-Kliniken AG dazu entschlossen, in die Gesellschaft eine Einlage in Höhe von 5.000 T€ einzuzahlen. Die Einlage wurde bei der Gesellschaft in vollem Umfang der Kapitalrücklage gutgeschrieben.

Für die Entwicklung der Finanzlage ist der Finanzbedarf für den Neubau bestimmend. Für das Darlehen in Höhe von 25.600 T€ durch das Bankenconsortium unter der Führung der KfW mussten im Jahr 2009 2.138 T€ Zins und Tilgung aufgebracht werden. Darüber hinaus besteht ein Vertrag über Anlagencontracting und technisches Gebäudemanagement mit der ARGE SKR unter Federführung der Firmen Siemens Building Technologies und Gegenbauer Health Care. Hierin enthalten ist ein Finanzierungsvolumen von ca. 26.400 T€ für technische Anlagen. Dieser Vertrag hat eine Laufzeit von 15 Jahren. Im Geschäftsjahr 2009 mussten 2.538 T€ Zinsen und Tilgung aufgebracht werden.

Die Integration der Sana-Klinikum Remscheid GmbH in den Cash-Pool der Sana Kliniken AG hat das Finanzergebnis durch die guten Refinanzierungskonditionen positiv beeinflusst.

3.3 Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2009 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 68 T€, obwohl die umfangreiche, ohne Fördermittel finanzierte Neubaumaßnahme das Betriebsergebnis im Bereich der nicht geförderten Abschreibungen mit 4.151 T€ belastet.

Das im Vergleich zum Vorjahr deutlich verbesserte Ergebnis resultiert insbesondere aus der Steigerung der Erlöse aus Krankenhausleistungen um 4.563 T€. Dieser Erlössteigerung stehen erhöhte Personalaufwendungen von 2.446 T€, Materialaufwendungen von 181 T€ und sonstige betriebliche Aufwendungen von 461 T€ gegenüber.

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales Nordrhein-Westfalen hat mit dem Krankenhausgestaltungsgesetz NRW die bisherige Einzelförderung durch eine Baupauschale ersetzt. Mit Bescheid vom 24.06.2009 erhält das Sana-Klinikum Remscheid für das Jahr 2009 eine Baupauschale in Höhe von 1.015 T€. Der Einsatz der Baupauschale erfolgte vollständig zur Finanzierung von Zinsen für die Neubaumaßnahme.

4. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Sana Kliniken AG hat zur frühzeitigen Erkennung von bestandsgefährdenden Risiken ein konzernweit bei allen Tochtergesellschaften ganzheitliches Risikomanagementsystem eingerichtet, das sowohl die frühzeitige Identifikation und Analyse von Risiken als auch die Ergreifung entsprechender Steuerungsmaßnahmen ermöglicht.

Das Risikomanagementsystem beinhaltet eine Vielzahl von Kontrollmechanismen, so z. B. für den Bereich des Liquiditätsmanagements. Das konzernweit gültige Risikomanagement Handbuch enthält verbindliche Regelungen zur Erfassung, Analyse, Bewertung, Steuerung und Überwachung wesentlicher Risiken und sorgt durch seine risikopolitischen Grundsätze für ein konzernweit einheitliches Verständnis des Risikomanagements. Darüber hinaus wird der integrierte Risikomanagementansatz durch eine einheitliche Risikomanagementsoftware unterstützt.

Die in der Risikomanagement-Software erfassten Risikomanagement-Informationen werden regelmäßig an den Vorstand der Sana Kliniken AG berichtet. Daneben besteht für wesentliche Risiken eine verpflichtende ad-hoc Berichterstattung der Tochtergesellschaften

an den Vorstand der Sana Kliniken AG.

Die Konzernrevision überprüft jährlich die Funktionsfähigkeit des ganzheitlichen Risikomanagementsystems sowie die Einhaltung der Richtlinien.

Ein generelles Risiko ergibt sich für alle Krankenhäuser wie auch das Sana-Klinikum Remscheid aus der Budgetierung der Erlöse. Neben der Anpassung des DRG-Kataloges wird ebenso die Veränderung des Landesbasisfallwertes für Nordrhein-Westfalen aufgrund der Tatsache, dass der krankenhausindividuelle Basisfallwert über dem landeseinheitlichen Basisfallwert liegt, von größter Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung der Sana-Klinikum Remscheid GmbH sein.

Neben diesem allgemein Erlösrisiko besteht für die Gesellschaft ein weiteres Erlösrisiko durch Nichterreichen der geplanten Leistungen. Da der Erfolg zum größten Teil auf der Leistungsseite erzielt wird, resultiert hieraus ein erhöhtes Risiko bei Nichterreichung der Planungswerte. Zwar werden große Anstrengungen seitens der Gesellschaft unternommen, Fallzahlen zu steigern und Imageverbesserungen herbeizuführen, ein Fallzahleinbruch einer einzigen Abteilung kann jedoch schon zu deutlichen Planunterschreitungen führen.

5. Darstellung von Vorgängen von besonderer Bedeutung nach dem Abschluss des Geschäftsjahres

Nach Abschluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt geworden, die Auswirkung auf den Geschäftsverlauf oder die Lage der Gesellschaft haben.

6. Ausblick auf das Geschäftsjahre 2010 und 2011

Wie schon in den Vorjahren liegt der Schlüssel zur Verbesserung der Ertragslage der Gesellschaft fast ausschließlich in der Ausgestaltung des Leistungsspektrums, verbunden mit einer Steigerung der Leistungen. Für das Geschäftsjahr 2010 werden ca. 21.600 vollstationäre Fälle ohne teilstationäre Dialyse erwartet, was einem Case-Mix von rund 23.000 Punkten entspricht.

Die geplante Leistungssteigerung wird befördert durch die im 2. Halbjahr 2009 besetzten Chefarztpositionen in den Abteilungen Gastroenterologie, Gefäßchirurgie sowie Gynäkologie und Geburtshilfe.

Darüber hinaus sind für 2010 Ergebnisverbesserungen durch Einsparungen im Sachkostenbereich geplant. Durch gezielte Maßnahmen und der Nutzung von Benchmarks und Hitlisten sollen die Kosten im Bereich des medizinischen Bedarfs signifikant gesenkt werden.

Die Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen bleiben auch für die nächsten Jahre erwartungsgemäß herausfordernd. Gleichwohl wollen wir auch in den kommenden Jahren Umsatz, Ergebnis und Marktanteil bei weiterer Qualitätssteigerung ausbauen und so unserem Ziel einer hochwertigen medizinischen Versorgung im Bergischen Land in effizienter Weise Rechnung tragen.

Remscheid, den 19.01.2010

gez. Oliver Bredel
Geschäftsführer

3.12 Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)

Allgemeine Unternehmensdaten

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
 Baedekerstraße 5
 45128 Essen
 Tel. 0201 / 243439

Gründungsjahr: 1929

Gesellschafter	Stammkapitalanteil	
	in €	in %
Stadt Remscheid	1.615,68	1,26
weitere Städte, Kreise und sonstige juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts	126.207,29	98,74
<u>Gesamt</u>	<u>127.822,97</u>	<u>100,0</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall. Hier hat die Gesellschaft die Aufgaben

- die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger zu koordinieren, soweit dies erforderlich ist, und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten;
- die Gesellschafter und ihre Gemeinden in allen Fragen der Versorgung und Entsorgung zu beraten.

Die Gesellschaft kann nach Beschluss der Gesellschafterversammlung weitergehende Aufgaben auf dem Gebiet der öffentlichen Ver- und Entsorgungswirtschaft übernehmen. Die Übernahme sonstiger Aufgaben bedarf einer Änderung des Gesellschaftsvertrages.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Oberkreisdirektor a.D. Heinz-Eberhard Holl, Osnabrück

Oberbürgermeister a.D. Ernst Löchelt, Bottrop

Verwaltungsrat

Insgesamt 14 Mitglieder

Gesellschafterversammlung

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Gemäß § 15 Absatz 1 des Gesellschaftsvertrages sind die Gesellschafter verpflichtet, zur Deckung der laufenden Ausgaben der Gesellschaft Nachschüsse, in der jeweils durch Beschluss der Gesellschafterversammlung festzusetzenden Höhe, zu leisten. Die Nachschüsse der einzelnen Gesellschafter werden nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile festgesetzt.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2007	2008	2009
	€	€	€
Nachschuss zur Deckung lfd. Kosten	1.616,00	1.616,00	1.616,00

3.13 RW Holding AG, Düsseldorf

vormals: RW Kommunale Finanzbeteiligungs-GmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

RW Holding AG
Herzogstr. 15
40217 Düsseldorf
Tel. 0211 / 826-4623

Gründungsjahr: 1992

Die RW Kommunale Finanzbeteiligungs-GmbH an der die Stadt Remscheid mit 10% am Stammkapital beteiligt war, wurde zusammen mit anderen gleichartigen Unternehmen in 2002 rückwirkend zum 31.07.2001 auf die RW Holding AG verschmolzen.

Aktionäre	Gezeichnetes Kapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	411.840,00	0,55
weitere Aktionäre, darunter u.a. Beteiligungsgesellschaften, Städte, Kreise, Sparkassen, Landesbanken und Landschaftsverbände	73.951.019,52	99,45
<u>Gesamt</u>	<u>74.362.859,52</u>	<u>100,0</u>

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Gesellschaften

	Stück Inhaberstammaktien	in % am Grundkapital
RWE AG	3.000	0,00053
	Stammkapitalanteil	in %
RW Energie-Beteiligungs- gesellschaft mbH Co. KG	50.050 €	32,64

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens sind gemäß § 2 der Satzung der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die damit verbundene Wahrung wirtschaftlicher Interessen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die der Erreichung und Förderung des Gegenstandes der Gesellschaft notwendig und nützlich erscheinen.

Organe der Gesellschaft

Vorstand:

2 Mitglieder (mind. 2)

Aufsichtsrat:

9 Mitglieder

Hauptversammlung:

Vertreter in der ordentlichen Hauptversammlung der Stadt Remscheid war laut Ratsbeschluss Frau Oberbürgermeisterin Beate Wilding.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2007	2008	2009
	€	€	€
Dividendenausschüttung -netto	445.525,62	397.292,07	528.261,21
Steuerguthaben aus Einlage in den BgA "Badeanstalten", Erstattung	119.145,63	106.246,68	nicht bekannt

3.14 AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mit beschränkter Haftung Wuppertal

Allgemeine Unternehmensdaten

AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mit beschränkter Haftung Wuppertal
Korzert 15
42349 Wuppertal
Tel. 0202 / 4042-0

Gründungsjahr: 1971

Gesellschafter	Stammkapitalanteil	
	in €	in %
Wuppertaler Stadtwerke GmbH	3.523.475,00	70,47
Stadtwerke Remscheid GmbH	1.248.475,00	24,97
Stadtwerke Velbert GmbH	225.000,00	4,50
Stadt Wuppertal	1.525,00	0,03
Stadt Remscheid	1.525,00	0,03
<u>Gesamt</u>	<u>5.000.000,00</u>	<u>100,00</u>

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Gesellschaften	Stammkapital	Beteiligung
	in €	in %
AUTOonline GmbH (Verkauf am 01.10.2009)	110.000,00	16,6
WVW Wertstoffverwertung Wuppertal GmbH	25.000,00	100,0
WLG Wertstofflogistik GmbH	25.000,00	49,0
Wuppertal Marketing GmbH	210.000,00	2,4

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand der Gesellschaft ist die Erfassung, Sammlung, Beförderung, Behandlung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen und Wertstoffen, insbesondere der Betrieb von Anlagen für thermische Behandlung von Abfällen. Die Gesellschaft kann weitere Dienstleistungen erbringen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen. Sie kann darüber hinaus alle sonstigen der Abfallverringerung, -verwertung oder -beseitigung mittelbar oder unmittelbar dienenden Tätigkeiten ausführen und Anlagen planen, errichten und betreiben.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Wolfgang Herkenberg
Dipl.-Ing. Conrad Tschersich

Aufsichtsrat

Klaus-Jürgen Reese	Vorsitzender	
Elke Rühl	1. stellv. Vorsitzende	
Willy Görtz	2. stellv. Vorsitzender	
Frank Braken		
Karlheinz Emmert		
Ralph Güther		
Udo Hellmann		bis 31.12.2009
Johannes Huhn		bis 31.12.2009
Burkhard Mast-Weisz	Stadtdirektor	
Ingeborg Ockel		
Günter Pott		
Paul-Yves Ramette		
Volker Rösener		bis 31.12.2009
Ursel Simon		
Dr. Johannes Slawig		
Fred Surga		
Hartmut Than		
Oliver Wagner		bis 31.12.2009
Andreas Weigel		

Beratende Mitglieder:

Andreas Feicht
 Dr. Thomas Hoffmann
 Heinz-Werner Thissen

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war laut Ratsbeschluss Herr Städtischer Verwaltungsdirektor Dietmar Klee.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Bürgschaftsverpflichtungen zum 31.12.2009 14.054.902,52 €

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2007	2008	2009
	€	€	€
Bürgschaftsprovision	1.787,54	878,45	253,41

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2007	2008	2009
Mitarbeiter	340	373	378

Wirtschaftliche Unternehmensdaten

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

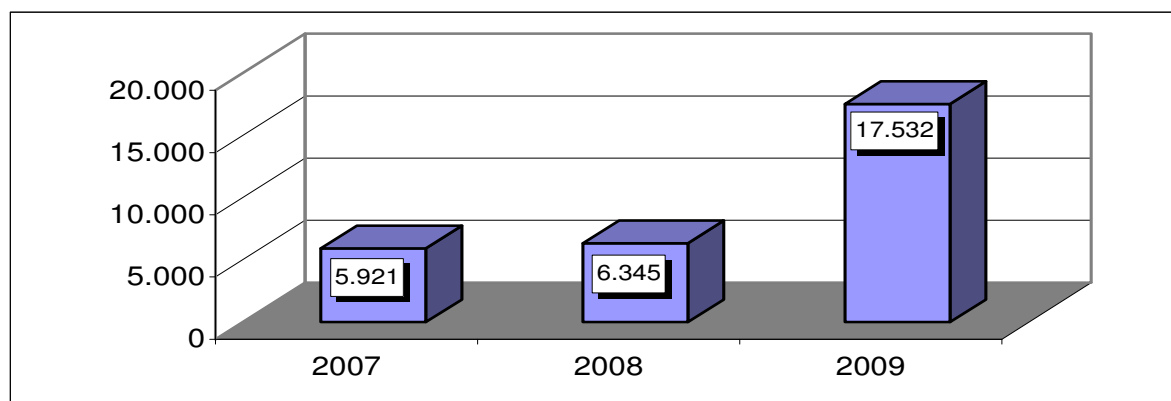
Jahr	2007		2008		2009	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	133	0,08	152	0,09	275	0,18
Sachanlagen	146.330	89,60	140.231	87,41	130.538	86,21
Finanzanlagen	470	0,29	480	0,30	321	0,21
Anlagevermögen	146.933	89,97	140.863	87,80	131.134	86,60
Vorräte	4.598	2,82	4.202	2,62	3.967	2,62
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	10.430	6,39	11.851	7,39	11.256	7,43
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	1.341	0,82	3.515	2,19	5.037	3,33
Umlaufvermögen	16.369	10,02	19.568	12,20	20.260	13,38
Rechnungsabgrenzungsposten	15	0,01	7	0,00	25	0,02
Aktiva	163.317	100,00	160.438	100,00	151.419	100,00
Gezeichnetes Kapital	767	0,47	767	0,48	5.000	3,30
Kapitalrücklage/Gewinnrücklage	19.271	11,80	19.271	12,01	17.000	11,23
Gewinnvortrag (+) / Verlustvortrag (-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresüberschuss (+)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresfehlbetrag (-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	20.038	12,27	20.038	12,49	22.000	14,53
Sonderposten mit Rücklagenanteil	3.410	2,09	3.424	2,13	3.437	2,27
Rückstellungen	21.703	13,29	23.100	14,40	20.673	13,65
Verbindlichkeiten	118.166	72,35	113.876	70,98	105.309	69,55
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	163.317	100,00	160.438	100,00	151.419	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

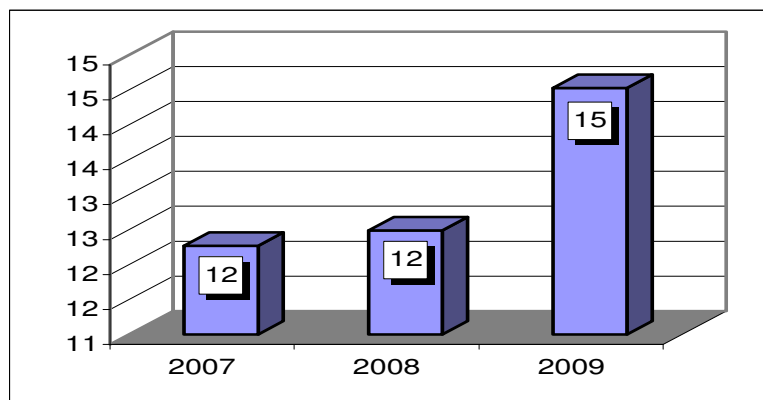
Jahr GuV-Position	2007	2008	2009
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	85.386	89.750	91.569
Erhöhung des Bestandes an Erzeugnissen	488	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	2.277	2.816	3.538
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	12	29	245
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	580	179	107
Erträge	88.743	92.774	95.459
Materialaufwand	31.845	32.243	35.448
Personalaufwand	17.735	18.593	20.465
Abschreibungen	16.059	15.645	15.956
Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.218	13.951	9.294
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.680	5.199	4.661
Aufwendungen	80.537	85.631	85.824
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	8.206	7.143	9.635
Außergewöhnliche Erträge	0	1.037	11.249
Steuern von Einkommen und Ertrag	-2.103	-1.652	-3.164
Sonstige Steuern	-182	-183	-188
Aufwendungen aus Ergebnisabführung	-5.921	-6.345	-17.532
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse (vor Ergebnisabführung)

Jahr	2007	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	5.921	6.345	17.532

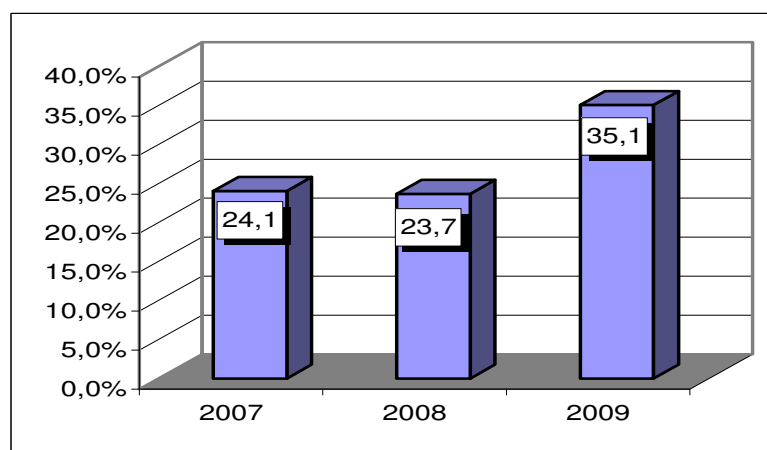
**Kennzahlen****Eigenkapitalquote**

Jahr	2007	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	20.038	20.038	22.000
Bilanzsumme	163.317	160.438	151.419
% EK	12	12	15



Cash-Flow

Jahr	2007	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss*	5291	6345	17532
Abschreibungen	16.059	15.644	15.956
	21.350	21.989	33.488
Gesamterträge	88.743	92.774	95.459
Cash-Flow	24,1%	23,7%	35,1%



Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009 (auszugsweise)

Allgemeines

Die Städte Wuppertal und Remscheid sind durch die Mitgliedschaft und Zusammenarbeit im Abfallwirtschaftsverband EKOCity sowohl entsorgungspolitisch als auch wirtschaftlich gut auf gestellt. Der Zweckverband wurde 2002 durch die Städte Bochum, Wuppertal, Remscheid und Herne sowie der Kreise Ennepe-Ruhr, Recklinghausen und dem Regionalverband Ruhr (RVR) als kommunaler Entsorgungsbund gegründet. Zum 1. Januar 2006 ist der Kreis Mettmann dem Verbund beigetreten. Die Kooperation zielt u.a. auf die langfristige Sicherung der Entsorgungssicherheit im Verbandsgebiet und den Erhalt der kommunalen Einflussnahme auf die Ausgestaltung der Abfallwirtschaft und die dauerhafte Auslastung der vorhandenen Anlagenstruktur. Resultat der insgesamt sehr positiven Entwicklung des Verbands ist u. a.,

dass die Entsorgungspreise im Verband von den Preisschwankungen im Entsorgungsmarkt der letzten Jahre weitgehend verschont blieben und in Folge die kommunalen Entsorgungsgebühren in den Gebietskörperschaften des Verbands in den letzten Jahren weitgehend stabil und damit auch langfristig kalkulierbar blieben.

Die AWG wurde zuletzt 1999 von der Stadt Wuppertal mit der Sammlung, dem Transport, der Verwertung und der Beseitigung andienungspflichtiger Abfälle im Rahmen eines langjährigen Entsorgungsvertrags beauftragt. Teile dieses Entsorgungsauftrags sind seit dem Jahr 2002 an den öffentlichen Entsorgungszweckverband EKOCity übergeben worden, der sich zur Erfüllung seines Entsorgungsauftrags u.a. der AWG und ihrer Verbrennungskapazitäten bedient. Die abfallwirtschaftliche Konstellation der AWG ist deshalb besonders positiv zu bewerten, weil die beschriebene Entsorgungskooperation über den Zweckverband EKOCity eine wirtschaftlich ausreichende Auslastung der AWG-Verbrennungskapazität zu gesicherten Preisen mit kommunalen Haushaltsabfällen aus dem Verbandsgebiet gewährleistet.

Darüber hinaus erfüllt die AWG ihre Aufgaben als leistungsfähiger regionaler Entsorgungsdienstleister auch für den gewerblichen Entsorgungsmarkt.

2. Darstellung des Geschäftsverlaufes

2.1 Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die Verbrennungsmenge des MHKWs der AWG lag im Jahr 2009 bei rd. 440.000 Mg Abfälle aus Haushalten und Gewerbe. Damit hat die AWG im Berichtsjahr eine vergleichsweise hohe Verbrennungsleistung erbracht.

Leider zeigt die Entwicklung der Preise im Entsorgungsmarkt, dass die allerorten zu vermerkenden Kapazitätsausweitungen der Müllheizkraftwerke im Bundesgebiet und die Errichtung von neuen Verbrennungskapazitäten, besonders von Ersatzbrennstoffkraftwerken auf Abfallbasis und der Mitverbrennung von Sekundärbrennstoffen, zu einem merklichen Abschwung des Preisniveaus für Gewerbemüll führen. Weiterhin ist davon auszugehen, dass aufgrund der angespannten Gesamtsituation gewerbliche Abfallmengen zurückgehen werden. Aktuell und im Blick auf das Jahr 2010 ist fest zu stellen, dass die Situation auf dem Entsorgungsmarkt sich weiterhin verschärft und der Preisverfall im Bereich der thermischen Entsorgung weiter voran schreitet.

2.2 Umsatz- und Auftragsentwicklung

Im Bereich der Sammlung und des Transportes sowie der Entsorgung und Verwertung von Abfällen aus Haushalten hat die AWG als beauftragter Dritter im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes für die Stadt Wuppertal die Aufgaben des kommunalen Entsorgungsträgers übernommen. Durch den zugrundeliegenden Entsorgungsvertrag mit der Stadt Wuppertal sowie durch die ab geschlossenen Verträge im Rahmen der EKOCity-Kooperation sind die Tätigkeiten der AWG langfristig zu kostendeckenden Konditionen abgesichert.

Papier, Pappe und Kartonagen sind, trotz schwankender Preise, gefragte Wertstoffe, die sich besonders gut zur Wiederverwertung eignen. Deshalb sammelt und verwertet die AWG diese Materialien seit vielen Jahren, verfolgt damit das Umweltziel "Abfallverwertung" und trägt mit den Erlösen zur Abfallgebührenstabilität bei. Die AWG hat zum 1. Januar 2008 die Sammlungsaktivitäten von Papier, Pappe und Kartonagen im Wuppertaler Stadtgebiet intensiviert. Aufgrund der negativen Preisentwicklung von Altpapier war die Geschäftsführung allerdings im Jahr 2009 gezwungen, innerhalb des bestehenden Vertrages mit dem Kooperationspartner, einer zeitlich befristeten Preisreduzierung zuzustimmen.

Das Angebot der von der AWG betriebenen Recyclinghöfe wurde mit dem Ende 2008 eröffneten Recyclinghof in Wuppertal-Barmen abgerundet und damit das ursprüngliche Konzept einer flächendeckenden Versorgung vollständig umgesetzt. Mit nunmehr fünf

Recyclinghöfen in Wuppertal hat die AWG ein umfassendes, wohnort- und bürgernahes Entsorgungsangebot verwirklicht.

Durch die Abfallrahmenrichtlinie der EU und die in 2010 zu erwartende Umsetzung in nationales Recht nimmt, auch für Müllheizkraftwerke, die Bedeutung einer möglichst hohen Energieeffizienz weiter zu. Das sowohl ökologisch als auch ökonomisch vorteilhafte Projekt des Ausbaus der Fernwärme, wird in Zusammenarbeit mit der WSW Energie und Wasser AG weiterhin mit Nachdruck vorangebracht. Gegenüber 2008 hat sich die Abgabemenge um ca. 15% gesteigert. Für das Jahr 2010 wird mit einer deutlichen Steigerung der Fernwärmeabgabe gerechnet. Die AWG leistet - auch zukünftig - ihren Beitrag zur Sicherstellung der Fernwärmeversorgung im Wuppertaler Süden.

Für den Bereich "Autorecycling" der AWG war das Jahr 2009, bedingt durch die Umweltprämie, von einem exorbitanten Zulauf an Altfahrzeugen geprägt. Während in den vergangenen "normalen" Jahren von der AWG zwischen 900 und 1.100 Fahrzeugen angenommen, zerlegt und entsorgt wurden, waren es im Jahre 2009 weit über 7.000 Fahrzeuge, die von der AWG angenommen wurden. Ende Dezember waren davon bereits weit über 5.000 Fahrzeuge zerlegt und einer geordneten Entsorgung zugeführt.

Wirtschaftlich war das Jahr 2009 für den Bereich "Autorecycling", entgegen den landläufigen Erwartungen, nur mäßig erfolgreich. Es fehlten die Umsatzanteile aus dem Verkauf von hochwertigen Ersatzteilen und die des Gebrauchtwagenhandels, der 2009 fast gänzlich zum Erliegen gekommen ist. Diese fehlenden Umsatzanteile konnten auch durch den erhöhten Umsatz und die besseren Margen im Bereich der Altteile nicht gänzlich kompensiert werden. Darüber hinaus war gegenüber den Vorjahren ein beträchtlicher Preisverfall für Karosenschrott zu verzeichnen.

Auf der Deponie Korzert II wurden seit dem Beginn der 80er Jahre bis ins Jahr 2007 hinein ca. 150.000 m³ der bei der Verbrennung der Abfälle in den Elektrofiltern angefallenen Filterstäube - nach einer entsprechenden Aufbereitung zu einem mörtelähnlichen Material - aus dem Müllheizkraftwerk Wuppertal der AWG abgelagert. Die Deponiekapazität war im Jahr 2007 erschöpft.

Die Genehmigung zum Bau der Oberflächenabdichtung wurde im Februar 2007 erteilt. Im selben Jahr wurde bereits mit dem Bau vorbereitender Maßnahmen begonnen. Im Mai 2008 wurde mit dem eigentlichen Bau der Oberflächenabdichtung und damit mit dem Abschluss der Deponie begonnen. Da wesentliche Teile der Bauarbeiten nur bei trockener Witterung und Temperaturen oberhalb von 7° C durchgeführt werden konnten, haben sich diese Arbeiten bis September 2009 hingezogen. Die Baumaßnahme wurde Ende 2009 weitestgehend abgeschlossen. Seit Beendigung der Deponierung in 2007 werden die Filterstäube, wie die Rauchgasreinigungsrückstände, in den untertägigen Bergversatz verbracht.

Sparte Thermik

Im Vergleich zum Geschäftsjahr 2008 steigerte sich die angelieferte Abfallmenge mit 442.614 Mg (VJ 427.185 Mg) um rd. 15.429 Mg.

Die in diesem Bereich ausgewiesenen Umsätze entwickeln sich planmäßig und resultieren im Wesentlichen aus den abgeschlossenen Pacht- und Betriebsführungsverträgen in Höhe von rd. T€ 56.384,7 (Vorjahr T€ 57.782,2).

Weitere wesentliche Erlöse in Höhe von T€ 6.670,9 (Vorjahr T€ 5.435,6) wurden durch das Recht zur Vermarktung von Strom und Fernwärme realisiert, welches zu vergleichbaren Konditionen bei EKOCity erworben wurde.

Sparte Sammlung und Transport

Im Berichtsjahr wurden im Bereich Haus- und Sperrmüll 91.963 Mg (VJ 92.019,18 Mg) im Stadtgebiet Wuppertal gesammelt bzw. an den Recyclinghöfen abgegeben. Davon wurden

71.554 Mg der Verbrennungsanlage zugeführt. Weitere 20.409 Mg wurden dem EKOCity-Center Bochum zugeführt.

Die für die Stadt Wuppertal durchgeführte abfallwirtschaftliche Tätigkeit umfasst ein Auftrags- bzw. Umsatzvolumen in Höhe von T€ 9.773,0 (VJ: T€ 9.122,6).

Durch den Sperrmüllschnellservice sowie die Recyclinghöfe konnte ein Umsatz in Höhe von T€ 453,3 realisiert werden.

Bei dem zu entsorgenden Gewerbemüll blieb die Zahl der wöchentlich zu entleerenden Behälter mit 5.740 gegenüber dem Vorjahr mit 5.850 weitestgehend konstant.

Gleichzeitig konnte jedoch die Zahl der Frontumleerbehälter von rd. 260 im Vorjahr auf rund 281 gesteigert werden.

Die weiteren Erlöse resultieren im Wesentlichen aus der Vermarktung (T€ 966,8) von Altpapier und Altkleider (T€ 156,7) sowie der Entsorgung von Schadstoffen (T€ 49,5).

Zusätzlich konnten Transportumsätze in Höhe von T€ 1.109,0 generiert werden.

Sparte Autorecycling

Die Umsatzerlöse in der Sparte Autorecycling reduzierten sich mit T€ 1.856 gegenüber dem Vorjahr (T€ 2.901,3) um rund 36 %. Diese Reduzierung ist durch den vorübergehenden Zusammenbruch der Märkte der hochwertigen Ersatzteile und des Gebrauchtwagenhandels geprägt.

2.3 Beschaffung

Die von der AWG für die Beschaffung notwendigen Märkte (Anlagen- sowie Verbrauchsgüter) lassen aus heutiger Sicht keinen Schluss auf Mengen- und Preisrisiken zu.

Der Lagerbestand von Ersatzteilen und Magazinmaterial blieb mit T€ 3.725,3 gegenüber dem Vorjahr (T€ 3.765,0) konstant.

2.4. Investitionen

Im Berichtsjahr wurden Investitionen in Höhe von insgesamt T€ 6.206,6 durchgeführt.

Unter anderem wurde die bereits in 2008 begonnene Errichtung der zweiten Linie der Rauchgasreinigungsanlage fertiggestellt und in Betrieb genommen. Zusätzlich wurden im Bereich der Rauchgasreinigung wesentliche Teile der Leittechnik erneuert.

Weiterhin wurde die Erneuerung der 10 kV-Anlage planmäßig abgeschlossen.

Zur Reduzierung der Geruchsentwicklung wurde die Kipphalle und der Sperrmüllbunker mit einer entsprechenden Luftwandanlage versehen.

Im Bereich der Logistik wurden für die notwendige Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und Betriebsmitteln insgesamt rd. T€ 1.669 investiert.

2.5. Finanzierungsmaßnahmen

Im Jahr 2009 wurden keine langfristige Darlehen aufgenommen.

Zu den Bilanzkennziffern wird auf den Punkt Darstellung der Lage – Unternehmenskennzahlen - verwiesen.

2.6 Personal- und Sozialbereich

Der Mitarbeiterstand per 31.12.2009 beträgt 378.

Der gesamte Personalaufwand betrug im Berichtsjahr T€ 20.465.

Dieser teilt sich wie folgt auf:

	Personal- aufwand	Sozial- abgaben
Thermik	7.265,9	1.925,7
Sammlung und Transport	8.510,4	2.302,1
Autorecycling	360,8	100,2

2.7 Umweltschutz

Der Standort der Verbrennungsanlage, Korzert 15, unterzog sich im Jahr 2009 im Rahmen eines Audits einer freiwilligen Wiederholungsprüfung hinsichtlich der Kriterien der Entsorgungsfachbetriebsverordnung durch die TÜV Umwelt Cert GmbH. Das Zertifikat zum Entsorgungsfachbetrieb wurde erneut erteilt.

Die gem. Bundesimmisionsschutzgesetz zu messenden Schadstoff- und Verbrennungsbedingungen liegen vor und werden, wie durch den Genehmigungsbescheid gefordert, veröffentlicht und der Bezirksregierung vorgelegt.

Des Weiteren erfolgte im Berichtsjahr die erneute Zertifizierung für die Standorte Klingelholl 80-84 sowie Deutscher Ring (Autorecycling) zum Entsorgungsfachbetrieb durch Lloyds Quality Assurance GmbH bzw. CER QMS Qualifizierungsstelle.

2.8 Wichtige Vorgänge

Im Zuge der weltweiten Finanzkrise ist die AIG, der sogenannte Garantiegeber der US-Lease-Transaktion, in 2008 im Rating herabgestuft worden. Gemäß den Vorgaben der vertraglichen Vereinbarungen im Zusammenhang mit der US-Lease-Transaktion wurde im Mai 2009 der vertragsgemäße Zustand durch eine zusätzliche Bürgschaft der KfW- und NRW.Bank wiederhergestellt. Diese Bürgschaft ist auf zwei Jahre befristet und enthält eine Verlängerungsoption für weitere drei Jahre.

3. Darstellung der Lagen

(hier nicht wiedergegeben, siehe wirtschaftliche Unternehmensdaten aus Beteiligungsbericht)

4. Hinweise auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Entsprechend dem aufgestellten Risikokatalog ergeben sich folgende wesentliche Risiken für das Unternehmen.

4.1 US-Lease-Service-Contract-Finanzierung

Die Gesellschaft hat am 6./7.12.1999 mit einem US-Trust eine U.S. -Lease-Service-Contract-Finanzierung abgeschlossen. Die Verträge sehen im Falle einer Vertragsverletzung durch die AWG eine Auflösung der Verträge sowie eine dadurch resultierende Entschädigungsleistung vor. Diese ist abhängig vom Zeitpunkt der Vertragsauflösung, den dann bestehenden Zinssätzen und Dollarkursen und kann bis zum mehrfachen des aus diesem Geschäft seinerzeit erzielten Barwertvorteils betragen.

Wegen der aus evtl. auftretenden Vertragsstörungen entstehenden Risiken wurde als Vorsorge ein Risikomanagementsystems eingeführt. Dieses System liegt im Verantwortungsbereich der Geschäftsführung und wurde in Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern der AWG, den Arrangeuren der US-Lease-Transaktion und den Rechtsberatern der AWG erstellt. Entsprechend den Vorgaben dieses Managementsystems erfolgt eine regelmäßige Berichterstattung durch die Geschäftsführung an den Aufsichtsrat und die Gesellschafter. Zur weiteren Reduzierung eventueller Risiken wurde in 2005 ein Betreuungsvertrag abgeschlossen.

Zu den aktuellen Entwicklungen verweisen wir auf TZ 2.8. dieses Lageberichts.

4.2 EKOCity

Durch den Abschluss der Pacht- und Betriebsführungsverträge im Jahr 2003 wurde die Auslastung der Verbrennungsanlage und damit eine kostendeckende Erlössituation und ein entsprechender Unternehmensertrag langfristig gesichert.

5. Vorgänge nach Schluss des Geschäftsjahres (§ 289 Abs. 2 Nr. 1 HGB)

Es liegen keine berichtspflichtigen Vorgänge vor.

6. Voraussichtliche Entwicklung

Hierzu verweisen wir auf die Ausführungen unter Punkt 4.2

Wuppertal, im Februar 2010

Die Geschäftsführung

3.15 RWE Aktiengesellschaft

Allgemeine Unternehmensdaten

RWE Aktiengesellschaft
 Opernplatz 1
 45128 Essen
 Tel. 0201 / 1200

Gründungsjahr: 1898

Beteiligungsverhältnisse

Gezeichnetes Kapital (Grundkapital)						
	Gesamt			Stadt Remscheid		
	Stück in Tsd.	Betrag in Mio. €	in %	Stück	Betrag in €	%
Stammaktien	523.405	1.340	93,1	108.980	278.988,80	0,021
Vorzugsaktien	39.000	100	6,9	0	0	
Summe	562.405	1.440	100	108.980	278.988,80	0,019

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

70 wesentliche Beteiligungen im In- und Ausland in den Bereichen Energie, Bergbau und Rohstoffe, Mineralöl und Chemie, Wasser und Entsorgung.

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Die Gesellschaft leitet eine Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf folgenden Geschäftsfeldern tätig sind:

- Beschaffung und Erzeugung von sowie Versorgung und Handel mit Energie und Energieträgern einschließlich des Baus, des Betriebs und der sonstigen Nutzung von Transportsystemen für Energie und Energieträger;
- Umweltdienstleistungen und –technik einschließlich der Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser;
- Aufsuchung, Gewinnung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen sowie von chemischen und petrochemischen Erzeugnissen;
- Elektro-, Gebäude- und Kommunikationstechnik, Elektronik, sonstiger Maschinen-, Anlagen- und Gerätebau sowie Erbringung von Ingenieurleistungen;
- Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb von Bauten aller Art sowie Erbringung von Gebäudeleistungen;
- Telekommunikation, Datenübertragung sowie Dienstleistungserbringung und Handel auf elektronischem Wege;
- Immobilienwirtschaft;
- Handel, Logistik, Transport und Erbringung weiterer Dienstleistungen insbesondere auf den vorbezeichneten Geschäftsfeldern.

Organe der Gesellschaft

- Vorstand
- Aufsichtsrat
- Ausschüsse des Aufsichtsrats
- Wirtschaftsbeirat
- Hauptversammlung

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2007	2008	2009
	€	€	€
Dividendenausschüttung - netto -	300.948,27	270.853,45	361.064,37
Steuerguthaben aus Einlage in den BgA Beadeanstalten Erstattung	80.481,73	72.433,55	noch nicht bekannt

4.1 EWR GmbH, Remscheid (mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

EWR GmbH
Neuenkamper Str. 81-87
42855 Remscheid
Tel. 02191 / 16-40

Gründungsjahr: 2001

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadtwerke Remscheid GmbH	14.000.000,00	80,0
Thüga Aktiengesellschaft	3.500.000,00	20,0
<u>Gesamt</u>	<u>17.500.000,00</u>	<u>100,0</u>

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Gesellschaften	Stammkapitalanteil	
	in €	in %
Bergische Trinkwasser-Verbund-GmbH	22.000,00	22,0
EWR Netz GmbH	100.000,00	100,0

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die sichere, preiswürdige und umweltschonende Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser, Wärme und Telekommunikation sowie die Erbringung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit diesen Geschäftsfeldern. Die Gesellschaft kann weitere Aufgaben der Ver- und Entsorgung übernehmen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten und ferner Unternehmens- und Interessengemeinschafts- sowie sonstige Kooperationsverträge – auch außerhalb des Versorgungsbereichs – abschließen.

Die Gesellschaft soll innerhalb ihres Unternehmensgegenstandes neue Geschäftsfelder entwickeln und Dienstleistungen anbieten und durch sie eine wirtschaftlich vertretbare Vermeidung unnötigen Energie-, Material- und Stoffverbrauchs sowie die Verminderung umweltschädigender Emissionen erreichen, um so einen Beitrag zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zu leisten.

Organe der GesellschaftGeschäftsführung:

Prof. Dr. Ing. Thomas Hoffmann

Aufsichtsrat

Manfred Schwick, Vorsitzender	Ratsmitglied / SB	
Hans-Peter Meinecke, 1. stellv. Vorsitzender	Ratsmitglied	
Lothar Weischet, 2. stellv. Vorsitzender		
Dr. Anton Binder		ab 01.01.2009
Thomas Blicke		
Helmut Börsch		
Katja von Doren		ab 01.12.2009
Ulrich Erkens		
Susanne Fiedler	Ratsmitglied / SB	
Karl-Heinz Humpert	Ratsmitglied	
Andreas Karthaus		
Dr. Herbert Rüben		bis 31.12.2008
Gabriele Schoffhauser		
Dr. Matthias Schütte		bis 30.11.2009
Achim Südmeier		
Beate Wilding	Oberbürgermeisterin	
Hans-Herbert Wilke	Ratsmitglied	

Gesellschafterversammlung**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2007	2008	2009
	€	€	€
Konzessionsabgabe	7.827.000,00	7.855.412,56	7.877.850,42

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2007	2008	2009
Mitarbeiter/-innen	276	271	261

Wirtschaftliche Unternehmensdaten

Leistungsdaten des Unternehmens

Betriebsbereich	Leistung	2007	in %	2008	in %	2009	in %
Stromversorgung	Stromabsatz Mio.kWh	545,3	-2,9	523,2	-4,1	462,8	-11,5
	Umsatz T€	65.618	9,3	66.818	1,8	63.513	-4,9
Gasversorgung	Gasabsatz Mio. kWh	1.061	-8,0	1.143	7,7	1.022	-10,6
	Umsatz T€	45.972	-16,7	56.618	23,2	51.317	-9,4
Wasserversorgung	Wasserabsatz Mio. cbm	6,9	-1,4	6,7	-2,9	6,6	-1,5
	Umsatz T€	16.297	3,7	16.104	-1,2	15.702	-2,5
Wärmeversorgung	Wärmeabsatz Mio. kWh	39,6	0,3	41,8	5,6	44,4	6,2
	Umsatz T€	3.276	-1,2	3.913	19,4	4.166	6,5
	Gesamtumsatz T€	131.163	-2,3	143.453	9,4	134.698	-6,1

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

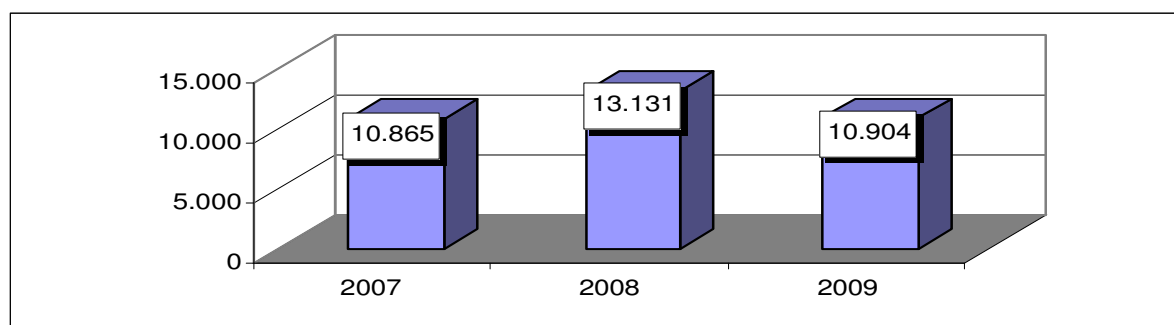
Jahr	2007		2008		2009	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.439	0,91	1.292	0,75	1.241	0,88
Sachanlagen	76.811	48,83	72.585	42,08	68.499	48,79
Finanzanlagen	28.757	18,28	28.761	16,67	28.754	20,48
Anlagevermögen	107.007	68,03	102.638	59,51	98.494	70,16
Vorräte	1.316	0,84	1.329	0,77	1.340	0,95
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	33.715	21,43	56.633	32,83	20.828	14,84
Wertpapiere	1	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	14.094	8,96	10.816	6,27	18.687	13,31
Umlaufvermögen	49.126	31,23	68.778	39,87	40.855	29,10
Rechnungsabgrenzungsposten	1.164	0,74	1.070	0,62	1.038	0,74
Aktiva	157.297	100,00	172.486	100,00	140.387	100,00
Gezeichnetes Kapital	17.500	11,13	17.500	10,15	17.500	12,47
Kapitalrücklage	66.316	42,16	66.316	38,45	66.316	47,24
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Bilanzgewinn	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	83.816	53,29	83.816	48,59	83.816	59,70
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Empfangene Ertragszuschüsse	8.219	5,23	7.187	4,17	6.195	4,41
Rückstellungen	6.860	4,36	7.171	4,16	9.920	7,07
Verbindlichkeiten	58.400	37,13	74.312	43,08	40.456	28,82
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	157.297	100,00	172.486	100,00	140.387	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

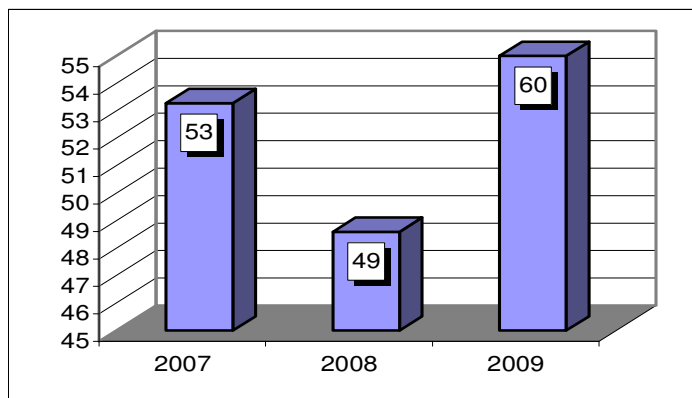
Jahr	2007	2008	2009
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	147.883	155.443	146.606
Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen	-139	18	-22
Andere aktivierte Eigenleistungen	342	289	331
Sonstige betriebliche Erträge	26.426	23.881	23.443
Erträge aus Gewinnabführung	0	0	0
Erträge aus Beteiligungen/verb. Unternehmen	2	2	2
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	532	775	215
Erträge	175.046	180.408	170.575
Materialaufwand	120.516	111.616	119.904
Personalaufwand	14.505	15.093	15.386
Abschreibungen	7.806	7.158	6.885
Sonstige betriebliche Aufwendungen	15.217	17.485	14.406
Aufwendungen aus Verlustübernahme	2.724	12.754	950
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.116	1.007	904
Aufwendungen	161.884	165.113	158.435
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	13.162	15.295	12.140
Sonstige Steuern	-2.297	-2.164	-1.236
Gewinnabführung an Organträger	-10.865	-13.131	-10.904
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse bzw. Höhe der Gewinnabführung

Jahr	2007	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Gewinnabführung	10.865	13.131	10.904

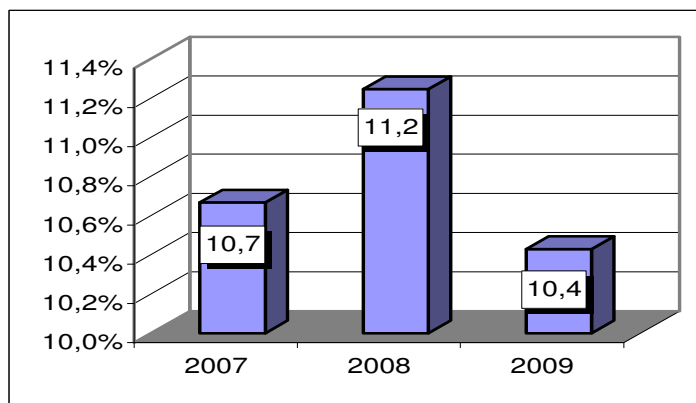
**Kennzahlen****Eigenkapitalquote**

Jahr	2007	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	83.816	83.816	83.816
Bilanzsumme	157.297	172.486	140.387
% EK	53	49	60



Cash-Flow

Jahr	2007	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Erg.v.Gewinnabf.	10.865	13.131	10.904
Abschreibungen	7.806	7.158	6.885
	18.671	20.289	17.789
Gesamterträge	175.046	180.408	170.575
Cash-Flow	10,7%	11,2%	10,4%



Lagebericht 2009

Allgemeines

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise haben mit voller Wucht auch das bergische Städtedreieck getroffen. Remscheid mit seinen Kernbranchen Maschinen- und Werkzeugbau sowie der Metallerzeugung geriet relativ spät in den Sog der Finanz- und Wirtschaftskrise. Je nach Branche mussten Umsatzeinbußen zwischen 20 % und nahezu 40 % verkräftet werden.

Der Arbeitsmarkt in der Region ist im Berichtsjahr von einer tiefgreifenden Kurzarbeit geprägt; die Arbeitslosenquote in Remscheid verschlechterte sich zum Jahresende gegenüber Dezember 2008 deutlich von 8,2 % auf 10,2 % und erreichte im Jahresdurchschnitt nahezu 10 %. Nach schwierigen anderthalb Jahren ist der Jahreseinstieg der bergischen Wirtschaft von einer tragfähigen Klimaverbesserung und Zuversicht geprägt, die ihre Grundlagen auch in der Belebung des Exportgeschäftes finden.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise erfasste in ihren Auswirkungen auch die Energieversorgungsbranche, die Absatzlage bei Industrie- und Gewerbekunde verzeichnete

ebenfalls spürbare Einschnitte. Nach geradezu rasanten Preisentwicklungen bei der Energiebeschaffung wurden bereits im Herbst 2008 im Strommarkt erste Preiseinbrüche mit starken Volatilitäten beobachtet. Zusammen mit dem konjunkturbedingten Nachfragerückgang wurden die - gemessen an den Vorjahren - dramatischen Konsequenzen deutlich. Unsere Gesellschaft wurde mehr oder weniger gleichermaßen von dieser Entwicklung getroffen. Darüber hinaus haben die regulatorischen Eingriffe der Bundesnetzagentur bzw. der Landesregulierungsbehörden und die damit verbundenen Kürzungen der Nutzungsentgelte - seit dem 01. Januar 2009 befinden wir uns in der ersten Phase der Anreizregulierung - den Wettbewerbsdruck intensiviert. Die auf freiwilliger Basis im September 2005 rechtlich unbundelten Netzbereiche Strom und Gas finden sich in der 100 %igen Tochtergesellschaft, der EWR Netz GmbH, wieder. Die im Eigentum der EWR GmbH stehenden Strom- und Gasversorgungsnetze sind im Rahmen eines Verpachtungs-/Dienstleistungsmodells an die Gesellschaft verpachtet. Alleinigere Gesellschafter ist die EWR GmbH.

Die technische und kaufmännische Betriebsführung der Gesellschaft wird über einen geschlossenen Dienstleistungsvertrag von der EWR GmbH wahrgenommen.

Der nach der Gemeindeordnung NW geforderten Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung sind wir nachgekommen. Den im Gesellschaftszweck der EWR formulierten Zielen, eine sichere, preiswürdige und umweltschonende Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser, Wärme sowie Dienstleistungen im Zusammenhang mit diesen Geschäftsfeldern, haben wir voll entsprochen.

Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Die Folgen der Weltwirtschaftskrise auf die heimische Industrie sind im abgelaufenen Geschäftsjahr 2009 auch auf den Energieabsatz und in letzter Konsequenz auf das Unternehmensergebnis der EWR durchgeschlagen. Die Gesamterlöse der Gesellschaft sanken gegenüber dem Vorjahr von 155,4 Mio. € um ca. 5,7 % auf 146,6 Mio. €. Davon entfielen auf Energie- und Wasserlieferungen 134,7 Mio. € (- 6,1 %). Der Umsatzrückgang in der Sparte Strom von 4,9 % zeigt nicht das wahre Ausmaß des Konjunktureenbruchs, notwendige Preisanpassungen, die ausschließlich auf höhere Stromeinstandspreise zurückzuführen sind, verzerren die Situation. Die Erlösentwicklung im Segment der Gasversorgung - gegenüber dem Vorjahr ein Minus von 9,4 % - zeigt schon eher die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Gesellschaft. Der rückläufige Umsatz in der Wasserversorgung ist nur geringfügig von der Wirtschaftskrise beeinflusst und eher auf die stagnierende Bevölkerungsentwicklung in Remscheid und den Einsparanstrebungen auf allen Ebenen zurückzuführen.

In der Stromsparte unterschreiten wir mit dem Absatz von 462,8 Mio. kWh den Wert des Jahres 2008 um 60,4 Mio. kWh oder 11,5 %. Die Witterungsbedingungen konnten nicht im Ansatz einen Ausgleich zum schwachen Gasabsatz schaffen, der mit 1.021,5 Mio. kWh um 10,6 % hinter dem Volumen des Vorjahres zurück bleibt. Wie bereits angesprochen, hält der stetige Abwärtstrend im Wasserverbrauch mit 6,6 Mio. m³ im Berichtsjahr an und drückt sich in einem Rückgang von 2,1 % aus. Die Wärmeversorgung konnte sich gut behaupten. Durch die Nachwirkung neuer Kunden des Vorjahres in Verbindung mit einem verhaltenen Zugewinn von Kunden im abgelaufenen Geschäftsjahr stieg der Absatz auf insgesamt 44,4 Mio. kWh oder um 6,5 %.

Die nachfolgende Tabelle fasst noch einmal rechnerisch die Veränderungen im Absatz- und Umsatzbereich der reinen Energie- und Wasserversorgung gegenüber dem Vorjahr zusammen:

		Absatz	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Erlöse *) Mio. €	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Stromversorgung	Mio. kWh	462,8	./ 11,5	63,5	./ 4,9
Gasversorgung	Mio. kWh	1.021,5	./ 10,6	51,3	./ 9,4
Wärmeversorgung	Mio. kWh	44,4	+ 6,3	4,2	+ 6,5
Wasserversorgung	Mio. m ³	6,6	./ 2,1	15,7	./ 2,5
Gesamt				134,7	./ 6,1

^{*)} einschl. Eigenverbrauch, ohne Nebengeschäfte und Auflösung Baukostenzuschüsse

Das Jahresergebnis der EWR schließt vor Gewinnabführung über alle Sparten und nach Ertragsteuern mit einem Gewinn in Höhe von 10,9 Mio. € ab und unterschreitet damit den Vorjahreswert um 2,2 Mio. € oder ca. 17 %.

Die Konzessionsabgabe - abgeleitet von den Absatzmengen für Strom und Gas sowie den Wassererlösen - wurde wieder preis- und steuerrechtlich vollständig erwirtschaftet und liegt mit etwa 7,5 Mio. € um 0,3 Mio. € unter Vorjahreswert. Auf der Basis des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages wird der Jahresgewinn von 10,9 Mio. € (i. Vj. 13,1 Mio. €) vor Abzug der Ausgleichszahlung an die Minderheitsgesellschafterin Thüga Aktiengesellschaft, München, an die Muttergesellschaft Stadtwerke Remscheid GmbH abgeführt.

Beschaffung

Die Entwicklung der Bezugskosten für Strom und Gas fiel unterschiedlich aus. Die absoluten Strombeschaffungskosten - ohne Netznutzungsentgelte - fielen trotz um 12 % gesunkener Vertriebslast um 1,6 % als Folge leicht gestiegener EEG-Mehrkosten sowie erhöhter Aufwendungen aus der Spot- und Regelernergievermarktung. Die Gasbezugskosten sanken aufgrund konjunkturell bedingtem Minderabsatz und der an die Ölpreisentwicklung gekoppelten Preise. Einschließlich des Materialverbrauchs, der Brenn- und Treibstoffe, der bezogenen Lieferungen und Leistungen - hierzu sind auch die Netzentgelte der EWR Netz GmbH zu rechnen - beansprucht der gesamte Materialaufwand in 2009 eine Größenordnung von 119,9 Mio. €.

Personalbereich

Zum 31.12.2009 beschäftigte die EWR 261 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und damit 10 Belegschaftsmitglieder weniger als zum gleichen Stichtag des Vorjahres. Die Zahl der kostenrelevanten Vollzeitkräfte hat sich zum Bilanzstichtag gegenüber dem Vorjahr ebenfalls verringert und zwar von 249 Personen auf 240 Personen. Zum Jahresende befanden sich 15 junge Menschen (17 i. Vj.) in einem Ausbildungsverhältnis. Das entspricht - auf die Belegschaftszahl zum 31.12. ohne Auszubildende bezogen - einer Ausbildungsquote von 6,1 %.

Die Personalkosten nehmen traditionell den zweiten Platz im Aufwandsbereich der Ergebnisrechnung ein. Auf diese Kostengröße entfielen 15,4 Mio. € und damit - trotz geringerer Anzahl der Belegschaftsmitglieder - als Folge tariflicher Erhöhungen etwa 0,3 Mio. € höhere Aufwendungen als im Jahr 2008. Als Folge gesunkener Umsatzerlöse nimmt der Personalaufwand 9,1 % (Vorjahr 8,5 %) der betrieblichen Erträge ein.

Umwelt-, Arbeitsschutz und Qualitätsmanagement

Die Aufgabenbereiche Umwelt-, Arbeitsschutz-, Qualitätsmanagement gehören unabdingbar zu einer verantwortungsvollen Unternehmenspolitik. Ein schon vor Jahren aufgebautes, integriertes Managementsystem wird zentral für alle Gesellschaften des „Konzerns Stadtwerke Remscheid“ betreut. Wesentliche Triebfedern für den kontinuierlichen Verbesserungsprozess sind dabei unsere mit sehr gutem Ergebnis verlaufenen Zertifizierungen nach DIN EN ISO 9001:2000 und 14.001. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde das Umweltmanagementsystem auf die Erneuerung der Zertifizierung nach zuvor

genannter Norm vorbereitet, die im zweiten Halbjahr des Jahres 2010 durchgeführt werden soll.

Arbeitsschutz ist ein stets im Focus der Managementaufgaben stehendes Thema. Die Anzahl der Arbeitsunfälle hat sich von 3 im Vorjahr auf aktuell 9 - davon 5 meldepflichtig - erhöht. Die durch meldepflichtige Unfälle verursachten Fehltage stiegen von 6 auf 83 an. Im Konzern registrierten wir insgesamt 21 Arbeitsunfälle, von denen 13 (14 i. Vj.) meldepflichtig waren. Wir richten nach wie vor unser Augenmerk verstärkt auf die Prävention.

Risiken und Chancen

Das zentrale Risikofrüherkennungssystem ist integraler Bestandteil unserer Managementsysteme und wird von der EWR aus konzernweit eingesetzt. Die mittels Softwareunterstützung erfassten Risiken werden halbjährlich durch die Risikoverantwortlichen aktualisiert und vom Risikokoordinator erfasst und verwaltet. Dem Aufsichtsrat wird im gleichen Rhythmus ein Sachstandsbericht des Risikomanagements gegeben. Das Risikofrüherkennungssystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert. Zum Jahresende sind im Konzern sechs Risiken identifiziert, die ausschließlich in der Prioritätsklasse C geführt werden, die im Hinblick auf Eintrittswahrscheinlichkeit und potenzielle Schadenhöhe die geringste Bedeutung hat. Seit Beginn des Jahres 2009 befinden wir uns in der ersten Phase der Anreizregulierung. Die Absenkung der Entgelte haben wir der Bedeutung entsprechend klassifiziert und im Risikofrüherkennungssystem der Unternehmensgruppe ausgewiesen. Die EWR GmbH hat keine Finanzmarktgeschäfte getätigt, insoweit drohen der Gesellschaft auch aus diesem Segment keine Risiken. Andere Risiken haben wir angemessen in Form von Rückstellungsdotierungen berücksichtigt.

Nach dem Scheitern des Rheinisch-Bergischen Stadtwerke-Verbundes im Dezember 2008 haben wir weitere Handlungsalternativen für eine optimale Ausgestaltung des regulierten Netzbetriebes untersucht. Im Mittelpunkt der Untersuchungen standen als wesentliche Handlungsalternativen die Netzkooperation mit den Stadtwerken Solingen, der Ausbau der Netzgesellschaft auf wachsende regulatorische Anforderungen und die Reintegration der EWR Netz GmbH in die Muttergesellschaft. Darüber hinaus sehen wir für die EWR ein Chancenpotenzial im Thüga-Netzwerk. Die Beteiligung unserer Mutter an der KOM9 GmbH & Co. KG und der damit verbundene Kauf der Thüga AG von E.ON stärkt die Ausgangsposition.

Investitionen und Finanzierung

Im Jahr 2009 wurden rund 3,6 Mio. € in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen investiert und damit im Vergleich zum Vorjahr insgesamt etwa 0,5 Mio. € weniger Finanzmittel für Investitionen eingesetzt. Auch gegenüber unserer revidierten Wirtschaftsplanung blieb das Investitionsvolumen über alle Sparten zurück, und zwar um 1,1 Mio. €.

Von den verausgabten Investitionen für immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen entfielen etwa 45 % auf die Stromversorgung, knapp 15 % auf die Gasversorgung, ca. 12 % flossen in die Wasserversorgung und rund 9 % wurden in die Wärmeversorgung investiert. Auf die gemeinsamen und zentralen Bereiche entfielen gut 19 % der Finanzmittel. Zur vollständigen Finanzierung der Investitionen konnte auf die erwirtschafteten Abschreibungen zurückgegriffen werden.

Ausblick

Zum Jahreswechsel nach 2010 scheint die konjunkturelle Talfahrt gestoppt zu sein, zu Beginn des zweiten Quartals ist in der bergischen Wirtschaft eine Klimaverbesserung und Zuversicht auszumachen.

Die winterlichen Verhältnisse haben insgesamt den Gas- und Wärmeabsatz gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres beflügelt, darüber hinaus sehen wir bei unseren industriellen Kunden noch weiteres Potenzial. Im Strombereich bewegen wir uns in den ersten drei Monaten im Absatz leicht oberhalb unserer auf niedrigem Niveau angesetzten Planung. Insgesamt gesehen können wir aus der Entwicklung des ersten Quartals 2010 noch keinen hinreichenden Aufschluss über den weiteren Verlauf des neuen Geschäftsjahres geben.

Die im Frühjahr 2009 eingeleitete Untersuchung und Konzeption einer gemeinsamen Netzgesellschaft mit den Stadtwerken Solingen wurde im Sommer abgebrochen. Restriktive Rahmenbedingungen der Regulierungsbehörde verhinderten eine wirtschaftliche Ausrichtung dieses angedachten Geschäftsmodells. Im Herbst 2009 wurden alternativ neue Überlegungen zur zukünftigen Ausrichtung des Netzbetriebes angestellt. Vor dem Hintergrund der für uns gesetzlich nicht notwendigen rechtlichen Entflechtung des Netzbetriebes haben wir uns unter Abwägung aller Rahmenbedingungen für die Reintegration der EWR Netz GmbH im Wege der Verschmelzung mit der Muttergesellschaft entschieden. Die erforderlichen Gremienbeschlüsse wurden im März 2010 gefasst, die Umsetzung wird im weiteren Jahresverlauf mit Rückwirkung auf den 01. Januar 2010 vollzogen.

Mit der im ersten Quartal 2010 im Verbund mit anderen Stadtwerken vollzogenen Beteiligung an der GREEN GECCO Beteiligungsgesellschaft sehen wir unseren nachhaltigen Einstieg in das Geschäftsfeld der regenerativen Energieerzeugung, das perspektivisch ausgebaut werden soll.

Das Investitions- und Instandhaltungsprogramm 2010 und Folgejahre wird sich in der Strom- und Gasversorgung uneingeschränkt an den finanziellen Spielräumen orientieren, die von den Regulierungsbehörden vorgegeben werden. Derzeit rechnen wir im nunmehr laufenden Geschäftsjahr mit einem Investitionsvolumen von 8,1 Mio. €, das rund 2 Mio. € für geplante Projekte innerhalb von GREEN GECCO beinhaltet. Ein weiterer Schwerpunkt wird auf Maßnahmen innerhalb unseres Versorgungsnetzes gelegt.

Die Liquiditätsslage der Gesellschaft ist gesichert, zur Bewältigung des Investitionsprogramms werden voraussichtlich keine Fremdmittel benötigt.

Remscheid, 20. April 2010

gez. Prof. Dr. Hoffmann
Geschäftsführung

4.2 Park Service Remscheid GmbH, Remscheid

(mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

Park Service Remscheid GmbH
Neuenkamper Str. 81-87
42855 Remscheid
Tel. 02191 / 16-40

Gründungsjahr: 2000/2004

Am 21.12.2000 wurde die Stadtwerke Remscheid Energie und Wasser GmbH, Remscheid, (kurz: „SREW“) gegründet. Die SREW hatte bis zum 06.07.2004 kein operatives Geschäft. Die SREW übernahm das Parkierungsgeschäft der Städtische Gewerbeimmobilien Remscheid GmbH. Der Gesellschaftsvertrag wurde vollständig neu gefasst. Damit wurden unter anderem die Firma geändert in Park Service Remscheid GmbH und der Gegenstand des Unternehmens neu gefasst.

Gesellschafter

	Stammkapital	
	in €	in %
Stadtwerke Remscheid GmbH	100.000,00	100,0

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Keine

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb von Parkierungsanlagen und –einrichtungen in Remscheid sowie die Erbringung von Dienstleistungen in dem genannten Bereich.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Prof. Dr. Ing. Thomas Hoffmann

Aufsichtsrat

Lothar Sill, Vorsitzender	Ratsmitglied / SB
Klaus Mandt, stellvertretender Vorsitzender	Ratsmitglied / SB
Beate Wilding	Oberbürgermeisterin

Gesellschafterversammlung**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2007	2008	2009
	€	€	€
	keine	keine	keine

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2007	2008	2009
Mitarbeiter/-innen	6	5	5

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Umsatzerlöse in T€ aufgeteilt auf:	2007	2008	2009
Kurzparker	594	610	633
Dauerparker	234	209	190
Dienstleistungen	60	56	79
Gesamtumsatz T€	888	875	902

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

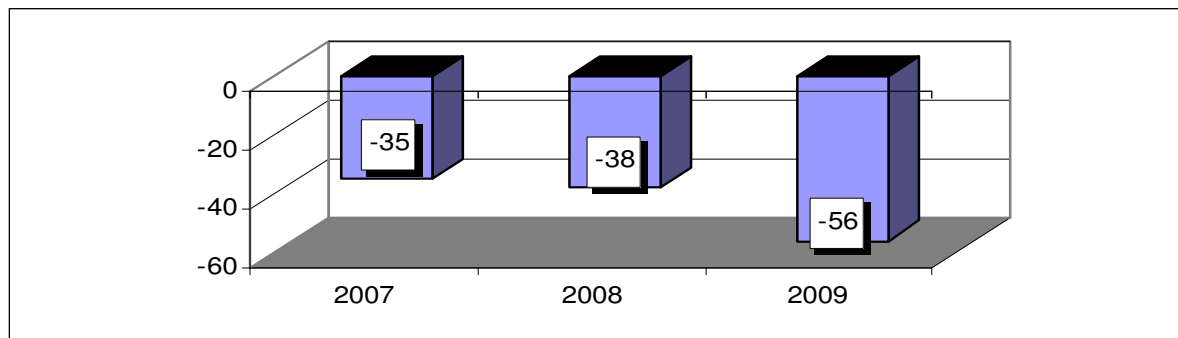
Jahr Bilanz-Position	2007		2008		2009	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	6	0,14	4	0,10	2	0,05
Sachanlagen	3.982	95,79	3.959	95,86	3.866	96,53
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	3.988	95,93	3.963	95,96	3.868	96,58
Vorräte	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	74	1,78	60	1,45	88	2,20
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	94	2,26	107	2,59	49	1,22
Umlaufvermögen	168	4,04	167	4,04	137	3,42
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0,02	0	0,00	0	0,00
Aktiva	4.157	100,00	4.130	100,00	4.005	100,00
Gezeichnetes Kapital	100	2,41	100	2,42	100	2,50
Kapitalrücklage	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-1	-0,02	-1	-0,02	-1	-0,02
Bilanzgewinn	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	99	2,38	99	2,40	99	2,47
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	48	1,15	20	0,48	72	1,80
Verbindlichkeiten	4.010	96,46	4.011	97,12	3.834	95,73
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	4.157	100,00	4.130	100,00	4.005	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr GuV-Position	2007	2008	2009
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	888	875	902
Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	0	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	84	45	16
Erträge aus Gewinnabführung/Verlustübernahme	0	0	0
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	2	2	1
Erträge	974	922	919
Materialaufwand	162	137	206
Personalaufwand	231	204	209
Abschreibungen	91	98	100
Sonstige betriebliche Aufwendungen	331	327	297
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	171	171	140
Aufwendungen	986	937	952
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-12	-15	-33
Sonstige Steuern	-23	-23	-23
Gewinnabf. an Organträger/Verlustübernahme	35	38	56
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

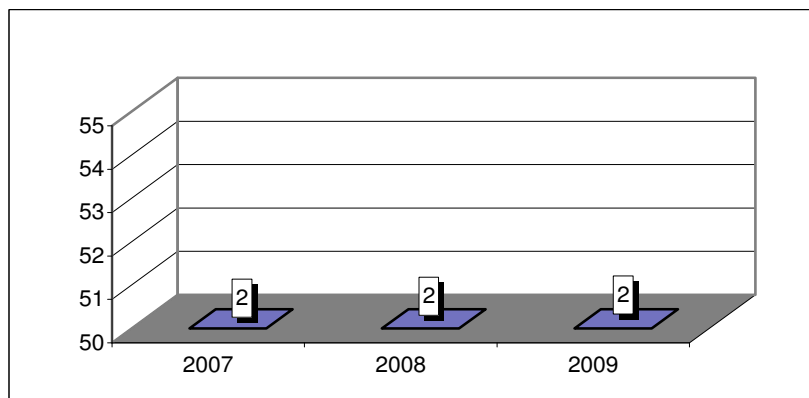
Jahr	2007	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Verlustübernahme	-35	-38	-56



Kennzahlen

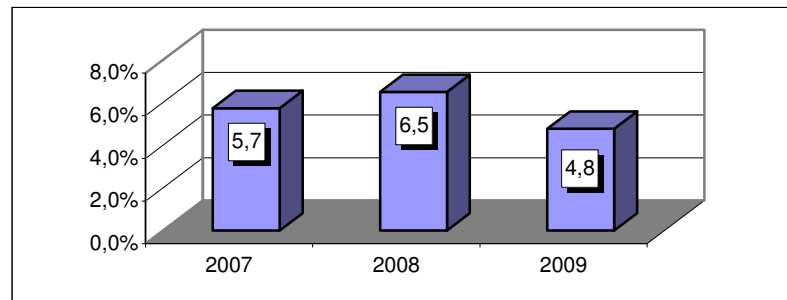
Eigenkapitalquote

Jahr	2007	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	99	99	99
Bilanzsumme	4.157	4.130	4.006
% EK	2	2	2



Cash-Flow

Jahr	2007	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Erg.v.Gewinnabf.	-35	-38	-56
Abschreibungen	91	98	100
	56	60	44
Gesamterträge	974	922	919
Cash-Flow	5,7%	6,5%	4,8%



Lagebericht 2009

Allgemeines

Seit nunmehr über fünf Jahren gehört die Gesellschaft zum Unternehmensverbund der Stadtwerke Remscheid GmbH und betreibt das von der Städtischen Gewerbeimmobilien Remscheid GmbH übernommene Parkgeschäft. Der Gegenstand der Park Service Remscheid GmbH (PSR) ist unverändert die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb von Parkieranlagen und -einrichtungen in Remscheid sowie die Erbringung von Dienstleistungen in diesem Bereich. Die Service-Offensive, die fortwährend zur Verbesserung der Sauberkeit und Sicherheit in den Parkhäusern sorgt, hat nicht zuletzt abermals zu einer gestiegenen Anzahl der Kurzparkeinfahrten beigetragen. Der Gesellschaft obliegen nicht nur der Betrieb eigener Parkierungseinrichtungen, sondern auch die Betriebsführung sowie die Erbringung technischer/administrativer Dienstleistungen von in fremdem Eigentum stehenden Parkierungseinrichtungen.

Die Kundenresonanz und das damit verbundene Parkverhalten präsentierten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder uneinheitlich. Während sich die erfreuliche Entwicklung im Kurzparkerbereich fortsetzte, ging das Geschäft mit Dauerparkern erneut zurück. Die Grundausrichtung des Parkierungsgeschäfts ruht im Wesentlichen auf zwei Säulen: Dem Bargeschäft mit Kurzparkern, das über Kassenautomaten abgewickelt wird und den Mietverhältnissen mit Dauerparkern. Die kaufmännische Betriebsführung für die PSR wird von der Schwestergesellschaft, der EWR GmbH (EWR), wahrgenommen. Darüber hinaus werden sowohl von der EWR als auch von den Stadtwerken Remscheid diverse technische Dienstleistungen erbracht.

Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Die Erlöse aus allen Parkeinrichtungen und Dienstleistungen erreichten im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Wert von gut 902 T€ und übertreffen damit die korrespondierende Vorjahresgröße um ca. 3,2 % nach - 1,5 % im Jahr zuvor. Unsere Erwartungen - geplant waren rund 912 T€ - wurden knapp verfehlt. Während die Umsätze aus Kurzparkvorgängen - sie nehmen wie im Vorjahr etwa 70 % der Gesamterlöse ein - einen Zuwachs von 3,8 % auf 633 T€ vollziehen, erleiden wir bei den Dauerparkern erneut einen spürbaren Umsatzrückgang von rund 9 %. Von den insgesamt etwa 1.560 verfügbaren Stellplätzen werden zum Bilanzstichtag ca. 440 von Dauerparkern in Anspruch genommen.

Zwischen den Stadtwerken Remscheid GmbH (Muttergesellschaft) und der 100 %igen Tochtergesellschaft Park Service Remscheid GmbH besteht ein Ergebnisabführungsvertrag (EAV). Der Jahresfehlbetrag 2009 in Höhe von ca. 56 T€ fällt um knapp 19 T€ schlechter aus als im Jahr zuvor, ist jedoch um 3 T€ niedriger als ursprünglich für 2009 geplant.

Um Finanzierungsspitzen auszugleichen, verfügt die Gesellschaft über einen von der Stadtwerke Remscheid GmbH eingeräumten Darlehensrahmen von 3.500 T€. Zum

Bilanzstichtag wurde ein aus der Zinsbindung laufendes Darlehen mit einem Restbetrag von 545 T€ über den Rahmenvertrag getilgt. Zum 31.12. ist der Darlehensrahmen mit 1.420 T€ (i. Vj. 830 T€) in Anspruch genommen.

Wegen des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages mit den Stadtwerken Remscheid ist die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft mit 100 T€ vergleichsweise gering. Die Eigenkapitalquote, also der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme, bewegt sich mit 2,5 % auf Vorjahresniveau.

Personalbereich

Die Park Service Remscheid GmbH kommt mit einer schlanken Personalstruktur aus. Der Personalaufwand nimmt mit 208 T€ (204 T€ i. Vj.) wie im Jahr zuvor ca. 23 % der betrieblichen Erträge ein. Zum Bilanzstichtag - Vorjahr in Klammern - beschäftigt die Gesellschaft 5 (5) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Vergütung richtet sich nach den tarifvertraglichen Regelungen des BAT/BMT-G bzw. TV-V. Diese gelten auch für die Altersversorgung. Auch im Berichtsjahr fanden wieder zwei Mitarbeiter-Workshops statt. Die Umsetzung eigener Ideen sorgt nicht nur für eine positive Geschäftsentwicklung, sondern fördert auch die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Arbeitssicherheit nimmt in der PSR - wie in der gesamten Unternehmensgruppe der Stadtwerke Remscheid - einen hohen Stellenwert ein. In der Gesellschaft ereignete sich auch im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder kein Arbeitsunfall.

Umweltschutz

Der hohe Umweltschutz-Standard der Stadtwerke Remscheid - diese sind seit vielen Jahren ISO 14.001 zertifiziert - wird über die konzernweit aktive Stabsstelle für Umwelt-, Qualitäts-, Arbeitsschutz- und Risikomanagement aufrechterhalten. Soweit sinnvoll und angemessen, wird die PSR in dem zentralen Managementsystem berücksichtigt. Erhöhten Umweltrisiken ist die Park Service Remscheid GmbH nicht ausgesetzt.

Rentabilität

Der Jahresfehlbetrag in 2009 fällt gegenüber dem Vorjahr höher, im Vergleich zu unserer ursprünglichen Prognoserechnung allerdings etwas niedriger aus. Trotz des anhaltend positiven Trends bei den Kurzparkern - insbesondere im Parkhaus Alleearkaden - bleibt die Situation bei den Dauerparkern angespannt und sorgt erneut für rückläufige Umsatzerlöse mit direkter Ergebnisauswirkung. Nach wie vor wirken sich infrastrukturelle Probleme im direkten Umfeld zweier Parkeinrichtungen negativ auf die Erlösentwicklung und damit unmittelbar auf die Ergebnislage aus. Untermauert durch den anhaltenden Trend niedriger Dauerparkerzahlen ist kurzfristig eine in den positiven Bereich gehende Ergebnissituation der PSR nicht darstellbar. Der Verlust wird von der Muttergesellschaft aufgrund des Gewinnabführungsvertrages ausgeglichen.

Risiken und Chancen

Die Park Service Remscheid GmbH ist - wie auch die anderen Schwestergesellschaften - in das zentrale Risikomanagementsystem der Stadtwerke Remscheid GmbH eingebunden. Die mittels Softwareunterstützung erfassten Risiken werden halbjährlich durch die Risikoverantwortlichen aktualisiert und vom Risikokoordinator erfasst und verwaltet. Dem Aufsichtsrat wird im gleichen Rhythmus hierüber ein Sachstandsbericht abgegeben. Bestandsgefährdende Risiken liegen in der Gesellschaft nicht vor. Die PSR hat keine Finanzmarktgeschäfte getätigt, insoweit drohen der Gesellschaft auch aus diesem Segment keine Risiken. Konkrete Risiken haben wir angemessen in Form von Rückstellungsdotierungen berücksichtigt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden wieder Maßnahmen umgesetzt, die uns Chancen eröffnen, die Parkhausfrequenz und damit die Einnahmen der PSR zu steigern bzw. durch günstigere Kostenstrukturen die Ertragslage zu stärken. Die Nutzung von Wertkarten hat sich zur Erfolgsstory entwickelt. Mit der EWR-PlusCard unserer Konzernschwester, der mit dem Medienpartner RGA aufgelegten PremiumPlusCard sowie der PSR-eigenen Wertkarte sind zurzeit über 30.000 Kundenkarten im Umlauf, die als bargeldlose Parkkarten - unterstützt durch verschiedene Aufladeaktionen - genutzt werden können. Als wichtiger Partner des Einzelhandels ist die PSR auch regelmäßig im Marketingrat der Innenstadt präsent.

Ausblick

Nach Maßgabe der zum Jahresende 2009 aufgestellten mittelfristigen Wirtschaftsplanung erwarten wir nicht zuletzt auch als Folge der anhaltend schwachen Resonanz im Segment der „Dauerparker“ für 2010 - vor Ergebnisabführung – ein Jahresdefizit auf Vorjahresniveau. Für das kommende Jahr rechnen wir bei dieser Kundengruppe noch nicht mit einer entscheidenden Trendwende. Allerdings zeigen sich hoffnungsvolle Ansätze durch die weitere Vermietung von Flächen im ehemaligen Verwaltungsgebäude unserer Mutter und der damit verbundenen Möglichkeit, weitere Dauerparkplätze zu vermieten. Dennoch haben wir in unserer Planung für 2010 Gesamterlöse der PSR in der Größenordnung des Jahres 2009 unterstellt.

In der Planungsperiode 2011 bis 2012 rechnen wir noch nicht mit einer nachhaltigen Verbesserung des Unternehmensergebnisses.

Nachdem alle notwendigen Erneuerungen zum Thema „Parktechnik“ bereits im Jahr 2008 abgewickelt wurden, beschränkte sich die Investitionstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr auf eher unbedeutende Ausgaben für neue Betriebsmittel. In den kommenden Jahren bewegen sich die Investitionsraten auf rund 30 T€ p. a. Verschönerungsmaßnahmen werden weitestgehend in Eigenleistung erbracht. Das angesetzte Finanzvolumen wird über die Konzernfinanzierung aufgebracht.

Die Liquiditätslage der Gesellschaft ist jederzeit gesichert. Neben den eigenen Einnahmen steht ein Darlehensrahmenvertrag mit den Stadtwerken Remscheid zur Verfügung. Die Jahresfehlbeträge werden über den Ergebnisabführungsvertrag ausgeglichen. Die bisherige Entwicklung im neuen Geschäftsjahr lässt noch keine gesicherten Rückschlüsse auf den Verlauf des Jahres 2010 zu.

Remscheid, 10. Februar 2010

gez. Prof. Dr. Hoffmann
Geschäftsführung

4.3 H₂O GmbH, Remscheid (mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

H₂O GmbH
Neuenkamper Str. 81-87
42855 Remscheid
Tel. 02191 / 16-40

Gründungsjahr: 2005

Gesellschafter

Stadtwerke Remscheid GmbH

Stammkapital	
in €	in %
200.000,00	100,0

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Keine

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb von öffentlichen Bädern und Einrichtungen, Sport- und Freizeiteinrichtungen sowie Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge im Stadtgebiet Remscheid sowie die Einbringung von Dienstleistungen in dem genannten Bereich.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Prof. Dr. Ing. Thomas Hoffmann

Aufsichtsrat

Karl Wilhelm Tamm, Vorsitzender
Bernd Quinting
Beate Wilding

Ratsmitglied / SB
Ratsmitglied
Oberbürgermeisterin

Gesellschafterversammlung

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2007	2008	2009
	€	€	€
	keine	keine	keine

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2007	2008	2009
Mitarbeiter/-innen	29	27	29

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Betriebsbereich	Leistung	2007	in %	2008	in %	2009	in %
H ₂ O - Bad	Besucher	546.256	6,9	570.132	4,4	541.242	-5,1
	Umsatz T€	3.680	6,9	3.913	6,3	3.969	1,4
Sportbad	Besucher	137.807	-1,4	138.690	0,6	134.715	-2,9
	Umsatz T€	125	7,8	132	5,6	128	-3,0
	Gesamtumsatz T€	3.805	7	4.045	6	4.097	1

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

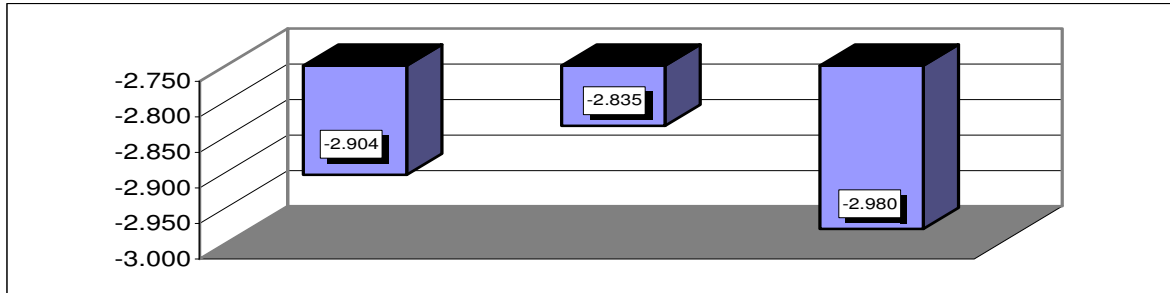
Jahr Bilanz-Position	2007		2008		2009	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,00	13	0,05	9	0,03
Sachanlagen	0	0,00	23.694	87,84	22.461	87,04
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	0	0,00	23.707	87,89	22.470	87,07
Vorräte	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	3.052	90,83	2.959	10,97	3.166	12,27
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	304	9,05	308	1,14	170	0,66
Umlaufvermögen	3.356	99,88	3.267	12,11	3.336	12,93
Rechnungsabgrenzungsposten	4	0,12	0	0,00	0	0,00
Aktiva	3.360	100,00	26.974	100,00	25.806	100,00
Gezeichnetes Kapital	100	2,98	200	0,74	200	0,78
Kapitalrücklage	0	0,00	23.426	86,85	23.426	90,78
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Bilanzgewinn	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	100	2,98	23.626	87,59	23.626	91,55
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	720	21,43	666	2,47	682	2,64
Verbindlichkeiten	2.540	75,60	2.682	9,94	1.498	5,80
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	3.360	100,00	26.974	100,00	25.806	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr GuV-Position	2007	2008	2009
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.833	4.075	4.132
Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	0	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	406	187	201
Erträge aus Gewinnabführung	0	0	0
Erträge aus Beteiligungen/verb. Unternehmen	0	0	0
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	2	6	1
Erträge	4.241	4.268	4.334
Materialaufwand	3.346	3.404	3.725
Personalaufwand	1.132	1.131	1.141
Abschreibungen	0	1.420	1.481
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.611	1.078	880
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	53	66	19
Aufwendungen	7.142	7.099	7.246
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.901	-2.831	-2.912
Sonstige Steuern	-3	-4	-68
Gewinnabführung/Verlustübernahme Organträger	2.904	2.835	2.980
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

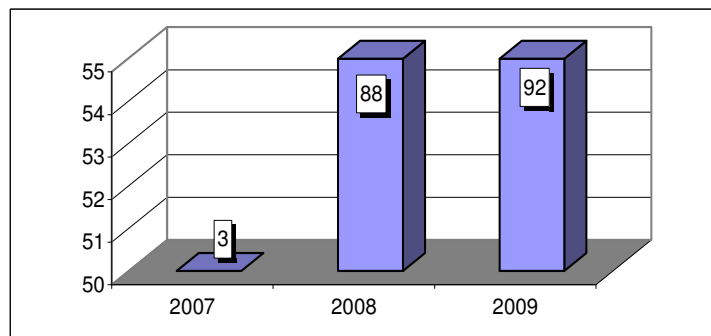
Jahr	2007	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Verlustübernahme	-2.904	-2.835	-2.980



Kennzahlen

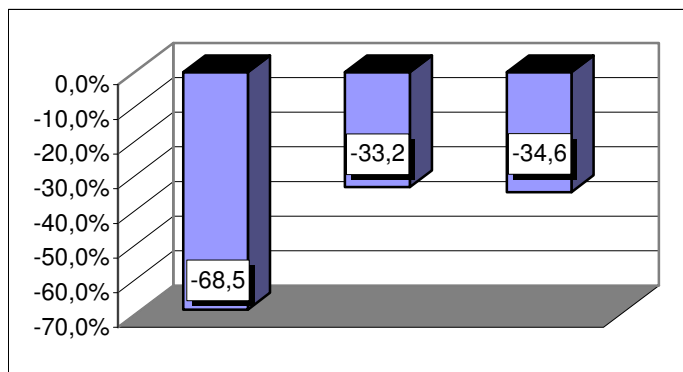
Eigenkapitalquote

Jahr	2007	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	100	23.626	23.626
Bilanzsumme	3.360	26.974	25.806
% EK	3	88	92



Cash-Flow

Jahr	2007	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Verlust	-2.904	-2.835	-2.980
Abschreibungen	0	1.420	1.481
	-2.904	-1.415	-1.499
Gesamterträge	4.241	4.268	4.334
Cash-Flow	-68,5%	-33,2%	-34,6%



Lagebericht 2009

Allgemeines

Die H₂O GmbH und insbesondere ihr Sauna- und Badeparadies konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr zwar nicht den absoluten Besucherrekord des Jahres 2008 brechen, dennoch wurde die kontinuierliche und erfolgreiche Arbeit im Event- und Dienstleistungsbereich sowie die stetige Weiterentwicklung in architektonischer Hinsicht honoriert: Unsere Saunalandschaft hat sich mittlerweile auf einem der vorderen Plätze bei Europas führenden und schönsten Saunaanlagen etabliert.

Nach wie vor ist der Gegenstand der Gesellschaft die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb öffentlicher Bäder und Einrichtungen, von Sport- und Freizeiteinrichtungen sowie von Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge im Stadtgebiet Remscheid sowie die Erbringung von Dienstleistungen in dem genannten Bereich.

Die Service- und Dienstleistungsaktivitäten der Gesellschaft werden vor allem als Bargeschäft betrieben und fokussieren sich auf die beiden Betriebsstandorte H₂O Sauna- und Badeparadies sowie das Sportbad am Park. Die kaufmännische Betriebsführung wird weiterhin von der Schwestergesellschaft, der EWR GmbH (EWR), wahrgenommen.

Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Zwischen der Stadtwerke Remscheid GmbH (SR) und der 100 %igen Tochtergesellschaft H₂O GmbH besteht ein Gewinnabführungsvertrag. Das im Geschäftsjahr 2009 erwirtschaftete Ergebnis beläuft sich - vor Verlustübernahme - auf - 2.980 T€. Gegenüber dem Vorjahresergebnis stellt sich eine Ergebnisverschlechterung von 146 T€ ein, im Vergleich zur ursprünglichen Wirtschaftplanung für 2009 verzeichnen wir jedoch eine deutliche Ergebnisverbesserung von 319 T€. Unter Einbeziehung des von der Stadt Remscheid nach wie vor an SR geleisteten Zuschusses zur teilweisen Verlustabdeckung beträgt das Jahresergebnis des Bäderbetriebes insgesamt - 1.980 T€ (i. Vj. - 1.834 T€).

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden rund 676.000 Gäste registriert und damit etwa 33.000 Besucher oder 4,7 % weniger als im Rekordjahr 2008. Auf den wirtschaftlich erfolgreichen Saunabereich einschließlich Massagen entfallen ca. 115.000 Gäste (im Vorjahr 120.000), jedoch um 4,2 % gestiegene Einnahmen, die sich auf 1.925 T€ belaufen. Neben den weiteren Einnahmen aus dem Betrieb der Wasserlandschaft des H₂O und des Sportbades - insgesamt 2.172 T€ - erzielt die Gesellschaft weitere Erlöse aus Pachtentgelten, aus Gastronomie, Solarien, Massagen und dem Beautybereich. Insgesamt belaufen sich die Umsatzerlöse ohne die sonstigen betrieblichen Erträge beider Betriebsstätten auf mehr als 4,1 Mio. €, die damit gegenüber dem Vorjahr um rund 60 T€ höher ausfallen.

Der Fehlbetrag des Geschäftsjahres 2009 in Höhe von knapp 3 Mio. € wird von der Stadtwerke Remscheid GmbH aufgrund des bestehenden Gewinnabführungsvertrages übernommen.

Um Finanzierungsspitzen auszugleichen, verfügt die Gesellschaft über einen von der Stadtwerke Remscheid GmbH eingeräumten Darlehensrahmen von 3.000 T€, der zu jeder Zeit ausreichend bemessen war.

Die Gesellschaft verfügt seit 2008 über eigenes Anlagevermögen, die Betriebsmittel wurden im Wege der Ausgliederung nach Umwandlungsgesetz von der Muttergesellschaft zum 01.01.2008 übernommen. Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt aus diesem Vorgang resultierend 23,6 Mio. € (i. Vj. 23,6 Mio. €) Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme nimmt im abgelaufenen Geschäftsjahr gut 91 % ein.

Personalbereich

Die H₂O GmbH kommt unverändert mit einer schlanken Personalstruktur aus. Der Personalaufwand liegt mit 1.140 T€ auf dem Niveau des Vorjahres und auf einem zu vergleichbaren Gesellschaften angemessenem Stand. Die Kosten nehmen einen Anteil von gut 26 % an den betrieblichen Erträgen ein. Zum Jahresende beschäftigt die Gesellschaft 29 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zum Bilanzstichtag des Vorjahres waren es 27 Beschäftigte. In kostenrelevante Vollzeitkräfte umgerechnet sind das ca. 24 Personale am 31.12.2009 und damit 1,5 mehr gegenüber dem korrespondierenden Stichtag 2008. Für die seinerzeit von SR auf die H₂O GmbH überführten Mitarbeiter richtet sich die Vergütung weiterhin nach den tarifvertraglichen Regelungen des BAT/BMT-G. Für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die nach dem 01.04.2005 beschäftigt wurden, wurden freie Anstellungsverträge ohne Tarifbezug vereinbart, da die Gesellschaft nicht einem Arbeitgeberverband angehört. Die H₂O GmbH entrichtet für alle Mitarbeiter/innen als freiwilliges Mitglied regelmäßig Beiträge an die Zusatzversorgungskasse (RZVK, Köln) im von den Statuten geforderten Umfang. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen nehmen regelmäßig an Fortbildungsveranstaltungen teil, um den Wünschen und Bedürfnissen unserer Gäste gerecht zu werden. Zurzeit bilden wir einen jungen Menschen im Berufsbild „Fachangestellte für Bäderbetriebe“ aus.

Das Thema Arbeitssicherheit nahm auch im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder einen hohen Stellenwert ein. In der Gesellschaft ereignete sich im abgelaufenen Geschäftsjahr keiner von 13 registrierten meldepflichtigen Arbeitsunfälle im Konzern Stadtwerke Remscheid. Von den nicht meldepflichtigen Unfällen entfielen 3 auf die H₂O GmbH und damit erneut ein insgesamt sehr erfreuliches Ergebnis.

Umweltschutz

Der hohe Umweltschutz-Standard der Stadtwerke Remscheid - diese sind seit vielen Jahren ISO 14.001 zertifiziert - wird in der H₂O GmbH aufrechterhalten. Die im Gründungsjahr uneingeschränkt und ohne Auflagen erteilte Zertifizierung nebst ISO 14.001-Zertifikat sind Ausdruck dafür, dass das Thema Umweltschutz ein wichtiger und gelebter Bestandteil der Unternehmenspolitik der Gesellschaft ist.

Rentabilität

Die Gesellschaft ist aufgabenbedingt eine Verlustgesellschaft, das Defizit nahm im abgelaufenen Geschäftsjahr gegenüber 2008 um etwa 5 % zu. Die entstehenden Verluste sind von der Muttergesellschaft aufgrund des Gewinnabführungsvertrages zu übernehmen. Im Geschäftsjahr 2009 erreicht die Gesellschaft - bezogen auf das Betriebsergebnis und ohne Berücksichtigung des städtischen Zuschusses - einen Kostendeckungsgrad von 59 %.

Risiken und Chancen

Die H₂O GmbH ist - wie auch die anderen Schwestergesellschaften - in das zentrale Risikomanagementsystem der Stadtwerke Remscheid GmbH eingebunden. Die mittels Softwareunterstützung erfassten Risiken werden halbjährlich durch die Risikoverantwortlichen aktualisiert und vom Risikokoordinator erfasst und verwaltet. Dem Aufsichtsrat wird im gleichen Rhythmus hierüber ein Sachstandsbericht abgegeben. Bestandsgefährdende Risiken liegen in der Gesellschaft nicht vor. Die H₂O GmbH hat keine Finanzmarktgeschäfte getätigt, insoweit drohen der Gesellschaft auch aus diesem Segment keine Risiken. Konkrete Risiken haben wir angemessen in Form von Rückstellungsdotierungen berücksichtigt.

Witterungseinflüsse und Konsumverhalten der Haushalte sind neben der Konkurrenzsituation starke Einflussfaktoren auf das Verhalten und die Besucherfrequenz unserer Gäste. Die Wirtschaftskrise im abgelaufenen Geschäftsjahr hat auch ihre Spuren bei den Besucherzahlen hinterlassen, trotzdem wurde wieder ein ausgesprochen hohes Niveau erreicht. Die anhaltend hohe Attraktivität unserer Einrichtungen, die Flexibilität, schnell auf Kundenwünsche einzugehen, wurde durch die Wahl auf Platz 5 der führenden und schönsten Saunanlagen in Europa honoriert. Wir verfolgen das ehrgeizige Ziel, trotz zunehmender Konkurrenzsituation im Umland, mit der ausgewiesenen Attraktivität unserer Einrichtungen, die Ertragslage der Gesellschaft stabil zu halten.

Ausblick

Die Perspektivplanung der Gesellschaft trägt der zunehmenden Konkurrenzsituation Rechnung und geht derzeit davon aus, dass das hohe Besucherniveau des Jahres 2009 in der Wasserlandschaft des H₂O nicht gehalten werden kann. Die Ende Mai 2008 eröffnete neue Saunawelt wird von den Gästen sehr gut angenommen und verspricht in diesem Segment stabile Besucherzahlen. Verbunden mit einer dem erreichten Attraktivitätsstand gerecht werdenden Preisstruktur im abgelaufenen Geschäftsjahr, die wir aus heutiger Sicht im nunmehr laufenden Geschäftsjahr nicht anpassen wollen, rechnen wir mit einer Stabilisierung der Ergebnissituation der Gesellschaft. Unterstützt wird diese Entwicklung nach wie vor durch ein striktes Kostenmanagement. Das Jahr 2010 wird nach den umfangreichen Saunaerweiterungsmaßnahmen als Konsolidierungsphase gesehen, in dem keine spektakulären Investitionen zur Umsetzung kommen werden.

Die Liquiditätslage der Gesellschaft ist jederzeit gesichert. Neben den eigenen Einnahmen steht ein Darlehensrahmenvertrag mit den Stadtwerken Remscheid zur Verfügung. Die Jahresfehlbeträge werden über den Ergebnisabführungsvertrag ausgeglichen. Die bisherige Besucherentwicklung des Jahres 2010 ist positiv zu bewerten und unterstützt unsere Einschätzung zum weiteren wirtschaftlichen Verlauf der Gesellschaft.

Remscheid, 08. Februar 2010

gez. Prof. Dr. Hoffmann
Geschäftsführung

4.4 BEG Entsorgungsgesellschaft mbH Remscheid

(mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

BEG Entsorgungsgesellschaft mbH Remscheid
 Deutscher Ring 18
 42327 Wuppertal
 Tel. 0202 / 71990-51

Gründungsjahr: 1996

Gesellschafter	Stammkapitalanteil	
	in €	in %
Stadtwerke Remscheid GmbH	11.250,00	45,0
Stadtwerke Velbert GmbH	2.500,00	10,0
Wuppertaler Stadtwerke AG	11.250,00	45,0
<u>Gesamt</u>	<u>25.000,00</u>	<u>100,0</u>

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Gesellschaften	Stammkapital	Beteiligung
	in €	in %
Gesellschaft für Kompostierung und Recycling Velbert mbH (GKR), Velbert	511.291,88	26,0
DGV Deponiegesellschaft Velbert Verwaltungs mbH, Velbert	25.564,59	50,0
DGV Deponiegesellschaft Velbert mbH & Co. KG, Velbert	511.291,88	50,0
DBV Deponiegesellschaft Velbert GmbH, Velbert	153.387,56	33,3
GKE Gesellschaft für kommunale Entsorgungsdienstleistungen mbH, Remscheid	153.387,56	41,0

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Die Gesellschaft ist ein Dienstleistungsunternehmen in allen kommunalen Bereichen der Erfassung, Behandlung, Verwertung und Entsorgung von Abfall und Wertstoffen, insbesondere des Betriebs von Deponien, der Erfassung oder Sammlung von Abfällen, der Kompostierung und des Autorecyclings. Das Unternehmen kann weitere kommunale Dienstleistungen erbringen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen. Die Gesellschaft hat sich an den Abfallwirtschaftskonzepten der beteiligten Kommunen im Tätigkeitsbereich zu orientieren.

Organe der GesellschaftGeschäftsführung

Dipl.-Ing. Klaus Jürgen Reese

Aufsichtsrat

15 Mitglieder

Gesellschafterversammlung**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2007	2008	2009
	€	€	€
	keine	keine	keine

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2007	2008	2009
Mitarbeiter	1	1	1

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

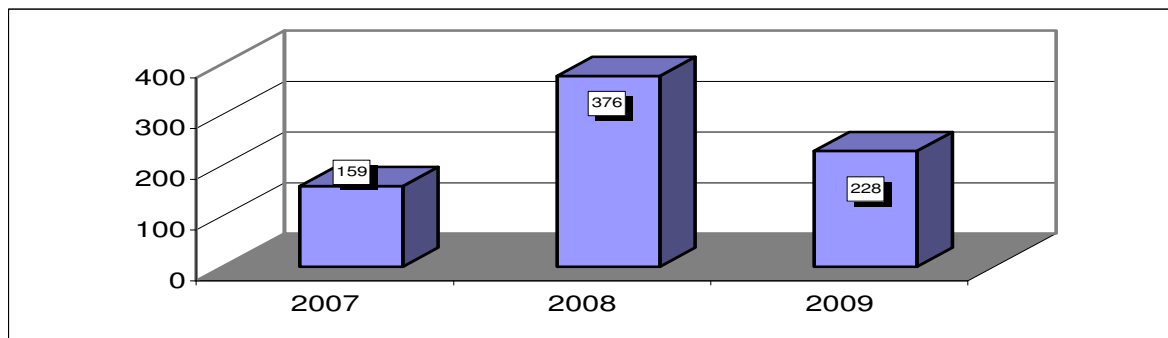
Jahr	2007		2008		2009	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	0,05	1	0,04	0	0,00
Sachanlagen	2	0,09	3	0,13	3	0,13
Finanzanlagen	2.011	92,16	2.011	89,86	2.011	87,82
Anlagevermögen	2.014	92,30	2.015	90,04	2.014	87,95
Forderungen und sonst. Vermögensgegenst.	167	7,65	222	9,92	275	12,01
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1	0,05	1	0,04	1	0,04
Umlaufvermögen	168	7,70	223	9,96	276	12,05
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Aktiva	2.182	100,00	2.238	100,00	2.290	100,00
Gezeichnetes Kapital	25	1,15	25	1,12	25	1,09
Kapitalrücklage	3.995	183,09	3.995	178,51	3.994	174,41
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-3.598	-164,89	-3.439	-153,66	-3.062	-133,71
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	159	7,29	377	16,85	228	9,96
davon nicht gedeckt	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	581	26,63	958	42,81	1.185	51,75
Rückstellungen	133	6,10	132	5,90	131	5,72
Verbindlichkeiten	1.468	67,28	1.148	51,30	974	42,53
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	2.182	100,00	2.238	100,00	2.290	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

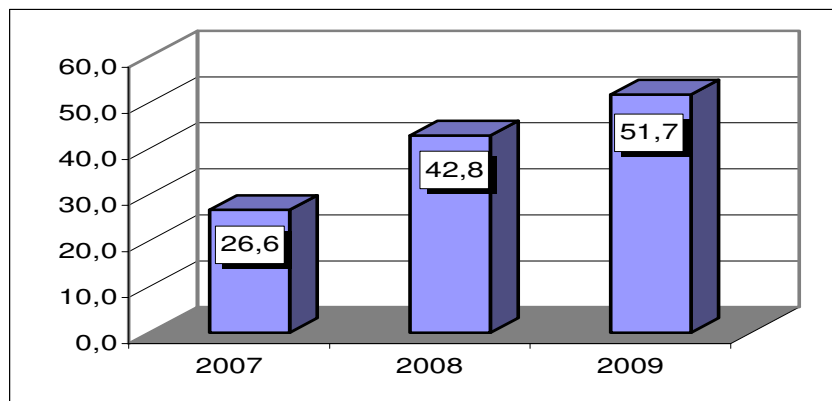
Jahr	2007	2008	2009
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	321	319	323
Erträge aus Beteiligungen	319	586	412
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	1
Erträge	640	906	736
Materialaufwand	0	0	0
Personalaufwand	53	64	66
Abschreibungen	1	1	1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	349	388	399
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	81	79	41
Aufwendungen	484	532	507
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	156	374	229
Sonstige Steuern	3	2	-1
Jahresüberschuss (+)	159	376	228
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

Jahr	2007	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	159	376	228

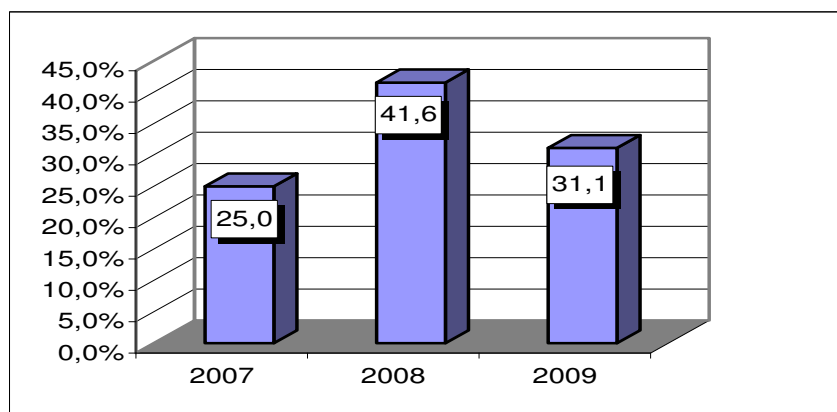
**Kennzahlen****Eigenkapitalquote**

Jahr	2007	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	581	958	1.185
Bilanzsumme	2.182	2.238	2.290
% EK	26,6	42,8	51,7



Cash-Flow

Jahr	2007	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	159	376	228
Abschreibungen	1	1	1
	160	377	229
Gesamterträge	640	907	736
Cash-Flow	25,0%	41,6%	31,1%



Lagebericht 2009

Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Die BEG hat neben der Verwaltung, der Betreuung und der Entwicklung der Beteiligungs- und Tochtergesellschaften die Aufgabe, übergeordnete Strategien der Abfallwirtschaft aufzugreifen und weiter zu entwickeln.

Eine weitere Aufgabe der BEG liegt im Vermieten und in der Objektverwaltung der Büro- und Gewerbeflächen des Entsorgungszentrums Deutscher Ring.

Im Geschäftsjahr 2009 verlief die Vermietung der Büro- und Geschäftsräume planmäßig.

Die Beteiligungserträge entwickelten sich wie folgt:

GKE Gesellschaft für kommunale Entsorgungsdienstleistungen mbH

Das Geschäftsjahr 2008 ist positiv verlaufen. Trotz der angespannten Finanzlage der Kommunen, insbesondere der Stadt Wuppertal, ist es der GKE gelungen Mehrumsätze zu erzielen. Weiter hat die GKE durchaus Chancen, in 2009/2010 weitere Aufträge von Tochterunternehmen der Städte Wuppertal, Remscheid und Velbert zu gewinnen.

In 2008 mussten keine nennenswerten Auftragsverluste beklagt werden. Durch Gewinnung neuer Kunden sowie diverse Preisanpassungen gelang es, den Umsatz um 631 T€ zu steigern. Die Aufwendungen erhöhten sich jedoch im gleichen Maße. Das Ergebnis vor Steuern im Geschäftsjahr 2008 ist daher mit 171 T€ im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert.

Die BEG erzielte aus der GKE mbH einen Beteiligungsertrag in Höhe von 48 T€ (Vorjahr 42 T€).

DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH (DBV)

Die Gesamtleistung hat sich im Geschäftsjahr 2008 gegenüber 2007 um 18,4 % auf 5.769 T€ reduziert, was insbesondere an geringeren Deponieerlösen (38.000t geringere Abnahmemenge gegenüber 2007) liegt. Dies führte zu einem Rohergebnis in Höhe von 3.560 T€. Verglichen mit dem Jahr 2007 bedeutet dies eine Verringerung von 652 T€. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit belief sich im Geschäftsjahr 2008 auf 1.126 T€ (Vj. 1.632 T€), das Ergebnis nach Steuern auf 818 T€ (Vj. 1.070 T€). Die BEG erzielte aus der DBV einen Beteiligungsertrag in Höhe von 273 T€ (Vorjahr 357 T€).

DGV Deponiegesellschaft Velbert mbH & Co. KG

Die in 2008 verfüllte Menge von 148.160 Tonnen (Vorjahr: 187.736 Tonnen) ist insgesamt auf der Deponie „Industriestraße“ verfüllt worden. Das durchschnittliche Nutzungsentgelt betrug 2,13 € pro Tonne. Die Verfüllmenge führte zu planmäßigen Abschreibungen in Höhe von 382 T€ (Vorjahr: 566 T€).

Im Geschäftsjahr 2008 konnte die DGV mbH & Co. KG einen Jahresüberschuss nach Steuern von 61 T€ (Vj. 253 T€) erzielen.

Der Beteiligungsertrag der BEG aus der DGV belief sich auf 30 T€ (Vj. 127 T€).

Gesellschaft für Kompostierung und Recycling Velbert mbH (GKR)

Das Geschäftsjahr 2008 ist positiv verlaufen. Die Umsatzerlöse / Erträge von insgesamt 1.670 T€ liegen auf Vorjahresniveau (1.653 T€).

Insbesondere durch höhere sonstige betriebliche Aufwendungen (+ 69 T€) aufgrund von Reparaturen und Energiekosten, ist das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 394 T€ in 2007 auf 349 T€ gesunken. Aufgrund niedrigerer Steuern ist der Jahresüberschuss mit 233 T€ (Vorjahr 236 T€) nahezu konstant.

Die BEG erzielte aus der GKR einen Beteiligungsertrag in Höhe von 61 T€ (Vj. 61 T€).

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögenslage blieb im Geschäftsjahr 2009 weitgehend unverändert.

Die Gesellschafterdarlehen wurden planmäßig um 63 T€ getilgt. Die Darlehen valutieren zum 31.12.2009 mit 188 T€. Daneben bestehen Bankverbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Tagesgeldern in Höhe von 733 T€ (Vorjahr: 792 T€).

Das Jahresergebnis beläuft sich auf 228 T€. Der Ergebnisrückgang gegenüber dem Vorjahr resultiert aus niedrigeren Beteiligungserträgen. Gegenüber dem Wirtschaftsplan ergibt sich eine Verbesserung um 38 T€.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres 2009 haben sich nicht ergeben.

Voraussichtliche Entwicklung

Für das Geschäftsjahr 2010 erwartet die BEG ein Ergebnis nach Steuern von 339 T€. Aufgrund der vorläufigen Ergebnisse der Beteiligungen ist eine Planverbesserung zu erwarten.

Bei der Vermietung der Büro- und Gewerbeflächen „Deutscher Ring 18-20“ werden keine Ergebnisveränderungen erwartet.

Das Ergebnis der BEG ist insbesondere von den Beteiligungserträgen geprägt. Für das Geschäftsjahr 2009 weisen die Beteiligungen sehr erfreuliche vorläufige Ergebnisse aus. Auch in den Folgejahren werden durchweg positive Ergebnisse geplant.

GKE Gesellschaft für kommunale Entsorgungsdienstleistungen mbH

Die Gesamtleistung im Geschäftsjahr 2009 erhöhte sich um 444,7 T€ auf 4.527,6 T€, die Aufwendungen für bezogene Leistungen erhöhten sich jedoch im gleichen Umfang. Das voraussichtliche Ergebnis vor Steuern lag im Geschäftsjahr 2009 mit 166,5 T€ auf dem Vorjahresniveau.

Nach wie vor ist die GKE zu 49 % an der Clean Serv GmbH, Wuppertal beteiligt. In 2009 wird die Clean Serv einen geringen Jahresfehlbetrag ausweisen. Die Clean Serv hat den Reinigungsauftrag zum 31.08.2009 verloren, infolge dessen befindet sich das Unternehmen in Liquidation. Die Geschäftsführung der GKE erwartet die Auszahlung ca. der Hälfte der eingezahlten Stammeinlage.

Für das Geschäftsjahr 2010 wird ein ähnliches Ergebnis wie 2009 erwartet.

DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH (DBV)

Für das Geschäftsjahr 2009 wird ein sehr gutes Jahresergebnis erwartet, welches deutlich über dem Planwert (717 T€ vor Steuern) liegen wird. Für das Geschäftsjahr 2009 ergeben sich folgende Sachverhalte:

- Deponien, die im Wettbewerb mit der DBV standen, wurden geschlossen. Die DBV ist zur Zeit die einzige DK I – Deponie „weit und breit“. Die geplanten Annahmemengen für die Deponie Industriestraße von 120.000 t wurden daher deutlich übertroffen (ca. 190.000 t). Die Preise konnten ebenfalls angehoben werden.
- Das Ergebnis der DBR für 2008 war positiv. Der Beteiligungsertrag für die DBV beträgt 124 T€. Für 2010 wird ein Beteiligungsertrag von ca. 200 T€ erwartet. Die DBR wurde am 15.07.2009 stillgelegt. Ab 2011 entfallen daher die Beteiligungserträge aus der DBR.
- Derzeit wird ein Ergebnis zwischen 1.800 T€ und 2.000 T€ vor Steuern erwartet.

Dem Entwurf der Planfeststellung bezüglich der Deponie Plöger Steinbruch wurde seitens der DBV nicht widersprochen. Im 2. Quartal 2010 wird daher die rechtskräftige Planfeststellung erwartet. Mit der Basisabdichtung wird in 2010 begonnen, um in 2011 einen reibungslosen Übergang von der Deponie Industriestraße auf die Deponie Plöger Steinbruch zu gewährleisten.

Auch für die Jahre 2010 und 2011 werden wieder positive Ergebnisse erwartet, jedoch nicht mehr auf dem Niveau von 2009.

DGV Deponiegesellschaft Velbert mbH & Co. KG

Für das Geschäftsjahr 2009 wurde bei einer Verfüllmenge von 120.000 Tonnen ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 152 T€ geplant.

Das Jahr 2009 verlief besser als geplant. Ergebnisverbessernd hat sich u.a. der Wegfall der Abschreibungen für die Deponie Industriestraße ausgewirkt (+79 T€) und ein um 59 T€ verbessertes Finanzergebnis, demgegenüber stehen nicht geplante Grundsteuernachzahlungen in Höhe von 37 T€. Nach derzeitigem Kenntnisstand wird ein Ergebnis nach Steuern von 200 T€ erwartet.

Das verfüllmengenabhängige Nutzungsentgelt der Deponie Industriestraße führt bis ins Jahr 2011 zu zufrieden stellenden Umsätzen und Jahresergebnissen, die unter dem Jahresergebnis 2009 liegen werden. Für das Jahr 2010 wird ein Jahresergebnis von 100 T€ erwartet. Im Jahr 2011 ist der voraussichtliche Beginn der Verfüllung der Deponie „Plöger Steinbruch“ geplant.

Gesellschaft für Kompostierung und Recycling Velbert mbH (GKR)

Für das Geschäftsjahr 2009 wurde ein Jahresergebnis von 172 T€ nach Steuern geplant. Das vorläufige Ergebnis beläuft sich auf 277 T€ nach Steuern (Vorjahr 233 T€). Das gute Ergebnis ergibt sich insbesondere durch gegenüber dem Vorjahr geringeren Abschreibungen (-35 T€) und geringeren sonstigen betrieblichen Aufwendungen (-36 T€), gegenläufig hat sich das Rohergebnis entwickelt, dies liegt mit 1.063 T€ um 1,65 % unter dem Vorjahr.

Auf Basis bestehender Verträge sind die Bioabfallmengen der Stadt Velbert und der Stadt Wuppertal mittelfristig gesichert. Mit der AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal besteht bis 2011 ein Vertrag über die Lieferung von Grünabfällen.

Für das Wirtschaftsjahr 2010 wird mit einem Ergebnis nach Steuern von 155 T€ gerechnet, da u.a. der Vertrag mit der AWG auf niedrigerem Niveau abgeschlossen worden ist.

Chancen und Risiken

Chancen und Risiken bestehen in der Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften. Bestandsgefährdende Risiken sind derzeit nicht zu erkennen.

Bericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung gemäß § 108 Abs. 2 Nr. 2 der Gemeindeordnung NRW

An der BEG Entsorgungsgesellschaft mbH als ein Holdingunternehmen für kommunale Entsorgungsaufgaben sind die WSW Wuppertaler Stadtwerke GmbH und die Stadtwerke Remscheid GmbH mit jeweils 45 % und die Stadtwerke Velbert GmbH mit 10 % beteiligt.

Eine wichtige Aufgabe öffentlicher Unternehmen ist die kommunale Daseinsvorsorge. Hierzu zählt u.a. auch der Umweltschutz, insbesondere die Abfallentsorgung.

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft besteht in der Erfassung, Behandlung, Verwertung und Entsorgung von Abfall und Wertstoffen, insbesondere des Betriebs von Deponien, der Erfassung oder Sammlung von Abfällen und der Kompostierung.

Der Gegenstand des Unternehmens ist in § 2 der Satzung geregelt.

Die Gesellschaft hat sich, um auf allen Ebenen der Entsorgung von Individual- und Industriemüll für die Bürger im Bergischen Land tätig zu sein, an Deponien, an einer Kompostierungsgesellschaft und an einer Gesellschaft für kommunale Entsorgungsdienstleistungen beteiligt.

Die gesamten Tätigkeiten sind bei den Aufsichtsbehörden angemeldet.

Eine wesentliche Aufgabe der BEG liegt in der Verwaltung, Betreuung und Entwicklung ihrer Beteiligungen. Ferner soll die BEG übergeordnete Strategien in der Abfallwirtschaft aufgreifen und weiterentwickeln.

Remscheid, 14. April 2010

Die Geschäftsführung

gez. Reese

4.5 ELBA-Omnibusreisen GmbH

(mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

ELBA Omnibusreisen GmbH
Deutscher Ring 18
42327 Wuppertal
Tel. 0202 / 71950-0

Gründungsjahr: 1945

Gesellschafter

	Stammkapital	
	in €	in %
Rheinbahn AG	62.500,00	25,0
Stadtwerke Remscheid GmbH	62.500,00	25,0
Stadtwerke Solingen GmbH	62.500,00	25,0
VSG Verkehrs-Service GmbH	62.500,00	25,0
<u>Gesamt</u>	<u>250.000,00</u>	<u>100,0</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens sind die auftragsweise Durchführung von Linienverkehren mit Omnibussen und übrigen Verkehrsmitteln, Vermietung von Omnibussen und Personenkraftwagen, Vertretung anderer Verkehrsgesellschaften, die Durchführung und Abwicklung einschlägiger Geschäfte und deren Ausdehnung auf verwandte Gewerbe im Rahmen der kommunalrechtlichen Möglichkeiten. Darüber hinaus kann sie sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Stephan Klucken
Dirk Bögershausen, ab 27.10.2009

Gesellschafterversammlung

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2007	2008	2009
	€	€	€
	keine	keine	keine

4.6 Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH

(mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH
Haberstraße 13a
42551 Velbert
Tel. 02051 / 9202 - 0

Gründungsjahr: 2002

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid (REB)	127.500,00	51,0
DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH	122.500,00	49,0
<u>Gesamt</u>	<u>250.000,00</u>	<u>100,0</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb, der Ausbau und Rekultivierung der Deponie "Solinger Straße" sowie die Entsorgung und Verwertung von Abfällen und damit zusammenhängende Leistungen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Michael Zirngiebl
Dirk Kentjens

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war laut Ratsbeschluss Frau Oberbürgermeisterin Wilding.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Weitergehende Verpflichtungen der Stadt Remscheid -insbesondere hinsichtlich der Gewinn- und Verlustverteilung- ergeben sich aus dem im Zusammenhang mit der Gründung der obigen Gesellschaft mit der DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH geschlossenen Konsortialvertrag nach § 3.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2007	2008	2009
	€	€	€
Ausgleich Fehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Gewinnausschüttung	99.545,00	133.970,05	59.390,71

(Aufgrund der wirtschaftlichen Zuordnung zu Remscheider Entsorgungsbetrieben erfolgt die Ausschüttung an REB.)

Anzahl der Beschäftigten

Am Ende des Geschäftsjahres wurden 4 Mitarbeiter und 2 Geschäftsführer beschäftigt.

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur –im 3-Jahresvergleich-**

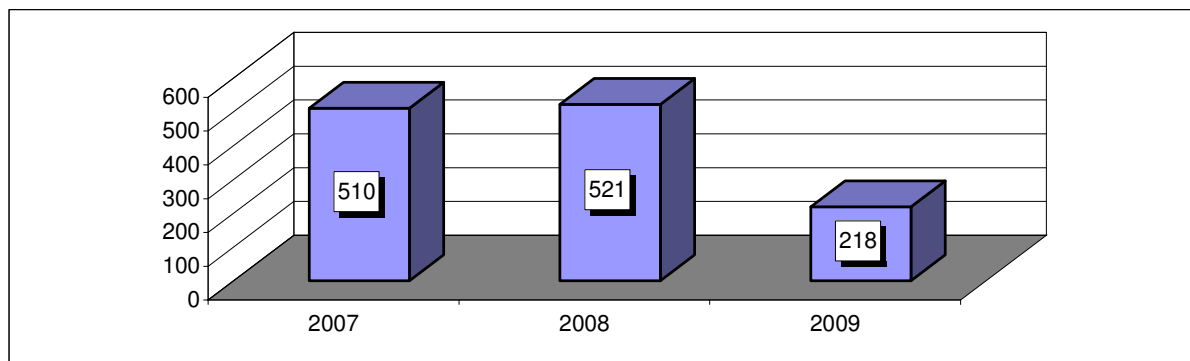
Jahr	2007		2008		2009	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	28	0,36	2	0,02	0	0,00
Sachanlagen	248	3,18	86	1,04	20	0,23
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	276	3,53	88	1,06	20	0,23
Vorräte	2	0,03	2	0,02	1	0,01
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	320	4,10	320	3,86	201	2,33
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	7.209	92,33	7.885	95,05	8.420	97,42
Umlaufvermögen	7.531	96,45	8.207	98,93	8.622	99,76
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0,01	1	0,01	1	0,01
Aktiva	7.808	100,00	8.296	100,00	8.643	100,00
Gezeichnetes Kapital	250	3,20	250	3,01	250	2,89
Kapitalrücklage	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinnrücklagen	428	5,48	681	8,21	782	9,05
Bilanzgewinn / Gewinnvortrag	248	3,18	253	3,05	102	1,18
Verlustvortrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresüberschuss(+)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	926	11,86	1.184	14,27	1.134	13,12
Sonderposten für Investitionszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	6.702	85,84	7.031	84,75	7.368	85,25
Verbindlichkeiten	180	2,31	81	0,98	141	1,63
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	7.808	100,00	8.296	100,00	8.643	100,00

Gewinn- und Verlustrechnung –im 3-Jahresvergleich-

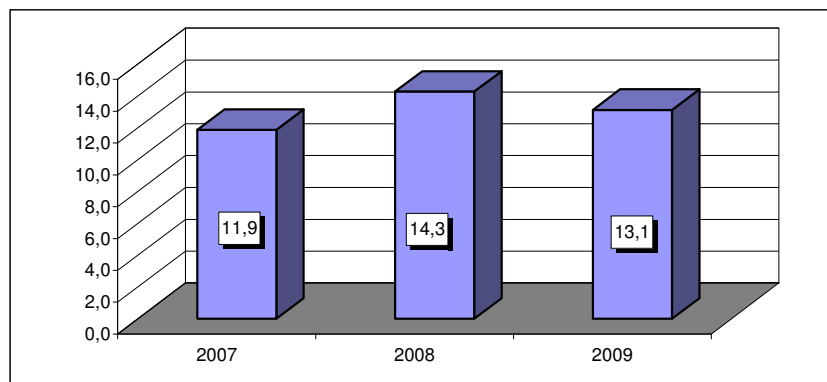
Jahr	2007	2008	2009
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.918	1.879	1.421
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	52	22	32
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	180	365	155
Erträge	3.150	2.266	1.608
Materialaufwand	337	397	337
Personalaufwand	322	265	252
Abschreibungen	515	190	71
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.163	729	627
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Aufwendungen	2.337	1.581	1.287
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	813	685	321
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Sonstige Steuern	-303	-164	-103
Jahresüberschuss (+)	510	521	218
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

Jahr	2007	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	510	521	218

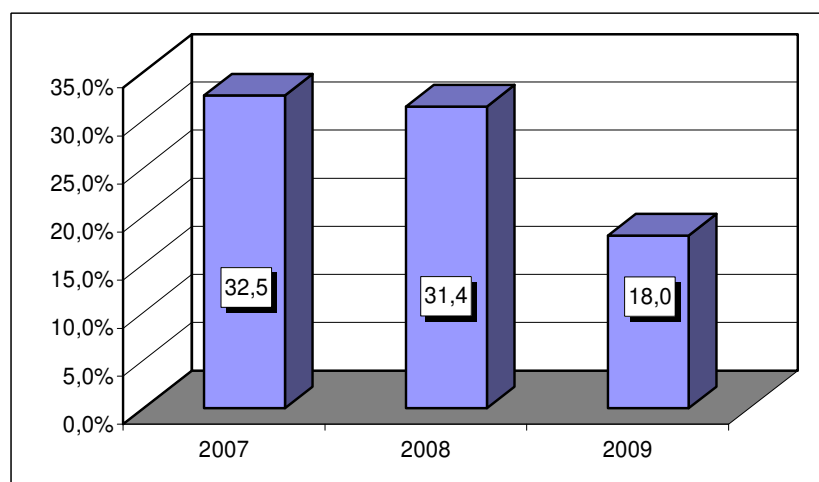
**Kennzahlen****Eigenkapitalquote**

Jahr	2007	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	926	1.184	1.134
Bilanzsumme	7.808	8.296	8.643
% EK	11,9	14,3	13,1



Cash-Flow

Jahr	2007	2008	2009
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	510	521	218
Abschreibungen	515	190	71
	1025	711	289
Gesamterträge	3.150	2.266	1.608
Cash-Flow	32,5%	31,4%	18,0%



Lagebericht 2009

1. Allgemeine Angaben

Die Deponiebetriebgesellschaft Remscheid mbH (kurz: DBR) wurde am 09.07.2002 gegründet. Die Anteile werden zu 51 % von der Stadt Remscheid - Remscheider Entsorgungsbetriebe (kurz: REB) - und zu 49 % von der DBV Deponiebetriebgesellschaft Velbert mbH (kurz: DBV) gehalten.

Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01.08.2002 übernahm die Gesellschaft von der Stadt Remscheid – Remscheider Entsorgungsbetriebe – alle Aufgaben zum Betrieb und weiteren Ausbau der Deponie Solinger Straße.

Hierzu wurden zwischen der Stadt Remscheid – Remscheider Entsorgungsbetriebe – und der Gesellschaft folgende Verträge geschlossen:

- Pachtvertrag,
- Entsorgungsvertrag,
- Kauf- und Übertragungsvertrag,
- Betriebsführungsvertrag Wertstoffhof,
- Personalüberleitungsvertrag/-überlassungsvertrag,
- Beamtenzuweisungsvertrag.

Weiterhin wurde am gleichen Tag zwischen der DBR und der DBV ein Betriebsführungsvertrag geschlossen.

Am Standort Solinger Straße betreibt die Gesellschaft zur Ablagerung mineralischer Abfallstoffe sowohl eine DK-I-Deponie wie auch eine DK-II-Deponie. Im Auftrag der Stadt Remscheid – Remscheider Entsorgungsbetriebe – wird weiterhin im Eingangsbereich der Deponie ein Wertstoffhof betrieben.

2. Verlauf des Geschäftsjahres 2009

2.1 Allgemeine Beurteilung

Das Jahr war geprägt von der gesetzlich vorgeschriebene Deponieschließung zum 15.07.2009. Im Jahr wurde daher die Restverfüllung der Teilbereiche vorgenommen. Für den DK-I-Bereich stand noch eine nutzbare Ablagerungskapazität in Höhe von 64.279 Mg. Und für den DK-II-Bereich in Höhe von 10.140 Mg. zur Verfügung. Die Restverfüllung dieser Ablagerungskapazitäten konnte für beide Deponiebereiche bis zum 15.07.2009 erreicht werden. Da in NRW eine Vielzahl von Deponien von der Schließung betroffen waren, kam es zu Marktverwerfungen, die das Preisgefüge nachhaltig beeinflussten.

Das Wirtschaftsjahr 2009 verlief trotz dieser schwierigen Randbedingungen erfolgreich. Das Wirtschaftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 218 T€ ab. Somit konnte der geplante Jahresüberschuss in Höhe von 395 T€ nicht ganz erreicht werden. Neben den geringeren Deponieerlösen wirkt sich im Jahresergebnis allerdings auch das deutlich verschlechterte Finanzergebnis aus. Aufgrund der drastischen Reduzierung des Zinsniveaus in Folge der Weltwirtschaftskrise konnten gegenüber dem Vorjahr trotz höherer Einlagen bei Banken nur geringere Zinserträge erwirtschaftet werden.

Aufgrund einer Neuvermessung der Deponie im Frühjahr 2009 wurde ein zusätzliches Restvolumen in Höhe von 80.000 Mg für den DK-I-Bereich und 59.000 Mg. für den DK-II-Bereich ermittelt. Diese Volumen resultiert aus einer gegenüber der Planung verbesserten Einbauverdichtung sowie zwischenzeitlich eingetretenen Setzungen. Nach einer Genehmigung der Bezirksregierung Düsseldorf vom 22.09.2009 kann dieses Volumen im Rahmen der Endprofilierung der Deponieoberfläche verfüllt werden. Hierbei müssen die Deponieersatzbaustoffe für den ehemaligen DK-I-Bereich die Zuordnungswerte nach Z 2.0 und für den ehemaligen DK-II-Bereich die Zuordnungswerte nach DK-I (Anhang 3, Tabelle 2, Spalte 6 der Deponieverordnung) einhalten. Für die Restverfüllung gemäß dieser Genehmigung steht ein Zeitrahmen bis zum April 2011 zur Verfügung.

2.2 Umsatz- und Auftragsentwicklung

2.2.1 Auftragslage

Im Jahr 2009 wurden insgesamt 93.158 Mg. Abfälle auf dem DK-I-Bereich abgelagert. Hier von entfielen 1.732 Mg auf die Kleinmengenannahme Wertstoffhof. Gegenüber dem Vorjahr (134.365 Mg.) wurde die Ablagerungsmenge aufgrund der bereits weitgehend erreichten Deponieverfüllung reduziert.

Auf dem DK-II-Bereich wurde im Jahr 2009 insgesamt 14.512 Mg. abgelagert. Gegenüber dem Vorjahr (6.476 Mg.) konnte die Ablagerungsmenge somit erhöht werden.

2.2.2 Erträge

Im Geschäftsjahr 2009 wurden Umsatzerlöse in Höhe von 1.421 T€ realisiert. Im Wesentlichen beruhen die Erlöse auf Deponieerlösen aus dem DK-I-Bereich (895 T€) sowie dem DK-II-Bereich (201 T€). Aus der Annahme von Böden für die Rekultivierung konnte ein Umsatz in Höhe von 58 T€ erzielt werden. Weitere Beträge entfielen auf die Betriebsführung des Wertstoffhofs (74 T€) sowie auf Kippgebühren Wertstoffhof (53 T€). Weiterhin wurden Umsatzerlöse aus Zwischenhandelsaktivitäten im Wesentlichen im Bereich Straßenkehricht und Sinkkastenrückstände in Höhe von 116 T€ sowie sonstige Umsatzerlöse in Höhe von 23 T€ erzielt. Gegenüber dem Vorjahr sanken die Umsatzerlöse wegen der geringeren Deponieerlöse um 459 T€.

Die Sonstigen Erträge betragen 32 T€ und die Zinserträge 155 T€. Die Zinserträge sanken aufgrund des allgemein niedrigen Zinsniveaus gegenüber dem Vorjahr um 211 T€.

Insgesamt konnten Erträge in einer Höhe von 1.607 T€ erzielt werden. Gegenüber dem Vorjahr konnten somit nur um 660 T€ verminderte Erträge erzielt werden.

2.2.3 Aufwendungen

Den vorgenannten Erträgen in Höhe von 1.607 T€ stehen Aufwendungen in Höhe von 1.389 T€ gegenüber.

Die Materialaufwendungen betragen dabei 337 T€ und die Personalaufwendungen 252 T€.

Die Abschreibungen beliefen sich auf 71 T€. Aufgrund der reduzierten Ablagerungsmenge und der hiermit verbunden geringeren leistungsabhängigen Abschreibung haben sie sich gegenüber dem Vorjahr um 119 T€ vermindert.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 627 T€. Gegenüber dem Vorjahr sanken sie um 103 T€. Auch hier wirkten sich die geringere Ablagerungsmenge und die hiermit verbundene verminderte leistungsabhängige Zuführung zur Rekultivierungsrückstellung aus. Fremdkapitalzinsen fielen 2009 nicht an.

Die Aufwendungen reduzierten sich insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 356 T€.

Der Aufwand für sonstige Steuern und den Steuern vom Einkommen und Ertrag betrug 103 T€.

2.2.4 Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 218 T€ ab. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Ergebnis somit um 303 T€ verschlechtert. Der im Wirtschaftsplan 2009 eingeplanten Jahresgewinn in Höhe von 395 T€ konnte somit im Wirtschaftsjahr nicht ganz erreicht werden.

Erwirtschaftet die Gesellschaft in einem Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss, so gilt hinsichtlich der Gewinnverteilung die in § 3 Abs. 1 des Konsortialvertrages festgelegte Regelung:

- Ein Betrag in Höhe von 6% des eingezahlten Stammkapitals wird an die Gesellschafter ausgeschüttet.
- Sollten darüber hinaus weitere Beträge des Jahresüberschusses zur Verfügung stehen, so wird die Hälfte hiervon einer Gewinnrücklage zugeführt.
- Der restliche Jahresüberschuss unterliegt der Disposition der Gesellschafter gemäß den Regelungen des § 11 des Gesellschaftsvertrages.

Unter Beachtung der vereinbarten Mindestausschüttung sowie der Pflichtzuführung zur Gewinnrücklage verbleibt ein Bilanzgewinn in Höhe von 101 T€.

2.3 Investitionen

Die Baumaßnahme Vorschüttung ist im Wesentlichen fertig gestellt. In großen Teilbereichen wurde zwischenzeitlich auch die Oberflächenabdichtung fertig gestellt. Die Fertigstellung der restlichen Abdichtungsabschnitte wurde aufgrund der baulichen Zusammenhänge mit der Oberflächenabdichtung im Böschungsbereich der Deponie mit Zustimmung der Bezirksregierung Düsseldorf bis 2011 verschoben. Im Jahr 2009 wurden im Rahmen des Projekts Vorschüttung die für das Monitoringkonzept hinsichtlich der Beobachtung der Deponiebewegungen notwendigen Investitionen (Beobachtungsmessstellen, Tiefenbohrungen) umgesetzt. Weitere Investitionen wurden im Wirtschaftsjahr nicht getätigt.

2.4 Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben

Zum Bilanzstichtag bestanden keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Im gesamten Geschäftsjahr war die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft gesichert. Die Guthaben bei Kreditinstituten betragen zum 31.12.2009 8.420 T€.

2.5 Personal- und Sozialbereich

Der Personalbestand der Gesellschaft wurde zu 30.06.2009 um einen Mitarbeiter verringert. Am Ende des Geschäftsjahres wurden 4 Mitarbeiter und 2 Geschäftsführer beschäftigt.

2.6 Sonstige wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Neben dem Deponiebetrieb bestehen zusätzliche Umladetätigkeiten. Hierdurch konnten Abfälle (Straßenkehricht und Sinkkastenrückstände), die aufgrund der Vorgaben der TASI nicht mehr auf der Deponie abgelagert werden können, weiterhin im Umsatz der Gesellschaft gehalten werden. Hierdurch werden zusätzliche Erträge erzielt.

Im Wirtschaftsjahr veranstaltete die Stadt Remscheid einen Ideewettbewerb zur Festlegung der Folgenutzung auf der Deponie Solinger Straße. Der erste Preis wurde an ein Planungsbüro vergeben, das auf der Deponie eine Freizeitnutzung in Form einer Sandboardinganlage, eines Hotels, einer Sommerrodelbahn und weitere Freizeitmöglichkeiten vorschlug. Hinsichtlich der technischen Umsetzbarkeit dieses Vorschlages wurden erste Gespräche mit der Bezirksregierung Düsseldorf geführt. Für die einzelnen Elemente des Nutzungskonzeptes muss jeweils nachgewiesen werden, dass die Dichtung sowie die weiteren deponietechnischen Einrichtungen nicht gefährdet werden. Eine endgültige Vorgabe der Stadt Remscheid zur Umsetzung dieses Nutzungskonzeptes liegt allerdings noch nicht vor. Führen die Nutzungsvorgaben der Stadt Remscheid zu Mehraufwendungen hinsichtlich der Rekultivierung, so sehen die zur Gründung der DBR geschlossenen Verträge vor, dass diese Mehrkosten von der Stadt Remscheid getragen werden müssen. Die Notwendigkeit zur Anpassung der Rekultivierungsrückstellung ist daher nicht gegeben. Zur Sicherstellung der Finanzierung der Maßnahme wurde seitens der Stadt Remscheid ein Zuschussantrag bei Land NRW auf Zuweisung von Städtebaumitteln gestellt. Hierbei können nur die Bauten gefördert werden, die nicht aus der Deponierekultivierung heraus notwendig sind (städtebaulicher Mehraufwand).

3. Darstellung der Lage

3.1 Vermögens- und Finanzlage

Im Geschäftsjahr hat sich die Bilanzsumme von 8.295 T€ (01.01.2009) um 348 T€ auf 8.643 T€ (31.12.2009) erhöht.

Den Anlagezugängen in Höhe von 3 T€ standen Abschreibungen in Höhe von 171 T€ sowie Anlagenabgänge in Höhe von 1 T€ und Abgänge auf Abschreibungen in Höhe von 1 T€ gegenüber. Hieraus ergab sich eine Verminderung des Anlagenbestandes von 68 T€. Der Anlagenbestand zum 31.12.2009 betrug 20 T€.

Das Umlaufvermögen zum Bilanzstichtag betrug 8.622 T€ und hat sich damit im Geschäftsjahr 2009 gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 415 T€ erhöht. Auf die Erhöhung des Kas-

senbestand und der Guthaben bei Kreditinstituten entfallen hierbei 535 T€. Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände haben sich um 119 T€ vermindert.

Die Bilanz wurde unter Berücksichtigung der Vorgaben des Konsortialvertrages der teilweisen Verwendung des Jahresüberschusses (Mindestausschüttung in Höhe von 15 T€ an die Gesellschafter und Pflichtzuführung zur Gewinnrücklage) aufgestellt. Aus dem Jahresüberschuss wurden daher 101 T€ gemäß den Vorgaben des Konsortialvertrages der Gewinnrücklage zugeführt. Der Bestand der Gewinnrücklage zum 31.12.2009 betrug 782 T€.

Der Bilanzgewinn des Jahres 2009 belief sich nach Abzug der Mindestausschüttung auf 101 T€.

Unter Berücksichtigung dieser Vorgaben hat sich das bilanzielle Eigenkapital im Vergleich der Bilanzstichtage 31.12.2008 und 31.12.2009 um 50 T€ vermindert.

Aus der nachstehenden Tabelle geht die Entwicklung des bilanziellen Eigenkapitals hervor:

	Stand 01.01.2009 T€	Zugang T€	Abgang T€	Stand 31.12.2009 T€
Stammkapital	250	0	0	250
Kapitalrücklage	0	0	0	0
Gewinnrücklage	681	101	0	782
Verlustvortrag	0	0	0	0
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	<u>253</u>	<u>101</u>	<u>-253</u>	<u>101</u>
Gesamt	<u>1.184</u>	<u>202</u>	<u>- 253</u>	<u>1.134</u>

Die Eigenkapitalquote zum 31.12.2009 beträgt somit 13,12 %. Zum 31.12.2008 betrug sie 14,27%.

Die gebildeten Rückstellungen wurden im Jahr 2009 um 337 T€ auf insgesamt 7.368 T€ erhöht. Hiervon entfallen 7.334 T€ auf die Rückstellung zur Abdeckung der Kosten der Oberflächenabdichtung und der Rekultivierung. Dieser Rückstellung wurden im Wirtschaftsjahr 390 T€ zugeführt und 20 T€ für Planungsleistungen entnommen. Im Jahr 2009 konnten wiederum größere Mengen Rekultivierungsboden angenommen und für die Rekultivierung bevorratet werden. Da in der Kalkulation der Rekultivierungskosten für die Annahme des Bodens ein Ertrag in Höhe von 0,60 €/Mg. eingeplant ist, wurde ein entsprechender Anteil der Rückstellung zugeführt.

Im Jahr 2008 wurde der Rückstellungsbedarf für die Rekultivierung zur Berücksichtigung der Baupreissteigerung auf 7.365 T€ angepasst. Aufgrund der Baupreissteigerungen des Jahres 2009 ist keine weitere Anpassung erforderlich. Auch aus der Genehmigungslage hat sich keine Veränderung hinsichtlich der Anforderungen an die Oberflächenabdichtung ergeben. Die zum 31.12.2009 gebildete Rückstellung deckt somit die endgültigen Zahlungsverpflichtungen für die Oberflächenabdichtung und die Rekultivierung in vollem Umfang ab.

Die in den Vorjahren gebildeten sonstigen Rückstellungen deckten die endgültigen Zahlungsverpflichtungen im Jahr 2009 in vollem Umfang ab.

Die Verbindlichkeiten zum 31.12.2009 betrugen 141 T€. Sie haben sich gegenüber dem Vorjahresstichtag um 61 T€ erhöht. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestanden nicht.

3.2 Ertragslage

Die Umsatzerlöse betrugen 1.421 T€ (Vorjahr: 1.879 T€).

Sonstige betriebliche Erträge konnten in Höhe von 32 T€ erzielt werden.

Die Zinsen und ähnlichen Erträge lagen bei 155 T€.

4. Hinweise und Risiken bei der künftigen Entwicklung

Die Laufzeit der Deponie Solinger Straße war aufgrund der Vorgaben der Abfallablagerungsverordnung und der Deponiegenehmigung begrenzt. Bis zum 15.07.2009 konnten Abfälle auf der Deponie angenommen werden. Nach diesem Zeitpunkt ist nur noch eine Profilierung zur Herstellung der Endgeometrie zulässig.

Aufgrund einer Neuvermessung der Deponie im Frühjahr 2009 wurde ein zusätzliches Restvolumen in Höhe von 80.000 Mg für den DK-I-Bereich und 59.000 Mg. für den DK-II-Bereich ermittelt. Diese Volumen resultiert aus einer gegenüber der Planung verbesserten Einbauverdichtung sowie zwischenzeitlich eingetretenen Setzungen. Nach einer Genehmigung der Bezirksregierung Düsseldorf vom 22.09.2009 kann dieses Volumen im Rahmen der Endprofilierung der Deponieoberfläche verfüllt werden. Hierbei müssen die Deponieersatzbaustoffe für den ehemaligen DK-I-Bereich die Zuordnungswerte nach Z 2.0 und für den ehemaligen DK-II-Bereich die Zuordnungswerte nach DK-I (Anhang 3, Tabelle 2, Spalte 6 der Deponieverordnung) einhalten. Für die Restverfüllung gemäß dieser Genehmigung steht ein Zeitrahmen bis zum April 2011 zur Verfügung. Hierdurch können in dieser Zeit Zusatzeinnahmen erzielt werden.

Die Genehmigung für die Oberflächenabdichtung des DK-II-Bereichs wurde noch nicht beantragt. Hierfür sollte in Absprache mit der Bezirksregierung Düsseldorf zunächst das Inkrafttreten der Deponievereinfachungsverordnung abgewartet werden, da sich aus dieser Verordnung neue Möglichkeiten zur Gestaltung der Oberflächenabdichtung ergeben können. Hierdurch können sich Kostenvorteile beim Abdichtungssystem ergeben. Erste Gespräche hierzu waren jedoch nicht erfolgreich, da die Aufsichtsbehörden die Spielräume, die sich aus der Deponievereinfachungsverordnung ergeben, derzeit noch nicht überblicken können. Für 2010 sind hierzu weitere Verhandlungen vorgesehen.

Erst nach Vorliegen der Gestaltungsvorgaben der Stadt Remscheid kann der Landschaftspflegerische Begleitplan zur Endgestaltung der Deponie beauftragt werden. Hier soll nach derzeitigem Kenntnisstand vor der Sommerpause ein Beschluss herbeigeführt werden.

5. Sonstige Angaben, insbesondere über die voraussichtliche Entwicklung

Der Schwerpunkt der kommenden Jahre wird nach der Restverfüllung der Deponie auf den Rekultivierungsarbeiten liegen. Es wurde bereits mit der Beschaffung des erforderlichen Rekultivierungsbodens sowie weitere Baumaterialien vor allem für den Wegebau und die Stabilisierungsschicht begonnen. Insgesamt werden bereits ca. 144.000 Mg. Rekultivierungsboden bevorratet. Dies entspricht fast der Menge der für die Deponierekultivierung benötigten Rekultivierungsbodens.

Im Jahr 2011 sollen gemäß den Vorgaben der Bezirksregierung Düsseldorf die ersten Bauabschnitte der Oberflächenabdichtung begonnen werden. Hierbei werden zunächst die bislang noch nicht verwirklichten Bauabschnitte im Bereich der Vorschüttung gebaut.

Remscheid, den 08.03.2010

gez.
Michael Zirngiebl

gez.
Dirk Kentjens

5.1 Remscheider Entsorgungsbetriebe (Eigenbetrieb)

Allgemeine Unternehmensdaten

Remscheider Entsorgungsbetriebe
 Nordstr. 48
 42853 Remscheid
 Tel. 02191 / 16 - 2840

Gründungsjahr: 1996

Stammkapital: 5.000.000,00 €

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen des Eigenbetriebes

Gesellschaften	Stammkapitalanteil	
	in €	in %
Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH	127.500,00	51,0

Gegenstand des Eigenbetriebes / Allgemeines

Gegenstand der Remscheider Entsorgungsbetriebe sind nach § 1 der Betriebssatzung die Bereiche

- Abwasserbeseitigung
- Abfallentsorgung
- Straßenreinigung
- Betreibung der Deponie und des Wertstoffhofes
- Wert- und Schadstoffsammlungen
- Betreuung Duales System
- Abfallberatung für private Haushalte und öffentliche Einrichtungen

Zulässig ist der Abschluss aller Geschäfte, die den Betriebszweck fördern.

Der Eigenbetrieb betreibt alle mit dem Betriebszweck zusammenhängenden Geschäfte einschließlich der hiermit verbundenen hoheitlichen Tätigkeiten, soweit dies gesetzlich zulässig ist. Er darf unter Anwendung und Beachtung der Vorschriften des § 107 Abs. 2 GO weitere Tätigkeiten unternehmen, soweit sie der sach- und fachgerechten Durchführung der vorgenannten Betriebszwecke zuzuordnen sind. Grundlage der Aufgabenerfüllung des Eigenbetriebes ist das vom Rat der Stadt beschlossene Abwasserbeseitigungs- und Abfallwirtschaftskonzept in der jeweils gültigen Fassung. Der Eigenbetrieb hat Beschlüsse des Rates zu stadtentwicklungspolitischen Maßnahmen, städtebaulichen Prioritätssetzungen und die dem Haushaltsplan der Stadt zugrundeliegenden Straßenausbauprogramme zu beachten.

Organe des EigenbetriebesBetriebsleitung:

Michael Zirngiebl

Betriebsausschuss 13. WP:

Haarhaus, Peter Otto -Vorsitzender-	Ratsmitglied
Wilke, Hans-Herbert -stellv. Vorsitzender-	Ratsmitglied
Dr. Rohrweck, Heinz Dieter	Ratsmitglied
Somborn, Hilmar	Ratsmitglied
Edelhoff, York	Ratsmitglied
Grunwald, Klaus	Ratsmitglied
Apmann, Volker	Ratsmitglied
Jasper, Stephan	Ratsmitglied
Eppels, Eckhard	Arbeitnehmervertreter
Jantke, Uwe	Arbeitnehmervertreter
Meier, Stefan	Arbeitnehmervertreter
Steinmeyer, Uwe	Arbeitnehmervertreter

Betriebsausschuss 14. WP:

Apmann, Volker -Vorsitzender-	Ratsmitglied
Schad, Axel -stellv. Vorsitzender-	Ratsmitglied
Kleinbongartz, Michael	Ratsmitglied
Jasper, Stephan	Ratsmitglied
Haarhaus, Peter Otto	Ratsmitglied
Dr. Rohrweck, Heinz Dieter	Ratsmitglied
Wilke, Hans Herbert	Ratsmitglied
Störmer, Bernd F.W.	Sachkundiger Bürger
Eppels, Eckhard	Arbeitnehmervertreter
Jantke, Uwe	Arbeitnehmervertreter
Meier, Stefan	Arbeitnehmervertreter
Steinmeyer, Uwe	Arbeitnehmervertreter

Anzahl der Beschäftigten *

Beschäftigte	2006	2007	2008
Lohnempfänger/Lohnempfängerinnen	131	129	127
Angestellte	51	50	50
Beamte/Beamtinnen	5	5	5
Gesamt	187	184	182

Wirtschaftliche Unternehmensdaten ***Leistungsdaten des Unternehmens**

Betriebsbereich	2006	2007	2008
Straßenreinigung			
Abfallmenge in Tonnen			
<i>maschinelle Straßenreinigung</i>			
Abfuhr zur Deponie	0	0	0
Abfuhr zur MVA	0	0	0
Abfuhr zur Kompostierung	449	462	402
Abfuhr zur Verwertung	828	732	792
<i>manuelle Straßenreinigung</i>			
Abfuhr zu MVA	418	416	416
Abfallentsorgung			
Müllmenge in Tonnen			
Hausmüll	25.588	25.098	24.597
Biomüll	2.539	2.840	2.803
Sperrmüll	3.530	3.560	3.521
Papier	6.715	6.836	6.903

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

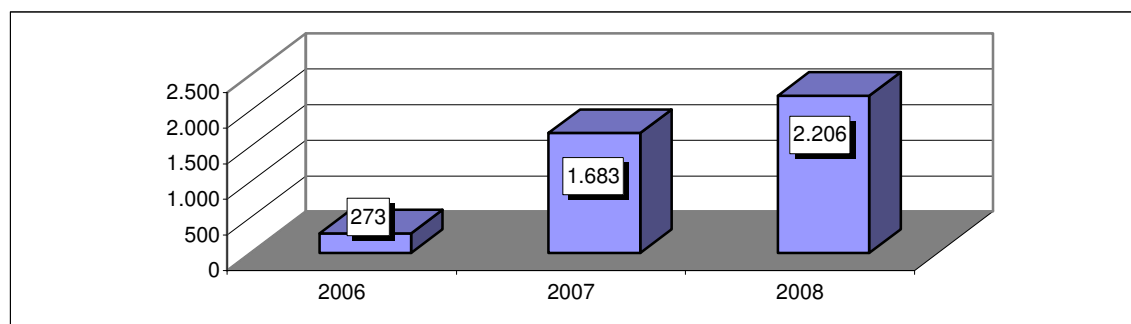
Jahr	2006		2007		2008	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	110	0,04	115	0,04	222	0,08
Sachanlagen	259.565	97,72	256.280	96,82	257.142	96,60
Finanzanlagen	129	0,05	129	0,05	129	0,05
Anlagevermögen	259.804	97,81	256.524	96,91	257.493	96,73
Vorräte	66	0,02	101	0,04	178	0,07
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.331	1,25	3.159	1,19	4.701	1,77
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	2.402	0,90	4.881	1,84	3.791	1,42
Umlaufvermögen	5.799	2,18	8.141	3,08	8.670	3,26
Rechnungsabgrenzungsposten	22	0,01	33	0,01	30	0,01
Aktiva	265.625	100,00	264.698	100,00	266.193	100,00
Stammkapital	5.000	1,88	5.000	1,89	5.000	1,88
Allgemeine Rücklage	65.913	24,81	66.058	24,96	66.071	24,82
Zweckgebundene Rücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Zuführung zur zweckgebundenen Rücklage	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Auflösung der zweckgebundenen Rücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Verlustvortrag	-3.552	-1,34	-3.280	-1,24	-1.597	-0,60
Jahresüberschuss(+)	273	0,10	1.683	0,64	2.206	0,83
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	67.634	25,46	69.461	26,24	71.680	26,93
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	24.298	9,15	23.830	9,00	23.562	8,85
Empfangene Ertragszuschüsse	2.459	0,93	2.533	0,96	2.616	0,98
Rückstellungen	7.660	2,88	7.999	3,02	7.190	2,70
Verbindlichkeiten	163.568	61,58	160.872	60,78	161.143	60,54
Rechnungsabgrenzungsposten	6	0,00	3	0,00	2	0,00
Passiva	265.625	100,00	264.698	100,00	266.193	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

Jahr	2006	2007	2008
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	41.115	41.344	42.198
Andere aktivierte Eigenleistungen	737	647	822
Sonstige betriebliche Erträge	982	1.598	1.827
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	375	340	365
Erträge	43.209	43.929	45.212
Materialaufwand	16.525	16.134	16.671
Personalaufwand	8.486	8.354	9.146
Abschreibungen	7.210	8.002	7.564
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.503	2.140	2.549
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.135	7.559	7.023
Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0
Aufwendungen	42.859	42.189	42.953
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	350	1.740	2.259
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Sonstige Steuern	-77	-57	-53
Jahresverlust	0	0	0
Jahresgewinn	273	1.683	2.206
Zuführung(-) / Auflösung (+) d. zweckgeb. Rücklage	0	0	0
Verlust	0	0	0
Gewinn	273	1.683	2.206

Entwicklung der Jahresergebnisse

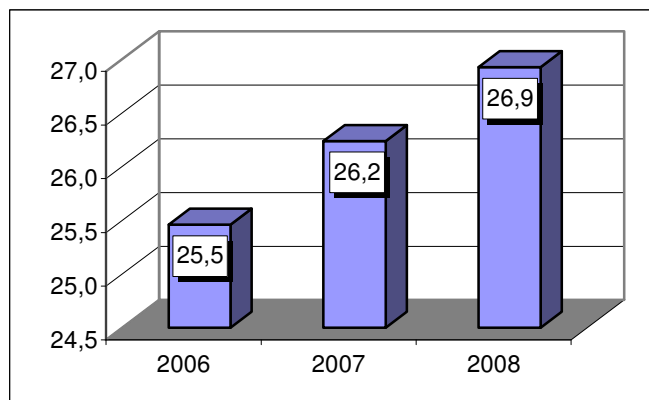
Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	273	1.683	2.206



Kennzahlen

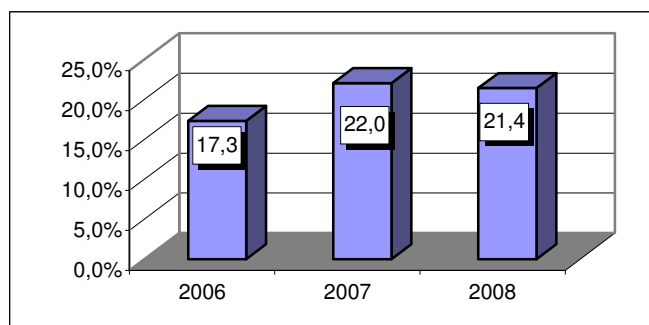
Eigenkapitalquote

Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	67.634	69.461	71.680
Bilanzsumme	265.625	264.698	266.193
% EK	25,5	26,2	26,9



Cash-Flow

Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	273	1683	2206
Abschreibungen	7.210	8.002	7.564
	7.483	9.685	9.685
Gesamterträge	43.209	43.929	45.212
Cash-Flow	17,3%	22,0%	21,4%



Lagebericht*

*) Bis zur Drucklegung dieses Beteiligungsberichtes lag der Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009 noch nicht vor.

6.1 Stadtsparkasse Remscheid

Allgemeine Unternehmensdaten

Stadtsparkasse Remscheid
 Alleestr. 76-88
 42853 Remscheid
 Tel. 02191 / 16-60

Gründungsjahr: 1841

Zweck des Unternehmens / Öffentlicher Auftrag / Allgemeines

Gemäß § 2 Sparkassengesetz des Landes Nordrhein-Westfalen haben Sparkassen die Aufgabe, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Trägers zu dienen.

Die Sparkassen stärken den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie fördern die finanzielle Eigenvorsorge und Selbstverantwortung vornehmlich bei der Jugend, aber auch allen sonstigen Altersgruppen und Strukturen der Bevölkerung. Sie versorgen im Kreditgeschäft vorwiegend den Mittelstand sowie die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise. Die Sparkassen tragen zur Finanzierung der Schuldnerberatung in Verbraucher- oder Schuldnerberatungsstellen bei.

Die Sparkassen führen ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags. Gewinnerzielung ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes.

Die Sparkassen dürfen im Rahmen des Sparkassengesetzes und den nach diesem Gesetz erlassenen Begleitvorschriften alle banküblichen Geschäfte betreiben.

Die Stadtsparkasse Remscheid ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes.

Organe der Gesellschaft

Verwaltungsrat bis 11.11.2009:

Beate Wilding, Vorsitzende	Oberbürgermeisterin
Peter Otto Haarhaus, -1. stellv. Vorsitzender-	Ratsmitglied
Hans-Peter Meinecke, -2. stellv. Vorsitzender-	Ratsmitglied
York Edelhoff	Ratsmitglied
Kurt-Peter Friese	Ratsmitglied
Jürgen Kucharczyk	MdB
Wolf Lüttinger	Ratsmitglied
Hilmar Somborn	Ratsmitglied / Geschäftsführer
Rosemarie Stippekohl	Ratsmitglied
Jutta Velte	Ratsmitglied
Stefan Grote	Personalvertreter
Wolfgang Güntsch	Personalvertreter
Elke Ueberholz	Personalvertreterin
Michael Veith	Personalvertreter
Guiseppe Cabibi	Personalvertreter

Verwaltungsrat ab 12.11.2009:

Beate Wilding, Vorsitzende	Oberbürgermeisterin
Hans-Peter Meinecke, -1. stellv. Vorsitzender-	Ratsmitglied
Peter Otto Haarhaus, -2. stellv. Vorsitzender-	Ratsmitglied
York Edelhoff	Ratsmitglied
Lothar Krebs	Ratsmitglied
Wolf Lüttinger	Ratsmitglied
Jutta Velte	Ratsmitglied
Jochen Siegfried	Ratsmitglied
Kurt-Peter Friese	Ratsmitglied
Roland Kirchner	Ratsmitglied
Stefan Grote	Personalvertreter
Wolfgang Güntsch	Personalvertreter
Bernd Behrendt	Personalvertreter
Michael Veith	Personalvertreter
Guiseppe Cabibi	Personalvertreter

Vorstand:

Max Peter Schmitz, Vorsitzender
Ulrich Gräfe

Frank Dehnke -ab 01.04.2009

Haftung der Stadt Remscheid

Träger der Stadtsparkasse Remscheid ist gemäß § 2 ihrer Satzung die Stadt Remscheid. Der Träger unterstützt die Sparkasse bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit der Maßgabe, dass ein Anspruch der Sparkasse gegen den Träger oder eine sonstige Verpflichtung des Trägers, der Sparkasse Mittel zur Verfügung zu stellen, nicht besteht. Die Sparkasse haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen. Der Träger der Sparkasse haftet nicht für deren Verbindlichkeiten.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2007	2008	2009
	€	€	€
	keine	keine	keine

Anzahl der Beschäftigten

381 Mitarbeiter/-innen zum 31.12.2009

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

Jahr	2007		2008		2009	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Barreserve	29.749	1,90	28.690	1,86	36.485	2,43
Schuldtitel und Wechsel	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Forderung an Kreditinstitute	215.388	13,74	97.263	6,31	37.668	2,51
Forderungen an Kunden	810.877	51,71	812.086	52,64	789.906	52,69
Wertpapiere	460.126	29,34	549.021	35,59	586.173	39,10
Beteiligungen	31.919	2,04	31.684	2,05	31.127	2,08
Treuhandvermögen	250	0,02	98	0,01	79	0,01
Sachanlagen	12.332	0,79	15.833	1,03	14.431	0,96
Sonstige Aktiva	3.611	0,23	4.749	0,31	1.035	0,07
Rechnungsabgrenzungsposten	3.815	0,24	3.147	0,20	2.229	0,15
Aktiva	1.568.067	100,00	1.542.571	100,00	1.499.133	100,00
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	354.400	22,60	316.192	20,50	263.353	17,57
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	903.914	57,65	955.315	61,93	1.013.699	67,62
davon: Spareinlagen	348.594	22,23	313.966	20,35	326.844	21,80
befristete Einlagen	84.619	5,40	135.809	8,80	92.286	6,16
übrige Einlagen	470.701	30,02	505.540	32,77	594.570	39,66
Verbriefte Verbindlichkeiten / Schuldverschr.	145.744	9,29	117.006	7,59	69.258	4,62
Treuhandverbindlichkeiten	250	0,02	98	0,01	79	0,01
Sonstige Verbindlichkeiten	7.845	0,50	4.380	0,28	3.117	0,21
Rechnungsabgrenzungsposten	2.207	0,14	2.077	0,13	1.900	0,13
Rückstellungen	13.901	0,89	15.132	0,98	17.751	1,18
SoPo mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Genussrechtskapital	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Sonstige Passiva	44.262	2,82	36.263	2,35	33.715	2,25
Eigenkapital	95.544	6,09	96.108	6,23	96.261	6,42
Passiva	1.568.067	100,00	1.542.571	100,00	1.499.133	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

Jahr	2007	2008	2009
GuV-Position	T€	T€	T€
Zinserträge	63.768	64.724	56.362
Erträge aus Wertp., Beteiligungen etc.	12.424	15.423	15.914
Provisionserträge	10.123	10.401	10.648
Sonstige Erträge	1.689	1.634	3.087
Erträge a. Zuschr. zu Ford., Aufl. von Rückstellungen	0	376	0
Erträge	88.004	92.558	86.011
Zinsaufwendungen	42.425	46.532	35.519
Provisionsaufwendungen	304	368	431
Personalaufwendungen	19.456	20.517	23.676
Sachaufwendungen	11.258	12.401	10.737
Steuern	43	738	783
Sonstige Aufwendungen	1.406	1.265	1.680
Abschreibungen a. Anlagevermögen	2.083	1.737	1.940
Abschreibungen a. Forderungen	10.177	8.436	9.775
Zuführung Fonds allgemeine Bankrisiken	0	0	927
Abschreibung / Wertber. auf Beteiligungen	0	0	390
Einstellung in Rückstellungen	0	0	0
Aufwendungen	87.152	91.994	85.858
Jahresüberschuss (+)	852	564	153
Einstellung in Gewinnrücklagen	0	0	0
Bilanzgewinn/-verlust	852	564	153

Anhang

Anlage 1: Verzeichnis der Kennzahlen

Bei der Darstellung der einzelnen Unternehmen werden zum Teil unter dem Punkt "Wirtschaftliche Unternehmensdaten" Kennzahlen zur Analyse der wirtschaftlichen Situation aufgeführt. Diese Kennzahlen stellen ein wichtiges Informations- und Steuerungsinstrument - nicht nur für die Beteiligungsverwaltung - dar. Im Folgenden werden die im Beteiligungsbericht verwendeten Definitionen bzw. die Berechnung dieser Kennzahlen erläutert und deren Informationsgehalt, Möglichkeiten und Grenzen aufgezeigt.

Kennzahl zur Kapitalstruktur:

Eigenkapitalquote $\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$

Bei der Eigenkapitalquote wird der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital dargestellt. Je größer die Eigenkapitalquote, desto höher ist die wirtschaftliche Sicherheit und die finanzielle Stabilität des Unternehmens. Bei einer geringen Eigenkapitalquote werden eventuell eher Kapitalzuführungen der Gesellschafter nötig.

Diese Kennzahl bringt darüber hinaus den Grad der finanziellen Unabhängigkeit des Unternehmens, also den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital zum Ausdruck. Je größer das Eigenkapital im Verhältnis zum Fremdkapital desto geringer ist die Abhängigkeit von Gläubigern.

Kennzahl zur Finanzlage:

Cash-flow $\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Abschreibungen}) \times 100}{\text{Gesamterträge}}$

Der Cash-flow ist eine finanzielle Stromgröße, die den in einer Periode erfolgswirksam erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss angibt. Er ist Indikator der Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens.

Mit Hilfe des Cash-flows wird die vorgenommene bilanzpolitische Beeinflussung des ausgewiesenen Ergebnisses durch die Bemessung der Abschreibungen neutralisiert. Der Cash-flow sollte nur zusammen mit dem Jahresergebnis oder dem Betriebsergebnis interpretiert werden.

Der Cash-flow ist insbesondere eine Hilfe gegen Fehlinterpretationen der Ertragsentwicklung. Das gilt zumal immer dann, wenn sich Cash-flow und Gewinn gegenläufig entwickeln. Ist das Jahresergebnis gesunken, der Cash-flow hingegen gestiegen, so ist dies oft eine normale Folge größerer Investitionsschübe mit entsprechend hinaufschnellendem Abschreibungsbedarf. Auf eine Schwächung der Ertragskraft lässt dieser erhöhte Abschreibungsbedarf aber in keiner Weise schließen, im Gegenteil: Erweisen sich die Investitionen als erfolgreich, wird die Ertragskraft gesteigert.

Umgekehrt kann eine Zunahme des Jahresüberschusses die von einem nachgebenden Cash-flow begleitet wird, auf einen Rückgang der Investitionen zurückzuführen sein, der niedrige Abschreibungen nach sich gezogen hat. Ist dies zutreffend und nicht nur eine vorübergehende Erscheinung, geht die optisch positive Gewinnentwicklung u.U. auf Kosten der Unternehmenszukunft.

Anlage 2: Begriffserläuterungen

Abschreibungen	Mit der Abschreibung werden Wertminderungen im Vermögen oder an Vermögensgegenständen ergebnismindernd erfasst. Dies erfolgt, indem eine erwartete Wertminderung im Voraus auf die entsprechenden Rechnungsperioden verteilt wird (normale Abschreibung), oder eine unerwartete Wertminderung zum Zeitpunkt ihres Eintrittes gebucht wird (außergewöhnliche Abschreibung).
Aktiva	Auf der Aktivseite der → Bilanz sind die Wirtschaftsgüter nach → Anlage- und → Umlaufvermögen erfasst. Die Aktivseite zeigt, wohin die Mittel geflossen sind (auch: Mittelverwendungsseite). Die Summe aller Aktiva, die gleich der Summe aller Passiva ist, ergibt die Bilanzsumme.
Anlagevermögen	Wirtschaftsgüter, die dem Unternehmen auf Dauer dienen und längere Zeit im Vermögen verbleiben oder über längere Zeiträume genutzt werden. Ausgewiesen auf der Aktivseite der → Bilanz umfasst es Sachanlagen (Immobilien, Maschinen, Fuhrpark, etc.), Finanzanlagen (Beteiligungen, Wertpapiere, etc.) und immaterielle Vermögensgegenstände (Patente, Lizenzen).
Aufwendungen	Vermögensminderungen innerhalb eines Unternehmens, die durch eine gleichzeitige Verringerung des Ergebnisses zum Ausdruck kommen. Aufwendungen sind allerdings nicht zwangsläufig Mittelabflüsse (→ z.B. Abschreibungen).
Betriebsergebnis	Differenz zwischen gewöhnlichen → Erträgen und → Aufwendungen, die sich aus der betrieblichen Leistungserstellung ergeben.
Bilanz	Bestandteil des Jahresabschlusses. Ist die Gegenüberstellung des Vermögens (Anlage und Umlaufvermögen) - → Aktiva - und des Kapitals (Eigen- und Fremdkapital) - → Passiva - eines Unternehmens zu einem bestimmten Stichtag (Ende des Wirtschaftsjahres).
Bilanzgewinn/-verlust	Bestandteil des → Eigenkapitals nach dem handelsrechtlichen Gliederungsschema. Errechnet sich aus dem → Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag zuzüglich Gewinnvortrag und Entnahmen aus den Kapital-/Gewinnrücklagen abzüglich Verlustvortrag und den Einstellungen in die Gewinnrücklage.
Eigenkapital	Alle von den Eigentümern unbefristet zur Verfügung gestellten Mittel, die unbeschränkt haften. Das Eigenkapital ist Bestandteil der Passivseite. Es setzt sich zusammen aus dem gezeichneten "Kapital (auch: Haftungskapital oder Stammkapital), den → Kapitalrücklagen, den → Gewinnrücklagen und dem vorgetragenen → Bilanzgewinn/-verlust. Das in der → Bilanz ausgewiesene Eigenkapital gibt den Buchwert des Unternehmens an.
Erträge	Geschäftsvorfälle, die das → Jahresergebnis eines Unternehmens erhöhen. Sie bedeuten somit einen Wertzuwachs im Vermögen des Unternehmens. Erträge dürfen allerdings nicht zwangsläufig als Mittelzuflüsse gesehen werden (z.B. Wertsteigerungen).
Fremdkapital	Das Fremdkapital wird umgangssprachlich auch mit Schulden bezeichnet und ist auf der → Passivseite der → Bilanz ausgewiesen. Es setzt sich aus den kurz- und langfristigen Verbindlichkeiten und den Rückstellungen zusammen und steht dem Unternehmen in der Regel nur befristet und zu einem bestimmten Zinssatz zur Verfügung. Ausgewiesenes Vermögen abzüglich dem Fremdkapital ergeben das bilanzielle → Eigenkapital.
Gesellschafterversammlung	Ist das Entscheidungsgremium der Anteilseigner (Gesellschafter) bei der GmbH. Sie beschließt über Änderungen im Gesellschaftsverhältnis, im Gesellschaftsvertrag und in der Unternehmensstrukturierung. Sie stellt den → Jahresabschluss fest und beschließt die Gewinnverwendung. Weiter bestellt sie den Aufsichtsrat, wenn nicht der Stadtrat ein Entsendungsrecht hat.

Gewinn- und Verlustrechnung	Neben der → Bilanz ist die Gewinn- und Verlustrechnung der wichtigste Bestandteil des → Jahresabschlusses. In ihr wird der Erfolg des Unternehmens einer Rechnungsperiode (in der Regel das Wirtschaftsjahr) durch die Gegenüberstellung von → Aufwand und → Ertrag ermittelt. Übersteigen die Erträge die Aufwendungen, erwirtschaftet das Unternehmen einen → Jahresüberschuss (Gewinn), der das → Eigenkapital erhöht. Übersteigen hingegen die Aufwendungen die Erträge kommt es zu einem → Jahresfehlbetrag (Verlust), der das → Eigenkapital verringert.
Gewinnrücklage	Ist der Teil des → Jahresüberschusses, der nicht ausgeschüttet und nicht als → Gewinnvortrag auf das folgende Jahr vorgetragen wird, sondern bei der Gewinnverwendung eine direkte Einstellung in eine eigens ausgewiesene → Rücklage erfolgt.
Gewinnvortrag	Der nach dem Gewinnverwendungsbeschluss in die nächste Rechnungsperiode vorgetragene (übertragene) Gewinn. In der Folgeperiode wird der Restbetrag dann mit dem aktuellen Ergebnis verrechnet, und es erfolgt ein erneuter Verwendungsbeschluss (siehe auch Verlustvortrag).
Gezeichnetes Kapital	Bestandteil des → Eigenkapitals in der → Bilanz von Kapitalgesellschaften. Es weist das im Handelsregister eingetragene Haftungskapital der Kapitalgesellschaft aus. Bei der Aktiengesellschaft wird es mit Nennkapital, bei der GmbH mit → Stammkapital bezeichnet. Das Gezeichnete Kapital ist bei Kapitalgesellschaften der Maximalbetrag, mit dem die Gesellschafter zum Ausgleich von Verbindlichkeiten und Verlusten herangezogen werden können (beschränkte Haftung), falls die anderen Eigenkapitalanteile (Kapital- und → Gewinnrücklage, → Gewinnvorträge) aufgebraucht sind. Nach dem Verhältnis der gehaltenen Anteile am Gezeichneten Kapital bestimmt sich auch die Beteiligungsquote.
Investitionen	Bindung von Kapital in Wirtschaftsgütern, um daraus → Erträge zu erzielen. Es wird unterschieden zwischen Sach- und Finanzinvestitionen.
Jahresergebnis	Ergebnis eines Unternehmens unter Berücksichtigung aller → Aufwendungen und → Erträge, steht am Ende der Gewinnermittlung. (auch: Jahresüberschuss/-fehlbetrag)
Kapitalrücklage	In die Kapitalrücklage werden Beträge eingestellt, die bei einer Kapitaleinlage oder Einzahlung den Betrag des → Gezeichneten Kapitals übersteigen.
Liquidität	Fähigkeit eines Unternehmens, jederzeit seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können (Zahlungsbereitschaft). Diese wird häufig an den Beständen des Vermögens gemessen, die sich innerhalb von unterschiedlichen Zeiträumen in flüssige Mittel umwandeln lassen (Fristigkeit). Dieser Fristigkeit muss immer die Fälligkeit der einzelnen Fremdkapitalpositionen (Verbindlichkeiten) gegenüber gestellt werden.
Passiva	Auf der Passivseite der → Bilanz wird das Kapital, getrennt nach → Eigen- und → Fremdkapital, ausgewiesen. Die Passivseite gibt Auskunft über die Herkunft der finanziellen Mittel des Unternehmens (Mittelherkunftsseite). Die Summe aller Passiva, die gleich der Summe aller → Aktiva ist, ergibt die Bilanzsumme.
Rechnungsabgrenzungsposten	Ausgaben (Aktivseite) oder Einnahmen (Passivseite) vor dem Abschlussstichtag, soweit der Aufwand/Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Stichtag eintritt. Dienen der Abstimmung zwischen → Bilanz und → GuV zur Ermittlung eines periodengerechten Jahreserfolges in beiden Rechnungen.
Rücklagen	Bestandteil des → Eigenkapitals. Sie erhöhen und stärken es und stehen zu längerfristigen Finanzierungszwecken zur Verfügung. Nach der Entstehungsweise unterscheidet man zwischen → Kapitalrücklage und → Gewinnrücklage

Rückstellungen	Verpflichtungen gegenüber Dritten, die am jeweiligen Stichtag mit großer Sicherheit bestehen, deren Höhe und/oder Fälligkeitstermin aber nicht genau bestimmbar ist. Typische Gründe für die Bildung von Rückstellungen sind: Garantieverpflichtungen, drohende Verluste aus laufenden Geschäften, noch zu leistende Steuerzahlungen und Pensionsverpflichtungen. Letztere haben aufgrund ihrer extremen Langfristigkeit und einem in der Regel immer bestehenden Grundstocks in gewissem Maße eigenkapitalähnlichen Charakter.
Stammkapital	→ Gezeichnete Kapital einer GmbH. Seine Höhe ist im Gesellschaftsvertrag und in der Satzung festgelegt. Es ist die Summe der von den Gesellschaftern bei der Gründung übernommenen Stammeinlagen.
Umlaufvermögen	Umfasst die Wirtschaftsgüter, die in ihrer ursprünglichen und in verarbeiteter Form nur kurze Zeiträume im Unternehmen verbleiben. Ausgewiesen auf der → Aktivseite der Bilanz umfasst es Vorräte, Wertpapiere, Forderungen und liquide Mittel.
Umsatz	wertmäßiger Ausdruck für die am Markt abgesetzten Produkte. Der Umsatz ist gleich der verkauften/ abgesetzten Menge multipliziert mit dem pro Einheit erhaltenen Verkaufs- /Absatzpreises.
Verlustvortrag/-rücktrag	Ist die Möglichkeit des steuerlich wirksamen Verlustausgleiches. Verluste des entsprechenden Abrechnungszeitraumes können mit steuerpflichtigen Gewinnen dem vorangegangenen Jahr verrechnet bzw. auf unbegrenzte Zeit vorgetragen werden, damit die Verrechnung mit zukünftig möglichen Gewinnen erfolgen kann. Dies bildet die gesetzlich zulässige Möglichkeit gezahlte Steuern zurückzuerhalten bzw. die zukünftig mögliche Steuerschuld zu mindern.

Anlage 3: Auszug aus der Gemeindeordnung für das Land NRW (GO NRW)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz (Gesetz zur Revitalisierung des Gemeindevirtschaftsrechts) vom 21.12.2010 (GV. NRW. S. 688). [In Kraft getreten am 29.12.2010]

5. Teil Der Rat

§ 41 Zuständigkeiten des Rates

(1) Der Rat der Gemeinde ist für alle Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung zuständig, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt. Die Entscheidung über folgende Angelegenheiten kann der Rat nicht übertragen:

a)

k) die teilweise oder vollständige Veräußerung oder Verpachtung von Eigenbetrieben, die teilweise oder vollständige Veräußerung einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung an einer Gesellschaft oder anderen Vereinigungen des privaten Rechts, die Veräußerung eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft sowie den Abschluss von anderen Rechtsgeschäften im Sinne § 111 Abs. 1 Satz 1 und 2,

l) die Errichtung, Übernahme, Erweiterung, Einschränkung und Auflösung von Anstalten des öffentlichen Rechts gemäß § 114 a, öffentlichen Einrichtungen und Eigenbetrieben, die Bildung oder Auflösung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens gemäß § 27 Abs. 1 bis 3 und 6 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit, die Änderung der Unternehmenssatzung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens sowie der Austritt aus einem gemeinsamen Kommunalunternehmen, die erstmalige unmittelbare oder mittelbare Beteiligung sowie die Erhöhung einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung an einer Gesellschaft oder anderen Vereinigungen in privater Rechtsform, den Erwerb eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft,

m) die Umwandlung der Rechtsform von von Anstalten des öffentlichen Rechts gemäß § 114 a, öffentlichen Einrichtungen und Eigenbetrieben sowie die Umwandlung der Rechtsform Gesellschaften, an denen die Gemeinde beteiligt ist, soweit der Einfluss der Gemeinde (§ 63 Abs. 2 und § 113 Abs. 1) geltend gemacht werden kann,

11. Teil Wirtschaftliche Betätigung und nichtwirtschaftliche Betätigung

§ 107 Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

(1) Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn

1. ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Das Betreiben eines Telekommunikationsnetzes umfasst nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationsanlagen. Als wirtschaftliche Betätigung ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung im Sinne dieses Abschnitts gilt nicht der Betrieb von

1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. öffentlichen Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten
 - Erziehung, Bildung oder Kultur (Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Ausstellungen, Opern, Theater, Kinos, Bühnen, Orchester, Stadthallen, Begegnungsstätten),
 - Sport oder Erholung (Sportanlagen, zoologische und botanische Gärten, Wald-, Park- und Gartenanlagen, Herbergen, Erholungsheime, Bäder, Einrichtungen zur Veranstaltung von Volksfesten),
 - Gesundheits- oder Sozialwesen (Krankenhäuser, Bestattungseinrichtungen, Sanatorien, Kurparks, Senioren- und Behindertenheime, Frauenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen),
3. Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,
4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung sowie des Messe- und Ausstellungswesens,
5. Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden. Das Innenministerium kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Einrichtungen, die nach Art und Umfang eine selbständige Betriebsführung erfordern, ganz

oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

(3) Die wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Die Aufnahme einer wirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Die nichtwirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Diese Voraussetzungen gelten bei in den Krankenhausplan des Landes aufgenommenen Krankenhäusern als erfüllt. Die Aufnahme einer nichtwirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(5) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat auf der Grundlage einer Marktanalyse über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements und über die Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Marktanalysen zu geben.

(6) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.

(7) Für das öffentliche Sparkassenwesen gelten die dafür erlassenen besonderen Vorschriften.

§ 107a

Zulässigkeit energiewirtschaftlicher Betätigung

(1) Die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung dient einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

(2) Mit den Bereichen Strom-, Gas- und Wärmeversorgung unmittelbar verbundene Dienstleistungen sind zulässig, wenn sie den Hauptzweck fördern. Die Gemeinde stellt sicher, dass bei der Erbringung dieser Dienstleistungen die Belange kleinerer Unternehmen, insbesondere des Handwerks, berücksichtigt werden.

(3) Die Aufnahme einer überörtlichen energiewirtschaftlichen Betätigung ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen. Die Aufnahme einer energiewirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, sofern die Entscheidung die Erbringung verbundener Dienstleistungen betrifft.

§ 108

Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts

(1) Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. bei Unternehmen (§ 107 Abs. 1) die Voraussetzungen des § 107 Abs. 1 Satz 1 gegeben sind und bei Unternehmen im Bereich der energiewirtschaftlichen Betätigung die Voraussetzung des § 107 a Abs. 1 gegeben ist,
2. bei Einrichtungen (§ 107 Abs. 2) ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,
3. eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,
4. die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,
5. die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,
6. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,
7. das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,
8. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, daß der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, aufgrund des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und ebenso oder in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften geprüft werden,
9. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform, vorbehaltlich weitergehender oder entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften, durch Gesellschaftsvertrag oder Satzung gewährleistet ist, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nummer 9 des Handelsgesetzbuches der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung im Anhang zum Jahresabschluss jeweils für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppen

unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für:

- a) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind,
- b) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den von der Gesellschaft während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag,
- c) während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen und
- d) Leistungen, die einem früheren Mitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind.

Eine Gewährleistung für die individualisierte Ausweisung von Bezügen und Leistungszusagen ist im Falle der Beteiligung an einer bestehenden Gesellschaft auch dann gegeben, wenn in Gesellschaftsvertrag oder Satzung die erstmalige individualisierte Ausweisung spätestens für das zweite Geschäftsjahr nach Erwerb der Beteiligung festgelegt ist.

10. bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen nach § 107 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde bzw. des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist. Zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen darf die Gemeinde für diese Unternehmen weder Kredite nach Maßgabe kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten i.S. von § 87 leisten.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nummern 3, 5 und 8 in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen. Wird von Satz 1 Nummer 8 eine Ausnahme zugelassen, kann auch von Satz 1 Nummer 9 eine Ausnahme zugelassen werden.

(2) Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 gilt für die erstmalige unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft einschließlich der Gründung einer Gesellschaft, wenn den beteiligten Gemeinden oder Gemeindeverbänden alleine oder zusammen oder zusammen mit einer Beteiligung des Landes mehr als 50 vom Hundert der Anteile gehören. Bei bestehenden Gesellschaften, an denen Gemeinden oder Gemeindeverbände unmittelbar oder mittelbar alleine oder zusammen oder zusammen mit dem Land mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, trifft die Gemeinden und Gemeindeverbände eine Hinwirkungspflicht zur Anpassung an die Vorgaben des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 9. Die Hinwirkungspflicht nach Satz 2 bezieht sich sowohl auf die Anpassung von Gesellschaftsvertrag oder Satzung als auch auf die mit Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 verfolgte Zielsetzung der individualisierten Ausweisung der dort genannten Bezüge und Leistungszusagen.

(3) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Gesellschaftsform, muss sie darauf hinwirken, dass

1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften

- a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,
- b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,
- c) die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten öffentlich bekannt gemacht werden und der Jahresabschluss und der Lagebericht bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme verfügbar gehalten werden,

2. in dem Lagebericht oder in Zusammenhang damit zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen wird,

3. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 109) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein Unternehmen betreibt.

Der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung sind dem Haushaltsplan als Anlage beizufügen. Gehört der Gemeinde zusammen mit anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden die Mehrheit der Anteile an einem Unternehmen oder an einer Einrichtung, soll sie auf eine Wirtschaftsführung nach Maßgabe des Satzes 1 Nr. 1 a) und b) sowie Nr. 2 und Nr. 3 hinwirken.

(4) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft nur gründen, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

(5) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrags sichergestellt ist, dass

1. die Gesellschafterversammlung auch beschließt über

- a) den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
- b) den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
- c) den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie
- d) die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, und

2. der Rat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrats Weisungen erteilen kann, soweit die Bestellung eines Aufsichtsrates gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.

(6) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 25 vom Hundert beteiligt sind, dürfen

- a) der Gründung einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts, einer Beteiligung sowie der Erhöhung einer Beteiligung der Gesellschaft an einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts nur zustimmen, wenn

- die vorherige Entscheidung des Rates vorliegt,
- für die Gemeinde selbst die Gründungs- bzw. Beteiligungsvoraussetzungen vorliegen und
- sowohl die Haftung der gründenden Gesellschaft als auch die Haftung der zu gründenden Gesellschaft oder Vereinigung durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind oder
- sowohl die Haftung der sich beteiligenden Gesellschaft als auch die Haftung der Gesellschaft oder Vereinigung, an der eine Beteiligung erfolgt, durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind;

b) einem Beschluss der Gesellschaft zu einer wesentlichen Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages nur nach vorheriger Entscheidung des Rates zustimmen.

In den Fällen von Satz 1 Buchstabe a) gilt Absatz 1 Satz 2 und 3 entsprechend. Als Vertreter der Gemeinde im Sinne von Satz 1 gelten auch Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder und Mitglieder von sonstigen Organen und ähnlichen Gremien der Gesellschaft, die von der Gemeinde oder auf ihre Veranlassung oder ihren Vorschlag in das Organ oder Gremium entsandt oder gewählt worden sind. Beruht die Entsendung oder Wahl auf der Veranlassung oder dem Vorschlag mehrerer Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände, so bedarf es der Entscheidung nur des Organs, auf das sich die beteiligten Gemeinden und Gemeindeverbände oder Zweckverbände geeinigt haben. Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht, soweit ihnen zwingende Vorschriften des Gesellschaftsrechts entgegenstehen.

(7) Die Gemeinde kann einen einzelnen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftungssumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 108 a

Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten

(1) Soweit im Gesellschaftsvertrag eines Unternehmens (§ 107 Abs. 1, § 107 a Abs. 1) oder einer Einrichtung (§ 107 Abs. 2) in Privatrechtsform, an der die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 vom Hundert der Anteile beteiligt ist, ein fakultativer Aufsichtsrat vorgesehen ist, können dem fakultativen Aufsichtsrat Arbeitnehmervertreter des Unternehmens oder der Einrichtung angehören. In diesem Fall ist ein angemessener Einfluss der Gemeinde im Sinne des § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 gegeben, wenn bei mehr als 2 von der Gemeinde in den Aufsichtsrat zu entsendenden Vertretern nicht mehr als ein Drittel der Gesamtzahl der Aufsichtsratsmandate durch Arbeitnehmervertreter des Unternehmens oder der Einrichtung nach Maßgabe der folgenden Absätze besetzt werden.

(2) Der Rat der Gemeinde bestellt aus einer von der Betriebsversammlung des Unternehmens oder der Einrichtung zu erstellenden Vorschlagsliste die in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter. Die Bestellung bedarf eines Beschlusses der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates. Die Vorschlagsliste muss mindestens die doppelte Zahl der zu entsendenden Arbeitnehmervertreter enthalten. Der Rat hat das Recht, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder sämtliche Vorschläge der Liste zurückzuweisen und eine Ergänzung zu verlangen. In diesem Fall kann eine Betriebsversammlung eine neue Vorschlagsliste erstellen; Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend. Im Falle einer erneuten Zurückweisung der Vorschläge durch den Rat bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

(3) § 113 Abs. 1 Sätze 2 und 3 gelten für die nach Absatz 2 für den fakultativen Aufsichtsrat vom Rat bestellten Arbeitnehmervertreter entsprechend. Verliert ein vom Rat bestellter Arbeitnehmervertreter die Beschäftigteigenschaft in dem Unternehmen oder der Einrichtung, muss der Rat ihn entsprechend § 113 Abs. 1 Satz 3 aus seinem Amt im fakultativen Aufsichtsrat abberufen.

(4) In der Betriebsversammlung nach Absatz 2 sind alle Beschäftigten des Unternehmens bzw. der Einrichtung wahlberechtigt, die am Tage der Betriebsversammlung das 18. Lebensjahr vollendet haben. Nicht wahlberechtigt sind Geschäftsführer und Vorstände des Unternehmens bzw. der Einrichtung. In die Vorschlagsliste können nur Wahlberechtigte aufgenommen werden. Die Einzelheiten für die Wahl der Arbeitnehmervertreter sind im Gesellschaftsvertrag, der Satzung oder einem sonstigen Organisationsstatut des Unternehmens bzw. der Einrichtung zu regeln. Im Gesellschaftsvertrag, der Satzung oder dem Organisationsstatut des Unternehmens bzw. der Einrichtung ist auch die Amtsdauer der Arbeitnehmervertreter zu regeln. Sie soll die regelmäßige Amtsdauer der nach § 113 Abs. 2 Satz 2 neben dem Bürgermeister oder dem von ihm benannten Bediensteten der Gemeinde in den fakultativen Aufsichtsrat bestellten weiteren Vertreter nicht überschreiten.

(5) Wird ein Arbeitnehmervertreter von seinem Amt gemäß § 113 Abs. 1 Satz 3 abberufen oder scheidet er aus anderen Gründen aus dem Aufsichtsrat aus, bestellt der Rat mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder aus dem noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste nach Absatz 2 einen Nachfolger. Kommt eine solche Mehrheit nicht zustande, kann eine Betriebsversammlung den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Kommt auch dann keine Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates für die Bestellung eines Nachfolgers zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

(6) Die Absätze 1 bis 5 gelten mit folgenden Maßgaben entsprechend in den Fällen, in denen an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Privatrechtsform zwei oder mehr Gemeinden beteiligt sind.

Die Bestellung der in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter bedarf übereinstimmender, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder zustande gekommener Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Kommunen, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird. Kommen solche übereinstimmenden Beschlüsse nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, kann eine Betriebsversammlung eine neue Vorschlagsliste erstellen. Kommen auch hierzu entsprechende übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

Für die Bestellung eines Nachfolgers im Sinne des Absatzes 5 gilt Satz 2 entsprechend. Kommen danach übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, kann eine Betriebsversammlung den noch

nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Kommen auch dann übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

Für die nach § 113 Abs. 1 Sätze 2 und 3 zu treffenden Entscheidungen bedarf es übereinstimmender Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Kommunen, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird.

§ 109 Wirtschaftsgrundsätze

(1) Die Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird.

(2) Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird

§ 110 Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung

Bei Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Unternehmen besteht, dürfen der Anschluss und die Belieferung nicht davon abhängig gemacht werden, dass auch andere Leistungen oder Lieferungen abgenommen werden.

§ 111 Veräußerung von Unternehmen, Einrichtungen und Beteiligungen

(1) Die teilweise oder vollständige Veräußerung eines Unternehmens oder einer Einrichtung oder einer Beteiligung an einer Gesellschaft sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluss auf das Unternehmen, die Einrichtung oder die Gesellschaft verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn die für die Betreuung der Einwohner erforderliche Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird.

(2) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, dürfen Veräußerungen oder anderen Rechtsgeschäften im Sinne des Absatzes 1 nur nach vorheriger Entscheidung des Rates und nur dann zustimmen, wenn für die Gemeinde die Zulässigkeitsvoraussetzung des Absatzes 1 vorliegt.

§ 112 Informations- und Prüfungsrechte

(1) Gehören einer Gemeinde unmittelbar oder mittelbar Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang, so soll sie

1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes ausüben,
2. darauf hinwirken, dass ihr die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

(2) Ist eine Beteiligung der Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes, so soll die Gemeinde, so weit ihr Interesse dies erfordert, darauf hinwirken, dass ihr im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung die Befugnisse nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingeräumt werden. Bei mittelbaren Minderheitsbeteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes beteiligt ist.

§ 113 Vertretung der Gemeinde in Unternehmen oder Einrichtungen

(1) Die Vertreter der Gemeinde in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, haben die Interessen der Gemeinde zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden. Die vom Rat bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Beschluss des Rates jederzeit niederzulegen. Die Sätze 1 bis 3 gelten nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Bei unmittelbaren Beteiligungen vertritt ein vom Rat bestellter Vertreter die Gemeinde in den in Absatz 1 genannten Gremien. Sofern weitere Vertreter zu benennen sind, muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde dazuzählen. Die Sätze 1 und 2 gelten für mittelbare Beteiligungen entsprechend, sofern nicht ähnlich wirksame Vorkehrungen zur Sicherung hinreichender gemeindlicher Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten getroffen werden.

(3) Die Gemeinde ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages einer Kapitalgesellschaft darauf hinzuwirken, dass ihr das Recht eingeräumt wird, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Über die Entsendung entscheidet der Rat. Zu den entsandten Aufsichtsratsmitgliedern muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde zählen, wenn diese mit mehr als einem Mitglied im Aufsichtsrat vertreten ist. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen.

(4) Ist der Gemeinde das Recht eingeräumt worden, Mitglieder des Vorstandes oder eines gleichartigen Organs zu bestellen oder vorzuschlagen, entscheidet der Rat.

(5) Die Vertreter der Gemeinde haben den Rat über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Die Unterrichtungspflicht besteht nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(6) Wird ein Vertreter der Gemeinde aus seiner Tätigkeit in einem Organ haftbar gemacht, so hat ihm die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass er ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadensersatzpflichtig, wenn ihr Vertreter nach Weisung des Rates oder eines Ausschusses gehandelt hat.

§ 114 Eigenbetriebe

(1) Die gemeindlichen wirtschaftlichen Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit (Eigenbetriebe) werden nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung und der Betriebssatzung geführt.

(2) In den Angelegenheiten des Eigenbetriebes ist der Betriebsleitung ausreichende Selbständigkeit der EntschlieÙung einzuräumen. Die Zuständigkeiten des Rates sollen soweit wie möglich dem Betriebsausschuss übertragen werden.

(3) Bei Eigenbetrieben mit mehr als 50 Beschäftigten besteht der Betriebsausschuss zu einem Drittel aus Beschäftigten des Eigenbetriebes. Die Gesamtzahl der Ausschussmitglieder muss in diesem Fall durch drei teilbar sein. Bei Eigenbetrieben mit weniger als 51, aber mehr als zehn Beschäftigten gehören dem Betriebsausschuss zwei Beschäftigte des Eigenbetriebes an. Die dem Betriebsausschuss angehörenden Beschäftigten werden aus einem Vorschlag der Versammlung der Beschäftigten des Eigenbetriebes gewählt, der mindestens die doppelte Zahl der zu wählenden Mitglieder und Stellvertreter enthält. Wird für mehrere Eigenbetriebe ein gemeinsamer Betriebsausschuss gebildet, ist die Gesamtzahl aller Beschäftigten dieser Eigenbetriebe maßgebend; Satz 4 gilt entsprechend. Die Zahl der sachkundigen Bürger darf zusammen mit der Zahl der Beschäftigten die der Ratsmitglieder im Betriebsausschuss nicht erreichen.

§ 114 a Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts

(1) Die Gemeinde kann Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts errichten oder bestehende Regie- und Eigenbetriebe sowie eigenbetriebsähnliche Einrichtungen im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts umwandeln. § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 gilt entsprechend.

(2) Die Gemeinde regelt die Rechtsverhältnisse der Anstalt durch eine Satzung. Die Satzung muss Bestimmungen über den Namen und die Aufgaben der Anstalt, die Zahl der Mitglieder des Vorstandes und des Verwaltungsrates, die Höhe des Stammkapitals, die Wirtschaftsführung, die Vermögensverwaltung und die Rechnungslegung enthalten.

(3) Die Gemeinde kann der Anstalt einzelne oder alle mit einem bestimmten Zweck zusammenhängende Aufgaben ganz oder teilweise übertragen. Sie kann zugunsten der Anstalt unter der Voraussetzung des § 9 durch Satzung einen Anschluss- und Benutzungszwang vorschreiben und der Anstalt das Recht einräumen, an ihrer Stelle Satzungen für das übertragene Aufgabengebiet zu erlassen; § 7 gilt entsprechend.

(4) Die Anstalt kann nach Maßgabe der Satzung andere Unternehmen oder Einrichtungen gründen oder sich an solchen beteiligen oder eine bestehende Beteiligung erhöhen, wenn das dem Anstaltszweck dient. Für die Gründung von und die Beteiligung an anderen Unternehmen und Einrichtungen in eine Rechtsform des privaten Rechts sowie deren Veräußerung und andere Rechtsgeschäfte im Sinne des § 111 gelten die §§ 108 bis 113 entsprechend. Für die in Satz 2 genannten Gründungen und Beteiligungen muss ein besonders wichtiges Interesse vorliegen.

(5) Die Gemeinde haftet für die Verbindlichkeiten der Anstalt unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist (Gewährträgerschaft). Rechtsgeschäfte im Sinne des § 87 dürfen von der Anstalt nicht getätigt werden.

(6) Die Anstalt wird von einem Vorstand in eigener Verantwortung geleitet, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung der Gemeinde etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich.

(7) Die Geschäftsführung des Vorstandes wird von einem Verwaltungsrat überwacht. Der Verwaltungsrat bestellt den Vorstand auf höchstens 5 Jahre; eine erneute Bestellung ist zulässig. Er entscheidet außerdem über

1. den Erlass von Satzungen gemäß Absatz 3 Satz 2,
2. die Beteiligung oder Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen oder Einrichtungen sowie deren Gründung,
3. die Feststellung des Wirtschaftsplans und des Jahresabschlusses,
4. die Festsetzung allgemein geltender Tarife und Entgelte für die Leistungsnehmer,
5. die Bestellung des Abschlussprüfers,
6. die Ergebnisverwendung,
7. Rechtsgeschäfte der Anstalt im Sinne des § 111.

Im Fall der Nummer 1 unterliegt der Verwaltungsrat den Weisungen des Rates und berät und beschließt in öffentlicher Sitzung. In den Fällen der Nummern 2 und 7 bedarf es der vorherigen Entscheidung des Rates. Dem Verwaltungsrat obliegt außerdem die Entscheidung in den durch die Satzung der Gemeinde bestimmten Angelegenheiten der Anstalt. In der Satzung kann ferner vorgesehen werden, dass bei Entscheidungen der Organe der Anstalt von grundsätzlicher Bedeutung die Zustimmung des Rates erforderlich ist.

(8) Der Verwaltungsrat besteht aus dem vorsitzenden Mitglied und den übrigen Mitgliedern. Den Vorsitz führt der Bürgermeister. Soweit Beigeordnete mit eigenem Geschäftsbereich bestellt sind, führt derjenige Beigeordnete den Vorsitz, zu dessen Geschäftsbereich die der Anstalt übertragenen Aufgaben gehören. Sind die übertragenen Aufgaben mehreren Geschäftsbereichen zuzuordnen, so entscheidet der Bürgermeister über den Vorsitz. Die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats werden vom Rat für die Dauer von 5 Jahren gewählt; für die Wahl gilt § 50 Abs. 4 sinngemäß. Die Amtszeit von Mitgliedern des Verwaltungsrats, die dem Rat angehören, endet mit dem Ende der Wahlzeit oder dem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Gemeinderat. Die Mitglieder des Rats üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder weiter aus. Mitglieder des Verwaltungsrats können nicht sein:

1. Bedienstete der Anstalt,
2. leitende Bedienstete von juristischen Personen oder sonstigen Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts, an denen die Anstalt mit mehr als 50 v.H. beteiligt ist; eine Beteiligung am Stimmrecht genügt,
3. Bedienstete der Aufsichtsbehörde, die unmittelbar mit Aufgaben der Aufsicht über die Anstalt befasst sind.

(9) Die Anstalt hat das Recht, Dienstherrn von Beamten zu sein, wenn sie auf Grund einer Aufgabenübertragung nach Absatz 3 hoheitliche Befugnisse ausübt. Wird die Anstalt aufgelöst oder umgebildet, so gilt für die Rechtsstellung der Beamten und der Versorgungsempfänger Kapitel II Abschnitt III des Beamtenrechtsrahmengesetzes.

(10) Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Anstalt werden nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft, sofern nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands sowie die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Leistungen für die Mitglieder des Verwaltungsrates im Anhang des Jahresabschlusses für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge und Leistungen für jedes einzelne Mitglied dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden, soweit es sich um Leistungen des Kommunalunternehmens handelt. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für Leistungen entsprechend § 108 Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 Satz 2.

(11) § 14 Abs. 1, § 31, § 74, § 75 Abs. 1, § 77, § 84 sowie die Bestimmungen des 13. Teils über die staatliche Aufsicht sind auf die Anstalt sinngemäß anzuwenden.

§ 115 Anzeige

(1) Entscheidungen der Gemeinde über

- a) die Gründung oder wesentliche Erweiterung einer Gesellschaft oder eine wesentliche Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages,
- b) die Beteiligung an einer Gesellschaft oder die Änderung der Beteiligung an einer Gesellschaft,
- c) die gänzliche oder teilweise Veräußerung einer Gesellschaft oder der Beteiligung an einer Gesellschaft,
- d) die Errichtung, die Übernahme oder die wesentliche Erweiterung eines Unternehmens, die Änderung der bisherigen Rechtsform oder eine wesentliche Änderung des Zwecks,
- e) den Abschluss von Rechtsgeschäften, die ihrer Art nach geeignet sind, den Einfluss der Gemeinde auf das Unternehmen oder die Einrichtung zu mindern oder zu beseitigen oder die Ausübung von Rechten aus einer Beteiligung zu beschränken,
- f) die Führung von Einrichtungen entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe,
- g) den Erwerb eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Genossenschaft,
- h) die Errichtung, wesentliche Erweiterung oder Auflösung einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts gemäß § 114 a, die Beteiligung oder Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen oder Einrichtungen oder deren Gründung sowie Rechtsgeschäfte der Anstalt im Sinne des § 111

sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich, spätestens sechs Wochen vor Beginn des Vollzugs, schriftlich anzuzeigen. Aus der Anzeige muss zu ersehen sein, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Die Aufsichtsbehörde kann im Einzelfall aus besonderem Grund die Frist verkürzen oder verlängern.

(2) Für die Entscheidung über die mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft gilt Entsprechendes, wenn ein Beschluss des Rates nach § 108 Abs. 6 oder § 111 Abs. 2 zu fassen ist.

12. Teil Gesamtabschluss

§ 116 Gesamtabschluss

(1) Die Gemeinde hat in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabchluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen. Er besteht aus der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtbilanz und dem Gesamtanhang und ist um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Der Rat bestätigt den geprüften Gesamtabchluss durch Beschluss. § 96 findet entsprechende Anwendung.

(2) Zu dem Gesamtabchluss hat die Gemeinde ihren Jahresabschluss nach § 95 und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres aller verselbstständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zu konsolidieren. Auf den Gesamtabchluss sind, soweit seine Eigenart keine Abweichung erfordert, § 88 und § 91 Abs. 2 entsprechend anzuwenden.

(3) In den Gesamtabchluss müssen verselbstständigte Aufgabenbereiche nach Absatz 2 nicht einbezogen werden, wenn sie für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind. Dies ist im Gesamtanhang darzustellen.

(4) Am Schluss des Gesamtlageberichtes sind für die Mitglieder des Verwaltungsvorstands nach § 70, soweit dieser nicht zu bilden ist für den Bürgermeister und den Kämmerer, sowie für die Ratsmitglieder, auch wenn die Personen im Haushaltsjahr ausgeschieden sind, anzugeben:

1. der Familienname mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen,
2. der ausgeübte Beruf,
3. die Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes,
4. in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form,
5. die Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen.

(5) Der Gesamtabchluss ist innerhalb der ersten neun Monate nach dem Abschlussstichtag aufzustellen. § 95 Abs. 3 findet für die Aufstellung des Gesamtabchlusses entsprechende Anwendung.

(6) Der Gesamtabchluss ist vom Rechnungsprüfungsausschuss dahingehend zu prüfen, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ergibt. Die Prüfung des Gesamtabchlusses erstreckt sich darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind. Der Gesamtlagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Gesamtabchluss in Einklang steht und ob seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde erwecken. § 101 Abs. 2 bis 8 gilt entsprechend.

(7) In die Prüfung nach Absatz 6 müssen die Jahresabschlüsse der verselbstständigten Aufgabenbereiche nicht einbezogen werden, wenn diese nach gesetzlichen Vorschriften geprüft worden sind.

§ 117 Beteiligungsbericht

(1) Die Gemeinde hat einen Beteiligungsbericht zu erstellen, in dem ihre wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung, unabhängig davon, ob verselbstständigte Aufgabenbereiche dem Konsolidierungskreis des Gesamtabchlusses angehören, zu erläutern ist. Dieser Bericht ist jährlich bezogen auf den Abschlussstichtag des Gesamtabchlusses fortzuschreiben und dem Gesamtabchluss beizufügen.

(2) Der Beteiligungsbericht ist dem Rat und den Einwohnern zur Kenntnis zu bringen. Die Gemeinde hat zu diesem Zweck den Bericht zur Einsichtnahme verfügbar zu halten. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen.

§ 118 Vorlage- und Auskunftspflichten

Die Gemeinde ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung von Gründungsverträgen oder Satzungen für die in § 116 bezeichneten Organisationseinheiten darauf hinzuwirken, dass ihr das Recht eingeräumt wird, von diesen Aufklärung und Nachweise zu verlangen, die die Aufstellung des Gesamtabchlusses erfordert.

Anlage 4: Auszug aus dem Haushaltsgrundsätzegesetz

§ 53

Rechte gegenüber privatrechtlichen Unternehmen

(1) Gehört einer Gebietskörperschaft die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts oder gehört ihr mindestens der vierte Teil der Anteile und steht ihr zusammen mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile zu, so kann sie verlangen, dass das Unternehmen

1. im Rahmen der Abschlussprüfung auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung prüfen lässt;
2. die Abschlussprüfer beauftragt, in ihrem Bericht auch darzustellen
 - a) die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft,
 - b) verlustbringende Geschäfte und die Ursachen der Verluste, wenn diese Geschäfte und die Ursachen für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren,
 - c) die Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresfehlbetrages;
3. ihr den Prüfungsbericht der Abschlussprüfer und, wenn das Unternehmen einen Konzernabschluss aufzustellen hat, auch den Prüfungsbericht der Konzernabschlussprüfer unverzüglich nach Eingang übersendet.

(2) Für die Anwendung des Absatzes 1 rechnen als Anteile der Gebietskörperschaften auch Anteile, die einem Sondervermögen der Gebietskörperschaft gehören. Als Anteile der Gebietskörperschaft gelten ferner Anteile, die Unternehmen gehören, bei denen die Rechte aus Absatz 1 der Gebietskörperschaft zustehen.

§ 54

Unterrichtung der Rechnungsprüfungsbehörde

(1) In den Fällen des § 53 kann in der Satzung (im Gesellschaftsvertrag) mit Dreiviertelmehrheit des vertretenen Kapitals bestimmt werden, dass sich die Rechnungsprüfungsbehörde der Gebietskörperschaft zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung nach § 44 (Prüfung staatlicher Betätigung bei privatrechtlichen Unternehmen) auftreten, unmittelbar unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und die Schriften des Unternehmens einsehen kann.

(2) Ein vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes begründetes Recht der Rechnungsprüfungsbehörde auf unmittelbare Unterrichtung bleibt unberührt.